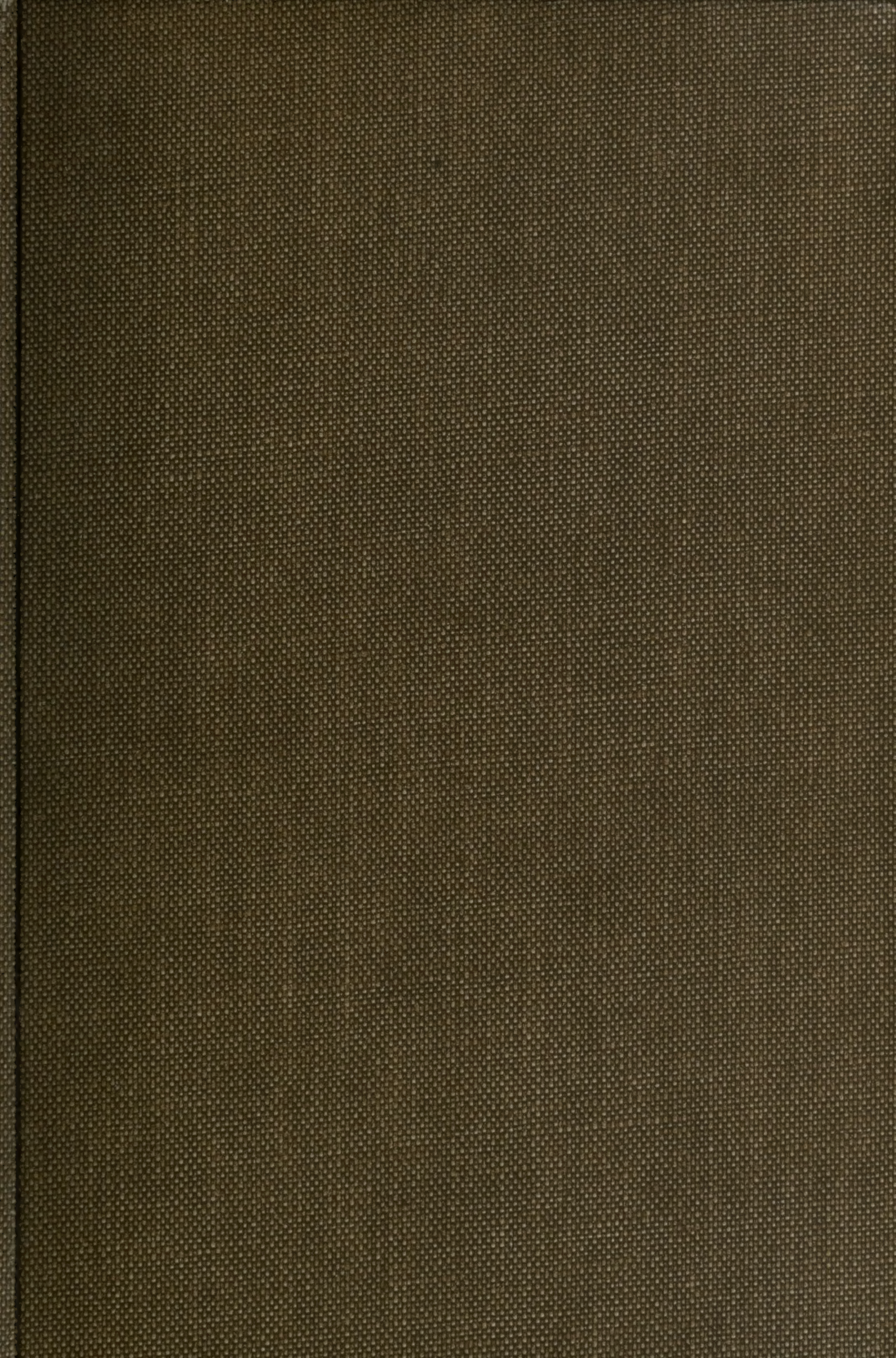
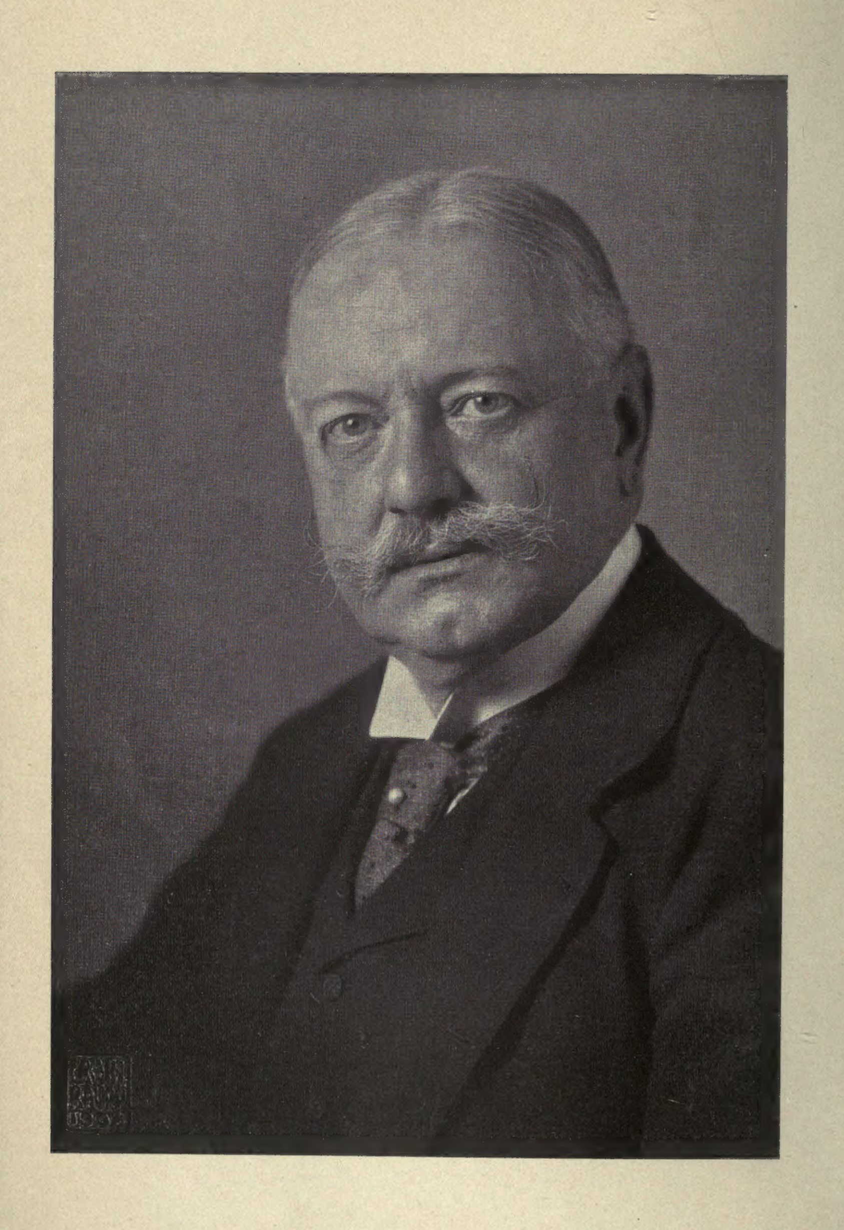


# Fürst Bülow und seine Zeit



# Fürst Bülow und seine Zeit

Von

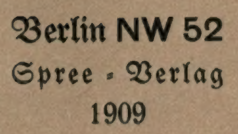
**Germanikus**

Motto:
„. . . . Doch ihres Bellens lauter Schall
Beweist nur, daß wir reiten!“

Mit einem Bildnis

2.—3. Tausend.





Berlin NW 52
Spree-Verlag
1909

# Inhalt.

# Vorwort.

A. W. von Schlegel meinte, die Schriftstellerei sei, je nachdem man sie treibe, eine Infamie, eine Ausschweifung, eine Tagelöhnerei, ein Handwerk, eine Kunst, eine Tugend. Er würde heute noch hinzufügen müssen: ein Haschen nach Originalität und ein Herunterreißen nur um des Herunterreißens willen.

Was nachstehend dargelegt wird, will weder infam noch ausschweifend sein und hofft, sich über handwerksmäßige Tagelöhnerei zu erheben. Es beansprucht nicht, als Kunst oder Tugend gewertet zu werden; es sei denn tugendhaft, den Versuch zu machen, einer Publizistik entgegenzutreten, die schädlich ist, weil sie nichts als zersetzende Tendenzen hat, die zu sehr die Freude am Destruktiven verrät, um aufbauend zu wirken; die auch nicht eigentlich in der Volksseele liest, welche trotz allem nach der Bejahung unserer nationalen Zukunft verlangt.

Diese Zeilen sollen einer ehrlicheren Würdigung unseres politischen Zustandes das Wort reden, als sie nach der nationalen Katastrophe vom Vorwinter des Jahres 1908 allgemein Platz gegriffen hat. Sie wollen nichts beschönigen, sondern unbefangene Kritik üben; aber eben nicht Nur-Kritik; denn sie sind aus dem Gedanken heraus entstanden, daß die Nur-Kritik es ist, die uns zum Verhängnis werden muß, wenn ihr nicht entgegengearbeitet wird; wenn sachlichen Fortschritten und persönlichen Verdiensten

hartnäckig die Anerkennung versagt bleibt, deren niemand entbehren kann, der Nützliches leisten soll. Unser politisches Interesse kristallisiert sich jetzt noch mehr denn je um den Fürsten Bülow und den Kaiser. Es soll an der Hand ihrer staatsmännischen Aktionen in Rede und Tat (wie sie die letzten Jahre brachten) geprüft werden, ob denn wirklich, seit Fürst Bismarck uns genommen ward, immer nur das nationale Verlustkonto, nicht aber auch die Gewinnseite eine Mehrung aufweist; ob nicht trotz der harten Demütigung, die wir soeben vor dem gesamten Ausland zähneknirschend erlitten, die Voraussetzungen bestehen blieben, die es uns ermöglichen, erneut in jene ruhige und klare Linie einzumünden, die uns unter Bismarck den Respekt der bewohnten Erde sicherte und auf der wir bereits mit steigendem Erfolge wieder dahinschritten, bis die letzten Ereignisse abermals alles in Frage zu stellen schienen. Es soll darum in einigen zwanglosen Aufsätzen hauptsächlich der vierte Kanzler mit seinen drei Vorgängern, der Kaiser von heute mit dem Kaiser vor zehn und mehr Jahren in freimütigen Vergleich gestellt werden; ein Vergleich, der den unbefangenen Zeitgenossen zu der Überzeugung führen wird, daß wir dennoch voranschreiten und daß es jedes warmherzigen Patrioten vornehmste Pflicht ist, unermüdlich an der Wiederherstellung des gestörten Vertrauensverhältnisses zwischen Fürst und Volk zu arbeiten.

# Tempora mutantur!

„Ein großes Volk hat Leidenschaften von nöten, um in die starke und anhaltende Bewegung gesetzt zu werden, die zu seinem politischen Leben erfordert wird.“

(Wieland im „Goldenen Spiegel“.)

Als Friedrich von Preußen sich bei Mollwitz und Chotusitz den ersten Lorbeer um die dreißigjährige Stirn geflochten und mit der Einverleibung Schlesiens Preußen in die Reihe der kontinentalen Großstaaten vorgeschoben hatte, schrieb er nach dem Friedensschluß an Podewils: „Was die Sicherstellung unseres neuen Besitzes anbelangt, so gründe ich sie auf eine gute und zahlreiche Armee, einen vollen Schatz, furchtgebietende Festungen und Paradeallianzen, die wenigstens der Welt imponieren. Es handelt sich jetzt nur darum, die Kabinette der europäischen Mächte daran zu gewöhnen, uns in der Stellung zu sehen, in die uns dieser Krieg gebracht hat, und ich glaube, daß viel Maßhaltung und Schonung unserer Nachbarn uns dazu führen können wird. Ein glücklicher Quietismus muß für einige Jahre die Grundlage unserer Politik bilden, wir brauchen einige Jahre Frieden, um den Staat zu konsolidieren.“

Ein glücklicher Quietismus! Schon das übernächste Jahr hat Friedrichs Feldzeichen vor Prag gesehen, und der Quietismus, der die neidischen Nachbarn an die ungewohnte Erscheinung eines machtgebietenden Preußens gewöhnen sollte, war dem nahezu verblutenden jungen Militärstaat erst nach zwei langen,

von Kriegsgeschrei und „Kardaunenknall“ erfüllten Jahrzehnten beschieden.

Der „Quietismus“ ist nichts für Edelvölker, nichts für aufstrebende Nationen. „Ein großes Volk hat Leidenschaften vonnöten, um in die starke und anhaltende Bewegung gesetzt zu werden, die zu seinem politischen Leben erfordert wird.“ Der Deutsche aber ist im Kern seines Wesens weder das berühmte „ζῶον πολιτικόν“ noch leidenschaftlich; und was ihm am schlechtesten bekommt, ist allemal eine Reihe von guten Tagen gewesen.

Es hat immer der allerkräftigsten Impulse bedurft, um ihn zu männlicher Tat emporzureißen und sein verträumtes Auge an die glänzenden Fernen zu gewöhnen, auf welche die Vorsehung seinen Blick lenkte. Die Fahnen Friedrichs des Großen, die sieggewohnt auf Böhmens und Schlesiens Schlachtfeldern geweht hatten, mußten erst vom Tritt des gallischen Eroberers in Schmutz und Staub getreten werden, das letzte preußische Dorf mußte erst die Soldateska des kaiserlichen Parvenü in Herd und Hof schalten sehen, damit in diesem Volk endlich der kriegerische Geist von neuem erwache, um es auf friderizianische Höhe zurückzuleiten.

Dann wieder tat ein halbhundertjähriger Quietismus sein zersetzendes Werk; die Nation sank in die alte Indolenz zurück, und unter schläfrigen oder phantasierenden Königen konnte es geschehen, daß das professorale, spekulative und oratorische Element den männlichen Geist in den Hintergrund drängte.

Das Preußen, das ein Tilsit erlebt hatte, erlebte auch den Tag von Olmütz. Dann aber hallte Gottes Schritt durch die Weltgeschichte und rief den Einzigen wach, den Titanen, der das Jahrhundert, das französisch begonnen hatte, deutsch endigen ließ. Wie man im alten Athen die Dichter und Gelehrten

bei kriegerischen Verwicklungen zwar mit Lorbeer bekränzte und weise und berühmte Männer nannte, sie aber an die Grenze brachte und ihnen das Wiederkommen verbot, bis Friede im Lande sei, so war auch hier im Anfang der großdeutschen Geschichte die Tat und nicht das Wort.

Eisen und Stahl hatten die Herrschaft und niemand konnte diese Zeit anklagen, daß sie jämmerlich sei, weil sie ohne Leidenschaft sei. Wieder galt es, der Invidia der Nachbarn zu wehren; wieder wurde die neu errungene Macht auf ein gutes und zahlreiches Heer, einen vollen Schatz, furchtgebietende Festungen und bald auch auf Paradeallianzen gegründet, um den Kabinetten von Europa zu imponieren. Diesmal gelang es besser. Die gewaltige Rede Bismarcks vom 6. Februar 1888 hat uns zwar gezeigt, wie das junge Kaiserreich fort und fort von Kriegsgefahr umbrandet war. Aber die Schonung der Nachbarn, kluge Maßhaltung und eine geniale Diplomatie haben in Ost und West jedwedes aggressive Gelüst im Zaum gehalten. Die Leidenschaften, die ein großes Volk vonnöten hat, um in politischer Bewegung zu bleiben, waren in Bismarck verkörpert und taten ihr Werk. Ein Quietismus also nur zum Schein. Das politische Leben und ein Volk selbst sind dann gesund, wenn das Staatsgefühl die letzten Gedanken ständig beherrscht und die impulsive Kraft der nationalen Ideen auch die breite Masse in permanenter Erregung hält.

Das Kaiserreich war als ein neuer rocher de bronce inmitten der Nationen Europas „stabiliert“. Hatte sich aber der Staat Friedrichs des Großen in heldenhaftem Ringen die Ebenbürtigkeit nur neben den Mächten Zentraleuropas erstritten, so tönte jetzt der Ruhm der deutschen Waffen durch den Erdteil, dessen Geschicke von Berlin aus mitbestimmend entschieden wurden.

Es gab bis an die Grenzen Afrikas und Asiens wohl keinen wichtigeren Vorgang mehr, der nicht auch die deutschen Interessen notwendig berührte. Aber hier waren im Bismarckschen Zeitalter im großen und ganzen auch die natürlichen Schranken unserer Einflußsphäre. Die Nation wuchs in den 70 er und 80 er Jahren langsam in den weiteren Rahmen hinein, den ihr die Großtaten auf Frankreichs Schlachtfeldern geschaffen hatten; sie konsolidierte sich. Dann aber wuchs sie, kräftig und kräftiger werdend, über diesen Rahmen hinaus. Und etwa der Beginn des dritten Jahrzehnts nach der Reichsgründung, die Jahre um Bismarcks Sturz herum, führten langsam die weltgeschichtliche Wende von der Großmacht- zur Weltpolitik heran.

Noch in jener letzten, ergreifenden Rede, die er unter dem Regiment seines „alten Herrn" hielt, und in der er den Adlerblick schweifen ließ über all die Imponderabilien und Realitäten, deren Gesamtheit seit dreißig Jahren die Stellung Preußens und des Reiches unter den Völkern beeinflußten, hat Bismarck immer wieder nur Rußland, Österreich und Frankreich als die ausschlaggebenden Faktoren seiner auswärtigen Politik behandelt. Schon Italien steht sichtlich erst in zweiter Linie, ebenso Großbritannien und der Orient: „Wir sind in der Lage abzuwarten, daß die im Mittelländischen Meere, in der Levante nächstbeteiligten Mächte zuerst ihre Entschließungen treffen und, wenn sie wollen, sich mit Rußland vertragen oder schlagen. Wir sind weder zu dem einen noch zu dem anderen in erster Linie in der orientalischen Frage berufen. Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken sucht und die Dinge zu leiten sucht, die periklitiert außerhalb des Gebietes, welches ihr Gott angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht

Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin. Wir werden das nicht tun; wir werden, wenn orientalische Krisen eintreten, bevor wir dazu Stellung nehmen, die Stellung abwarten, welche die mehr interessierten Mächte dazu nehmen.“ Wohl wäre es vermessen, anzunehmen, Bismarcks Seherauge habe nicht erkannt, daß die Entwickelung uns weiterführen, uns vor viel gewaltigere Perspektiven stellen würde, und er habe die am Rande und jenseits des europäischen Horizonts liegenden Dinge nicht in seinen Kalkül gezogen. Das kann keinem Urteilsfähigen beifallen.

Immer aber waren diese Dinge mehr Imponderabilien als Realitäten; sie fielen mit ins Gewicht, aber sie berührten nicht unsere Lebensinteressen.

Tempora mutantur! Wie hat sich das Bild im dritten und vierten Jahrzehnt der Reichsgeschichte geändert! Die Vorsehung hat dem Edelstamme der Germanen besondere Gaben mitgegeben, ihn mit geistiger und physischer Kraft und mit sittlicher Stärke vor allen anderen Nationen ausgezeichnet. Und wenn ihr Wille schon heute unverkennbar deutlich dahin zielt, daß die siedelungsfähige Erde unter die weißen Völker aufgeteilt werden soll, so ist anderseits doch auch kein Zweifel, daß unter diesen weißen Völkern das germanische Blut zur endgültigen Vorherrschaft ausersehen ist:

„Thor stand am Mitternacht-Ende der Welt.
Die Streitaxt warf er, die schwere:
‚Soweit der sausende Hammer fällt,
Wird mein das Land und die Meere.‘
Seitdem ist's freudig Germanenrecht,
Mit dem Hammer Land zu erwerben:
Wir sind von des Hammergottes Geschlecht
Und wollen sein Weltreich erben!“

Nun konnten die Angelsachsen auf beiden Ufern des großen Wassers unter der Gunst ihrer geographischen Lage schneller, weil ungestörter, zur Blüte heranreifen, während ihre festländischen Vettern bis zu Bismarcks unsterblichen Taten lediglich Objekt, nicht aber Subjekt der Geschichte waren. Kaum hatte jedoch der Riese mit übermenschlicher Kraft die granitnen Mauern um den vaterländischen Boden aufgetürmt, da brach aus dem umfriedeten Garten die lang verhaltene Kraft allerorten mit ungestümem Drang hervor. Die Menschen wuchsen und mit ihnen ihre höheren Zwecke.

Es war kein Fleck mehr, der nicht grünte und blühte. Derselbe Raum, der 1870 etwa 40 Millionen Menschen Wohnung und Nahrung gab, beherbergt heute bereits 63 Millionen, die sich alljährlich um 900 000 vermehren, während Frankreich sich nur einen Zuwachs von 60000, Großbritannien und Irland einen solchen von 370000, Italien von 200 000 und Österreich-Ungarn von 400 000 leistet. Die Schaffensfreude, die Lust zur Arbeit, zur Erzeugung von Waren und Menschenkraft, wuchs im Schatten der Kaiserkrone mit ungeahnter Stärke. Trug der Quadratkilometer in Deutschland 1870 76 Menschen, so nährt er jetzt 112, in Österreich aber nur 72 und in Frankreich 73.

Da ward dem deutschen Michel das Haus zu klein; er machte sich langsam mit dem Gedanken vertraut, sich Neuland zu suchen, Absatzmärkte und Siedelungsgebiete. Wir wissen, daß die ersten zögernden Schritte zu einem Deutschland über See noch unter Bismarcks Regiment fielen; aber wir wissen auch, daß die Blüte des jungen deutschen Nachwuchses, dem einmal der Seewind um die Stirn gebraust hatte, das wogende Meer schnell liebgewann und, von Unternehmungs- und Tatengeist beseelt, die deutsche Flagge mit Ehren an die fremden

Küsten trug. Hinaus in die Welt, der Ozean unser Feld! Das „Civis Germanus sum“ fing an, im Ausland nicht mehr bloß mit Gespött gehört zu werden. Mit schlecht verhehltem Grimme hört's noch heute der Brite, vernimmt es der Yankee und der Sohn der romanischen Länder. Aber auch sie können den Drang zur Überseepolitik nicht mehr hemmen, mit dem die wachsende Menschenzahl der deutschen Heimat und der felsenfeste Wille, unserem Volk in der Zeiten Wandel auch fernerhin den Platz in vorderster Reihe zu sichern, Hinausgesandte und Zurückbleibende erfüllt. Im „schwarzen Erdteil“ stehen Flächen von dem mehrfachen Umfang des heimischen Reiches unter dem Schutz des Kaisers; in der Südsee, an der chinesischen Küste und im Stillen Ozean sind Stützpunkte deutscher Macht und blühende Siedelungen entstanden. Und reiche Ernte ward aus der Fremde in die heimischen Scheuern gebracht. Die deutsche Handelsflagge hat sich heute auf dem ganzen Erdball das Hausrecht erobert. Der Schiffsverkehr Hamburgs hob sich von 7½ Millionen Registertons netto im Jahre 1886 auf 20½ im Jahre 1905; das ist in zwei Jahrzehnten eine Steigerung um fast das Dreifache. Der Londoner Hafen wuchs im gleichen Zeitraume von 19 auf 33,5 Millionen, also noch längst nicht um das Doppelte. Im Gesamtaußenhandel der Welt hat sich Deutschland seit 1890 von der dritten Stelle auf die zweite emporgeschwungen, von 8 auf 15,5 Milliarden Mark. Es wird nur noch von England überragt, wenn es ihm auch schon beträchtlich nahegerückt ist. Englands Außenhandel hat heute einen Wert von 21,7 gegen 15 Milliarden im Jahre 1890; der Nordamerikas beträgt 12,4 gegen 6,9 Milliarden, und Frankreich ist von 8,3 auf 8,2 Milliarden zurückgegangen. Den stolzen Zahlen dieses Außenhandels entspricht denn auch der Eroberungszug, den die deutsche Handels-

flagge unter Verdrängung der schwächeren Rivalen durch die Häfen des Weltseeverkehrs angetreten hat. Sie, die man ehedem kaum kannte, stand 1906 bereits an zweiter Stelle im Verkehr mit Rußland, Finnland, Großbritannien, Belgien, Portugal, im Verkehr der Vereinigten Staaten von Amerika mit Europa, in Uruguay, im Auslandsverkehr von Chile, in Kapland, in Natal, in Britisch-Indien, in Ceylon, in Japan und in Australien, sowie an wichtigen Verkehrspunkten, wie dem Suez Kanal, in Gibraltar, Malta, in Las Palmas, auf den Kanarischen Inseln, in Aden, Singapur und Hongkong. Vor der deutschen Flagge befand sich hier überall nur noch die britische Flagge, mit alleiniger Ausnahme von Finnland, wo der Landesflagge ein größerer Verkehrsanteil zufiel. Die dritte Stelle behauptete die deutsche Flagge in der Schiffsbewegung von Dänemark, Schweden, den Niederlanden, von Frankreich, Spanien, im Gesamtverkehr der Vereinigten Staaten von Amerika, von Brasilien, Niederländisch-Indien und China. In diesen Ländern ging der deutschen außer der einheimischen nur noch eine andere Flagge voran, und zwar in Dänemark die schwedische, in Schweden die dänische und in allen übrigen genannten Gebieten die britische Flagge.

So erwuchs seit Bismarck aus der Großmacht- die Weltmachtpolitik, aus der Enge der Kontinentalinteressen die west-östliche Hemisphärenpolitik!

„Wie dich die Lande anerkennen, soll auch das Meer dein Lehen sein!“ Ein riesenhaftes Ringen, wie es die menschliche Entwickelung zum ersten Male sieht, eine ungeheuere Anspannung der äußersten staatlichen und volklichen Kräfte hat in unserem Zeitalter eingesetzt, die Starken stärker zu machen und ihrer Botmäßigkeit die Ohnmächtigen zu unterstellen. Der Nationalismus, die staatenbildende Kraft des letzten Jahr-

hunderts ward im wesentlichen gesättigt und gebar den Imperialismus, der seither, nicht nur bei uns, sondern allerorten mächtig das Haupt erhebt.

Dazu wurde das Weltenbild von Grund aus geändert durch das Emporsteigen zweier Großstaaten, die noch vor kurzem bei der politischen Kräfteverteilung kein oder doch nur ein geringes Gewicht gehabt hatten. Die „Japs", die verachteten „gelben Affen" von ehedem, herrschen heute im fernen Osten; sie haben vor den Augen des erschreckten Europa das gewaltige Rußland zu Boden geworfen und den hochmütigen Westen gelehrt, daß es nicht nur der Christengott ist, der zum Sieg und zur Sonne führt. Und solches bahnte sich in der Stille zweier kurzer Jahrzehnte an! Die erstaunliche Erstarkung der Vereinigten Staaten Amerikas brauchte eine längere Periode, um zu der glänzenden Höhe von heute zu gelangen. Aber auch hier wurden die Möglichkeiten, welche die Vorsehung diesem Lande in „unbegrenzten Maßen" in den Schoß legte, von Europa eigentlich erst erkannt, als aus ihnen schon reale Kräfte von einem Umfange erwachsen waren, wie sie vor einem Menschenalter auch der Weiteſtblickende nicht hätte ahnen können. Wer hätte etwa zur Zeit des Berliner Kongresses die stolzen Ansprüche einer Monroe-Doktrin ernst genommen, wer die Perspektive erträumen mögen, dem Briten durch die Union, dem Moskowiterreich durch den Mikado und diesem durch das Sternenbanner ein Schach bieten zu können? Japs und Yankees sind heute Herren der Situation in ihren Zonen und darüber hinaus; auch sie drängen, wie die alten Kulturmächte, nach Neuland; und ihnen ist die unverbrauchte Kraft der Jugend noch zu eigen. Das „ôte toi, que je m'y mette!", das heute mit zwingender Notwendigkeit das uneingestandene letzte Ziel der aufstrebenden Nationen bildet, hat dadurch an Schärfe und Bedrohlichkeit gewonnen.

Die beiden neuesten Mitbewerber um einen Platz an der Sonne haben ihren Befähigungsnachweis zum weltpolitischen Handwerk geliefert; ihre Ansprüche sind aber nicht im gleichen Maße berechtigt, wenn auch ihr Erscheinen auf der Bühne die Szenerie seit den Tagen Bismarcks völlig umgestaltet hat. Die alten Stichworte haben keinen Kurs mehr, der Akteure sind mehr geworden. Die Heldenrollen, ehedem nur von einzelnen gespielt, weisen eine vermehrte Besetzung auf, während andere ihr heroisches Glanzstück ausgespielt und im Hintergrund oder gar hinter den Kulissen von den Taten der Väter ausruhen. Auch ist der Gang der Handlung ein weit unruhigerer geworden, das Spiel ward lauter und lebendiger, Milieu und Szenerie wechseln oft mit stupender Plötzlichkeit. Und wo früher nach langen Akten endlich ein Konflikt sich schürzte, da häufen sich heut die Krisen mit dramatischer Wucht, um dem Spektakulum eine Wendung zu geben, die das Parterre von Fürsten und Nationen in Erstaunen setzt.

Ein anderes Bild! Auch das Innenleben im deutschen Hause ist Veränderungsprozessen ausgesetzt gewesen, welche es verbieten, Gedanken und Rezepte des früheren Entwickelungsstadiums schematisch auf das spätere zu übertragen. Allerdings war hier der Wandel nicht ein so grundstürzender wie in der äußeren Politik.

Zwar war auch Bismarcks Zeit erfüllt von dem Kampf gegen Sozialdemokratie und Zentrum, und auf absehbare Zeit hinaus werden diesem Kampf auch die Hauptgedanken eines jeden leitenden Staatsmannes in Deutschland gelten müssen. Aber die Kriegsmittel sind notwendig andere geworden. Seinen folgenschweren Irrtum, dem Ultramontanismus mit der Waffe der Sondergesetzgebung den Garaus machen zu können, hat Bismarck noch selbst als solchen erkennen müssen, um unverweilt

die Folgerungen daraus zu ziehen. Er war der erste, der mit dem Zentrum eine Art Frieden schloß, als die parlamentarische Lage es erforderte; eine Tatsache, die deshalb Betonung verdient, weil aus der gleichen Kompromißpolitik bis vor kurzem seinen Nachfolgern, vor allem auch dem Fürsten Bülow, Angriff über Angriff gerade in derjenigen Presse erwuchs, welche Bismarck allein richtig zu verstehen, bzw. zu interpretieren in Anspruch nimmt.

Vorwürfe von derselben Haltlosigkeit werden dem nachbismarckischen Regime gemacht, weil es sich der Sozialdemokratie auf anderem Wege zu erwehren versucht, als ihn der Recke von Friedrichsruh eingeschlagen hatte.

Man muß den Gedanken des Sozialistengesetzes heute für verfehlt halten, wird aber immer zugeben müssen, daß wir Epigonen, in die innerpolitische Lage der siebziger Jahre versetzt, uns von einem gewaltsamen Vorgehen gegen die Sozialdemokratie wahrscheinlich gleichfalls vollen Erfolg versprochen hätten. Bekanntlich haben auch die Nationalliberalen dem Gesetz zugestimmt, während heute kein einziger von ihnen eine solche Bewilligung mehr aussprechen würde. Die antisozialistische Ausnahmegesetzgebung muß eben aus ihrer Zeit, die heutige Kampfmethode gegen den Marxismus aus den heutigen Zeitumständen heraus verstanden und beurteilt werden.

Damals pochte zum ersten Male die moderne Arbeiterbewegung als ein rauher Mahner an die Pforten des „Klassenstaates“, und die Lehren der Geschichte waren wirklich nicht dazu angetan, die Annahme hervorzurufen, die Sozialdemokratie werde ihre blutrünstige Sprache nicht wahr machen. Das Gewissen von Staat und Gesellschaft war damals nicht sonderlich gut. Längst hatte das großkapitalistische Zeitalter eingesetzt und begonnen, die wirtschaftlich Schwachen in seine zermalmenden

Mühlsteine zu ziehen. Trotzdem blieb das Manchestertum in altem Flor. Die Erkenntnis, daß es Pflicht der Allgemeinheit sei, die Härte dieses unaufhaltsamen Prozesses gesetzgeberisch zu mildern, ist erst das Ergebnis der späteren Entwickelung gewesen. Dazu war die Marxsche Lehre zur Bibel der Arbeiterklasse geworden; die Dogmen von der Verelendungstheorie, der Kumulation und Konzentration des Kapitals hatten in den ungeschulten Köpfen feste Wurzeln gefaßt und die geringe wirtschaftsgeschichtliche Erfahrung reichte noch längst nicht hin, diese Hirngespinste an der Hand der Statistik ad absurdum zu führen. Vor allem aber hatte die Arbeiterbewegung dieser Zeit ausschließlich politischen Charakter, die wirtschaftlich-beruflichen Tendenzen hielten sich demgegenüber durchaus noch im Hintergrund.

Die drei seitdem dahingegangenen Jahrzehnte haben auch hier eine vollkommen neue Lage geschaffen. Neben der politischen Bewegung setzte die gewerkschaftliche ein, um im neuen Jahrhundert eine Machtentfaltung zu erlangen, die außer in England kaum in einem anderen Industriestaate erreicht ist. Und je länger, desto deutlicher bilden sich die Anzeichen heraus, daß die Gewerkschaft trotz ihrer engen Verquickung mit der Sozialdemokratie der politischen Bewegung zum Bleigewicht wird und deren Fortschritt im marxistischen Sinne mehr und mehr hemmt. Es wird weiter unten darauf zurückzukommen sein, wie die Auseinandersetzung zwischen Partei und Gewerkschaft eine zusehends gereiztere wurde, wie sich die letztere mit wachsender Entschiedenheit der Inanspruchnahme ihrer Kassen für politische Zwecke widersetzt und wie auch unabhängig davon im sozialdemokratischen Lager die Ratlosigkeit, die Impotenz und Feigheit in ständigem Steigen begriffen ist. Hier sei nur das gesagt, daß so viel gewiß ist: hätten sich Zersetzungserschei-

nungen dieser Art schon zu jener Zeit bemerkbar gemacht, da der Staat sich zum ersten Male in der Lage sah, der sozialdemokratischen Gefahr gegenüber Stellung nehmen zu müssen; wäre insbesondere schon damals auch nur eine schwache Aussicht dafür vorhanden gewesen, daß sich der politischen die gewerkschaftliche Organisation zunächst parallel zur Seite und dann entgegensetzen würde, — Bismarck hätte nicht zum Sozialistengesetz gegriffen, sondern auch er hätte die Sozialdemokratie als eine Erscheinung angesehen, deren Entwicklung mit Gewehr bei Fuß vorerst abzuwarten sei.

Die Dinge von heute und die von Anno dazumal können eben nicht durch die gleiche Brille angesehen werden. Wer seine Zeitgenossen lehrt, daß politische Prinzipien unwandelbar seien, der verschreibt dem Vaterlande Gift. Bismarck würde heute seinen unberufenen Verteidigern zu allernächst einpauken, daß es der oberste Grundsatz seiner Staatskunst war, die Völker mit Generalsentenzen in Ruhe zu lassen.

Neue Aufgaben erfordern neue Lösungen. Das nachgeborene Geschlecht hat die heilige Pflicht, aus der Gedankenwelt seiner großen politischen Denker mit pietätvollem Verständnis das herauszuschälen, was in seiner Geltung auf den Tag gemünzt war, auf dem aber, dem Ewigkeitswert innewohnt, zum eigenen Nutzen fortzubauen.

Karl Lamprecht hat es in einigen markanten Sätzen gezeigt, wie das Gegenwärtige an eine noch weiter zurückliegende Vergangenheit anknüpfen kann, ohne daß die politischen Fäden entschwundener Epochen die Schritte der Lebenden zu hemmen oder zu verwirren brauchen:

„Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts ist dahingegangen wie der gleichzeitige, ihm entsprechende Konservatismus: sie sind tot, abgestorben, erledigt. Der Kulturkampf war das letzte

große Ereignis, in welchem sie ihre vollen Kräfte gemessen haben. Heute nach langen Jahren eines wesentlich durch wirtschaftliche und soziale Kämpfe und Ausgleiche gekennzeichneten Verlaufes der inneren Politik, ist es Zeit, das unmißverständlich auszusprechen, denn heute ist diese Tatsache schon der Revers jener Medaille, auf deren breite Bronzefläche das Programm einer neuen politischen Zukunft geschrieben werden muß. Worin aber kann nun dieses Programm bestehen? Die Geschichte gibt hier eine durchaus klare, selbst bis in manche Einzelheit hinein deutliche Antwort: Weiterbau auf den Grundlagen aus dem Beginn des 19. Jahrhunderts, auf den Konzeptionen der Steinschen Zeit! In den Anschauungen Steins verschmolzen sich jene ersten ahnungsvollen Forderungen unseres nationalen ursprünglichen Liberalismus und Konservatismus: Freiheit der Persönlichkeit und Organisation der Gesellschaft — und über beiden, sie schützend und von ihnen getragen, ein kraftvoller nationaler Staat! So war Steins Programm, mit den Augen unserer Zeit, ja schon mit den Augen der Zeitgenossen betrachtet, weder konservativ noch liberal; es war eine staatsmännische Resultante aus dem Parallelogramm der politischen Kräfte, die eben damals in der Nation zum ersten Male zu wirken begannen. Aber eben deshalb war es auch geeignet, je nach der Betonung seiner Schattierungen zu Parteiprogrammen verschiedener, liberaler wie konservativer Art zu führen und dennoch die denkbaren Parteibildungen unter einheitlichen großen Zielen zum Wohle des Ganzen zusammenzuhalten. Welch wunderbarer staatsmännischer Charakter! Noch heute kann es in diesem Sinne festgehalten werden, und eine Unterlage kann es bilden, sowohl nach rückwärtsschauender maßvoller wie auch pathetisch vorwärtstreibender Gesinnung. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß sich hier das Feld einer unabsehbar weiten

Gesetzgebung erschließt, aus dem eine Umbildung der Massen hervorgehen muß, die dann von selbst ein neues, eigenes Staatsideal und damit eine nach neuen Prinzipien rekrutierte Vertretung der Nation erfordern wird. Deren Bild freilich heute schon zu zeichnen, würde ebenso vergebens und falsch sein, wie alles Rütteln an dem bestehenden Wahlrecht und die Durchführung irgendwelcher Reformen im kleinen und kleinsten. Man wahre das Bestehende, bis die Grundlinien des Zukünftigen klar zutage treten und sich zur Höhe recken, denn nicht eine Reform des Staates tut heute not, sondern eine Politisierung der Gesellschaft."

Die Politisierung der Gesellschaft! Das Progamm leuchtet ein, aber es beweist auch die alles umfassende mutatio rerum seit den Tagen, da der Unvergleichliche sich auf den Ruhesitz unter den Eichen des Sachsenwaldes zurückzog. Die älteren Geschlechter und noch Bismarck selbst waren froh, im allgemeinen mit einer unpolitischen Gesellschaft zu tun zu haben. Öffentliche Meinung und politische Presse waren Dinge, auf die man nicht gut zu sprechen war; zumeist mit Recht, weil das Erziehungswerk nach dieser Richtung grob vernachlässigt worden ist. Trotzdem bleibt eine nach größten Gesichtspunkten geleitete Politisierung der Nation — bisher haben sich nur die destruktiven Kräfte, Sozialismus und Ultramontanismus, dieser wichtigen Arbeit in den ihnen zugänglichen Schichten unterzogen — das Problem der Zukunft. Die gewaltige Zeit, in welche die Geschichte uns gesetzt hat, die machtvoll hereinbrechende Periode einer Neuverteilung der brachliegenden oder durch Mißwirtschaft heruntergekommenen Landgebiete unter die fähigsten und männlichsten Völker, sie wird überall das Einsetzen des letzten Restes nationaler Kraft notwendig machen. Es wird der höchsten Anspannung der gesellschaftlichen Energie

bedürfen, um in diesen Kämpfen des großen Namens der Väter würdig zu bleiben. Die volkliche Gesamtenergie aber ist die Summe aller Einzelaufopferungen; und dafür, daß der einzelne, auch der Geringste, willig sein Bestes hergebe, ist unerläßliche Voraussetzung, daß er politisch geschult genug ist, um zu erfassen, was eigentlich auf dem Spiele steht.

Wir haben Leidenschaften vonnöten, um in die starke Bewegung gesetzt zu werden, die zu einem kraftvoll-politischen Leben erforderlich ist. Solange Bismarck am Ruder war, hat es daran nicht gefehlt. Er griff, ob er fehlgriff oder am rechten Ende anfaßte, alles mit beispielloser Wucht an; der Kampf war ihm Selbstzweck, Inhalt und Sinn des Lebens. Von seinem ersten Auftreten an bis zum letzten Tage seines Regiments hat sein Erdenwallen die Seele des Volkes bis in die Tiefen erregt; er hatte, wenn er sie brauchte, die Nation in seiner Hand, und der Chor unserer auswärtigen Neider wußte, was es auf sich hatte, wenn er mit der Entfachung nationalen Ingrimms drohte. Aber „das Geschehene hat auf die Gemüter der meisten eine unwiderstehliche Gewalt, und was uns unmöglich erschien, nimmt sogleich, als es geschehen ist, neben dem Gemeinen seinen Platz ein“, sagt Goethe in Wilhelm Meisters Lehrjahren. Der Rausch der Begeisterung am Reiche ist überraschend schnell verflogen; ja, das Verständnis für Machtfragen ist im Schwinden begriffen, und nur gar zu berechtigt war die Mahnung, in welche jüngst ein deutsches Blatt seine Schilderung der allgemeinen Stimmung ausklingen ließ: „Was vorher gewesen ist, wissen nur noch wenige aus bewußtem Erlebnis, die jetzt Lebenden nehmen das Reich als etwas Selbstverständliches hin, an dem man sogar schon oben und unten ein wenig wackeln könne. Die Tiefe einer großen Glücksempfindung über den ersten Frühlingsreiz des Reiches

haben sie nicht empfunden, und darum bestehen sie nicht immer die mannigfachen Prüfungen, die an das Vaterland herantreten, und bei denen wir zu beweisen haben, ob unsere politische Erkenntnis jener Höhe des Glücks gewachsen ist, mit der die Vorsehung unser Volk gesegnet hat. Wäre es sonst möglich, daß die öffentliche Stimmung seit Jahren zwischen einer gewissen Prahlerei und dann wieder einer starken Nervosität gegenüber dem Auslande, zwischen Hurrastimmung und Reichsverdrossenheit hin und her pendelt? Die Pflicht der ernsten Tagesarbeit ist an uns herangetreten, den blühenden Baum, den die Anstrengung unserer eigenen Väter in einem öde erscheinenden Boden gepflanzt hat, vor Stürmen und anderen Gefahren zu behüten und ihn sorgsam zu pflegen, damit er die erhofften Früchte bringe; denn ohne Pflege trägt kein Fruchtbaum, man darf ihn auch nicht verwildern lassen oder nach Belieben daran herumschnitteln. Man muß sein Wesen kennen und ihn nach dieser Erkenntnis, nicht aber nach Lehrmeinungen behandeln."

Die Dinge haben sich geändert, ringsum in der Welt und in unserem eigenen Hause. Wir aber nicht mit ihnen! Wenigstens nicht in dem Maße, in dem es angesichts der weltgeschichtlichen Mission notwendig wäre, welche uns die durch Bismarck vollzogene Reichsgründung übertrug. Wir bedürfen immer noch starker und stärkster Anstöße, damit eine an uns herantretende größere Stunde ein ihr gewachsenes Geschlecht finde. Der Quietismus tut wieder sein verhängnisvolles Werk. Man sieht nur das allerdings in reichlicher Menge vorhandene Schlechte; vergißt aber, daß die Verhältnisse sich bei uns und um uns mit unseren größeren Zielen notwendig schwieriger gestalten mußten, auch ohne die schweren Irrtümer der nachbismarckischen Periode. Man sieht und spürt immer nur

mancherlei Nöte, welche uns, besonders früher, das heiße Blut des Kaisers auf mehr als einem Gebiete bereitete; aber man übersieht oder will nicht sehen, daß sich um eben diesen Herrscher der Flotten- und Weltmachtgedanke rankt; daß er in dem Maße, in welchem die Lichtseiten seiner Charakteranlage stark und stärker hervorzutreten beginnen, zum Träger der Politisierung der Gesellschaft in nationalem Sinne wird.

Es befinden sich der Impetus der Krone mit der Impotenz der Gesellschaft in geheimer Fehde; ein gesunder Widerstreit, der nach beiderseitigen Konzessionen die Gesamtnation unter der weitsichtigen Führung des vierten Kanzlers aus der Wirrnis der Caprivischen und Hohenloheschen Zeit wieder bergan zu bringen im Begriffe steht.

---

II.

# Der Kaiser nach zwanzigjähriger Regierung.

„Die härteste und schwerste Aufgabe der Welt ist meines Erachtens die würdige Bekleidung des königlichen Amtes. Ich entschuldige an einem Fürsten viel mehr Fehler, als man gewöhnlich zu tun pflegt, in Erwägung der ungeheuren Last seiner Pflichten, vor der ich erschrecke, und bei dem Gedanken, wie schwierig es sei, bei einer so ungemessenen Macht das rechte Maß zu halten."

Montaigne.

Als Bismarck von der Höhe der Macht gestürzt war, da gab dem wehen Empfinden, das jede deutsche Brust auf dem Erdenrund durchzuckte, einen prägnanten Ausdruck jenes Buch von Theodor Zolling, das über Bismarcks Erbe handelte. Die bange Frage war, wer soll eine ideelle Hinterlassenschaft von dieser gewaltigen Größe verwalten, wer hat Würde und Kraft genug, das Riesenerbe mit seinen unermeßlichen Werten auf seine Schultern zu nehmen? Bismarck verkörperte das Prinzip der Autorität; er war, bis das Ruder seinen Händen entglitt, die Autorität schlechthin. Ohne Autorität aber kann die menschliche Gesellschaft nicht bestehen. Das Autoritätsprinzip ist nach dem treffenden Worte Joh. Scherrs der soziale Nordpol der Menschheit, ohne welchen der soziale Südpol, das Prinzip der Freiheit, nicht gedacht werden kann. Wer

sollte nach Bismarck Träger der Autorität werden, auf daß die Freiheit einerseits bestehen bleibe, anderseits aber infolge des fehlenden Gegengewichts auch nicht ausarte und uns die glänzenden Errungenschaften gefährde, die der größte Staatsmann des Jahrhunderts in unsere Scheuern gebracht? Autorität ist ihrem Begriff nach ein auf moralischem Wege erworbener Anspruch auf Unterordnung und Nachfolge. Ihr Träger konnte darum der dreißigjährige Kaiser nicht sein, und Zolling kam deshalb auf den Gedanken, das Erbe der Autorität dem Reichstag anzutragen, obschon dieser die Verkörperung des entgegengesetzten, im allgemeinen Wahlrecht verwirklichten Freiheitsprinzips darstellt. Wir erinnern uns schaudernd, wie es kam: wie der Reichstag der nationalen Würde und sich selbst ins Gesicht schlug, als er dem Achtzigjährigen, dem er das Dasein verdankte, die schuldige Ehrfurcht verweigerte; wie die der staatlichen oder jedweder Autorität feindlichen Kräfte des Ultramontanismus und des demokratischen Sozialismus erstarkten, Morgenluft witterten und das junge Reich bald unheilvoll beeinflußten; wie der Kaiser unablässig um Vertrauen warb, um immer nur wieder eine das Maß weit übersteigende Kritik zu ernten oder gar mit offenkundigem Hohn zurückgewiesen zu werden; wie mehrfach erst der Appell an das gesunde Empfinden des Volkes das Parlament zwang, dem Drang der Nation nach hinreichender Ausgestaltung der vaterländischen Wehrkraft stattzugeben. Sollte oder wollte der Reichstag uns die mit Bismarck entschwundene Autorität ersetzen, so war hier der Bock zum Gärtner gemacht. Die Aufgabe widersprach seiner Zusammensetzung aus den heterogensten Elementen, von denen jedes für sich die alleinige Autorität in Anspruch nahm und nur zum Teil die staatliche Notwendigkeit und historische Berechtigung einer über den Parteien stehenden Autorität anerkannte

Es war, wie es der liberale Geschichtsschreiber schildert: Nach den Siegen, nach dem Abschluß der ersten deutschen Höhenzeit gelang den Mächten des Acheron die Befreiung aus den eiseren Klammern, in denen sie ein überstarker Druck gefangen gehalten hatte. Die Parteien kündigten sich den Waffenstillstand. Immer roher und gröber gestalteten sich von Jahr zu Jahr unsere Parteikämpfe: sie bewegten sich selten um politische Gedanken, meist um wirtschaftliche Interessen, sie schürten den Klassenhaß, bedrohten den Frieden der Gesellschaft. Diese Vergröberung der Politik hatte ihren tiefsten Grund in einer bedenklichen Wandlung unseres gesamten Volkslebens. Vieles, was wir sonst für eine Eigentümlichkeit des sinkenden Altertums hielten, ist in Wahrheit die Ausgeburt jeder überbildeten städtischen Kultur und wiederholte sich vor unseren Augen. Die demokratischer werdende Gesellschaft trachtete nicht, wie die Schwärmer wähnten, nach der Herrschaft des Talents, das immer aristokratisch bleibt, sondern nach der Herrschaft des Geldes oder des Pöbels oder auch nach beiden zugleich. Erschreckend schnell schwand dem neuen Geschlecht, was Goethe den letzten Zweck aller sittlichen Erziehung nannte, die Ehrfurcht: die Ehrfurcht vor Gott, die Ehrfurcht vor den Schranken, welche die Natur den beiden Geschlechtern und der Bau der menschlichen Gesellschaft den Begierden gesetzt hat; die Ehrfurcht auch vor dem Vaterlande, das dem Wahnbilde einer genießenden geldzählenden Menschheit weichen sollte.

Ein Government of the people, by the people, for the people, wie es Abraham Lincoln für die Vereinigten Staaten vorschwebte, bedeutet für Deutschland aus tausend Gründen den Ruin des Reiches, den Verlust seiner Stellung in der Welt; es entbehrt der politischen wie der geschichtlichen Berechtigung. Der Kaiser hatte darum immerhin ein historisches

wie moralisches Recht auf seiner Seite, wenn er den Gefahren, die sich aus der Entwickelung der Dinge ergaben, dadurch entgegentreten wollte, daß er zuerst in ernsten, dann immer stürmischer werdenden Kundgebungen das Schwergewicht der Autorität für sich, als den Träger der Krone, zu retten versuchte. Aber seiner Jugend fehlte dazu gewissermaßen die Aktivlegitimation. Hier vor allem mußte das von den Vätern Ererbte persönlich erworben werden, sollte es in den Besitz des Enkels übergehen. Und zu diesem Erwerb gehörte vorerst Zeit.

Wenn wir nun im Gegensatz zu dem überwiegenden Teil der zeitgenössischen Kritik, die sich — teils zu politischen Zwecken, teils aus dem Bedürfnis nach Pikanterie — einseitig in die psychologische Ergründung der dem Herrscherberuf weniger zuträglichen Züge im Charakterbilde des Kaisers verbeißt, auch den positiven, dem Nationalwohl förderlichen Eigenschaften Wilhelms II. Aufmerksamkeit zuwenden, so folgen wir damit dem Gebot der Wahrheitsliebe und den Anforderniſſen der Gerechtigkeit. Wir müssen das auch darum tun, weil uns daran gelegen ist, ein Bild des Kaisers von heute zu entwerfen, das unserer Überzeugung nach so wesentlich veränderte Linien gegen die Zeit vor zehn und zwanzig Jahren aufweist. Denn erst an der Hand einer solchen unbefangenen Zeichnung läßt sich der Maßstab für die Beurteilung auch des Fürsten Bülow gewinnen, dessen Tun und Lassen, wie das eines jeden deutschen Kanzlers, zu allererst durch sein Verhältnis zum regierenden Herrn beeinflußt wird.

Dabei verkennen wir nicht die Schwierigkeit und die Undankbarkeit dieses Unterfangens. Es ist schwierig deshalb, weil der Kaiser eine der kompliziertesten Naturen ist, deren Gesamtwesen eine in dieser Ausprägung seltene Mischung von

romantischen Vorstellungen (die allerdings stark im Verblassen sind), gläubigstem Gottvertrauen und allermodernster Denkungsart darstellt. Und undankbar ist es aus dem Grunde, weil wir auf den Vorwurf byzantinischer Gesinnung gefaßt sein müssen, so wenig es unsere Absicht ist, irgend etwas zu beschönigen. Aber es gehört heute mehr Mut zu einer Schilderung, welche das Positive betont, als zu einer Schrift, welche in der Ausmalung der „Kehrseite der Medaille“ schwelgt. Ein wenn auch nur halbwegs anerkennendes Wort für den Kaiser gilt heute ohne weiteres als Schweifwedelei, und es ermutigt kaum zu einer objektiven Betrachtung seiner Persönlichkeit, wenn man z. B. in einer demokratischen Zeitung noch unlängst lesen konnte, der inländische Kaiserbiograph müsse nach einem sehr komplizierten Schema arbeiten, um zwischen den Klippen der Langweiligkeit und des Strafgesetzes durchzusegeln. Am zuverlässigsten verfange der Ton biederehrlicher Liebe mit einem Einschlag von Männerstolz vor Königsthronen. Man häufe alle Tugenden, die es irgend gibt, über den Träger der Krone auf und suche dann nach einigen Fehlern, die aber eigentlich auch keine Fehler seien, sondern wiederum sehr große Tugenden; wie etwa, der Kaiser sei sehr hochgemut, von starkem Persönlichkeitsbewußtsein und von einem ungewöhnlichen Eifer für das Gute beseelt. Dann versichere man, daß man gegebenenfalls diese Fehler dem Kaiser offen ins Gesicht sagen wolle, was aber voraussichtlich und hoffentlich niemals nötig sein werde, da diese schrecklichen Fehler des Kaisers bisher durchaus zum Wohle des Vaterlandes ausgeschlagen seien. Solch ein Artikel lese sich sehr schön, denn man ersehe daraus, daß der Verfasser kein feiler Höfling ist, sondern bereit, für seine Überzeugung zu sterben.

Die Gesinnung, von der diese Auslassung getragen ist,

richtet sich selbst. Die Demokratie ist selbstherrlich und unübertrefflich, in ihr System paßt nur die Sanatorienstimmung, der Simplizissimusgeist, dessen emsige Pflege sie sich darum mit allen Mitteln angelegen sein läßt. Jede Arbeit, welche die heutigen Zustände nicht geradezu unerträglich findet und herunterreißt, wird moralisch verdächtigt, jede hoffnungsfreudigere Anwandlung im Keime erstickt. Das nennt sich „Männerstolz vor Königsthronen", entbehrt aber des Männerstolzes vor dem Masseninstinkt, dessen Umschmeichelung beinahe noch unwürdiger ist, der aber desto eifriger umworben wird, weil er dem Diskreditierenden bereitwilliger ein Publikum sichert als dem Aufbauenden. Trotzdem ist es sittliche Pflicht, zu zeigen, daß eine objektive Untersuchung, auch ohne in den byzantinischen Sumpf zu geraten, durchaus nicht zu demjenigen Ergebnis zu geraten braucht, das die Demokratie und die Popularitätshascherei wünschen muß. Es ist einer der unehrlichsten Tricks des Massenbyzantinismus, dem Publikum einzureden, es sei selber gut, tüchtig, vortrefflich; nur die Regierenden seien vom Übel und man könne nichts anderes tun, als sie auf einem „Scheiterhaufen von Zeitungsartikeln verbrennen, zu dem jeder wahre Vaterlandsfreund von Rechts wegen ein Scheitlein herbeizutragen verpflichtet sei".

Vom Byzantinismus gilt dasselbe wie von der anderen ihm nahe verwandten Giftpflanze, der sogenannten Kamarilla. Man glaubt heute ein verdienstliches Werk zu tun, wenn man den Herrscher für den eigentlichen Urheber dieser ekelhaftesten Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens anklagt, aber man verwechselt dabei zweierlei. Denn einmal sind weder Byzantinismus noch Kamarilla eine der Monarchie oder speziell dem Berliner Hof eigentümliche Erscheinung. Die Neigung zum Kriechen und zur Schweifwedelei, d. h. zum unwahren, unauf-

richtigen Wesen, zur Rückgratlosigkeit, liegt leider tief in der menschlichen Natur begründet. Der Präsident der Republik ist in der Regel ebenso wie der Dorfkönig, der große Fabrikleiter ebenso wie der Schulmonarch von untergebenen Stiefelleckern verfolgt, welche auf Kosten der ehrlichen Meinungsäußerung ein Teilchen von Gunst oder Macht zu erhaschen suchen. Und nicht anders ergeht es mit der Kamarilla, die sich ja ihrem Wesen nach hauptsächlich aus Naturen dieses ordinären Schlages zusammensetzt. Wer in der Fülle der Macht sitzt, sei es, wo es sei, ist stets der Gefahr ausgesetzt, daß diejenigen, denen er nicht zu Willen ist, den Versuch machen, ihn umzustimmen oder, wenn sie im Besitz der schwächeren Argumente sind, ihn durch Abschließung von den verantwortlichen Ratgebern die Wahrheit vorzuenthalten. Niemals aber werden solche Manöver von Erfolg begleitet sein, wenn der Umworbene nur einigermaßen von Pflichtbewußtsein erfüllt ist und auch nur über einige Hellhörigkeit verfügt. Beide Eigenschaften aber wird auch der enragierteste Hasser unserem Kaiser nicht abstreiten wollen, und es ist der Grundirrtum des Buches des Grafen Reventlow über den Byzantinismus am Hofe Wilhelms II., daß es sich auf der Vorstellung aufbaut, der Byzantinismus komme heute von oben und nicht von unten herauf, und die Wesensart des jetzigen Kaisers biete einen besonders günstigen Nährboden für die beiden undeutschen Gewächse. Die Träger des Byzantinismus sind — man verwechselt dabei Objekt und Subjekt — nicht gleichzeitig auch die Kronenträger, sondern vielmehr die Geschichtenträger der lobhudelnden Massenpresse, die „Bürgermeister, welche an den Ehrenpforten dem fürstlichen Gast keinen einzigen Superlativ ersparen“, u. a. m.

Der Kaiser scheint uns also in diesem Punkte falsch be-

schuldigt; ebenso aber auch in einigen anderen, sehr wichtigen Dingen. Allerdings verlangt es die Ehrerbietung vor der Majestät, festzustellen, daß der regierende Herrscher diese Verkennung seiner Natur und seiner Absichten während der ersten drei Lustren seines Regiments zum Teil selbst verschuldet hat. Trotzdem zeichnen ihn in der Hauptsache Eigenschaften aus, deren größere Verbreitung unter Hoch und Niedrig der Nation dem Allgemeinwohl außerordentlich förderlich sein würde.

Den Kaiser beseelt vor allem anderen das Gefühl seiner ungeheuren Verantwortung, und man wird es ruhig aussprechen können, daß wir, wenn dieses Gefühl immer auch alle diejenigen erfüllt hätte, welche ihn in den beiden Jahrzehnten beraten oder kritisiert haben, nicht dahin gekommen wären, wo wir uns noch bis vor kurzem befanden; daß dann vor allem auch die Kritik selbst nicht zu der Maßlosigkeit gediehen wäre, die sie sehr zum Schaden unserer politischen Stellung tatsächlich erreicht hatte. Freilich ist es richtig, daß der Kaiser in dem Kraftgefühl, das in ihm die auf seine Schultern herabgesunkene gewaltige Machtfülle erweckte, die Raterteilung auch seitens der berufenen Männer erschwert haben mag. Es ist einer seiner ersten Regierungsakte gewesen, sich von dem Heros zu trennen, der das Reich zusammengezimmert hat und dessen geniale Staatskunst jedenfalls in der auswärtigen Politik auch dem fähigsten Monarchen hätte unentbehrlich sein müssen. Der junge Herrscher war eben felsenfest davon überzeugt, daß ihm, der allein oder doch zuvörderst die Verantwortung trage, von Gott auch alle jene Kraft verliehen sei, welche ihn stark genug gemacht hätte, die schwere Bürde zum Heil der Nation zu tragen. Er ist, wie alle hochgemuten Männer unserer Zeit, von der großen geschichtlichen Mission des deutschen Volkes in innerster Seele begeistert,

glaubte aber anfänglich, daß diese Mission von der Vorsehung unter seine allerpersönlichste und ausschließlichste Führung gestellt sei, zumal die Persönlichkeiten, die er selbst als oberste Berater der Krone erwählte, irgendwelche Führereigenschaften nicht entwickelten.

Der Kaiser hat wiederholt Friedrich den Großen als sein Vorbild bezeichnet, und es ist interessant, daß dieser sich ebenfalls in den Jahren der Regierungsübernahme der Vorstellung von der Unzuträglichkeit ministerieller Einsprache hingab: „Es gibt zwei Arten von Fürsten, solche, die alles mit eigenen Augen sehen und ihre Staaten selbst regieren, und solche, die sich von ihren Ministern regieren lassen. Fürsten der ersteren Art sind die Seele ihrer Staaten, das Gewicht der Regierung ruht auf ihnen wie die Welt auf den Schultern des Atlas. Inneres und Äußeres lenken sie selbst für Justiz, Armee, Finanzen, sind sie selbst die höchsten Beamten.“

Das war in den kleineren Verhältnissen der friderizianischen Epoche möglich. Welch eine Wirrnis und welche Unsumme von Verdruß und Nachträglichkeiten aller Art es mit sich bringt, wenn ein Monarch auch unter den heutigen, unendlich komplizierteren Umständen nach diesem Rezept zu regieren versucht, indem er allen Zweigen der Verwaltung seine persönliche Note aufzudrücken unternimmt, das hat das nachbismarckische Deutschland ja erleben müssen.

Heute aber ist der Kaiser von der Ersprießlichkeit dieser Methode wohl längst zurückgekommen; und er unterscheidet sich auch in wichtiger, anderer Beziehung von seinem großen Ahnen. Friedrich der Große ward vorwärts getrieben von persönlichem Ehrgeiz. 1740 an Podewils: „Mein Alter, das Feuer meiner Leidenschaft, die Sucht nach Ruhm, nach Neugier selbst, um dir nichts zu verbergen, kurz ein geheimer Instinkt haben mich

aus meiner süßen Ruhe gerissen; und die Genugtuung, meinen Namen in den Zeitungen und dann im Buch der Geschichte zu sehen, hat mich verführt." Das bezog sich auf die Überschreitung der schlesischen Grenze, und alle Welt hat auch von dem jungen Kaiser geglaubt, daß er, sobald er in den Besitz der höchsten Gewalt gelangt war, seinen Ehrgeiz durch kriegerische Taten zu befriedigen versuchen würde. Wie ist Wilhelm II. auch hierin verkannt worden! Vom Deutschen Reich wird heute längst nicht mehr ein Bruch des Weltfriedens erwartet, wenigstens nicht von denjenigen, die sich um ein unbefangenes Urteil bemühen. Der Kaiser ist später auch persönlich bestrebt gewesen, jenes Mißverständnis, das sein feuriges Temperament hervorgerufen hatte, vor dem Auslande zu beseitigen, und dieses hat sich daran gewöhnt, zwischen der schwungvollen Bildersprache des kaiserlichen Redners und seiner tatsächlichen Politik einen Unterschied zu machen. Der Kaiser hat noch 1905 in Bremen bei der Enthüllung des Denkmals Kaiser Friedrichs den unbegründeten Vorwurf zurückgewiesen, als erstrebe er eine Hegemonie Deutschlands über die übrigen Völker. Er lehnte ihn mit den unzweideutigen Worten ab, er habe niemals nach einer öden Weltherrschaft gestrebt; was sei aus den sogenannten großen Weltreichen geworden? Alexander der Große, Napoleon I., alle die großen Kriegshelden, in Blut hätten sie geschwommen und unterjochte Völker zurückgelassen, die beim ersten Augenblick wieder aufgestanden seien und die Reiche zum Zerfall gebracht hätten. Das Weltreich, das er, Kaiser Wilhelm, sich erträume, solle darin bestehen, daß das Deutsche Reich von allen Seiten absolutes Vertrauen genieße und daß, wenn man dereinst vielleicht von einem deutschen Weltreich oder einer Hohenzollern-Weltherrschaft in der Geschichte reden sollte, dies nicht durch Eroberungen

durch das Schwert begründet sein werde, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen.

Der gleiche Gedanke ist dann auch in der Rede zu Münster in der Form zum Ausdruck gekommen, daß das Deutsche Reich, wie die Hohenzollern, die Führung haben solle in dem großen Friedenskulturwerk der Zukunft, das die Nationen eine.

Der Kaiser wird im Gegensatz zu Friedrich II. nicht von persönlichem, sondern von sachlichem Ehrgeiz getrieben; das zeigt seine 20jährige Friedensarbeit gerade in Ansehung des Auslandes, da man annehmen darf, daß er, von stürmischem Tatendrang erfüllt, systematischer Selbstbeherrschung sich hingegeben haben muß, um in den nach außen hin weniger gleißenden Werken kultureller Förderung und sozialer Arbeit Genüge zu finden. Wenn er dennoch mit unermüdlichem Nachdruck auf die einem größeren Deutschland winkenden Ziele hinwies, so hat er damit nur bewiesen, daß er die Zeichen seines Zeitalters verstanden hat. Aber er beging hierbei zuerst die folgenschwere, wenn auch aus dem edlen Enthusiasmus des Dreißigjährigen erklärliche Irrung, daß er Gehorsam forderte, wo er zunächst nur Vertrauen hätte verlangen können, obgleich er auch dieses erst noch erwerben mußte; daß er durch die unverständliche Art, mit der er die Verdienste Bismarcks verkleinerte, gerade die Treuesten, die monarchisch Gesinnten ins Herz traf, die niemals von der Überzeugung ablassen werden, daß wir ohne die Titanenkraft des ragenden Recken noch heute weder Kaiserkrone noch Reich hätten. Vor allem hat die Art, wie der Kaiser früher das rein Persönliche seiner Regierung betonte, auch bei den positiven Elementen im Lande Sorge und Bedrückung hervorgerufen.

Es mußten die Kundgebungen, die er in dieser Richtung

erließ, die Kritik auch der Wohlmeinendsten geradezu auf den Plan rufen. Und es kam dahin, daß der Kaiser in die Klage ausbrach: „Ich weiß sehr wohl, daß es in der Jetztzeit versucht wird, die Gemüter zu ängstigen. Es schleicht ein Geist des Ungehorsams durch das Land; gehüllt in schillernd verführerisches Gewand, versucht er die Gemüter meines Volkes und die mir ergebenen Männer zu verwirren. . . . Ich lasse mich durchaus nicht beirren, es mag meinem Herzen wehe tun zu sehen, wie verkannt die Ziele sind, die ich verfolge. Aber ich hege das Vertrauen, daß alle diejenigen, die monarchisch gesinnt sind und es gut mit mir meinen, nicht einen Augenblick wankend geworden sind an dem, was ich tat. Sie wissen, daß ich meine ganze Stellung und meine Aufgabe als eine mir vom Himmel gesandte auffasse, und daß ich im Auftrage eines Höheren, dem ich später einmal Rechenschaft abzulegen habe, berufen bin. Nun, Brandenburger, Ihr Markgraf spricht zu Ihnen! Folgen Sie ihm durch dick und dünn auf allen den Wegen, die er sie führen wird.“

Die Ansprache ist charakteristisch für die Art, in welcher der Kaiser in dem Gefühl seiner guten Absichten damals die Gemüter gewinnen zu können glaubte; aber sie ist auch charakteristisch dafür, wie er, noch ohne die reiche und bittere Erfahrung einer längeren Regentenpraxis, den Wert sachlich begründeter Gegnerschaft unterschätzte. Sie ist endlich dafür kennzeichnend, wie der Kaiser zunächst noch ohne positive Leistungen und auch ohne klare Darlegung seiner Ziele ein Vertrauen zu seiner Tätigkeit verlangte, deren letzte Tendenzen noch durchaus in Dunkel gehüllt waren.

Das Heer der Zweifler konnte aber auch dadurch nur noch eine Verstärkung erfahren, daß die Widersprüche in der auswärtigen Politik des Reiches Unruhe und berechtigtes Miß-

behagen weithin erregten. Und wenn der Kaiser ein andermal sagte: „Wir gehen durch bewegte und anregende Tage hindurch, in denen das Urteil der großen Menge der Menschen der Objektivität leider zu sehr entbehrt, ihnen werden ruhigere Tage folgen, insofern unser Volk sich ernstlich zusammennimmt, in sich geht und unbeirrt von fremden Stimmen auf Gott baut und die ehrliche, fürsorgliche Arbeit seines angestammten Herrschers“ — so widersprach dieses Verlangen nach einem gewissermaßen blinden Vertrauen dem Geist eines Zeitalters, in welchem die mündig gewordenen Völker längst zum gleichberechtigten Mitsprechen in allen die Lebensinteressen der Nation berührenden Fragen berufen sind.

In einem Punkte allerdings hat der Kaiser Widerspruch erfahren, in welchem dieser in dem Maße, in dem er geübt worden ist, doch wohl der Berechtigung entbehrt. Wilhelm II. faßte, wie wir gesehen haben, seine Herrscheraufgabe als eine ihm direkt vom Himmel gesetzte auf; und er hat mehr als einmal betont, daß er nur im Auftrage eines Höheren handele, dem allein er Rechenschaft ablegen werde. Das konnte natürlich dahin gedeutet werden, daß der Kaiser vor der Nation als solcher und vor der Geschichte eine Verantwortung nicht trage. Hier wird man nun ohne weiteres annehmen können, daß es wohl Momente gegeben haben mag, in denen der Kaiser sich aus dem Gefühl der höchsten Mission, die einem Sterblichen auferlegt werden kann, in Vorstellungen dieser Art bewegt hat; im Grunde aber darf vernünftigerweise nicht daran festgehalten werden, daß der Kaiser wirklich geglaubt hat oder glaubt, als Regierender den Regierten keine Rechenschaft schuldig zu sein. Das stände in unmittelbarem Gegensatz mit der hohen Intelligenz, die ihn auszeichnet, mit der Sorge, die ihn angesichts der Beurteilung durch die Zeitgenossen fort-

gesetzt erfüllt, und mit der tief sittlichen Auffassung seiner Pflichten, die wir je länger desto mehr an ihm haben schätzen lernen. Wenn er sich als Herrscher aber zum Herrgott in einem besonderen Verhältnis stehend denkt, so soll man ihm gerade in einer Zeit, in welcher das Religionsempfinden wiederum einen überraschenden und mächtigen Aufschwung nimmt, daraus keinen Vorwurf machen. Denn so weit sind wir doch Gott sei Dank noch nicht, daß dem positiv gerichteten Christen aus dieser seiner Gesinnung der Makel der Rückständigkeit oder absonderlicher Denkungsart erwachsen kann. Wer religiös denkt und über die letzten Dinge dieses Lebens, über den Zweck der eigenen Persönlichkeit und die Ursache des Werdens nachsinnt, der kann sehr wohl, vielleicht muß er auch, zu dem Resultat gelangen, daß die spezielle, ihm in der Welt gewordene Stellung und Aufgabe dem persönlichen Willen des lebendigen Gottes entsprungen sei. Eine solche Überzeugung kann weder den Arbeiter noch den Gelehrten, den Philosophen oder Monarchen in irgendeiner Beziehung herabsetzen. Wer im besonderen die Betätigung dieser Anschauung in den Geschäften des Staates als eine Verquickung von Politik und Religion bezeichnet, dem sei ein Wort des Fürsten Bismarck, der unbestrittenen Autorität auf dem Gebiete der Staatskunst, entgegengehalten, der am 9. Januar 1882 im Reichstage äußerte: „Ich sehe nicht ein, mit welchem Recht wir für unsere gesamten Privathandlungen die Gebote des Christentums lebendig oder fossil anerkennen und sie gerade bei den wichtigsten Handlungen, bei der wichtigsten Betätigung unserer Pflichten, bei der Teilnahme an der Gesetzgebung eines Landes von 45 Millionen in den Hintergrund schieben wollen und sagen, hier haben wir uns daran nicht zu kehren.“

Allerdings war der Kaiser dann wieder mit dem Empfinden

der Allgemeinheit nicht im Einklang, wenn er über die Grenze der persönlichen religiösen Betätigung hinaus verlangt, daß unter den Kräften, welche die Nation stählen und für große Stunden widerstands- und leistungsfähig machen, das Christentum als die erste angesehen werde, wie er es noch in der Rede zur Einweihung des Nationaldenkmals in Memel forderte. Im Werden und Vergehen der modernen Nationen ist gerade das Christentum ein Faktor von untergeordneter Bedeutung geworden. Es war nicht der Christengott, der die Feldzeichen des Mikado zu den glanzvollen Siegen über das heilige Rußland führte. Vielmehr ist die Religion der Ausdruck persönlichsten Empfindens des Individuums zu seinem Schöpfer, und es kann allerdings auch nichts schaden, wenn das Individuum als solches sich bei der Erfüllung staatlicher Pflichten von der religiösen Grundanschauung nicht entfernt. Der Staat als solcher kann sich die Richtlinien des Christentums gar nicht zum Muster nehmen; er muß sogar häufig genug im direkten Gegensatz zu ihnen handeln; so, wenn er sich nach dem Recht des Stärkeren die alten Sitze verlodderter Völker sichert, wenn er nach dem Empfangen des einen Backenstreiches nicht auch die andere Wange darbietet, oder wenn er einer Beleidigung der nationalen Ehre mit der Schärfe des Schwertes begegnet.

Wenn der Kaiser lediglich oder doch hauptsächlich von dem gläubigen Aufschauen zu Gott die Mehrung der nationalen Wohlfahrt erwartet, so weicht er übrigens auch hierin von seinem großen Vorbild in Sanssouci ab. Da Friedrich II. an eine göttliche Vorsehung nicht einmal insofern glaubte, als sie nur das Geschick des einzelnen Menschen überwachen soll, so kann die Religion auch als politisches Imponderabile bei ihm keine Rolle gespielt haben. Denn er hat schließlich unter der

Einwirkung von Voltaire, wie Wiegand es ausdrückt, die materialistische Erklärung der Seele und des geistigen Lebens angenommen, sogar den Glauben an die Unsterblichkeit der Seele verworfen. Der ohnmächtige Gott in einer keineswegs vollkommenen Welt, der gebundene Mensch mit seiner eingewurzelten Schlechtigkeit, die sterbliche Seele, der skeptische Zweifel an aller Erkenntnis, das waren die Ingredienzien des Glaubensbekenntnisses des alten Fritz, der sich trotzdem mit beispiellosem Genie gegen eine Welt von Feinden behauptete und den Grundstein zur preußischen Königsmacht gelegt hat.

* * *

Am tiefsten aber hatte der Kaiser sich den Sinn derjenigen, denen Monarchie und Hohenzollerntum nicht nur Verstandes-, sondern Herzenssache ist, entfremdet durch die Formen, unter denen sich Bismarcks Rücktritt vollzog, wenn dieser Rücktritt für die innere Politik auch zur unabweislichen, sachlichen Notwendigkeit geworden war.

Niemals ist die dynastische Treue einer schwereren Belastungsprobe unterzogen worden. Wir sahen in dem jungen Träger der Kaiserkrone den Erben stolzester Traditionen; den hochgemuten Enkel des ehrwürdigen Herrschers, der uns unter der überlegenen Führung eines Starken in Glanz und Sieg das Reich erstritt; den angestammten Herrn; den Sproß jenes Fürstengeschlechtes, das mit der Nation seit Jahrhunderten durch Licht und Finsternis in Treuen gewandelt war, bis die strahlende Höhe erreicht wurde. Wir brachten ihm darum aus dem Grunde unserer Seele Ehrerbietung und heiße Sympathien entgegen, waren bereit, ihm in altgermanischer Mannentreue zu folgen, zumal die Weisheit des großen Reichsgründers ihm noch zur Seite stand. Bismarck aber zollten wir Ehrfurcht

und Dank von solcher Tiefe, wie ihn die Menschenbrust überhaupt empfinden kann. Er, der populäre Heros, hatte seinen Namen mit ehernem Griffel in die Tafeln der Weltgeschichte geschrieben, hatte mit seiner titanischen Kraft überhaupt erst die Stufen des steilen Weges zur Kaiserkrone gebahnt und so absolut Unvergleichbares geleistet, daß man es um unserer Weltstellung willen als ein wahrhaft tröstlich und glückhaft Zeichen ansah, daß seine Reckengestalt auch an dem Tage noch ungebeugt vor allem Volke stand, an dem Kaiser Friedrichs Auge brach. Sein bloßer Name bedeutete eine Armee und hielt das feindliche Gelüst in Bann. So hegte die Nation die innige Zuversicht, daß des Imperators Feuer sich mit der Weißheit des Mentors harmonisch zusammenfinden werde, um jene klare, ruhige Linie weiter einzuhalten, die das alte Regiment verfolgt hatte.

Es sollte nicht sein! Wir wollen der alten Wunde unnennbar schmerzliches Gefühl heute nicht von neuem aufreißen; es genügt der Hinweis auf den Ächtungsbrief Caprivis an unsere diplomatischen Vertretungen im Auslande, um daran zu erinnern, wie tief das Vertrauen des Volkes zerstört, wie schwer seine edelsten Gefühle und unter ihnen das wertvollste, die Pietät, verletzt wurde, weil ein sachlich unvermeidbarer Schritt unter so scharfen, persönlichen Kränkungen vollzogen wurde.

Dennoch wird hier die objektive Geschichtsschreibung das Urteil der Zeitgenossen ganz wesentlich zu korrigieren haben. Es handelte sich hier nicht um den Konflikt zwischen Autorität und Freiheit, sondern um den Zusammenprall von Autorität und Souveränität, von Erfahrung und Temperament; ein Vorgang von antiker Tragik. Der Kaiser lebte der Vorstellung, daß seine Krone allein auf sich gestellt sei, daß alle politische Weis-

heit, wie ein romantisches Wunder, vom Haupte des Gesalbten ausstrahle, daß auch die verdientesten Ratgeber immer nur Handlanger seien, welche die Ehre hätten, die Entschlüsse der Majestät in mehr oder minder geschickter Weise auszuführen. Bismarck war zu alt, um sich in den Eigenwillen des jungen Souveräns zu fügen, nachdem er jahrzehntelang die Geschäfte in tatsächlicher Selbständigkeit geleitet hatte; der Kaiser wieder zu sehr überzeugt von der dem Kronenträger von Gott eo ipso mitgegebenen Genialität, um den Gedanken auch nur diskutabel zu finden, daß unter Umständen die Klugheit eines alten Staatsmannes — und sei es selbst Bismarcks — sich den Wegen eines eben zur Selbständigkeit gelangten Monarchen entgegenstellen dürfe oder müsse.

Trotzdem ist es falsch, den Motiven, die zur Trennung führten, ausschließlich oder auch nur in erster Linie einen persönlichen Charakter zuzuschreiben. Weit schwerer wogen die sachlichen Momente, die den Konflikt erst zur vollen Größe anschwellen und zuletzt dann auch in persönliche Heftigkeiten ausarten ließen. Man wird es ruhig aussprechen dürfen, daß sich die gar nicht so diametral entgegengesetzten Charaktere, wenn auch nach schweren Friktionen, ineinander gefunden hätten; zumal für die absehbare Zeit, die dem Erdenwallen Bismarcks nach menschlichem Ermessen doch nur noch gesetzt sein konnte. Denn Leisetreter oder Kompromißnaturen waren weder Kaiser noch Kanzler; und es wird doch nicht wohl bestritten werden können, daß beiden als das Ideal eines großen Staatsmannes dasjenige vorschwebte, das Heinrich von Treitschke einmal in die Worte gefaßt hat: „Das Wesentliche an jedem großen Staatsmann ist die Kraft des Willens, der massive Ehrgeiz, die leidenschaftliche Freude am Erfolg. Trotz seiner leidenschaftlichen Freude am Erfolge schlechthin, trotz seiner Rück-

sichtslosigkeit in der Wahl der Mittel und namentlich in der Wahl der Personen mit allem Groben und Herben, was ihm anhaften muß, zeigt gerade der rechte Staatsmann eine Uneigennützigkeit, die etwas Ergreifendes hat."

Der Streit um die Kabinettsorder von 1852 war darum auch nur mehr der äußere Anlaß zum Bruch. Dagegen bestand auf dem Gebiet der Sozialpolitik ein tiefer, unheilbarer Gegensatz. Der Kanzler hielt an der eigenen Auffassung mit derselben Zähigkeit fest, wie der Kaiser an der seinigen, und es erhöht nur die ungeheuere Tragik von Bismarcks Sturz, daß die Entwickelung der Folgezeit dem Kaiser und nicht dem Kanzler recht gegeben hat. Man muß sich daran gewöhnen, es als eine fable convenue anzusehen, daß die innere Politik Bismarcks, so groß auch sie war, von derselben Genialität gewesen sei, wie die innerdeutsche Politik vor 1870 oder die gesamte Auslandspolitik bis zu seinem Rücktritt von den Ämtern. Es wird über den Kulturkampf und das Sozialistengesetz später unten ein weiteres zu sagen sein. Es ist wohl etwas übertrieben, aber tatsächlich nicht ganz unrichtig, wenn Hans Delbrück gesagt hat, Bismarck sei am Ende der 80er Jahre mit seiner inneren Politik, vor allem mit der Arbeiterpolitik, fertig gewesen. Wir müssen dieser Erkenntnis Raum geben, ohne daß dadurch Bismarcks unsterbliches Verdienst irgendwie geschmälert wird, der Sozialpolitik neue, ungekannte Ziele gewiesen zu haben. Es bleibt unter allen Umständen eine geschichtliche Großtat, daß er es vom Staate als nobile officium forderte, den hilflosen Schichten in ihren unverschuldeten sozialen Nöten mit den Mitteln der Allgemeinheit beizuspringen; so zwar, daß der große Gedanke der Zwangsversicherung und der Beitragspflicht des Arbeiters der neuen Einrichtung das Odium der Armenunterstützung nahm. Und niemals wäre es auch möglich

gewesen, das novum et inauditum der Alters-, Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung, überhaupt die Idee des Staatssozialismus, gegen den Widerstand der Industrie und der Manchesterleute in so kurzer Zeit oder überhaupt in die Tat umzusetzen, wenn nicht die ungeheuere Kraft eines Bismarck dafür zur Verfügung gestanden hätte.

Nun aber stand die sozial gewordene Monarchie nach Erlaß dieser Gesetzgebung vor der folgenschweren, entscheidenden Frage, welche Wege weiter einzuschlagen seien. Ob neben der Politik der sozialen Fürsorge vor allem der Weg scharfer Repression der sozialdemokratischen Umtriebe weiter zu beschreiten oder ob abzuwarten sei, inwieweit die Arbeiterschaft nach dem tatkräftigen Eingreifen des Staates sich mit Monarchie und Bürgertum aussöhnen würde. Der Kaiser nahm den Standpunkt ein, daß die Sozialdemokratie eine Erscheinung sei, deren Entwickelung man abwarten müsse, um zunächst weit kräftiger noch die Bahn beruhigender Reformen zu betreten. Bismarck dagegen vertrat mit der ganzen ihm eigenen Wucht die Ansicht, daß der sozialen Fürsorge zunächst genug getan und daß es jetzt erste Pflicht sei, die Sozialdemokratie mit gewaltsamen Mitteln auszurotten. Er sah im Sozialistengesetz das Allheilmittel, und als es ihm in der alten Schärfe nicht weiter verlängert werden sollte, da entschloß er sich, das Gesetz ganz fallen zu lassen. Er ging dabei von der Annahme aus, daß die Aufhebung des Gesetzes rasch zu einer revolutionären Erhebung der nicht mehr gefesselten Sozialdemokratie führen, daß diese mit den Waffen niedergeschlagen werden müsse und daß dann die große Masse der Philister ängstlich nach einem strengeren Gesetz als dem von 1878 rufen, der Reichstag es leicht bewilligen werde. Man sieht, Bismarcks weiterer Weg zielte auf den Bürgerkrieg und hätte die Versöhnung zwischen Mo-

narchie und Arbeiterschaft für absehbare Zeit, wenn nicht für immer unmöglich gemacht.

Daß hierin der irreparable Zwiespalt zwischen dem Kaiser und Bismarck lag, ist lange Zeit nur vermutet worden, und man konnte sich nur schwer mit dem Gedanken vertraut machen, daß Bismarck zu einem solchen Vorgehen entschlossen gewesen und an dem furchtbaren Beginnen nur durch den jungen Kaiser verhindert worden sei, der durch die Entlassung des Fürsten Staat und Reich vor dem blutigsten Experiment rettete, das die neuere Geschichte gesehen hätte. Heute aber ist ein Zweifel nicht mehr möglich. Und man beginnt die Größe der Gefahr zu begreifen, der damals Deutschland entgangen ist.

Wir haben unwiderlegliche Dokumente dafür, daß der Vorgang sich so abgespielt hat wie hier angenommen wird. Es sind das zunächst die viel und mit Recht geschmähten Memoiren des Fürsten Hohenlohe, die zwar die Figur ihres Verfassers noch kleinmütiger und dürftiger erscheinen ließen, als sie schon vorher angesehen wurde, die aber in dieser Angelegenheit als Beweismaterial herangezogen werden müssen, weil sie mit den Darlegungen anderer Zeugen übereinstimmen. Nach Band II, Seite 468 der Denkwürdigkeiten Chlodwig Hohenlohes hat der Kaiser dem damaligen Statthalter am 24. April 1890, also unmittelbar nach der Katastrophe, die Geschichte seines Zerwürfnisses mit Bismarck erzählt. Danach hat die Verstimmung schon im Dezember 1889 begonnen:

Damals schon verlangte der Kaiser, daß etwas in der Arbeiterfrage geschehen solle. Der Kanzler war dagegen. Der Kaiser ging von der Anschauung aus, daß, wenn die Regierung nicht die Initiative ergreife, der Reichstag, d. h. Sozialisten, Zentrum und Fortschrittspartei, die Sache in die Hand nehmen würden und dann die Regierung hinterher kommen werde.

Der Kanzler wollte das Sozialistengesetz mit der Ausweisung dem neuen Reichstag wieder vorlegen, diesen, wenn er es nicht annehme, auflösen und dann, wenn es zu Aufständen käme, energisch einschreiten. Der Kaiser widersetzte sich dem, weil er sich sagte, wenn sein Großvater nach einer langen, ruhmreichen Regierung genötigt worden wäre, gegen Aufständische vorzugehen, so würde ihm das niemand übel genommen haben. Anders sei dies bei ihm, der noch nichts geleistet habe. Ihm werde man vorwerfen, daß er seine Regierung damit anfange, seine Untertanen totzuschießen. Er sei bereit, einzuschreiten, aber er wolle dies mit gutem Gewissen tun, nachdem er versucht habe, die begründeten Beschwerden der Arbeiter zu befriedigen, wenigstens alles getan habe, um deren begründete Forderungen zu erfüllen.

Damit stimmt überein, was Professor Kämmel aus Leipzig, einer der Verehrer des Fürsten Bismarck, die ihn kurz vor seinem Tode in Friedrichsruh besuchten, über den Grund seiner Entlassung veröffentlicht hat. Danach hat Bismarck zu Professor Kämmel geäußert:

„Als Deichhauptmann mußte ich nach dem Satze verfahren: „Wer nicht will mitdeichen, muß weichen.“ In Rom war aquae et igni interdictus, wer sich außerhalb der Rechtsordnung stellte, im Mittelalter nannte man das „ächten“. Man müßte die Sozialdemokratie ähnlich behandeln, ihr die politischen Rechte, das Wahlrecht nehmen. So weit würde ich gegangen sein. Die sozialdemokratische Frage ist eine militärische. Man behandelt jetzt die Sozialdemokratie außerordentlich leichtsinnig ... Wie nun, wenn sich die Truppen einmal weigern, auf ihre Väter und Brüder zu schießen, wie der Kaiser verlangt hat? Sollen wir dann die hannöverschen und mecklenburgischen Regimenter gegen Hamburg

aufbieten? Dann haben wir dort etwas wie die Kommune in Paris. Der Kaiser war eingeschüchtert. Er sagte mir, er wolle nicht einmal „Kartätschenprinz" heißen, wie sein Großvater, und nicht gleich am Anfang seiner Regierung „bis an die Knöchel im Blute waten". Ich sagte ihm damals: „Euer Majestät werden noch viel tiefer hineinmüssen, wenn Sie jetzt zurückweichen." Nun hielt er mich künstlich fern. Darin bestärkte ihn der Großherzog von Baden, der das jetzt bitter bereut, und Bötticher, der . . . zu weiter gar nichts da war, als dazu, meine Ansicht im Staatsministerium zum Ausdruck zu bringen. — Wie ich nun wieder nach Berlin kam (24. Januar 1890), zeigte mir der Kaiser den Entwurf zu den Arbeitererlassen (über eine Verständigung mit den Großindustriellen zum Wohle der Arbeiter). Wahrscheinlich hatte ihn Hinzpeter gemacht, denn es standen dieselben Dinge drin, vom Kartätschenprinzen und vom Blutwaten; er war ganz unmöglich. Nun brachte ich dem Kaiser meine Reinschrift zu den Erlassen. Ich sagte ihm: „Wenn ich Euer Majestät raten darf, so werfen Sie das Papier ins Kaminfeuer." „Nein, nein," erwiderte er, „geben Sie nur her", und setzte seinen Namen darunter.

Herr Kämmel schließt mit den Worten: „Diese Darstellung gibt die genaue Parallele zu der Erzählung, die Hohenlohe aus dem Munde des Kaisers überliefert Danach begann die Verstimmung schon im Dezember 1889, und es sieht dort so aus, als ob die Unterredung zwischen Kaiser und Kanzler, in der die prinzipiellen Gegensätze in der sozialen Frage zum erstenmal scharf aufeinander stießen, in die nächstfolgende Zeit gehöre. Nur ist die von mir gegebene Darstellung des Fürsten drastischer und wird noch gehoben durch das, was er über seinen Standpunkt und seine Ansichten vorausschickt. Das ist richtig. Was Bismarck über seine Absichten vorausschickt,

enthält zugleich den Beweis, daß er tatsächlich „so weit gegangen wäre, die Sozialisten zu ächten und zu entrechten“.

Es ist von Wert, daß auch Gustav Schmoller lange vor diesen Veröffentlichungen Hohenlohes und Kämmels, nämlich in den Gedächtnisworten, die er 1899 gemeinsam mit Max Lenz und Erich Marcks unter dem Titel „Zu Bismarcks Gedächtnis“ veröffentlichte, in dem der Bismarckschen Sozialpolitik gewidmeten Aufsatz genau zu dem gleichen Endergebnis gekommen ist. Schmoller schrieb damals, daß ausschließlich Bismarck die Verantwortung in bezug auf die Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes, beziehungsweise dessen Nichtersetzung durch gemeinrechtliche Bestimmungen trifft: es sei das der dunkelste Punkt in Bismarcks Sozialpolitik. Eine Verlängerung des Gesetzes über 1890 hinaus war von der Reichstagsmajorität zu haben, wenn man den Ausweisungsparagraphen fallen ließ; da dieser abgelehnt wurde, ließ Bismarck das ganze Gesetz daran scheitern. Auch Schmoller ist der Ansicht, daß Bismarck dies nicht aus der optimistischen Ansicht heraus getan habe, daß das gemeine Recht genügen werde, sondern weil er glaubte, die von den Fesseln der Ausnahmegesetzgebung befreite Sozialdemokratie werde rasch übermütig werden und den großen Putsch versuchen, wobei man dann die ganze Bewegung mit Waffengewalt niederschlagen könne. Schmoller fügt hinzu: „Ich meine, auch psychologisch wird der historisch forschende Bismarckkenner kaum anders urteilen können, als ich es tat. Wer hinter die Kulissen sieht, weiß, wie Bismarcks ganze Tendenz in den letzten Monaten seiner Kanzlerschaft darauf gerichtet war, die von ihm als verhängnisvollen politischen Fehler angesehene damalige Arbeiterfreundlichkeit des Kaisers praktisch möglichst rasch ad absurdum zu führen. Die künftige Entstehungsgeschichte des kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890

wird das beweisen. In diesem Zusammenhang allein aber wird es verständlich, daß Bismarck vom Sozialistengesetz nicht rettete, was zu retten war, daß er die konservative Partei nicht anwies, für das gemilderte Gesetz zu stimmen; das konnte nur unterlassen, wer sicher darauf rechnete, daß rasch ein Umschwung eintreten werde, der ihm wieder das alte Gesetz oder ein schärferes verschaffen werde. Auch die Abstimmung der Konservativen, welche das Gesetz zu Fall brachte, wird nur so erklärlich. Ohne diese Voraussetzung wäre sie für die Konservativen ein gar nicht zu begreifender Fehler gewesen."

So sieht heute der junge Kaiser, gegen den immer noch mit dem tendenziös mißgedeuteten Wort des „Totschießens von Vater und Mutter" operiert wird, nach den letzten Veröffentlichungen als Sozialpolitiker, als Arbeiterkaiser aus. Wir stehen nicht an, sein hier geschildertes Verdienst als eine Tat zu bezeichnen, die sein Charakterbild in einem der wichtigsten Züge von Grund auf verändert. Der Kaiser ist auch in den zwei Dezennien seit der Katastrophe von 1890 seiner damals betätigten Auffassung treu geblieben, wonach die Milde und nicht die Schärfe in der Sozialgesetzgebung so lange vornehmstes Prinzip bleiben muß, als die Arbeiterschaft nicht selbst, der Verführung durch die Sozialdemokratie unterliegend, die Grenzen des Gesetzes überschreitet, dessen volle Schärfe sie dann allerdings zu spüren hätte. So mancher von den hochfliegenden Träumen des Kaisers auch unausführbar war oder unausgeführt geblieben ist, so übel man ihn bei der sogenannten Zuchthausvorlage beraten hatte, die ihn wiederum in das falsche Licht des antisozial gerichteten und dem patriarchalischen Absolutismus zugeneigten Souveräns brachte, — es ist doch der von ihm gegen Bismarck durchgesetzte mildere Modus, nach dem die Sozialpolitik heute zum Heile der Arbeiterschaft rüstig fort-

schreitet und die Versöhnung der untersten Klassen mit der heutigen Wirtschaftsordnung langsam anzubahnen im Begriffe steht. Die gesunden Kräfte des deutschen Volkskörpers schicken sich, wie der Wahlausfall von 1907 gezeigt hat, mehr und mehr an, den marxistischen Giftstoff zu resorbieren, ohne daß es dazu gewaltsamer, operativer Eingriffe benötigte.

Doch stehen wir auch sonst Momenten gegenüber, die unverkennbar darauf verweisen, daß auch des Kaisers Innenleben eine Entwickelung nahm, welche den vielfach in seiner ersten Regierungszeit wach gewordenen Befürchtungen den Boden entzogen hat.

Er hat so vieles von der Schroffheit verloren, die ihn vor Jahren auch mit dem ruhiger denkenden Teil der Bevölkerung in einen steigenden Gegensatz zu bringen drohte, bis die wachsende Mißstimmung im Jahre 1906 zu einer gefährlichen Krisis anwuchs, die dann in dem nationalen Wahlsieg jene glückliche Lösung fand, welche in großer Stunde Fürst und Volk wieder zusammenführte. Das Urteil über den Kaiser ist seitdem gerechter, unbefangener und anerkennender geworden. Selbst in dem führenden Organ der süddeutschen Demokratie konnte man die früher an dieser Stelle undenkbare Bemerkung lesen: „In der Tat hat man an ihm viel Kritik geübt; offene, wo es ging, und wo es nicht ging, häufig jene versteckte, die sich auf des Messers Schneide bewegt und weher tun kann als ein direkter Angriff." Hieran kann man erkennen, wie die opinio communis langsam zugunsten des Kaisers umschwenkt. Ein Teil des Verdienstes daran wird ohne Zweifel der klugen, abwartenden und dabei zuletzt doch wieder großzügig gewordenen Taktik des vierten Kanzlers zuzuschreiben sein. Doch vor allem hat auch der Kaiser selbst in den letzten Jahren mehr und mehr Seiten gezeigt, die man früher an ihm für unmöglich

gehalten hätte und die beweisen, wie er aus der Sturm- und Drangperiode der ersten Zeit mit vollen Segeln in ruhigere und tiefere Wasser einlenkt. Auch zeigt er nicht mehr die starre Einseitigkeit, die vordem jeden anderen Standpunkt als eine Versündigung gegen die monarchische Treue brandmarkte und je länger, desto mehr auch die Aufrechtesten aus der Nähe des Herrschers verscheuchte. Die Entwickelung, die ihn aus den Zirkeln Stöckers zu Zeiten der achtziger Jahre allmählich dem theologischen Standpunkt eines Harnack und Delitzsch näher führte, hat den Herrscher heute auch bei Messel und Bruno Paul berechtigte Kunstempfindungen entdecken lassen. Und der innere Umschwung, den seine Seele auch in Betrachtung der allgemein menschlichen Dinge genommen hat, geht aus jener Unterredung hervor, die der Kaiser am 12. November 1906 in München mit Ludwig Ganghofer hatte. Mit ihm unterhielt sich der Kaiser außerordentlich lebhaft über die letzten Arbeiten des Dichters. Der Kaiser erwähnte, daß er noch in der letzten Zeit den „Hohen Schein" gelesen habe, und sprach im Anschluß hieran länger und eingehend über Inhalt und Gedankengang des Buches. Was dem Kaiser an dem Buche besonders gefällt, das ist, wie er sich ausdrückte, „der daraus hervortönende optimistische Klang, die Predigt, die den Glauben an das Leben und die Aussöhnung mit den Schatten des Daseins, das Vertrauen auf die Zukunft und das Vertrauen auf die Menschheit fordert". „Das macht auf mich" — sagte der Kaiser — „einen solchen Eindruck, weil ich ein Optimist durch und durch bin und mich durch nichts abhalten lassen werde, dies bis an mein Lebensende zu bleiben."

Der Kaiser nannte sich selbst einen Mann, der von Arbeit erfüllt ist und an seine Arbeit glaubt, und fügte hinzu:

„Ich will vorwärts kommen! Ich würde mich sehr freuen,

wenn man das, was ich will, richtig verstehen wollte und mich dabei unterstützen würde."

Im Anschluß daran sprach der Kaiser über die schwierige Stellung, die man bei jeder Arbeit dem Mißtrauen gegenüber habe, und berief sich dabei wiederum auf ein Zitat aus Ganghofers „Schweigen im Walde", das auch seinen Empfindungen besonders entsprochen habe, weil es seine eigenen Anschauungen dem Leben gegenüber wiedergebe. Die Stelle lautet:

„Wer mißtrauisch ist, begeht ein Unrecht an anderen und schädigt sich selbst. Wir haben die Pflicht, jeden Menschen für gut zu halten, solange er uns nicht das Gegenteil beweist."

„Nach diesem Grundsatz", sagte der Kaiser, „habe ich von jeher jeden Menschen genommen, mit dem ich zu tun hatte. Man macht manchmal ja auch schlechte Erfahrungen, aber dadurch darf man sich nicht abschrecken lassen. Man muß immer wieder mit neuem Vertrauen an die Menschheit und an das Leben herantreten."

Der Kaiser hat in seinem Jagdschloß zu Rominten in seinem Arbeitszimmer eine Spruchtafel aufgehängt, auf der der obige Spruch aus Ganghofers Roman in großer Schrift verzeichnet ist. Der Kaiser ließ sich eine solche Tafel holen und machte sie Ganghofer zum Geschenk. Was auf der Tafel steht, sagte er dabei, sei ihm so sympathisch, weil es durchaus seinen Lebensanschauungen entspreche. Man komme doch mit einem gesunden Stück Optimismus, mit einer vertrauensvolleren Lebensanschauung sowohl im eigenen Leben als auch bei den Berufsarbeiten viel weiter, als wenn man alle Dinge mit pessimistischen Augen anschaue, und in der Politik sei das auch nicht anders. Das deutsche Volk habe doch eine Zukunft, und da sei es ein Wort, das ihn immer kränke, so oft er es höre, das sei das Wort Reichsverdrossenheit.

„Was hat man von der Verdrossenheit?“ fragte der Kaiser. „Lieber arbeiten und vorwärts schauen! Ich arbeite ja auch unverdrossen, und ich glaube, daß ich dabei doch vorwärts komme.“

Im Anschluß an dieses Wort schilderte der Kaiser eingehend die Art und Weise, wie er täglich arbeite, und wie ihn oft die Fülle und Schwere der Pflichten und Arbeiten, die auf ihn einstürme, schwer ermüde. Daraus mache sich bei ihm auch immer das Bedürfnis geltend, einmal auszuspannen und wieder ein neues Stück Welt zu sehen, wieder andere Menschen kennen zu lernen, die wieder anregend wirkten. „Oft möchte ich mich am liebsten in ein Automobil setzen und ein paar Tage flott hinausfahren und zufrieden und arbeitsfroh wieder nach Hause kommen. Und solche Erfrischung hat man gerade in meinem ernsten Berufe sehr nötig, doppelt nötig, weil man gegen viele Mißverständnisse zu kämpfen hat, denn man ist da immer in einer undankbaren Lage, weil man uns keine Selbständigkeit zubilligt. Gelingt mir etwas, so fragt alle Welt: ‚Wer hat ihm das geraten?‘ und mißlingt mir etwas, so heißt es: ‚Er hat es nicht verstanden.‘ Bei Dingen, die man bei anderen Fürsten als selbstverständlich betrachtet, fragt man bei mir immer: ‚Warum?‘, und die einzige Antwort kann doch nur die sein: ‚Weil ich für das Deutsche Reich und für das deutsche Volk das Gute will.‘ Manchmal erfährt man ja auch viel Gutes, und zwar am meisten auf meinen Reisen, die man mir so zum Vorwurf macht.“

Der Kaiser läßt uns hier einen tiefen Blick in sein Inneres tun, einen Blick, der ihn unseren Augen als einen gänzlich neuen zeigt. Er gibt hier zu, daß auch ihm manches mißlungen sei; ihm, der seinerzeit kein anderes Ingenium anerkannte, als das vom Himmel auf eine geheimnisvolle Weise in das Haupt

des Kronenträgers gepflanzte. Der Kaiser heischt hier von seinem Volke nicht mehr den blinden Gehorsam der 90er Jahre; er bittet nur noch, man möge sich die Mühe geben, ihn besser zu verstehen, und er fordert unter dem freimütigen Eingeständnis begangener Fehlgriffe eine unbefangenere, gerechtere Beurteilung. Man hat zum erstenmal den Eindruck, daß er sich auf der eisigen Höhe des Kaiserthrones einsam fühlt, daß er aus dem schwülen Dunstkreise der höfischen Schmeichler, aus der ihn anhimmelnden Liebenberger Tafelrunde eine Art Flucht in die Öffentlichkeit unternimmt, um sich dem Herzen der Nation wieder zu nähern; daß er jetzt auch die Berechtigung einer unabhängigen öffentlichen Meinung erkannt hat und gewissermaßen um ihre Anerkennung wirbt.

Freilich zeigt das kaiserliche Bekenntnis zum Optismismus auch noch wieder diejenigen Züge, die ihm trotz ihres sittlichen Grundcharakters die Ausübung des monarchischen Berufes so außerordentlich erschwerten. Allerdings ist es etwas Großes um diesen unverwüstlichen Optimismus gerade in jener Zeit, die noch vor dem gewaltigen Umschwung in der inneren Politik lag. Das Reichsschiff schien damals auf allen Seiten von drohenden Klippen umgeben und niemand wußte, was eigentlich werden solle. Der Kaiser allein blieb hoffnungsfreudig, und das sei ihm gedankt; denn der Pessimismus ist steril und darf sich am allerwenigsten in das Herz des durch Geburt berufenen Führers eines Volkes einnisten.

Etwas anderes aber ist es um die Vertrauensseligkeit des Kaisers. Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß man sich und anderen in der Politik, wie im Privatleben, durch diese Eigenschaft mehr schaden kann als durch Vorsicht. Wir kennen das Wort, wonach dem Diplomaten die Sprache gegeben ist, um seine Gedanken zu verbergen; und sicherlich ist

es für den Herrscher mindestens so zweckmäßig wie für den Staatsmann, der Umwelt so lange ein gewisses grundsätzliches Mißtrauen entgegenzubringen, als sie diese ihre Vertrauenswürdigkeit über allen Zweifel beweist. Der Kaiser ist weniger Diplomat als Soldat. Ihm scheint die kalte Überlegung der alten Schule, die wägende Zurückhaltung des ancien régime nicht gegeben. Und es entspricht die vertrauensselige Art dem chevaleresken Grundzug im Wesen des Kaisers, der ihn als Mensch und als Persönlichkeit erhebt, ihn jedoch als Herrscher zu schwersten Fehlgriffen geführt hat. Es ist das Eigentümliche an dem Charakter des Kaisers, daß seine politischen Fehler seinen menschlichen Vorzügen entspringen. Die ritterliche Gesinnung, mit der er Personen und Dingen entgegentritt, hat er stets auch bei denen vorausgesetzt, denen er sie erwies. Solchem Grunde entsprangen die inneren Motive, die ihn früher fast planmäßig, (aber vereinzelt auch jetzt noch) unbedenklich auswärtigen Mächten jene vielen Freundlichkeiten bezeugen ließen, die notwendig das Mißverständnis hervorrufen müssen, als fühle das Reich sich zu schwach und buhle um die Gunst künftiger Bundesgenossen. Aus Regungen verwandter Art entstand z. B. auch das Telegramm aus Swinemünde, das soviel berechtigte Verwunderung erregte und wie ein Versuch der Zentralgewalt, in die bundesstaatliche Hoheit einzugreifen, wirken mußte, während der Kaiser auch wieder nur seiner persönlichsten Empfindung dahin Ausdruck geben wollte, wie unvornehm es für eine Partei sei, ihren politischen Verdruß den Regenten persönlich entgelten zu lassen. Auch die Loyalitätsprobe, die seinerzeit mit dem Polentum versucht wurde, die Ära Koscielski, entsprang der Neigung, ritterliche Erwägungen, die den Privatmann ehren, auf die Politik zu übertragen.

Aber wir wollen eines nicht vergessen: Wenn die politi-

schen Schattenseiten des Kaisers aus seinen rein menschlichen Vorzügen erwachsen, so hat der Monarch jedenfalls den mildernden, kaum je schon beachteten Umstand für sich, daß es bei dem Volke, dessen Leitung ihm von der Vorsehung anvertraut ist, genau so liegt. Die menschlichen Eigenschaften der Deutschen, der im tiefsten Grunde unpolitische Charakter unseres Volkes, seine persönlichen Regungen und Gefühlswallungen haben ebenfalls bei mehr als einer Gelegenheit der auswärtigen Politik schwere Verlegenheiten bereitet. So im Falle des Battenbergers, so im Kriege des heruntergekommenen Griechenvolkes gegen das Osmanenreich, so bei dem Feldzuge der Union gegen Spanien, so vor allem auch bei der Kampagne Englands gegen die burischen Freistaaten. Das folgenschwere Telegramm des deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger erscheint unter dieser Beleuchtung psychologisch etwas weniger unverständlich. So unheilvoll es sich alle die Jahre hindurch und auch heute noch mit unverminderter Schärfe für unsere Beziehungen zum Vereinigten Königreich erwies, — wir wären ungerecht, wenn wir außer Betracht ließen, daß diese Depesche damals aus der Stimmung der gesamten Nation, ja des ganzen nichtenglischen Europas heraus diktiert war. Und der Kaiser fühlte in gewissem Sinne, wenn nicht das Mandat, so doch das sympathische Bedürfnis, der Interpret der Gefühle seines Volkes zu sein, obwohl ihm bei der unpolitischen Art der Deutschen im gegebenen Augenblicke noch mehr die Aufgabe obliegen mag, hindernd, hemmend und bremsend aufzutreten. Ist es aber für den Herrscher eines Weltreiches ein Fehlgriff verhängnisvollster Art, wenn er in einem historischen Momente nicht erkennt, welcher dieser beiden Aufgaben er nachzukommen hat, so ist es eines hochkultivierten Volkes, das auf seine politische Reife heute mehr denn je pocht, nicht weniger unwürdig,

sich lediglich von Sentiments leiten zu lassen und dann sich wild aufzubäumen, wenn die Krone diesen Sentiments, die sie anfänglich teilte, später aus Erwägungen der Staatsraison nicht mehr Folge geben kann. Wenn der Kaiser in der Krüger-Depesche den Präsidenten beglückwünschte, weil es ihm aus eigener Kraft, ohne fremde Hilfe anzurufen, gelungen sei, einen Freibeuterzug abzuschlagen, so wollte er hier ohne Zweifel nichts zwischen den Zeilen gelesen haben. Er war eben von denselben, an sich edlen Wallungen getrieben, welche auch die Nation zu so hell auflodernder, aber unpolitischer Begeisterung für den Burenstamm veranlaßte. Der Kaiser hat dann sehr bald, zweifellos infolge der Beratung durch den neuen Staatssekretär von Bülow, die schwer bedenklichen Auslegungsmöglichkeiten, welche das Telegramm bot, eingesehen, und er war nunmehr bestrebt, der üblen Wirkung entgegenzutreten. Es ist heute müßig, zu untersuchen, ob die Depesche die deutsche Burenbegeisterung erst zur Entflammung brachte, wie man dem Kaiser vielfach vorwirft, oder ob nicht vielleicht gerade umgekehrt der Enthusiasmus aller Teile des Volkes den Kaiser erst zur Absendung des deplacierten Glückwunsches bewog. Immerhin, der Burenrummel, wie wir ihn heute nennen müssen, ging in der Bevölkerung weiter; aber der Kaiser, von dem wir heute längst wissen, wie heiß es ihn nach der Anerkennung der Nation verlangt, warf sich trotzdem der stürmischen Bewegung entschlossen entgegen, um zu retten, was zu retten war, und seinerseits den von Herrscher und Volk gewissermaßen gemeinsam getanen Fehlgriff wieder gutzumachen.

Wenn seit dieser Zeit das früher freundlichere Verhältnis zwischen England und Deutschland noch immer nicht wenigstens einen korrekten Charakter wieder annehmen mochte, so wird man zum mindesten im Zweifel sein dürfen, ob es im Grunde

die Krüger-Depesche war, welche dem britischen Volk die nicht mehr auszurottende Überzeugung von der angeblichen Feindseligkeit Germaniens beibrachte, oder die wilde Volksempörung wider England, die völlig spontan das Land von der Weichsel bis zur Mosel durchbrauste und ihre höchste Höhe eigentlich erst dann erreichte, als die deutsche Regierung aus Sorge um die Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen längst wieder den Weg kaltblütigerer Berücksichtigung des nationalen Vorteils beschritten hatte, indem sie den hilfesuchenden Präsidenten von der Schwelle Deutschlands verwies und den in Paris und St. Petersburg geplanten Überfall gegen das Inselreich verhinderte.

Der Kaiser für seine Person hat dann ein übriges tun zu sollen gemeint. Er hat in Nichtbefolgung der Mahnung seines sterbenden Großvaters, unter allen Umständen mit St. Petersburg Freundschaft zu halten, sich allein der Pflege der britischen Beziehungen hingegeben und dabei fortgesetzt Übertreibungen begangen, die zu paralysieren alle die Jahre hindurch die schwerste Aufgabe seines verantwortlichen Beraters war. Und je hartnäckiger sich die Briten seinen Beteuerungen verschlossen, um so stürmischer umwarb er sie. Den Überschwänglichkeiten seines Volkes während des Südafrikanischen Krieges setzte er (allerdings mehr und mehr im vertrauten Kreise und durch Ausnutzung seiner privaten Beziehungen) die Übertreibungen seines feurigen Temperaments und die Unvorsichtigkeiten seiner vertrauensseligen Natur entgegen. Ohne jeden Erfolg! Der kühle Staatssinn der Engländer ließ sich nicht überzeugen. Als jetzt die Kommentare der Londoner Blätter zu den Veröffentlichungen des „Daily Telegraph“ erschienen, da zog sich durch diese Auslassungen wie ein roter Faden das Argument, daß wohl die englischen Ambitionen des

Herrschers persönlich Vertrauen verdienten, daß aber ein Mann allein (und sei es selbst der Kaiser) den tiefgehenden Haß des ganzen Volkes, wie er sich während und nach dem Burenkriege offenbart habe, nicht vergessen machen, nich aus der Welt schaffen könne. Der Kaiser hat also seinet Person und sein staatsmännisches Ansehen an eine undankbare und dabei unpopuläre Aufgabe gesetzt (zum größten Teil auf eigene Faust und stets fast ohne die „ministeriellen Bekleidungsstücke"), um Wirkungen zu beseitigen, die mehr aus der Schuld seiner leicht begeisterten Nation, jedenfalls nicht allein aus seinem eigenen Verschulden resultierten. Und als dieses sein System nunmehr zusammenbrach, da hat er ritterlich die Verantwortung getragen und die Sühne auf sich genommen. Denn die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.", für die es keinen Präzedenzfall gibt, sagt ehrlich und ohne Beschönigung, daß der deutsche Kaiser (der einst sein eigener Kanzler sein wollte) in Privatgesprächen Erklärungen abgegeben hat, die dem Interesse des Reiches zuwider waren, und deren Veröffentlichung der verantwortliche Kanzler, wenn er sie gekannt hätte, widerraten haben würde.

Das ist ein kaiserliches Eingeständnis von historischer Wucht, von solcher Schwere, daß in ihm allein die absolute Bürgschaft gegen die Wiederholung ähnlicher Irrungen liegt. Außerdem bedeutet es die endgültige Beugung seines Imperatorwillens unter den konstitutionellen Gedanken, wie es auch der einzige Lichtpunkt in dieser, von so berechtigter Erregung erfüllten Zeit war, daß der Kaiser, dessen konstitutionelle Gesinnung, wie wir weiter unten sehen werden, von Jahr zu Jahr erstarkt ist, den ehrlichen Willen gezeigt hatte, die Bekanntgabe des berühmten „Interviews" von der Einwilligung der verantwortlichen Stelle abhängig zu machen. An diesem

Punkt setzen sich unsere Hoffnungen für die Zukunft fest, hier muß unser Vertrauen zu dem geborenen Führer der Nation neue Wurzeln, frische Kraft erhalten. Es kann und darf nicht sein, daß wir alles das, was wir bis zum Herbst 1908 erreicht und aufgebaut hatten, als nichts erachten, daß das schon so verheißungsvoll neu erstandene Vertrauen zwischen Fürst und Volk durch den einen schweren Fehlschlag unwiederbringlich verloren sein soll.

Wie lagen die Dinge zwischen dem Herrscher und der Nation bis unmittelbar vor der Katastrophe? Dem Kaiser und seiner Politik war mit dem nationalen Wahlsieg ein Vertrauensvotum ausgestellt worden, wie man es nach den langen, harten Jahren der Entfremdung in solcher Stärke, in so begeisterter Einmütigkeit kaum hatte erwarten dürfen. Wenn man will, beschränkte sich dieses Vertrauen allerdings auf die innere Politik. Ist hier, bei der Leitung der internen Reichsgeschäfte, aber irgend etwas geschehen, was uns berechtigte, jene Kundgebung zu bereuen? Der Kaiser, dessen Hinneigung zum „persönlichen Regiment“, wie uns die Mitteilungen im „Daily Telegraph“ überraschend bewiesen, doch noch immer nicht ganz geschwunden ist, zeigt seit langem in den innerdeutschen Angelegenheiten eine Zurückhaltung, die mustergültig und durch keinerlei Rückfälle unterbrochen worden ist. Und wie mag es z. B. gerade bei der Reichstagsauflösung in der Seele des Kaisers gestürmt haben! In dieser Zeit hat die Nation den Kaiser verstanden, auch ohne daß er sprach.

* * *

Der Kaiser hat, kaum zur Regierung gelangt, mit Begeisterung den Weltmachtgedanken aufgegriffen; er hat es verstanden, daß ihm hier eine parallele Aufgabe winkte, wie sie seinem dahingegangenen Großvater nach dessen Thronbesteigung

oblag. Damals handelte es sich für die Monarchie darum, dasjenige scharfe Instrument zu schaffen, das es Preußen ermöglichen sollte, gegen Österreich seinen wohlberechtigten Anspruch auf die Führung der deutschen Stämme durchzusetzen. Als Wilhelm II. den Thron der Väter bestieg, stand er vor dem großen Ziel, dem geeinigten Reich in den Händeln der Welt denjenigen Einfluß zu sichern, der ihm gebührt und den vor allem die stets wachsende Volkszahl erforderte. Die Zeit stand nicht mehr unter dem Zeichen der europäischen Kontinental-, sondern der Weltmachtpolitik. Um hier dem deutschen Wort den nötigen Nachdruck zu sichern, genügte die Fortentwickelung der Armee nicht mehr, es kam auf die Schaffung einer Flotte an, die mindestens so stark sein mußte, um den blühenden deutschen Handel in allen Teilen der Welt zu schützen und dem angriffslustigen Gegner die Neigung auszutreiben, mit uns anzubändeln. Wir sind allerdings erst auf dem Wege dazu; aber daß wir wenigstens so weit sind, das verdanken wir dem Kaiser, und zwar dem Kaiser allein. Seine Kritiker haben das zwar nicht direkt geleugnet, aber die Sache doch mehr nebensächlich behandelt, um auf Kosten dessen, was der Kaiser uns genützt hat, um so liebevoller hervorzuheben, was er uns vielleicht schadete. Die Verbitterung des Kaisers über die ihm fehlende Anerkennung wird — zum Teil wenigstens — verständlich für den, der Gelegenheit hatte, im einzelnen zu verfolgen, wie hier mit ihm umgesprungen worden ist. Er hat von Anbeginn seiner Regententätigkeit die ganze gewaltige Energie seines Königswillens dareingesetzt, die Widerstände zu brechen, die sich der Schaffung einer schwereren Seerüstung entgegenstellten. Die deutsche Flotte, wie sie heute schon ist und wie sie hoffentlich noch werden wird, ist darum sein ureigenstes Werk. Er hat keine Mühe, keine persönliche Arbeit, auch keine

körperliche Anstrengung gescheut, um es tief ins Volksbewußtsein einzuprägen, wie „bitter not uns eine große Flotte tut“. Der Flottenverein, der die Begeisterung für die deutsche Seegeltung bis in die untersten Schichten unseres Volkes getragen hat, ist seiner persönlichsten Initiative entsprungen; zahllose Kundgebungen in Ansprachen, Telegrammen, bei Rekrutenvereidigungen, Schiffstaufen, an festlicher Tafel usw., sind der Beweis dafür, wie den Kaiser der Gedanke an die Flotte keinen Augenblick verläßt. Die schiffsbautechnische Gesellschaft, die Ruder- und Segelregatten, selbst der Wassersport der Schüler sahen in ihm den fleißigsten Besucher und eifrigsten Förderer. Der Deutsche Reichstag verfügt über eine ganze Sammlung von Flottentabellen, die vom Kaiser mit eigener Hand gezeichnet sind. Kein Vorgang in der Marine entzieht sich der unermüdlichen Wachsamkeit des Monarchen, und kein größeres Manöver der Kriegsflotte geht vonstatten, ohne daß der Kaiser in Person an ihm teilnimmt, obwohl notorisch ist, mit welchen körperlichen Schwierigkeiten er dabei zu kämpfen hat. Es ist unzweifelhaft, daß, wenn einst die Geschichte sich mit diesen Zeitläuften eingehender zu beschäftigen haben wird, sie hier dem Kaiser eine Note von weit größerer Wärme zuerkennen wird, als die Mitwelt sie ihm zu geben bereit scheint.

* * *

Der Kaiser ist von gewissen Kritikern vor allem als der Wesensart Friedrich Wilhelms IV. nahe verwandt bezeichnet worden, und es mag sein, daß sich die Linie, die von Friedrich I. zu dem Romantiker auf den Thron führt, auch in Wilhelm II. wiederfindet. Aber man soll doch die Augen davor nicht verschließen, daß auch die andere Linie, die von Friedrich Wilhelm I. und vom großen Kurfürsten zu Friedrich dem Großen

und zu Wilhelm I. führt, in der Persönlichkeit des regierenden Kaisers immer vernehmbarer hervorklingt. Der romantische Nebel, der den Kaiserthron der 90er Jahre vor den Augen der Staubgeborenen zu verhüllen schien, ist denn doch heute einigermaßen verflogen. Der Kaiser steht heute als ein Mensch unter Menschen: „Alle sind Menschen wie du, und, obgleich sie dir wehe tun, sie sind Träger einer Seele aus den lichten Höhen von oben stammend.“ Die Sage von dem patriarchalischen Absolutismus zerstiebt langsam in alle Winde, und der Träger der Krone zeigt sich dem Auge des Volkes als eine im modernen Leben wurzelnde und im konstitutionellen Gedanken sich bewegende Persönlichkeit, deren realpolitischer gewordene Weltauffassung nunmehr ganz deutlich die Züge des militärischen Preußentums aufweist. Bei der außerordentlichen Vielseitigkeit des Kaisers ist der soldatische Grundzug seines Wesens nicht so ins allgemeine Bewußtsein gedrungen, wie er es verdiente. Und doch soll gerade hier die eigentliche Stärke seiner umfassenden Begabung liegen; dem Kaiser werden von militärischen Fachleuten, deren Autorität unzweifelhaft ist, nach dieser Richtung ganz hervorragende Qualitäten beigelegt. Wenn der Kommandant des „Emplaçable“ vor Korfu durch die Ehre des kaiserlichen Besuches so aus dem Häuschen geriet, daß er dem Monarchen im Trinkspruch erklärte, wenn Gott aus Deutschlands Oberhaupt nicht einen großen Kaiser gemacht hätte, so wäre aus Wilhelm II. ein großer Admiral geworden, — so ist das eine etwas plumpe, aber aus den Umständen entschuldbare höfische Schmeichelei, der selbstverständlich irgendein Gewicht nicht innewohnt. Indessen wirkt die Erzählung eines unserer verdientesten bürgerlichen Generale, der im Jahre 1894 (wenn wir uns recht erinnern) bei den großen Kaisermanövern in der Nähe von Stettin zu den obersten Schiedsrichtern ge-

hörte, wohl überzeugender. Die Schiedsrichter glaubten ihrer Pflicht reichlich Genüge getan zu haben, als sie sich gegen 4 Uhr früh an dem vorausbestimmten kaiserlichen Standpunkte einfanden. Der Kaiser aber, der bis 2 Uhr nachts mit seinen englischen Manövergästen (auch Lord Lansdowne war dabei) pokuliert hatte, hielt bereits seit ½ 4 Uhr auf dem das Operationsfeld beherrschenden Hügel. Er war an diesem Tage Führer der einen Partei. Das Gefecht entwickelte sich über einen Flächenraum von mehreren Quadratmeilen. Der Kaiser saß während der folgenden 5 Stunden, wie aus Erz gegossen, auf seinem Pferde und empfing während dieser Zeit wohl an 500 der verschiedensten, aus allen Teilen des ausgedehnten Feldes stammenden Meldungen, nach denen er stets sofort, ohne Zuratezeihung der Generalstäbler, seine Befehle erteilte. Seine Dispositionen verrieten nach der Versicherung unseres Gewährsmannes (welcher kein Blatt vor den Mund zu nehmen pflegt und aus der gegenteiligen Wahrheit nicht das geringste Hehl machen würde) eine wunderbare Beherrschung der gesamten Kriegslage und hätten treffender nicht erteilt werden können. Dann wurde das „Ganze halt" und zur Kritik geblasen. Die Versammlung der Kommandeure dauerte zwei Stunden. Während dieser Zeit nahmen den Kaiser beim Frühstück die Repräsentationspflichten gegenüber fürstlichen Gästen unausgesetzt in Anspruch, so daß ihm irgendeine Sammlung für die Schlußkritik nicht möglich war, die sich unmittelbar daran anschloß. Und doch hat die kritische Übersicht, bei der der oberste Kriegsherr in anderthalbstündiger Rede das Gesamtmanöver auf das peinlichste durchging, in den anspruchsvollen Generalstäblern und Schiedsrichtern die Überzeugung erweckt, daß sie selbst — und das will viel sagen — es nicht gewissenhafter, gerechter und sachlich richtiger hätten machen können. Ja, man gestand

sich, daß es kaum einen unter ihnen gab, der diese Kritik mit ihren vielen Hunderten von Namen, Höhenangaben, Ortslagen usw. hätte leisten können, ohne die Karte zu Rate zu ziehen, auf die der Kaiser verzichtet hatte.

Ein Bild des Kaisers aus der nüchternen Arbeit des Tages! Trotzdem soll die Gestalt des Herrschers auch die Phantasie des Volkes beflügeln. Der Kaiser soll keine Puppe sein, und wenn wir „lui et l'oncle" betrachten, so sind wir uns doch klar darüber, daß uns die ausgebrannte Korrektheit des englischen Herrschers weit weniger ansprechen würde. Der Kaiser hat es aufgegeben, sich als die alleinige Autorität, als die Autorität par excellence durchzusetzen; er ist heute der lebendige, der schlagendste Beweis dafür, daß die Autorität nur bestehen, nur gewinnen kann, wenn neben ihr die Freiheit der anderen besteht, wenn sich das Prinzip der Autorität und der Freiheit die Wage halten.

Unter den Ahnen, die sich der Kaiser einst zum besonderen Vorbild genommen, spielt neben Friedrich dem Großen der Große Kurfürst eine Rolle: „Er ist der Vorfahre von mir, für den ich die meiste Schwärmerei habe, der von jeher meiner Jugend als Vorbild vorangeleuchtet hat. Wie in diesem Ahn, ist auch in mir ein unbeugsamer Wille, den einmal als richtig erkannten Weg allem Widerstande zum Trutz unbeirrt weiterzugehen." So stellt sich dieser Vorfahr dem Auge des Kaisers dar. Ein verdienter preußischer Historiker aber sagt vom Großen Kurfürsten, und man glaubt, im Enkel die Züge des Ahnherrn wiederzuerkennen: „Geht man den einzelnen Akten dieser Politik nach und löst den durchmessenen Weg nach den Momenten, die für die wechselnde Wahl der Richtung maßgebend waren, gewissermaßen in seine Bestandteile auf, so wird daraus ein mühseliges und sorgen-

volles Lavieren und gelegentlich ein recht widerspruchsvolles Hinundherkreuzen. Friedrich Wilhelm hat häufige und große Fehler gemacht; er ist mehrfach nur durch günstige Fügung gut davon gekommen, auch hat er sich nicht in allen Wendungen der auswärtigen Politik ganz zuverlässig bewährt und forderte persönlich in seinem Temperament zuweilen die Rüge heraus." Ähnlich Heyck: „Mehr als einmal hat Friedrich Wilhelm, was er wünschte oder plante, im ungünstigsten Moment dem Geschäftsführer der fremden Macht gesagt. Mehr als einmal sich ganz von ehrlicher Entrüstung und leidenschaftlicher Erregung leiten lassen; dann hinterher erkennt er schmerzlich genug die begangene Unvorsichtigkeit, und in solchen oder ähnlichen Fällen empfindet er doppelt, um wieviel listiger die anderen sind."

Nun, Friedrich Wilhelm hat sich dennoch durchgesetzt, wenn nicht vor den Zeitgenossen, so doch vor der Nachwelt. Sein Leben war Mühe und Arbeit und Sorge ohne rechte Freude. Die gewaltige positive Leistung seines Erdenwallens ist erst später mit rechtem Maße gewürdigt worden. Sehen wir zu, daß es dem Kaiser nicht ebenso geht. Es wäre ein unwiederbringlicher nationaler Schade, wenn ihn die Nur-Kritik, die Kritik, die nach dem heutigen Eingeständnis selbst der Demokratie alles Maß und Ziel überschritt, dauernd daran verhinderte, die große, ihn auszeichnende Energie in positive Taten umzusetzen und die aufbauenden Eigenschaften, die auch der Widersacher ihm zuerkennen muß, zur vollen Entfaltung zu bringen.

---

III.

# Der vierte Kanzler.

„Ich diene dem Staat mit aller Fähigkeit und Integrität, welche die Natur mir verliehen hat. Obgleich meine Talente schwach sind, bin ich drum doch nicht weniger gegen den Staat quitt; denn niemand kann mehr gelten, als er hat, und im übrigen haftet es dem Begriffe der öffentlichen Stellung als ein Merkmal an, daß man der Kritik, der Satire und oft sogar der Verleumdung als Stichblatt zu dienen hat. Alle, welche Staaten gelenkt haben, als Minister, Generale, Könige, haben Schmähungen über sich ergehen lassen müssen. Ich verlange weder Widerlegung des Buches noch Bestrafung des Verfassers, ich habe dies Libell mit sehr ruhigem Blute gelesen und es sogar ein paar Freunden mitgeteilt . . .“

(Die an den Lord Marischall gerichtete Antwort Friedrichs II., als 1753 ein Pasquill Voltaires erschien.)

Dem lebenden, im Amte befindlichen Staatsmann ein Konterfei zu zeichnen, ist stets eine mißliche Sache. Einmal, weil er uns zu nahe steht, um den nötigen Abstand für eine streng objektive Betrachtung zu ermöglichen; dann aber, weil das eben erst Gewordene und das gerade Werdende in seinen Motiven selten schon genügend zutage liegt, um ein Bild in der erforderlichen Klarheit zu geben. Geht man dennoch an die schwierige Aufgabe heran, so läuft man Gefahr, vielleicht

gerade in irgendeinem der Hauptzüge von der nachfolgenden Geschichtsschreibung ad absurdum geführt zu werden. Trotzdem sei es unternommen, wenn auch nicht eine minutiöse Detailzeichnung, so doch einige jener markanten Linien zu ziehen, welche die Gestalt des Fürsten Bernhard von Bülow schon heute unverkennbar aufweist und die das Risiko einer wesentlichen Korrektur durch die Forschungen der Kinder und Enkel kaum zu fürchten haben. Es genügt das auch vollkommen für unseren Zweck, der ja keineswegs dahin geht, eine irgendwie erschöpfende Darstellung der vierten Kanzlerschaft zu geben, sondern dahin, einige subjektive Eindrücke dieser acht Jahre festzuhalten, weil schon sie uns ausreichend erscheinen, die Unkenrufe hinsichtlich der verantwortlichen Leitung der Reichsgeschäfte einigermaßen verstummen zu machen.

Wenn die Aussichten und Erfolge eines deutschen Reichskanzlers in der Hauptsache von dem Einfluß abhängen, den er sich auf die Person des Souveräns zu sichern versteht, so weiß man, wie ganz besonders schwierig die Aufgabe des Fürsten Bülow war, als er sich eines Tages auf den historischen Hochsitz des Fürsten Bismarck berufen sah. Er brachte nichts mit, als den Ruf eines geschickten Diplomaten, den ihm nach der römischen Zeit und nach der dreijährigen Leitung des auswärtigen Staatssekretariats auch die politischen Gegner bereitwilligst zuerkannten. Man hatte im Herbst 1900 darum allgemein das Gefühl, daß es schade um ihn sei, weil ihn die Stürme und Leidenschaften, die den höchsten Posten umbranden, allzuschnell verbrauchen würden; zumal er einem Monarchen gegenüberstand, der sein eigener Kanzler sein wollte, dessen kraftvoll ausgeprägter Eigenwillen ein anderes Verhältnis als das der Unterordnung gar nicht zuzulassen schien, dessen geschäftliche und persönliche Beratung jedenfalls eines der

diffizilsten Probleme staatsmännischer Feinkunst darstellte. Als ein helfendes Moment, das dem Staatssekretär den Entschluß zur Übernahme der höchsten Bürde erleichtert haben mag, kam allerdings der Eindruck hinzu, den die Amtsführung seiner beiden Vorgänger urbi et orbi gemacht hatte: dort der Graf von Caprivi, der eine Politik der zusammengeklappten Hacken, der Hände an der Hosennaht geführt, ein halbes Kolonialreich verschleudert, die großpolnische Irredenta zur Thronstütze erhoben und allen Parteien des Reichstags, einschließlich der Sozialdemokratie, die nationale Gesinnung zuerkannt hatte. Hier der Reichsfürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der im Umherhorchen in den Salons und Vorzimmern, in greisenhafter Untätigkeit und in dem berüchtigten „laisser faire, laisser aller" das Wesen der Staatskunst erblickte. Eine Vorgängerschaft solchen Kalibers mochte einen helläugigen Mann locken; diese „Leistungen" konnte er unter allen Umständen leicht übertreffen, sodaß ihm in der Öffentlichkeit eine freundlichere Note mühelos in den Schoß fallen mußte.

Doch waren die Gestalten des zweiten und dritten Kanzlers schnell einer wohltätigen Vergessenheit anheim gefallen, und es bleibt dem vierten wie jedem weiteren Erben des obersten Reichssitzes nur wieder der Vergleich mit dem ersten Kanzler, dem Reichsgründer, dessen riesiges Lebenswerk selbst die achtbarste Epigonentat in den Schatten stellen muß.

Die Gewißheit, nach höchstem Maß gemessen, den hiernach gestellten Anforderungen aber doch nicht gerecht werden zu können, läßt den Entschluß Bülows, dem Rufe des Kaisers zu folgen, als einen Akt uneigennütziger Staatsgesinnung erscheinen. Er stellte seine Person zurück und gab einen Beweis von Selbstverleugnung, wenn er das Auswärtige Amt, wo ihm seine reichen Fähigkeiten schnell und sicher eine glänzendere

Position bereitet hätten, verließ, um den dornenvollen Posten zu bekleiden, auf dem er ebenso sicher war, durch den Schatten Bismarcks verdunkelt zu werden. Tatsächlich hat ihm dieser Schatten die Arbeit überaus erschwert. Der Vergleich zwischen ihm und Bismarck wurde auch überall da herangezogen, wo die anders gearteten Verhältnisse ihn einfach verboten; und er wurde, ja er wird noch mit Vorliebe selbst von solchen Widersachern angewandt, denen die Befähigung oder doch die Berechtigung, Bismarck zu interpretieren, abgeht, weil sie an ihm zu seinen Lebzeiten niemals ein gutes Haar gelassen haben. Ein solcher Vergleich ist auch, solange er eine Gleichstellung bedeuten soll, sinn- und geschmacklos. Fürst Bülow selbst hat ihn mehrfach mit Entschiedenheit von der Hand gewiesen, so wenig er sich persönlich in der Bewunderung des Bismarckschen Genies von irgend jemand übertreffen läßt. Er hat seine Auffassung des „großen Amtsvorgängers" am eingehendsten in jener Reichstagsrede vom November 1906 niedergelegt. Was er hier zum Ausdruck brachte, deckt sich mit der Ansicht aller Verständigen. Und diese kann nur dahin gehen, daß uns die Pietät vor dem großen Namen nicht verleiten darf, in subalterner Anklammerung an den Gedankengang der Bismarckschen Politik alles das zu diskreditieren, was zu ihr im scheinbaren oder tatsächlichen Gegensatz steht. Fürst Bülow hat erklärt, wenn man auf den Fürsten Bismarck hingewiesen hat, so werde ein eingehendes Studium der Reden wie der Handlungen dieses unvergleichlichen Staatsmannes jeden davon überzeugen, daß dessen Größe nicht in Sporenklingen, Kürassierstiefeln und nicht im Rasseln mit dem Pallasch bestand, sondern im rechten Augenmaß für Menschen und Dinge. Das Dogmatisieren des Fürsten Bismarck sei bei uns nicht nur zu einer Manie, sondern beinahe zu einer Kalamität geworden.

Wir laborieren an dem mißverstandenen Fürsten Bismarck. Auch der größte Mann bleibe ein Mann seiner Zeit und die nach ihm kommenden Geschlechter könnten sich nicht darauf beschränken, seine Urteile, seine Auffassung oder nun gar seine Allüren blind nachzuahmen und nachzumachen, sondern sie müßten mit der Entwickelung der Dinge gehen, die nie stille steht, die auch das größte Genie nicht vorhersehen, geschweige denn vorzeichnen könne. Die Nation müsse die Kraft in sich finden, auch ohne einen solchen Titanen auszukommen, wie ihn die Götter nur sehr selten, alle hundert Jahre einmal, einem Volke schenken.

So Fürst Bülow über Bismarck. Trotzdem liegt es nahe, die Leistungen Bismarcks mit jedem seiner Nachfolger in Parallele zu stellen, wofern nur ein Doppeltes vermieden wird: einmal, daß schon derjenige Staatsmann, der eine inferiore Zeit auch nur um einiges überragt, ein zweiter Bismarck geheißen wird; und zweitens, daß auch offensichtliche Begabung und unleugbare Erfolge immer wieder nur deshalb über die Achsel angesehen werden, weil sie an Bismarck doch nicht heranreichen.

Im übrigen aber ist es Pflicht und Bedürfnis, eine jede Arbeit nach dem Höchstmaß dessen zu würdigen, was in derselben Hinsicht überhaupt geleistet worden ist.

Das zwingt zur Bescheidenheit und dient zum Ansporn.

Und wenn wir deshalb betonten, es gilt von Bismarcks Gedankengängen dasjenige festzuhalten, dem Ewigkeitswert innewohnt, dasjenige aber auszumerzen, was für den Augenblick gemünzt war, so wäre ein jeder deutscher Staatsmann pflichtmäßig auf Herz und Nieren dahin zu prüfen, ob er von den politischen Grundlinien des ragenden Vorbildes abweicht, sie verfolgt oder verleugnet. Wir müssen schon dann

der Vorsehung dankbar sein, wenn sie uns an diejenige Stelle, welche die höchsten Entscheidungen zu beeinflussen berufen ist, einen Mann setzt, von dem wir sagen können, er habe einiges von Bismarck gelernt, sei ein gelehriger Schüler von ihm und mit sichtlichem Erfolge bemüht, in seinen Geist einzudringen, um diesen Geist die eigene Politik befruchten zu lassen.

Das aber ist beim Fürsten Bülow der Fall, so groß die Distanz bleibt, so viel ungünstiger des Reiches heutige Stellung gegen das Ende der 80er Jahre scheint.

Einige wichtigere Vorgänge aus der nunmehr achtjährigen Kanzlerschaft des Fürsten, sowie aus dem Jahrzehnt, seit er die äußere Politik leitet, hervorzuheben, sei einem weiteren Abschnitt vorbehalten. Hier möge nur ein kurzer Versuch gestattet sein, auf einige gerade in die Augen fallenden Kongruenzen der Vorgänge von 1870—90 und seit 1900 zu verweisen; auf Anklänge, die dartun, daß von den Rezepten des Fürsten Bülow weit mehr, als man anzunehmen geneigt ist, aus der berühmten Bismarckschen Apotheke stammt. Das Wort des Altreichskanzlers aus dem Jahre 1892: „Es gibt so vieles, worüber man einig werden kann; da sollte man nicht zögern, einig zu sein!“ läßt sich geradezu als Motto über die Blockpolitik setzen, die ja doch nur eine erweiterte Kartellpolitik ist. Bei der Auflösung des Reichstages hat Fürst Bülow überraschend bewiesen, wie auch er doch einiges versteht von der vornehmsten Kunst des Staatsmannes, die unausgesprochenen Gedanken der Volksseele zu belauschen, die Imponderabilien richtig zu werten, den gegebenen Augenblick abzuwarten, dann ihn aber an der Stirnlocke zu fassen und mit dem Mut der Kaltblütigkeit den heimlich vorbereiteten Schlag zu schlagen. Diese glänzend gewonnene Kampagne hat wohl auch allen denen die Augen geöffnet, die in ihm nicht mehr sehen wollten

als den faiseur, den diseur de bons mots, den Nichts-als-Kompromißler, dem man das apokryphe Wort „Nur keine innere Krisen“ anhängte, bis er es selbst zuschanden machte. Wir haben später noch davon zu sprechen. Aber auch mit der zum schweren Schaden der Ostmark so lange hinausgeschobenen Inaugurierung einer schärferen Polenpolitik und mit der Rückkehr zum verstärkten Schutzzoll ist Fürst Bülow direkt wieder in die bewährten Bahnen des Altmeisters eingelenkt. Hatte dieser den Ausspruch getan: „Im Verfall der Landwirtschaft sehe ich eine der größten Gefahren für unseren staatlichen Verband“, so hat Fürst Bülow für seinen Leichenstein die Aufschrift: „Dieser war ein agrarischer Kanzler“ bestellt. Sehr mit Unrecht hat man Bismarck ständig als einen der wärmsten Verehrer des bestehenden Reichswahlrechtes, mit größerer Berechtigung dagegen als Gegner des Dreiklassensystems ausgespielt. Aber hat er bis zuletzt daran festgehalten, daß auch dem Reichswahlrecht als unerläßliches Korrektiv die öffentliche Stimmabgabe beizufügen sei, so hören wir ihn förmlich dem kommenden Pluralsystem für Preußen zustimmen, wenn er 1895 sagt: „Die Erfolge der nationalen Entwickelung eines jeden Landes beruhen hauptsächlich auf der Minderheit der Gebildeten, die das Land enthält. Eine Verstimmung der gebildeten Minderheit ruft eine chronische Krankheit hervor.“

Man wird, wenn man unbefangen ist, sogar zugeben können, daß sich die innere Politik Bülows zuletzt fast ebenbürtig an die Seite derjenigen Bismarcks gestellt hat. Wie es diesem 1887 durch den Appell an das nationale Ehrgefühl beschieden war, eine des deutschen Namens würdige Volksvertretung zu schaffen, so hat Fürst Bülow auf dem gleichen Wege 20 Jahre später den nämlichen großen Erfolg erstritten, der durch die Eroberung einiger preußischer Mandate durch

die Sozialdemokratie nicht im geringsten verkleinert worden ist. Ja, infolge der veränderten Parteiverhältnisse ist dieser Umschwung vielleicht noch höher anzuschlagen als der, den die Kartellwahlen herbeiführten. Die damals neu geschaffene Mehrheit entstand aus der außerordentlichen Verstärkung der Nationalliberalen und aus dem Zuwachs der konservativen Gruppen, mithin derjenigen Parteien, die ohnehin von jeher die verläßlichsten Träger nationaler Politik gewesen waren, zur Staatsgesinnung also nicht erst erzogen zu werden brauchten. Und die Kosten des Kampfes hatten die Sozialdemokraten mit den klerikalen Hilfsvölkern, vor allem aber der Freisinn zu tragen, dem wie den Roten die Hälfte der Sitze zertrümmert ward. Die linksliberale Opposition wurde dadurch nur um so erbitterter, wofern dies unter der verbissenen Führung des alten Fähnchenführers noch möglich war. Seitdem sah auch der Freisinn eine neue Jugend, die an dem Stumpfsinn pueriler Negation keine rechte Freude mehr findet, zumal die alten demokratischen Ideale dabei immer mehr unter den Schlitten, die „Sturmgesellen" von 1848 immer weniger auf ihre Rechnung kommen. Wir haben seither erkannt, daß diese Leute im Gegensatz zu Schwarz und Rot doch eigentlich Blut von unserem Blute sind, daß ihre Weltanschauung sich nicht geradezu in den Grundzügen von der der alten Nationalparteien scheidet und daß sie nur ein verbohrter Pädagoge zu den enfants terribles gemacht hatte, die sie sonst nicht notwendig hätten zu werden brauchen. Ihnen hat Fürst Bülow in kluger Erkenntnis ihrer psychischen Mauserung die Brücke zum Rückzug ins blühende Leben gebaut. Er nutzte ihre innere Wandlung, lenkte den nationalen Wind auch in die Segel ihres schwächlichen Wahlschiffleins und kettete sie damit an den Mehrheitswagen. Das Erziehungswerk ist zwar längst noch

nicht vollendet; aber es ist auch durchaus nicht von der Schwierigkeit, an die uns ein Teil der zu Erziehenden glauben machen will. Hat es doch schon das glänzende Ergebnis gezeitigt, daß die Linke zu Frankfurt a. M. freiwillig ihren Querulanten und den Vertretern einer unreifen Selbstgefälligkeit den Stuhl vor die Tür setzte. Jedenfalls haben wir mit der Gewinnung der Demokratie für positive Arbeit die Basis des nationalen Baues wesentlich verstärkt, haben die Lasten der Mehrheit auf mehr Schultern verteilt und sind zugleich gezwungen, den Bau selbst luftiger und wohnlicher zu gestalten. Die Herren von der Linken haben uns mit der Keckheit des Neulings, die hier aber berechtigt war, die Fenster aufgerissen, um die etwas stickig gewordene, rein konservative Atmosphäre durch den liberalen Luftzug erträglicher zu machen. Und gerade das hat, obschon es nicht so direkt ins Gewicht zu fallen scheint, jene „Verstimmung der gebildeten Minderheit“ beseitigt, die nach Bismarck chronische Krankheiten hervorruft.

Der Haupterfolg des Sieges lag ja freilich in der ungeheueren moralischen Wirkung, welche die katastrophenartige Niederlage der Sozialdemokratie auf die Arbeiterschaft, auf den Gemeinsamkeitssinn der bürgerlichen Parteien und auf das Ausland ausgeübt hat. Daneben durchaus auch in der so lange vergeblich ersehnten Ausschaltung des Krummstabs aus den Insignien der Hohenzollernschen Kaiserkrone. Doch würde uns das an dieser Stelle zu weit führen. Das Angeführte zeigt zur Genüge, daß Fürst Bülow mit dem Wahlsieg 1907 den Befähigungsnachweis dafür erbracht hat, wie er auch Taten von der Großzügigkeit der Bismarckschen Periode zu vollbringen imstande ist.

Er hat Anerkennung selbst von einer Seite erfahren, um die er es wahrlich nicht verdient hat. Ausgerechnet im Haupt-

blatt des rheinischen Klerikalismus konnte man lesen, daß er ein „Meister der inneren Politik“ sei, was um so bemerkenswerter erscheine, als er bis zu seinem Amtsantritt nur Diplomat gewesen sei: „Er hat nie in einem Parlamente gesessen, war nie als Verwaltungsbeamter tätig und stand also allen den Aufgaben fremd gegenüber, die er jetzt mit so großer Geschicklichkeit zu behandeln versteht. Er hat die Kanalfrage erledigt, unter ihm ist die Reichsfinanzreform und das preußische Schulgesetz durchgebracht, dazu wichtige Flottenvermehrungen und auch eine Verstärkung der Landarmee usw. Bülow hat eine ganze Menge wichtiger und guter Gesetze durchgebracht und allerhand Aufgaben gelöst, die früher fast für undurchführbar gehalten wurden. In der inneren Politik zeigt sich Bülows Kunst, sich das Vertrauen verschiedener Parteien zu erwerben, die sich untereinander bekämpfen. Ich habe den Kanzler loben hören von Konservativen, von Nationalliberalen, von Zentrumsleuten und von Freisinnigen; selbst Sozialdemokraten bezeichnen ihn als ‚relativ erträglich‘, und ich weiß mich keines anderen preußischen Ministers zu erinnern, der in gleicher Weise bei sämtlichen politischen Parteien in ‚gutem Geruch‘ gestanden hat.“

Die Äußerung stammt allerdings vom 18. Oktober 1906 und ist zur Feier des sechsjährigen Kanzlerjubiläums ohne jede Ahnung dessen geschrieben, was nur zwei Monate später auf den Klerikalismus niederfahren sollte! Seither hat man in der Zentrumspresse vergeblich nach einem ähnlichen Dithyrambus gesucht. Die Ultramontanen haben heute wohl oder übel einsehen müssen, daß es kurzsichtige Verblendung war, wenn sie von einem intimen oder unlösbaren und wechselseitigen Vertrauensverhältnis zwischen sich und dem Kanzler träumten. Fürst Bülow hat die Unterstützung von dieser Seite sechs

Jahre lang hingenommen; sicher nicht aus persönlicher Zuneigung zum Zentrum, sondern weil er als Leiter der Geschäfte ohne eine parlamentarische Mehrheit nicht existieren kann. Es hat ihn das mit den nationalen Parteien in einen Gegensatz gebracht, der seine Stellung ungemein erschwerte; und wer wollte leugnen, daß das Techtelmechtel der Reichsregierung mit dem Zentrum in allen Aufrechtgesinnten einen überaus deprimierenden Eindruck hervorrief. Heute hat sich das Blättchen gewandt. Und heute müssen wir bekennen, daß auch dem Fürsten Bülow bis zu einem gewissen Grade Unrecht getan worden ist. Man hat mit Recht behauptet, daß Bismarck die klerikale Wirtschaft in diesem Grade so lange nicht hätte ertragen können. Aber er war (wenn auch er mit den Zentrumsleuten seinen Frieden schloß, als es ohne sie nicht mehr ging) eben von stärkerer Offensive und von schnellerer Entschlußkraft. Fürst Bülow ist der diffizilere, länger Wägende. Er mußte oder wollte warten, bis das Maß der klerikalen Sünden übervoll war, um durch die Wucht der Tatsachen zu erreichen, was dem Schwergewicht seiner persönlichen Autorität damals noch nicht vergönnt gewesen wäre. Man muß sich vor allem die Tatsache vor Augen halten, daß er es nicht war, der das Zentrum so groß hatte werden lassen; daß er es vielmehr in voller Machtfülle bereits vorfand und zunächst nun zuzusehen hatte, wie er mit ihm auskam. Es ist falsch gewesen, das als persönliche Vorliebe anzusehen, was schließlich nur der Ausfluß praktischer Erwägungen der Staatsraison war. Es muß heute genügen, daß er seither der lähmenden Verstimmung der nationalen Kreise ein Ende bereitet, die Freude am Reich wiederhergestellt und insbesondere die Zweifel darüber beseitigt hat, ob er noch der Vertrauensmann des Kaisers war.

Der Vertrauensmann des Kaisers! Hier lag für den

vierten Kanzler die komplizierteste Aufgabe vor, hier aber liegt auch sein größtes Verdienst. Mit Recht hat Georges Villiers in der Revue bleue gesagt, für einen deutschen Kanzler kämen parlamentarisches Geschick und oratorische Erfolge erst in zweiter Linie; die Hauptsache sei das Vertrauen des Kaisers, und nur die Siege zählten, welche er im Kabinett seines Souveräns erringe.

Der Kaiser hatte sich von Bismarck getrennt, um „Herr im Hause“ zu sein. Wir haben gesehen, daß dabei sachliche Gründe von ungeheuerer Tragweite auf der Seite des Monarchen standen. Deshalb aber dürfen die persönlichen Momente, die mit zu dem Konflikt führten, nicht gering geschätzt werden. Der Kaiser lebte damals in der romantischen Vorstellung des Gottesgnadentums; nicht nur in dem Sinne, daß er Herrscherwürde und monarchische Mission vom Himmel empfangen habe. Für diese Auffassung braucht man nicht Träger der Krone zu sein, sie kann, wie wir oben betonten, mutatis mutandis auch im gläubigen Staubgeborenen Platz greifen. Sondern vor allem nach der Richtung, daß Gott, wenn er Last und Glanz einer Kaiserkrone einmal auf jugendliche Schultern herabsenkt, in seiner Gnade auch gleichzeitig dafür sorgt, daß dem Träger der Gewalt sofort auch der Fernblick über die Völker der Erde, das Verständnis für das Seelenleben der eignen Nation und vor allem auch die aus der Erfahrung quellende Weisheit gegeben sei, nach der sich noch manch' alter Staatsmann vergeblich sehnt.

Vielleicht mag schon das erste Jahrzehnt seiner Regierung, mögen die bitteren Erfahrungen seines jungen Thrones in dem Kaiser die Überzeugung von dem Unwert selbständiger Berater erschüttert haben, obgleich die damaligen Ratgeber dazu nicht sonderlich geeignet waren. Trotzdem blieb das Problem, die

Souveränität seines Willens in Ehrfurcht zu respektieren, sich dennoch den erforderlichen Einfluß auf diesen Willen zu sichern und dem Kaiser zu zeigen, wie hart im Raume sich die Sachen stoßen, in voller Größe für den Kanzler bestehen, der 1900 das Amt des obersten verantwortlichen Beraters der Krone übertragen erhielt. Fürst Bülow hat das Problem glänzend gelöst, obschon er einen weit schwereren Stand hatte wie Bismarck dem alten Kaiser gegenüber.

Wilhelm I. zierten die köstlichsten Tugenden, die einem Menschen gegeben sein können. Er war dankbar, pflichtbewußt, bescheiden und doch voller Würde. Wie lebenswahr ist doch das Denkmal, das Bismarck seinen edlen Eigenschaften in den „Gedanken und Erinnerungen" gesetzt hat: „Il était de relation sûre"; eine von den fürstlichen Gestalten in Seele und Körper, deren Eigenschaften, mehr des Herzens als des Verstandes, die im germanischen Charakter hin und wieder vorkommende Hingebung ihrer Diener und Anhänger auf Tod und Leben erklären. Für monarchische Gesinnung ist die Ausdehnung des Gebietes ihrer Ergebenheit nicht jedem Fürsten gegenüber dieselbe; sie unterscheidet sich, je nachdem politisches Verständnis oder Empfindung die Grenzen ziehen. Ein gewisses Maß der Hingebung wird durch die Gesetze bestimmt, ein größeres durch politische Überzeugung; wo es darüber hinausgeht, bedarf es eines persönlichen Gefühls von Gegenseitigkeit, das bewirkt, daß treue Herren treue Diener haben, deren Hingebung über das Maß staatsrechtlicher Erwägungen hinausreicht . . . Nicht einen Augenblick kam ihm der Gedanke einer Eifersucht auf seinen Diener und Untertanen in den Sinn, und nicht einen Augenblick verließ ihn das königliche Bewußtsein, der Herr zu sein; ebenso wie bei mir alle, auch übertriebene Huldigungen, das Gefühl, der Diener dieses

Herrn zu sein, und mit Freuden zu sein, in keiner Weise berührten."

Viele Züge finden sich davon im Enkel wieder. Das Gefühl für königliche Würde, die Ehrlichkeit des Herzens, das hohe Pflichtbewußtsein und die ritterliche Natur ist dem ersten und dem dritten deutschen Kaiser gemeinsam als Grundzug hohenzollernschen Wesens. Und doch, welch' Gegensatz! Dort „mehr Eigenschaften des Herzens als des Verstandes", hier mehr die Eigenschaften des Verstandes als des Herzens. Dort Gemüt, hier zäheste Energie, dort Zurückhaltung und Passivität, hier Stolz und Impetus! Es braucht nicht gesagt zu werden, daß trotzdem beider Herrscher Charaktere für den hohen Beruf des Monarchen die günstigsten Voraussetzungen enthalten, wofern sie durch die individuelle Art des jeweiligen ersten Ratgebers entsprechend ergänzt wurden. Nur mußte eben diese Ergänzung in dem ersten Falle eine andere sein wie in dem zweiten. Wir hätten den ehrwürdigen Sohn Luisens nie im Glanz kaiserlicher Würde gesehen, wenn ihm nicht Bismarck zur Seite gestanden hätte. Das lehrt die Szene im Park von Babelsberg, die mit der Vernichtung des königlichen Abdankungsdekrets endete. Und Versailles wie Nikolsburg wissen davon zu erzählen, wie Wilhelm I. durch seinen eisernen Kanzler nicht nur Schritt um Schritt zu den kühnen historischen Entschließungen förmlich gedrängt wurde, denen wir heute das Reich verdanken, sondern auch, wie es der ganzen Einsetzung von Bismarcks Persönlichkeit bedurfte, um seinen „alten Herrn" gerade in der Stunde größter Entscheidung vor unzweckmäßigem Eingriff in den Gang der Dinge zu bewahren.

Bismarcks Hauptaufgabe war es, die Passivität Wilhelms I. durch die zündende Kraft seiner Feuerseele zu einem harmonischen Gesamtwillen der obersten Reichsleitung zu vervollständigen,

dem die Nachfolge der Nation gehörte. Des Fürsten Bülow Hauptaufgabe lag umgekehrt darin, das feurige Temperament des Kaisers zu temperieren, das unschätzbare Kapital an Begabung und Energie, das in Wilhelm II. verkörpert ist, im nationalen Sinne werbend anzulegen, auf daß auch hier die Gemeinsamkeit von Kaiser und Kanzler, auf der die Willenskundgebungen der Krone fußen müssen, der obersten Reichsleitung wieder die Autorität zurückerzwang, die in der Zwischenzeit verloren gegangen war.

Vor allem lag es daher am Fürsten Bülow, sich das rückhaltlose Vertrauen des Monarchen zu erringen; und erst so ziemlich gegen Ende des Jahrzehnts, seitdem er unmittelbar das Ohr des Kaisers hat, scheint uns zwischen ihm und dem Souverän langsam jene volle Harmonie entstanden zu sein, die den tieferen Sinn des konstitutionellen Gedankens endlich zur Wahrheit machte. Der vierte Reichskanzler hat durch das allmähliche Vertrautwerden mit der Psyche des Herrschers, durch eine unbefangene und darum gerechtere Würdigung der kaiserlichen Absichten, durch eine Taktik von erstaunlicher Feinheit und durch ehrerbietige Vorstellungen erreicht, was dem dritten nicht gelang und der zweite gar nicht erst versuchte: das persönliche Hervortreten des Monarchen in politischer Rede und sonstiger Kundgebung einzudämmen, die Last der öffentlichen Verantwortung von den kaiserlichen Schultern auf die eigenen hinüberzuwälzen und so die Krone wieder zu jener Gewalt zu machen, die, dem tosenden Lärm der Leidenschaften entrückt, nur in Hochmomenten der vaterländischen Politik auf den Plan tritt. Die letzte Reichstagswahlnacht war die Krönung dieses schwierigen Entwicklungsganges von Kaiser und Kanzler. Der Auflösungsbeschluß war nach der Logik der Vorgänge das ureigenste Werk des Fürsten Bülow; der

Kaiser mochte besorgen, das sich verheißungsvoll Vorbereitende durch persönliche Schritte zu stören oder gar in Frage zu stellen. Man wußte auch ohne das, auf wessen Seite sein Herz schlug. Denn schon 1904 hatte der Kaiser an einen Zeitungsartikel, welcher der deutschen Regierung die scharfe und ausgiebige Vertretung nationaler Forderungen in Japan als Muster vorhielt, die Randbemerkung geschrieben: „Ja, wenn wir das Zentrum nicht hätten!“ So hielt sich jetzt der Herrscher klug zurück, bis nach der siegreich geschlagenen Schlacht das Volk zu ihm kam, ihn aufsuchte, um ihm in ehrlicher Begeisterung eine spontane Huldigung darzubringen, die zum erstenmal den Dank der Nation für eine Tat bedeutete.

Der Kanzler stand hier äußerlich, der Kaiser aber innerlich auf einer bis dahin von beiden noch nicht erreichten Höhe des Erfolges. Es sieht so aus, als habe sich der Souverän niederkämpfen lassen, den eigenen Willen gebeugt unter den Willen des obersten Beraters, so daß der nationale Frühling, der jener Winternacht folgte, ihm persönlich weniger zu danken wäre. Man wird aber psychologisch tiefer gehen müssen, um richtig zu urteilen. Der Kaiser ist schwerlich von Hause aus der enragierte Feind eines wahren Konstitutionalismus gewesen, der er schien. Aber er tritt an alle Dinge mit einer Auffassung großen Stiles heran, so ganz insbesondere — Gott sei Dank — an seine Pflicht als nationaler Führer. Er konnte weder aus seinem eigenen Wesen heraus, noch durfte er nach Preußens geschichtlichem Werdegang oder nach dem Geist der Verfassung den Beruf des deutschen Kaisers dahin auffassen, daß dieser die Dinge an sich herankommen lassen müsse oder könne. Der Konstitutionalismus ist in Preußen wie im Reich nie anders zu verstehen, als daß bei der Teilung der Gewalten und der geschichtlichen Verantwortung eine

societas leonina zwischen Krone und Volksvertretung zugunsten der ersteren besteht, so einschneidend die Befugnisse der letzteren sind. Es ist das genau umgekehrt wie beim englischen Imperium. Es kann für den historisch Denkenden kein Zweifel obwalten, daß bei uns die Führung der in der verantwortlichen Regierung verkörperten Herrschergewalt, nicht dem Parlament gehört, wenn die Dinge auch nur bei der Übereinstimmung beider vorwärts kommen können. Der Kaiser konnte nun weder beim Regierungsantritt, noch in den 90er Jahren und darüber hinaus zu dem anderen Faktor der Gesetzgebung ein sonderliches Vertrauen haben, da diesem seit der Kartellzeit jedwede Bewilligung für nationale Zwecke teils abgezwungen, teils durch schädliche Einräumungen förmlich abgebettelt werden mußte. Dazu kam seine unglückliche Hand in der Wahl der höchsten Ratgeber, die durchaus nicht hielten, was er sich von ihnen versprochen haben mag. So mag sich in seiner Seele jene nervöse und verärgerte Stimmung herausgebildet haben, die cäsaristisch, antikonstitutionell anmutete, obwohl sie doch vielleicht nichts war, als der Niederschlag der ungünstigen Erfahrungen mit den beiden Kanzlern, dem Parlament und der öffentlichen Meinung. Der Kaiser fühlte sich unverstanden. Sollte er, selbst immer in der Führerrolle, die moralische Verantwortung mit anderen teilen, so mußte er zu diesen Vertrauen haben. Das war ihm aus mannigfachen Gründen nicht möglich. So blieb ihm nur das Vertrauen in sich selbst, gestärkt durch die Illusion gottgewollter Mission und durch die unbegründete Überzeugung, wenn es denn sein müsse, das Ganze auch allein tragen zu können, bis ihm jemand zu Hilfe käme, dem er mit gutem Gewissen, aus innerem Bedürfnis heraus eine größere Selbständigkeit und weitergehende Einflußnahme auf die eigenen Entschließungen einräumen könnte. Erst im Fürsten Bülow

ward ihm dieser Mann. Und leicht hat der Monarch ihm sein Vertrauen nicht zugewandt; sieben und mehr Jahre warb der vierte Kanzler um den Kaiser. Nicht um jenes Maß von Gunst, das etwa zur ministeriellen Berufung genügt, hier aber, auf dem höchsten Posten, unzulänglich ist; sondern um jenen inneren, freien, willigen Zusammenklang, der allein die Kraft zur höchsten Leistung gewährt. Und in dem Maße, in welchem der Kaiser die steigende Gewißheit erlangte, daß ihn die Fähigkeiten dieses Staatsmannes nicht getäuscht hatten, daß er ihm geistig und politisch ebenbürtig sei, in diesem Maße gab er sich ihm zu eigen, und lenkte er in die konstitutionellere Regierungsweise ein, deren Voraussetzungen ihm nun erst gegeben schienen. So wuchs mit dem Kanzler der Kaiser selbst; und dieses Wachstums schönste Frucht war die nationale Wiedergeburt des im Reichstag verkörperten Volkswillens.

So strapaziös und dornenreich der Weg war, den Fürst Bülow bis zu diesem Höhepunkt zurücklegen mußte, so oft er auch das schon Erreichte wieder in Frage gestellt sehen mochte, — er ist nie müde geworden, das Recht der Persönlichkeit auch für den Kaiser in Anspruch zu nehmen und die Person des Monarchen mit seinem Schilde zu decken. So, wenn er 1900 im Reichstage erklärte, als die Abweisung des Hilfe suchenden Präsidenten Krüger im Lande so große, uns heute unverständliche Erregung hervorrief: „Anzunehmen, daß seine Majestät der Kaiser sich durch verwandtschaftliche Beziehungen beeinflussen lassen könnte, das zeigt wenig Kenntnis des Charakters und der Vaterlandsliebe des Kaisers. Für den Kaiser sind lediglich nationale und deutsche Gesichtspunkte maßgebend, und wenn dem anders wäre, wenn irgendwelche verwandschaftlichen Beziehungen, wenn irgendwelche dynastischen Rücksichten Einfluß hätten auf unsere auswärtige Politik,

dann würde ich nicht einen Tag länger Minister bleiben." Im gleichen Jahre hatte der Kaiser in Bremerhaven und in Wilhelmshaven die beiden Ansprachen gehalten, die darin gipfelten, daß der „Ozean für Deutschlands Größe unentbehrlich sei und beweise, daß es auf ihm und in der Ferne jenseits von ihm ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr geben dürfe", sowie darin, daß „Pardon nicht gegeben und Gefangene nicht gemacht werden dürften". Es ist ersichtlich, wie leicht dieser Ausspruch trotz seiner sachlichen Berechtigung infolge des prononzierten Tones von dem lauernden Ausland mißverstanden werden oder zu absichtlicher Mißdeutung Anlaß geben konnte. Der Kanzler sah sich genötigt, der etwaigen Wirkung beider Reden dadurch vorzubeugen, daß er sie also kommentierte: „Die Rede in Bremerhaven ist gehalten in einem Augenblick, wo allgemein angenommen werden mußte, daß alle in Peking eingeschlossenen Europäer eines martervollen Todes gestorben wären. Es war nach meiner Auffassung ganz in der Ordnung, daß der Kaiser zu den ausrückenden Soldaten in diesem Augenblicke als Soldat gesprochen hat und nicht als Diplomat. Daß die Diplomatie dabei nicht zu kurz kommt, dafür lassen Sie mich sorgen! In der Rede von Wilhelmshaven hat der Kaiser die Ziele unserer Politik gekennzeichnet. Daß wir in großen und für die Zukunft wichtigen Fragen uns nicht beiseite schieben lassen, das involviert noch lange nicht die Tendenz, daß wir in Fragen, die uns nichts angehen, uns einmischen wollen. Aus solchen Fragen werden wir auch künftig die Finger herauslassen. Aber die Ebenbürtigkeit mit den anderen Mächten und das Recht, mitzusprechen in der Welt, das werden wir uns nicht rauben lassen."

Aehnlich gelegentlich der Angriffe wegen der Swinemünder

Depesche: „Das Recht der freien Meinungsäußerung, das nach Art. 27 der preußischen Verfassung jedem Preußen zusteht, darf auch dem Kaiser nicht verweigert werden. Und wenn der Kaiser, seiner kräftigen Natur entsprechend, seine Meinung hier und da kräftig zum Ausdruck bringt, so wird ihm das gerade der Abgeordnete Schaedler nicht vorwerfen dürfen, der weder heute noch in Tuntenhausen als Leisetreter aufgetreten ist. Ich werde es aber niemals ablehnen, die Verantwortlichkeit zu übernehmen für die Rückwirkung, welche solche persönlichen Kundgebungen haben können auf den großen Gang der Politik; denn ich bin dem Bundesrat wie diesem hohen Hause verantwortlich für die Führung der Geschäfte, welche weder den äußeren noch den inneren Frieden des Reiches gefährdet.“ Es handelt sich im vorliegenden Falle um einen persönlichen Meinungsaustausch zweier Souveräne, der nicht den Charakter eines Staatsakts trägt, — es handelt sich um eine Aeußerung des Fürsten zum Fürsten, des Freundes zu Freunden, um eine ausschließlich persönliche Angelegenheit zwischen den beteiligten Bundesfürsten.

Am 20. Januar 1903 hatte Fürst Bülow aus Anlaß sozialdemokratischer Vorstöße von neuem Gelegenheit, direkt über sein Verhältnis zum Kaiser in höchst charakteristischer Weise zu sprechen: „Das Wesen des Verhältnisses liegt in dem beiderseitigen guten Willen, in dem beiderseitigen Wunsche, im Interesse des salus publica und für die salus publica zusammenzuwirken. Ohne gegenseitige Konzessionen, ohne gelegentliche Kompromisse geht es nun einmal nirgends in der Welt. Das will ich aber mit aller Bestimmtheit aussprechen, daß das Recht der persönlichen Initiative dem Kaiser von keinem Reichskanzler verkürzt werden soll, noch wird. Das würde weder den Traditionen des deutschen Volkes entsprechen,

noch seinen Interessen. Das deutsche Volk will gar keinen Schattenkaiser, das deutsche Volk will einen Kaiser von Fleisch und Blut; die Schattenkaiser haben genug Unheil über das alte Reich gebracht. Die erste Eigenschaft, die ein Reichskanzler haben muß, ist Augenmaß, um unterscheiden zu können zwischen großen politischen Fragen, mit denen er sich von Reichs wegen zu beschäftigen hat, und Angelegenheiten von geringerer Bedeutung. Wenn wegen der letzteren der Reichskanzler jedesmal seine Entlassung nehmen sollte, so wäre das ebenso falsch, als wenn einer aus dieser oder jener Partei austreten müßte, wenn er mit dem Leiter der Partei mal anderer Meinung ist — und das wird wohl gelegentlich auch vorkommen. Unser Kaiser verträgt sehr gut Widerspruch; er will gar keinen Reichskanzler haben, der nicht unter Umständen einen Widerspruch erhebt. Ich wünschte, Sie vertrügen den Widerspruch so gut und wären so wenig voreingenommen wie der Kaiser." Fürst Bülow kam auf den gleichen Gegenstand zwei Tage später abermals zurück: „In jedem konstitutionellen Staatswesen sind die Minister und ist namentlich der leitende Staatsmann genötigt, mit der Individualität des Monarchen zu rechnen. Wie unter uns allen, so gibt es auch unter den Fürsten schwächere und stärkere Individualitäten; je stärker und ausgeprägter die Individualität eines Monarchen ist, um so mehr wird er geneigt sein, teilzunehmen an der Politik und einzugreifen in den Gang der Staatsgeschäfte. Daß dadurch einem verantwortlichen Minister seine Aufgabe nicht immer erleichtert wird, darin hat der Herr Abgeordnete Richter vollkommen recht. Aber auf der anderen Seite wollen wir doch nicht vergessen, daß eine starke und ausgeprägte und begabte Individualität eines Fürsten für ein Volk von nicht zu unterschätzendem, von sehr großem Vorteil ist. Wenn Sie sich da-

von überzeugen wollen, gehen Sie ins Ausland. Ich habe lange Jahre meines Lebens im Ausland zugebracht, und ich habe in sehr parlamentarischen Ländern nicht sehr viele getroffen, die mit einer ganz effazierten Haltung der Monarchie einverstanden waren, sehr viele, die sich nach einem stärker akzentuierten Monarchen sehnten. Und auch diejenigen, die mit dem Gange unserer Politik nicht einverstanden sind, sollten nicht ungerecht sein für das tatkräftige und redliche Wollen unseres Kaisers, nicht ungerecht für den großen Zug in seinem Wesen, nicht ungerecht für seinen freien und vorurteilslosen Sinn. Ich sage das ohne jeden Byzantinismus: an ihm ist nichts Kleinliches. Was Sie ihm auch vorwerfen mögen — ein Philister ist er nicht, und das ist viel wert, sehr viel wert, Herr Bebel, im zwanzigsten Jahrhundert. Und wenn ich die Verantwortlichkeit zu tragen nicht mehr in der Lage wäre — eine Verantwortlichkeit, die ich trage nicht mit nachträglich oder nur pro forma abgegebenen Erklärungen, sondern in Wirklichkeit und mit dem einzigen Bestreben, dem Lande so zu dienen, wie es unter den gegebenen Verhältnissen meine Schuldigkeit ist —, so würde ich dem Zwiespalt der Auffassung zwischen dem Monarchen und mir ein Ende machen dadurch, daß ich Seine Majestät bäte, mich in Gnaden meines Amtes zu entheben."

Darüber vergingen fast vier Jahre. Erst im Dezember 1906 finde Fürst Bülow wieder Gelegenheit, die immer heftiger werdenden Angriffe auf das sogenannte persönliche Regiment abzuwehren: „Ich habe hier einmal gesagt: ein gewissenhafter, ein seiner moralischen Verantwortlichkeit sich bewußter Reichskanzler wird nicht im Amte bleiben, wenn er Dinge nicht zu verhindern vermag, die nach seinem pflichtmäßigen Ermessen das Wohl des Reiches wirklich und dauernd

schädigen. Wären solche Dinge vorgefallen, so würden Sie mich nicht mehr an dieser Stelle sehen; denn was Sie auch über mich denken mögen: ein Kleber bin ich nicht, dessen können Sie sicher sein. — Wie weit ein Minister das persönliche Hervortreten, die Meinungs- nnd Gefühlsäußerungen des Monarchen mit seiner Verantwortung decken will, das ist Sache des politischen Augenmaßes, des Pflichtgefühls gegenüber Krone und Land; das gehört in das Gebiet der politischen Imponderabilien. Ich kann mir sehr wohl denken, daß ein Minister finden kann, daß ein übertriebenes persönliches Hervortreten des Regenten, daß ein zu weit getriebener monarchischer Subjektivismus, daß ein zu häufiges Erscheinen des Monarchen ohne die ministeriellen Bekleidungsstücke, von denen die Weisheit des Fürsten Bismarck sprach, daß das dem monarchischen Interesse nicht zuträglich ist und daß er dafür die Verantwortung vor Krone, Land und Geschichte nicht übernehmen kann. Aber die Auffassung, als ob der Monarch in Deutschland keine eigenen Gedanken über Staat und Regierung haben dürfe, als ob er nur mit dem Kopfe seiner Minister denken, als ob er nur sagen dürfe, was diese ihm aufgesetzt hätten, die ist grundfalsch — sie widerspricht dem deutschen Staatsrecht, sie widerspricht auch den Wünschen des deutschen Volkes. Das deutsche Volk will keinen Schattenkaiser; es will einen Kaiser von Fleisch und Blut. Das Auftreten und die Äußerungen einer starken Persönlichkeit, wie es — das werden selbst seine Gegner anerkennen — unser Kaiser ist, das bedeutet noch lange keine Verletzung der Verfassung."

Das sind im wesentlichen die Argumente, mit denen auch Bismarck die Attacken auf die Krone abwehrte und seinen Schild vor die Person des Monarchen hielt. Aber sie tragen hier bei der ganz anders beschaffenen Lage auch ihr besonderes

Gepräge. Fürst Bülow hatte einen viel härteren Stand als Bismarck gegenüber dem alten Kaiser, der nie ohne die „ministeriellen Kleidungsstücke“ zur Öffentlichkeit sprach. Und doch, dieser Begriff an sich stammt aus der ersten Wilhelminischen Zeit, nicht aus der nachbismarckischen Periode. Es liegt also in der Art der preußischen Monarchie wie in der Natur der Hohenzollern, daß sie sich exponieren, nicht bloße Schattenkaiser sein wollen. Karl II. von England war der Ansicht: „Meine Worte sind meine eigenen, meine Handlungen die meiner Minister!“ Aber einmal können auch Worte Handlungen sein und zweitens werden Staatsmänner, die diesen Namen verdienen, nicht bloß die Handlungen des Monarchen ausführen, sondern sie bedürfen einer weitgehenden Ellbogenfreiheit zur würdigen Ausübung ihres verantwortungsschweren Amtes. Die unabsehbare Wirkung, die heute ein dröhnend hingeworfenes Kaiserwort auszuüben vermag, läßt es vor allem nicht zu, die rednerischen Handlungen des Kronenträgers als eine Sache zu betrachten, die seine verpflichteten Berater nichts angeht. Fürst Bülow hat sich darum entschlossen nicht nur vor die Regierungsakte, sondern auch vor die Rhetorik des Kaisers gestellt und diese mit einer Taktik von ungewöhnlichem Geschick verteidigt. Wenn man die Gründe zusammenstellt, die er anführt, um diese Rhetorik sozusagen in versöhnlicherem Lichte erscheinen zu lassen, so muß man zugeben, daß er keinen vergaß: Der Kaiser hat schon als Staatsbürger das Recht der freien Meinungsäußerung, als Monarch das verfassungsmäßige Recht persönlicher Initiative und ein weites Maß eigner Aktionsbefugnis; er ist eine kräftige Natur und äußert sich dementsprechend. Das ist nicht bloß kaiserliche Eigenart. Seinen Impulsen planmäßig entgegenzutreten oder gar ihre Unterdrückung zu versuchen, wäre nicht nur verfassungswidrig,

sondern auch unzweckmäßig, denn sie enthalten eine Stoßkraft, die uns auf manchen Gebieten von unschätzbarem Nutzen ist. Die Philister auf dem Throne haben genug geschadet und wären gerade für uns nicht von Vorteil. Das brennende Interesse, das Wilhelm II. dem Ausland einflößt, läßt auch nicht gerade darauf schließen, daß man das von ihm beherrschte Deutschland als beklagenswert ansieht. „An ihm ist nichts Kleinliches!" Und vor allem: „Das deutsche Volk will einen Kaiser von Fleisch und Blut!"

Es ist sicher, daß diese gleichzeitig von Energie und von Freimut getragene Verteidigung auf den Verteidigten selbst von tiefer Wirkung war und dem Verteidiger sein Vertrauen eintrug. Denn das eine war erreicht: der weit über das Ziel hinausschießenden Kritik des kaiserlichen Temperaments waren durch diese Reichstagsreden die Waffen halb und halb aus der Hand geschlagen. Man fing doch seitdem langsam an zu erkennen, daß der Kaiser, wenn er fehlte, nur in edelster Absicht fehlte, daß er nicht aus Eitelkeit, sondern aus pflichtmäßiger Sorge, aus heißen Impulsen sich weiter hervorwagte, als es vorteilhaft war. Man sah, daß ein doch nicht ganz unbegabter, materiell unabhängiger Staatsmann mit ungewöhnlicher Wärme für dieses Naturell, für diesen Charakter eintrat und erklärte, vortrefflich mit ihm auskommen zu können. Nachhaltiger aber noch mag der Freimut auf Kaiser wie Parlament gewirkt haben, den der Kanzler nach anderer Richtung hin bewies. Er hat mit unzweideutiger Entschiedenheit die Verantwortung für das kaiserliche Tun übernommen; aber wenn auch leise, so doch vernehmbar klingt wie ein Versprechen nach der einen, wie eine verhaltene Warnung nach der anderen Seite der Unterton hervor, daß es Grenzen gibt oder doch geben könnte, über die hinaus ihm „ein zu weit getriebener monarchischer Subjektivis-

mus“ das Verbleiben im Amte unmöglich machen würde. Diese Grenze war überschritten, als die Daily-Telegraph-Affäre wie eine Bombe in den Gottesfrieden fiel, den das Volk mit seinem Kaiser, der Kaiser mit dem Konstitutionalismus seit Jahr und Tag geschlossen hatte. Das lähmende Entsetzen, das die Nation befiel, der Hohn, der sich von allen Seiten des Auslands über uns ergoß, — sie sind heute verstummt und geschwunden. Und wir dürfen es jetzt wohl sagen, daß uns allen bei der so plötzlich über uns hereinbrechenden Sensation im ersten Augenblick das rechte Urteil über die eigentliche Tragweite des tief beklagenswerten Geschehnisses fehlte. Wir können heute ruhiger darüber sprechen, weil wir wissen, daß die Zusammenstellung des englischen Hetzblattes von gemeingefährlicher, deutschfeindlicher Tendenz getragen war, indem Äußerungen aus weitzurückliegender Zeit (so die über die Anglophobie Deutschlands, die auf die Jahre des Burenkrieges zurückzudatieren ist, und die Auslassung über die Verwendung der Flotte im fernen Osten, welche aus der Zeit der Chinawirren herrühren dürfte) und Entstellungen verhältnismäßig harmloser Vorgänge (die „Aphorismen“ über den Südafrikakrieg, die der deutsche Generalstab nie gesehen hat) zu einem Gifttrank zusammengebraut waren, wie er in der internationalen Geschichte ohne gleichen dasteht.

Immerhin, hier war der monarchische Subjektivismus zu weit gediehen. Der Kaiser, der — das wollen wir nicht vergessen — zwar auch hier durchaus konstitutionell vorgegangen war, indem er die Veröffentlichung von der Zustimmung des Fürsten Bülow abhängig machte, der ferner je länger, desto sorgfältiger sich von öffentlichen Kundgebungen der früheren Art zurückgehalten hatte, war dennoch im privaten Zirkel, immer im vermeintlichen Interesse des Reiches, zu Unvorsichtigkeiten

geschritten, die für die Störung der amtlichen Politik unbegrenzte Möglichkeiten eröffneten. Fürst Bülow zog die Konsequenzen, zudem ihn formelle eigene Schuld mit dem Vorfall verstrickte. Und es spricht wieder für den außerordentlichen Einfluß, den er sich auf die Psyche des Herrschers zu sichern wußte, daß er den Kaiser zu dem schönsten Sieg, den dieser erringen konnte, zu dem Sieg über sich selbst brachte. Denn es ist in der Geschichte der Hohenzollern noch nicht vorgekommen, und es wäre bei dem Kaiser vor 20 Jahren undenkbar gewesen, daß der Träger der Souveränität vor versammeltem Volksrat durch seinen Kanzler das Geständnis ablegen läßt, daß er in Privatgesprächen nicht die Zurückhaltung beobachtet habe, die im Reichsinteresse und im Nutzen der Kronautorität liege. Da der Kaiser dies vollbrachte, ist er fortan gefeit gegen den abermaligen Rückfall in Irrungen solcher Art.

* * *

Das Bild, in dem sich hiernach der vierte Kanzler der Öffentlichkeit darstellt, kann und soll auf irgendwelche Vollständigkeit keinen Anspruch erheben. Es wird in einigem ergänzt werden durch das, was weiter unten über einige Hauptmomente der Innen- wie der Auslandspolitik zu sagen bleibt. Hier mögen ohne weiteren großen Kommentar ein paar Schilderungen seiner Gesamterscheinung folgen, die zum Teil den Vorzug haben, daß sie infolge persönlicher Berührung mit dem Fürsten eine psychologische Vertiefung seines Charakterbildes versuchen dürfen. Das paßt zwar nicht auf jenen „Eingeweihten", der uns vor Jahresfrist allerhand zu erzählen wußte, nach dem Inhalt seiner Darlegungen aber seinen Beobachtungsposten auf der Hintertreppe gehabt haben muß. Denn nachdem er weitschweifig erzählt hat, wie der Kaiser durch den Vortrag des Grafen Posadowsky in der Regel derart gelang-

weilt wurde, daß er mit seinen Teckeln zu spielen vorzog, bis sie dem Staatssekretär zwischen die Beine gerieten und so der Audienz ein Ende bereiteten, trägt er über den Verkehr zwischen Kaiser und Kanzler folgende kleine Niederträchtigkeiten vor:

„Mit bewunderungswürdiger Gewandtheit versteht es Bernhard Bülow, die Flut der Anregungen einzudämmen, welche sein hoher Gast mitzubringen pflegt, und schließlich das herauszuschälen, was sich einigermaßen in den Rahmen der inneren und äußeren Politik einfügen läßt. In stets unterhaltendem Plauderton gibt der Kanzler dem Monarchen einen Extrakt der eingelaufenen Meldungen und Berichte, die knapp kommentiert werden, um, wo es not tut, eine kaiserliche Entscheidung zu provozieren. Fürst Bülow weiß, daß er die Geduld seines hohen Gastes auf keine zu harte Probe stellen darf. Es muß daher eine sehr sorgfältige Auswahl aus dem täglich sich in dem Kanzlerpalais häufenden Material getroffen werden, und wenn Wilhelm II. sich gelegentlich auch einmal in die letzten Details einer Frage vertieft, so ist man doch gemeinhin, wie die Dinge nun einmal liegen, in der Wilhelmstraße gar nicht in der Lage, den Kaiser eingehender und umfassender zu orientieren, als die ‚Fälligkeiten der Stunde‘ es gebieterisch heischen. Nicht, als ob Wilhelm II. mit der Zeit, die er für seinen Kanzler übrig hat, allzu sehr geizte. Er ist dem Fürsten Bülow in ritterlicher Freundschaft zugetan. Er freut sich der Unterhaltung mit dem vielerfahrenen, feinsinnigen und sympathischen Weltmann. Aber im allgemeinen vermögen die oft recht nüchternen Einzelheiten der Regierungstätigkeit den Kaiser nicht lange zu fesseln. Er ist stets bereit, in das weite Feld allgemeiner Erörterungen auszubrechen, wo er dann rasch die Erdenschwere des Konkreten abstreift und auf den Flügeln der Phantasie dahinstürmt, froh, vor aller informatorischen Kleinarbeit geborgen zu sein.“

Weit ernster ist eine kleine Studie zu nehmen, die der dem Fürsten persönlich näherstehende Professor Schmoller in einem Wiener Blatt niedergelegt hat. Allerdings tritt hier der Vergleich zwischen dem Fürsten Bismarck etwas aufdringlich hervor und es rächt sich, daß der Gelehrte sein Objekt aus

allzugroßer Nähe sieht; so, wenn er es als einen Vorzug des jetzigen Kanzlers heraushebt, daß er nicht, wie so oft Bismarck, im Parlament mit Kanonen nach Spatzen schieße. Die Behauptung muß auf einer gewissen Animosität gegen Bismarck beruhen; denn sollte dieser wirklich einmal Spatzen mit schwerem Geschütz beschossen haben, so hat hinter ihnen sicher etwas Größeres gestanden, das dem Auge des berühmten Nationalökonomen verborgen blieb. Aber sonst ist es zutreffend, wenn Schmoller schreibt:

„Von der Parteien Haß und Gunst" entstellt, steht heute Bülows Bild vor der Öffentlichkeit. Daß er die Fehler seiner Vorzüge hat, teilt er mit allen Sterblichen. Daß er Bismarcks heroische Größe nie erreichen wird, liegt in seiner Person und in seiner Zeit. Daß er aber ganz anders und geschickter als seine beiden letzten Vorgänger das Staatsschiff führt, werden ihm auch die meisten seiner Gegner zugeben. Er hat den Vorzug, in langem Außendienste fast alle Vorurteile abgestreift zu haben, die seine Standesgenossen haben, und hat doch noch den Vorteil, als einer der ihrigen angesehen zu werden; er weiß sie gerade dann zu gewinnen, wenn er etwas gegen ihren Willen tun will. Wenn er das verfehlte Börsengesetz reformieren will, so sagt er ihnen, er lasse sich auf seinen Leichenstein als agrarischer Reichskanzler bezeichnen. Das neben dem Altreichskanzler klügste und feinste Mitglied der Bismarckschen Familie, das an sich natürlich keine ganz besondere Vorliebe für Bülow hat, sagte mir mal vor Jahren: Er ist so klug, daß er das Unmögliche möglich machen kann. Diese Klugheit, diese feinste und richtigste Einschätzung aller Imponderabilien des Volksgeistes zeigte er jetzt auch bei der Auflösung des Reichstages. Sein nächster Gehilfe fürchtete eine Verschlechterung der Lage davon. Er zeigte durch den Mut dieser Tat auch, daß die ihn verkennen, die stets von ihm meinen, er halte die Vorsicht für den besten Teil der Weisheit. Gewiß hat er eine vorsichtig diplomatisierende Art der Menschen- und Geschäftsbehandlung. Das entspricht seinem Temperament und seiner allgemein urbanen Bildung. Aber er hat dafür auch den kalten, nie durch Leidenschaft und Gefühle getrübten Mut des schonungslosen Staatsmannes.

Er schießt nicht mit Kanonen nach Spatzen, wie Bismarck es so oft im Parlament tat und dadurch seine Aktion erschwerte. Wenn er manche Partien der inneren Staatsverwaltung nicht im einzelnen beherrscht, so hat er doch fast überall den richtigen Instinkt und Blick für die Dinge und die Menschen; er weiß die rechten Leute ohne Vorurteil an die rechte Stelle zu setzen, auch die ihm ursprünglich unsympathischen an der Stelle zu lassen, wo sie Großes leisten. Als Mensch ist er einer der gebildetsten und belesensten der Gegenwart, an der Tafel weiß er fast so lebendig und geistreich zu plaudern, wie einst Bismarck. Als parlamentarischer Redner übertrifft er heute alle Abgeordneten und Minister Deutschlands. Die Rolle eines leitenden deutschen Ministers ist eine unsagbar schwierige. Er soll zwischen seinem Kaiser und den gesamten Fürsten und ihren Ministern einerseits, den Parlamenten, Parteien und der öffentlichen Meinung anderseits in jedem Moment vermitteln, die tausendfach zerfahrenen, sich bekämpfenden Millionen zur Einheit zusammenfassen, kühn Neues und Großes durchführen, alle Widerstände überwinden, daneben die Vorurteile und Gefühle der Widerstrebenden schonen oder sie täuschen. Die Mehrzahl der Menschen kennt die Schwierigkeiten dieser Aufgabe nicht. Sie kennt noch weniger die Persönlichkeit des leitenden Staatsmannes, sie dankt ihm nicht, räsonniert, weiß die Sache besser. Erst die Zukunft kann im ganzen gerecht urteilen. Die politischen Parteien sind ihrer Natur nach nicht dazu angetan; sie sollen ja mit der Regierung ringen. In der Klause der Studierstube aber kann ein alter staatswissenschaftlicher Gelehrter, der nicht innerhalb einer Partei steht, dem es in Berlin sogar gelungen ist, nicht Geheimer Regierungsrat zu werden, und der im Leben gar nichts mehr, am wenigsten vom Wohl- oder Übelwollen der Herrschenden zu erwarten oder zu fürchten hat, vielleicht doch noch am ehesten billig und gerecht urteilen."

Es mögen ein englisches und zwei Charakterbilder des Fürsten Bülow aus französischer Feder angeschlossen sein, von denen sich allerdings W. S. Fitzgerald im „Windsor Magazine" fast ausschließlich mit dem äußeren Tagewerk des deutschen Staatsmannes beschäftigt:

„Der Kaiser, so wird da ausgeführt, der selbst sich den fähigsten

Mann seines Reiches für diese verantwortungsvolle Stelle ausgesucht hat, hat ihn auch mit Auszeichnungen und Ehren überhäuft. Als er als Staatssekretär den Vertrag mit Spanien über die Abtretung der Karolinen-, der Palau- und Marianeninseln glücklich zum Abschlusse gebracht hatte, meldete er den Inhalt der Depeschen, die die endgültige befriedigende Lösung der Angelegenheit brachte, telephonisch nach dem Potsdamer Palais, wo sie von einem hohen Beamten des kaiserlichen Haushaltes empfangen und dem Kaiser mitgeteilt wurden. Fünf Minuten darauf klingelte es an Bülows Telephon, der Minister nahm den Hörer und hörte die Stimme desselben hohen Hofbeamten, der ihm seinerseits nun folgende Mitteilung machte: ‚Ich habe den Befehl, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß Seine Majestät Ihnen den Titel und die Würde eines Grafen des Deutschen Reiches verleiht.‘ Auch die Ernennung Bülows zum Fürsten erfolgte mit ähnlicher Plötzlichkeit, indem der Kaiser in früher Morgenstunde bei seinem Kanzler vorsprach und ihn sogleich als Fürsten anredete. Bülow erhebt sich, wenn der Kaiser in Berlin ist, schon sehr früh, gegen fünf Uhr, da er bereits über die wichtigsten Neuigkeiten unterrichtet sein muß, wenn der Herrscher ihn besucht, was ebenfalls häufig schon zu früher Morgenstunde geschieht. Er beginnt sein Tagewerk damit, die Depeschen durchzusehen, die während der Nacht eingetroffen sind, und einen Blick in die Morgenzeitungen zu werfen. Betritt der Kaiser durch das hintere Tor von der Königgrätzer Straße her das Reichskanzlerpalais, so empfängt ihn der Fürst und sie machen beide im eifrigen Gespräch einen Spaziergang durch den Garten oder ziehen sich bei ungünstiger Witterung in das Arbeitszimmer Bülows zurück.

Bei diesen Morgengesprächen bewegt sich die Unterhaltung zwischen Kaiser und Kanzler in der freiesten und ungezwungensten Weise. Beide sagen ihre Meinung offen heraus und diskutieren in der herzlichsten Weise miteinander, nicht wie Kaiser und Untertan, sondern eher wie die beiden Leiter eines gigantischen Handelsunternehmens, denen beiden der glückliche Fortgang ihrer gemeinsamen Geschäfte am Herzen liegt, auf denen ihr Ansehen und ihre Macht beruht. Wenn Bülow anderer Meinung ist, als der Kaiser, so äußert er seine gegensätzliche Ansicht in unzweideutiger Weise. Oft genug geraten beide in eine sehr lebhafte Debatte und dann steigern sie bisweilen in der Hitze des Gesprächs ihre

Stimmen zu solcher Stärke, daß die Diener in den Vorzimmern ganz beunruhigt werden und einen wirklichen Streit zwischen diesen beiden kraftvollen Naturen befürchten. Ist der Kaiser auf Reisen, so sendet ihm der Kanzler Depeschen von ganz erstaunlicher Länge, in denen alle Regierungsangelegenheiten bis in die einzelsten Details hin erörtert werden. Nach der täglichen Unterredung mit dem Kaiser widmet sich Fürst Bülow bis um ein Uhr den Staatsgeschäften und nimmt dann den Lunch zusammen mit seiner Gemahlin ein. Die Fürstin hat bekanntlich einen großen Einfluß auf ihn, und es ist eine Lieblingsbemerkung des Kanzlers, mit der er seiner Frau huldigt: ‚Was auch immer Gutes in mir sein mag, das verdanke ich meiner Frau.‘

Nur in einem Punkte stimmt die Fürstin nicht mit ihrem Gatten überein. Nämlich in der Wertschätzung der Musik, für die der Fürst nicht viel übrig hat. Er erzählt oft, daß er die Blechmusik einer Militärkapelle oder sogar die heiseren Melodien eines Leierkastens den Klängen einer Wagnerschen Oper vorzieht. Beim Lunch sind gewöhnlich einige Gäste zugegen, mit denen der Kanzler sich angeregt unterhält; lieber als über Politik, über Kunst und Literatur und besonders über Geschichte, deren Studium seine Lieblingsbeschäftigung ist. Dann geht der Fürst an eine systematische Durchsicht der wichtigsten Artikel aus den führenden Zeitungen der ganzen Welt. Er hat dazu einen besonderen Stab von Beamten, die aus den Blättern die wichtigsten Artikel auswählen, die den Kanzler interessieren, ja bisweilen sogar auch dem Kaiser selbst vorgelegt werden. Später am Nachmittag macht der Kanzler noch einen Spaziergang durch den Garten seines Palais meistens ein Blatt mit Notizen in der Hand, den Kopf in tiefem Nachdenken gesenkt, besonders schwierigen Problemen nachgrübelnd. Nach einer Stunde etwa kehrt er in sein Arbeitszimmer zurück und diktiert hier seine Privatkorrespondenz in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache, denn er beherrscht diese drei vollkommen. Um 5 Uhr ist Empfang, um 1/28 Diner. Gegen 10 Uhr nimmt der Fürst seine Arbeit wieder auf und erledigt bis Mitternacht noch Geschäfte, die den Tag über zurückgeblieben sind. Dann begibt er sich zur Ruhe, und obwohl er eine so außerordentlich große Arbeitslast an jedem Tage bewältigt, genügen ihm doch fünf Stunden Schlaf, um von neuem sein Tagewerk zu beginnen.“

Im Gegensatz zu Fitzgerald hat der schon erwähnte Franzose Georges Villiers in der Skizzenreihe, die er in der „Revue bleue“ über den jetzigen Reichskanzler schrieb, seine Untersuchung auf die politische Tätigkeit Bülows gerichtet. Er prüft vor allem, wie Fürst Bülow die politischen Theorien, die Deutschland und ihn selbst seit Bismarcks Zeit beherrschen, in die Tat umgesetzt habe. Er findet ganz richtig, daß der Grundton unserer Politik noch heute (oder heute wieder?) Bismarckisches Gepräge habe: „Aber in ihrer Erscheinung hat sie sich verändert. Die Politik Bismarcks trug vornehmlich einen kontinentalen Charakter. Unter dem Fürsten Bülow ist sie zur Weltpolitik geworden.“ Er untersucht auch den Anteil, den der Kaiser und sein Kanzler an dieser Entwickelung haben, die ihm übrigens ganz natürlich zu sein scheint, und er wird dabei den Personen und Dingen viel gerechter, als selbst viele deutsche Beurteiler der Vorgänge unserer Zeit. Der Franzose stellt, und zwar mit Recht, den bekannten Ausspruch des Kaisers: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ an die Spitze seiner Betrachtungen über die deutsche Weltpolitik. Aber, so fügt er hinzu, Fürst Bülow hat ihr die logische Begründung und Klarheit verliehen.

Villiers sucht aus den Reden des Fürsten Bülow zugleich den Beweis zu erbringen, daß er nicht ein Phantasiegemälde schaffe, sondern immer auf dem festen Boden der Tatsachen bleibe. Er stellt fest, daß das Verlangen nach Ausdehnung, aus dem die Weltpolitik entsprungen, eine ganz allgemeine Erscheinung sei, und daß auch die Großmacht Deutschland sich ihm nicht habe entziehen können. Großmachtstellung ohne gleichzeitige Bedeutung auf dem Welttheater ist heute nicht mehr denkbar, und es hätte Roosevelts Ausspruch nicht bedurft, um uns zu der Erkenntnis zu bringen, daß ein großes Volk, das

im Rate der anderen Völker gehört werden will, nicht wie ein Krämer in seinem Laden hocken darf. Trotzdem blickt aus allen Ausführungen von Villiers, wenn auch verschämt und versteckt, das Verlangen heraus, uns vor den Gefahren einer solchen Weltpolitik zu warnen. Wir stünden, so schreibt er, erst an der Schwelle dieser Politik und doch habe sie uns schon mehr als eine Überraschung gebracht. Sodann aber dürften wir auch nicht vergessen, daß die deutsche Politik ihr Zentrum doch immer in Europa haben werde. Das Theater könne sich erweitern, aber die Schauspieler seien dieselben geblieben. Möchte uns Herr Villiers zwischen den Zeilen nahelegen, daß gerade das Weltpolitik treibende Deutschland besondere Rücksichten auf Frankreich zu nehmen und sich mit diesem zu arrangieren habe?

In welcher Weise, darüber läßt schon die Bemerkung über den Frankfurter Frieden, den er die brutale charta der Größe Deutschlands nennt, keinen Zweifel. Herr Villiers wird aber zum Schlusse noch deutlicher, wo er auf die Marokkoaffäre zu sprechen kommt. Er findet, daß Fürst Bülow die europäischen Angelegenheiten mit zuviel Optimismus beurteile. Er rühmt seine Anpassungsfähigkeit, seinen freien Realismus, der nichts von doktrinären Schrullen und Voreingenommenheit kenne. Aber er findet, daß er die — Imponderabilien bisweilen übersehe, wenn auch seine Klugheit ihn nicht bis zum äußersten gehen lasse und ihm immer ein nützliches Einlenken gestatte. Villiers führt zum Beweise für den Optimismus des Fürsten Bülow dessen Äußerungen über den Dreibund und Zweibund an. Aber mit Rücksicht auf die weltpolitischen Pläne Deutschlands könne ein sich selbst in Schach haltendes und also den Frieden in Europa sicherndes System der Bündnisse nicht die Furcht vor dem das Meer beherrschenden Eng-

land zur Richtschnur nehmen. Aber Tatsache sei es doch, daß diese „englische Gefahr“ Deutschland wie eine fixe Idee beherrsche! Trotz aller Abkommen und Verständigungen über einzelne Streitfragen komme es immer wieder zu Ausbrüchen der Abneigung, die durch die Rivalität auf handelspolitischem Wege genährt würde. Die Furcht, daß Frankreich für England „Japan“ in Europa werden könne, sei der Schlüssel für den marokkanischen Konflikt, der die öffentliche Meinung Frankreichs so lebhaft beschäftigt habe.

Villiers erklärt, im Rahmen seines Aufsatzes die Geschichte dieses Konfliktes nicht erzählen zu wollen, aber er bildet nach seiner Ansicht einen notwendigen Bestandteil der politischen Psyche des Reichskanzlers. Die deutsche Politik, so wie sie Fürst Bülow sich gestaltet habe, sei energisch, tatkräftig, kühn, doch könne man nach den Erfahrungen der letzten Zeit nicht sagen, daß sie auch — weitsichtig und maßvoll sei. Villiers hält es für wahrscheinlich, daß offiziöse Zwischenträger, übereifrige subalterne Beamte, Wichtigtuer, wie Fürst Henckel von Donnersmarck, viel Schuld an diesen „Irrtümern“ hätten. Aber er fügt hinzu, daß eine solche Erklärung nicht genüge, und schreibt dann weiter:

„Obwohl Fürst Bülow wiederholt seine Achtung für Frankreich nachdrücklich betont hat, kann ich die Überraschung unserer Landsleute nicht teilen, die ihn zuerst als „frankophil“ abgestempelt hatten und dann über den Charakter seiner Politik erstaunt waren. Es besteht in unserem Lande (Frankreich) die bedauerliche Neigung (Fürst Bismarck hat sie bekanntlich auch uns Deutschen zugeschrieben), je nach den Zeitumständen entweder Russe oder Italiener oder Spanier oder Engländer zu sein, während es genügen wird, einfach Franzose zu bleiben. Herr von Bülow ist einfach Deutscher. Er handelt nach der Auffassung, die er

von den Interessen Deutschlands hat, und das ist sein Recht und seine Pflicht, und es wäre albern, wollte man ihn deshalb tadeln. Indessen er kann sich irren, und es scheint, daß er sich in der Marokkoangelegenheit tatsächlich zweimal vergriffen hat: zu Anfang, als er der öffentlichen Meinung Frankreichs und der französischen kränkende und offensive Absichten zuschob, die in keiner Weise vorhanden waren, und später, als er sich über die Gefahren einer Politik täuschte, die in Frankreich jene antideutschen Gefühle erst erzeugt haben, zu deren Bekämpfung sie unternommen worden war. Dieser Fall beweist deutlich, wie schwer es zwei verschiedenen Rassen ist, einander zu begreifen, und wie unmöglich es ist, sich selbst gewissermaßen zu vergessen und sich ganz in die Seele des anderen zu versetzen."

Schließlich hält der französische Publizist dem Fürsten Bülow noch eine Bemerkung entgegen, die, wie dieser selbst einmal im Reichstage erzählt hat, Fürst Bismarck ihm an den Rand eines Berichtes gesetzt hatte: Entrüsten dürfe sich ein Staatsmann nicht. Er findet, daß der Realpolitiker diese Mahnung nicht überall, vor allem nicht im Verkehr mit Frankreich, berücksichtigt habe, und daß er selbst nicht frei geblieben sei von der „seltsamen Veranlagung" der deutschen öffentlichen Meinung, beständig Verfolgungen zu wittern und Feinde zu sehen, denn sonst würde es nicht zu verstehen sein, daß man auch in seinen Reden Bemerkungen finden könne wie: Deutschland werde sich nicht auf die Füße treten, beiseite schieben, isolieren lassen; ein Land wie Deutschland könne nicht dulden, daß man über es zur Tagesordnung übergehe. Solche Bemerkungen seien doch überflüssig, wenn man im Namen eines Landes spreche, das auf seine Macht mit vollem Recht stolz sei.

Es würde uns zu weit führen, wollten wir diesem Kritiker im einzelnen nachgehen oder uns gar die Mühe machen, die

etlichen Irrwege zu beleuchten, auf denen er sich bewegt, so sehr er das Bestreben zeigt, ohne Voreingenommenheit zu urteilen. Es kam hier lediglich darauf an, zu zeigen, wie sich die Gestalt des Fürsten Bülow in der Zeichnung eines hervorragenderen französischen Publizisten ausnimmt, der in gewissem Grade die öffentliche Meinung seines Heimatlandes repräsentiert. Noch mehr ist das letztere der Fall bei Jules Huret, der den Figaro zum Sprachrohr hat und den Fürsten einmal während der „Mußezeit“ in Norderney aufsuchen durfte. Er hat über seine Erlebnisse in der Sommerfrische des Kanzlers mit einer Ausführlichkeit berichtet, die beweist, wie Fürst Bülow das steigende Interesse unserer guten Nachbarn jenseits der Vogesen erregt. Schon darum lohnt es sich, seine Aufzeichnungen hier festzuhalten, die zu fesselnd sind, um mit der Tagespresse verloren zu gehen. Denn, abgesehen davon, daß sie die typische Art des ausländischen Interviewers, sans gêne an Dinge subtilster Art zu rühren, die ein inländischer Besucher als ein noli me tangere behandeln würde, — illustrieren sie vortrefflich die bald ironisch-überlegene, bald fein berechnende Methode des Fürsten, Materien von höchster politischer Bedeutung in zwanglosem Gespräch zu behandeln. Endlich aber enthalten sie eine Reihe wichtiger, aktueller Äußerungen des Kanzlers, die es zweckmäßig erscheinen lassen, auch diese ausländische Betrachtung noch voranzuschicken, bevor wir selbst in Einzelheiten der inneren wie äußeren Politik des Fürsten Bülow hineinsteigen.

Herr Huret also erzählt:

„. . . Ich stand bald vor dem Fürsten Bülow. Herr Cambon hatte recht. Es ist schwer, sich gleichzeitig eine ungezwungenere und lächelndere Freundlichkeit und mehr Würde und Autorität vorzustellen. Herr v. Bülow ist groß, der Teint ist rosig, die Haare und der Bart sind leicht ergraut. Sein etwas nasales Organ erinnert mich an das-

ejnige Eduards VII., seine Gesten sind jung, sein Gang leicht, die ganze Erscheinung voll Elastizität.

. . . Wir gingen hinaus. Der weite Strand war mit Strandkörben bedeckt, die von zahllosen Fähnchen und im Winde flatternden Bannern umgeben waren. Rund um jedes Schutzdach hatten die Badegäste einen ziemlich hohen Sandwall errichtet. Man hätte sich mitten zwischen natürlichen Dünen glauben können. Ich wies darauf hin. „Das ist der deutsche Individualismus", sagte der Fürst. „Jede Umwallung scheint zu sagen: ‚Dieser Platz gehört mir. Man wird gebeten, mich hier in Ruhe zu lassen.' Alle germanischen Völker sind individualistisch."

„Sehr richtig," fügte die uns begleitende Fürstin hinzu. „Man sieht hier nicht, was in Italien gang und gebe ist, Söhne, die noch im späteren Alter mit ihren Eltern zusammen leben. Sobald sie einmal verheiratet sind, wollen die Leute für sich leben und unabhängig sein."

„Und doch," gestattete ich mir zu bemerken, „es gibt kein Volk in der Welt, wo der Korpsgeist und die Disziplin größer wären, als in Deutschland. Es ist das Land der Syndikate, der Verbände und Vereine. Ich habe mir erzählen lassen, daß es keinen Deutschen gäbe, der nicht zu mehreren Vereinen gehörte. Die Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe sind hier zahlreicher als irgend wo anders, man gehorcht blind den Gesetzen und der Autorität."

Fürst Bülow dachte nach.

„Es ist wahr," sagte er nach einer Weile, „es besteht da ein scheinbarer Widerspruch, der ziemlich kompliziert aussieht. Ich glaube, man muß sagen, daß der Deutsche Individualist ist in allem, was die Integrität seines Denkens und seiner inneren Freiheit betrifft, daß er die Unbeweglichkeit eines Dogmas nicht verträgt und sich immer vorbehält, es zu diskutieren, aber daß er, gewöhnt, sich den Gesetzen zu beugen, sie annimmt und ihnen gehorcht. Aber wenn er diszipliniert ist, so ist er es aus angeborener Vorliebe für die Ordnung und nicht aus gedankenlosem Servilismus. Was seine Gewohnheit betrifft, sich zusammenzuschließen, so muß man darin, meiner Meinung nach, nur den Instinkt einer wunderbar fortgeschrittenen sozialen Solidarität sehen und den Beweis seines organisatorischen Genies, das er, Sie haben es selbst konstatiert, in hohem Grade besitzt. Das verhindert den Deutschen

nicht, zu diskutieren und sich seine Persönlichkeit zu wahren. Bismarck pflegte zu sagen: „Wenn drei Deutsche zusammenkommen, so gibt es vier verschiedene Meinungen.“ Die Geschichte der ewigen Streitigkeiten, durch die wir hindurchmußten, bevor wir zur Einigkeit gelangten, ist ein klarer Beweis dieses individualistischen Instinktes. Die Reformation ist ein anderer, nicht weniger beredter. „Sehen Sie,“ fügte der Fürst hinzu, indem er auf die Schar der Badegäste deutete — „sehen Sie nur ihre Art, sich zu kleiden. Jeder hat seinen besonderen Hut, jeder sein besonderes Kostüm, seine Farbe, seine Nuance . . . . . Ich wünschte sehr, daß sich alle gleich kleideten! Es wäre erheblich leichter, sie zu regieren!“ . . . .

Ich wollte auf diese Frage des deutschen Individualismus noch tiefer eingehen. Und ein neues Argument kam mir auf die Lippen:

„Wie erklären Sie sich dann also die militärische Unterordnung der Sozialisten, ihren blinden Gehorsam gegenüber ihrem Führer Bebel und gegenüber ihren anderen Häuptern, die sie am Wahltage kompagnieweise, wie eine Herde, zur Urne führen?“

„Das geschieht in der Tat. Aber Sie müssen auch darin eine Äußerung des organisatorischen Genies sehen. Man muß Herrn Bebel, der tausendmal mehr Autokrat ist als ein indischer Maharadjah, diese Gerechtigkeit widerfahren lassen. Aber betrachten Sie doch die Gesamtheit der politischen Parteien in Deutschland, ihre Zahl, ihre Verschiedenheit, ihre Nuancen! Die Regierung hat keinerlei Macht, sie zu beeinflussen. Jeden Versuch zu einer Pression, den sie unternehmen würde, würde die Parteien sofort veranlassen, sich gegen sie zu wenden. Bedenken Sie, was sich bei den letzten Wahlen begeben hat: man hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich an einen schlesischen Journalisten, der mich fragte, wie man stimmen solle, einen Brief geschrieben, wo ich an meine offizielle Erklärung anknüpfte und einfach die politische Situation resümierte. Schließlich hat man sich beruhigt. Aber die Wahl des Abgeordneten wäre dieses Zwischenfalles wegen beinahe für ungültig erklärt worden.“

„Sie nennen die Auflösung des Parlaments also nicht eine Pression?“

„Nein, das war ein Appell an den Patriotismus und an die gesunde Vernunft der Nation. Die Antwort, die das Volk

gab, zeigte, daß es die Hindernisse, die der Regierung in der nationalen Politik entgegengestellt worden, nicht billigte. Jedesmal, wenn diese Frage gestellt werden wird, werden wir aller Machenschaften Herr werden. Sie verstehen — es handelte sich nicht nur um die 8- oder 10000 Mann, die wir in Afrika behalten wollten, es handelte sich für Deutschland um seine Würde."

„Und wird Ihnen die neue Majorität, die aus den Wahlen hervorgegangen ist, die Führung der Geschäfte erleichtern?"

„Ich hoffe es. Wir haben jetzt auch einen ‚Block', gebildet aus den Konservativen und den Liberalen."

„Man sagt, das sei eine widernatürliche Ehe."

„Die beiden sind nicht gar so verschieden," antwortete Herr v. Bülow. „Gewiß trennen sie sich in den ökonomischen Fragen, da die konservativen Agrarier Schutzzöllner und die Liberalen Freihändler sind. Aber da die Handelsverträge noch sechs Jahre dauern, braucht man diese trennenden Fragen nicht anzuschneiden. Über das Übrige kann man sich verständigen."

„Glauben Sie nicht, daß die Zunahme des Sozialismus für Deutschland wie für alle großen europäischen Länder bald die Ursache ernster Gefahren werden wird? Ich denke mir die gesamte Arbeitermasse zu einer einzigen Partei organisiert — sich weigernd, an der Entwickelung der allgemeinen Politik mitzuwirken, sich beispielsweise allen Handelsverträgen und selbst gewissen Allianzen widersetzend, die ihr mit dem Interesse der Demokratie im Widerspruche zu stehen scheinen . . ."

Herr v. Bülow lächelte vertrauensvoll und entgegnete kopfschüttelnd:

„Nein, denn Sie haben ja gesehen, wie sie im Reichstag von 80 auf 40 Mandate gesunken sind, und man könnte noch ein Dutzend weniger rechnen, wenn das Zentrum sie nicht in einer großen Anzahl von Wahlkreisen unterstützt hätte. Seien Sie übrigens versichert, daß unter ihren 3 Millionen Wählern nicht 500000 überzeugte Sozialisten sind: Schüler der wahren marxistischen Theorie, Feinde des Eigentums, oder auch nur einfach Republikaner. Es sind Unzufriedene, und in Deutschland, wo der kritische Geist so entwickelt ist, gibt es mehr Leute als anderswo, die der Regierung etwas auswischen

wollen; und es sind auch Leute, die sich nicht behaglich fühlen, die der Meinung sind, daß man noch nicht genug für die Arbeiter getan, und die neue Reformen wünschen. Die Führer des Sozialismus sind Theoretiker und dogmatischer, als irgendein Priester des Mittelalters ... Erinnern Sie sich an die berühmte Diskussion in Amsterdam, wo Jaurès — der von seinem revolutionären Standpunkt aus völlig recht hatte — zu Bebel sagte: „Sie sind im Reichstage 80, und aus rein theoretischen Gründen tun Sie nichts, handeln Sie nicht, haben Sie keinen der Ihrigen in der Regierung, sind Sie ohnmächtig, das geringste soziale Gesetz zur Annahme zu bringen!“ Bebel antwortete ihm, daß die französischen Sozialisten nicht einmal die Macht besäßen, die Einkommensteuer oder die Arbeiterversicherung durchzusetzen. Womit er gleichfalls recht hatte. Das beweist, daß es eine sozialistische Gefahr nicht gibt, wenn die Konservativen und die Liberalen sich zu einer Aktion der sozialen Verteidigung vereinen.“

„Gleichwohl, die Zahl der sozialistischen Wähler nimmt zu. Und ihre Theorie besteht, obwohl sie Theoretiker sind, doch darin, ihre Propaganda bis zu dem Tage fortzusetzen, wo sie die Majorität im Reichstage haben werden. Sie denken, an diesem Tage werde der König wohl oder übel sie mit der Regierung betrauen müssen — falls es dann noch einen König gibt ...“

Herr v. Bülow lachte. „Sie sind noch nicht so weit ... Aber halten Sie einmal an dieser ungeheuerlichen Hypothese fest und stellen Sie sich die Sozialisten vor: sie wären in höchster Verlegenheit und würden bald inne werden, daß das Regieren nicht so leicht ist!“

Das Gespräch wandte sich Frankreich zu.

„... Und wie erklären Sie sich, Exzellenz, diese Art von Détente, die sich zwischen Frankreich und Deutschland anzubahnen scheint?“

„Sie haben das richtige Wort gebraucht, es ist eine Détente, der Beginn einer Détente. Ich setze das auf Rechnung der Tatsache, daß schließlich die Völker nicht so verdreht sind, wie man glaubt,“ entgegnete der Kanzler heiter. „Und die Völker sind ja auch wie die Individuen: sie müssen sich kennen lernen, um sich zu achten und zu befreunden. Deswegen hat jede Unternehmung wie die Ihrige meinen Beifall“, fügte er liebenswürdig hinzu.

„Und glauben Sie, Exzellenz, daß diese Détente zu einem Akkord

oder zu einer Reihe von Akkorden zwischen den beiden Ländern führen kann?"

„Zuerst Détente, darauf Entente," sagte er, indem er die beiden Dachshunde der Fürstin betrachtete, die, nachdem sie sich herumgeneckt, gemeinsam vor uns hersprangen. „Nach einigen Jahren der Détente wird die Entente, wenn sie kommen soll, schon kommen. Frankreich gegenüber, das ein sehr eindrucksfähiges Land ist, bedarf es sehr viel Takt, Mäßigung und Geduld. Die Zeit arbeitet für den Frieden. Aber es darf natürlich keine Zwischenfälle geben, die wieder alles in Frage stellen." Und er wiederholte nochmals mit einer Beharrlichkeit, die mir auffiel: „Es gehört dazu enorm viel Takt, viel Mäßigung und noch mehr Geduld."

„Diese marokkanische Frage", warf ich hin, „ist ein wahrer Herd von Zwischenfällen, wenn man nicht acht gibt. Und ich erzähle Ihnen nichts Neues, Exzellenz, wenn ich Ihnen sage, daß man bei uns fürchtet, Deutschland suche uns auf dieser Seite Schwierigkeiten zu bereiten."

„Sie können sicher sein," erwiderte der Kanzler, „daß wir Ihnen in Marokko weder Schwierigkeiten noch Hindernisse in den Weg stellen werden. Wir werden dem Geiste der Algecirasakte treu bleiben. Sie ihrerseits müssen offen und ohne Hintergedanken die Handelspolitik der „offenen Tür" verfolgen. „Open door", wie die Engländer sagen. Deutschland verlangt von Ihnen nichts anderes."

„Gibt es, abgesehen von der marokkanischen Frage," begann ich wieder, „nicht noch andere Punkte, über die Frankreich und Deutschland sich verständigen könnten?"

„O gewiß," sagte Herr von Bülow. „Und die Konferenz von Algeciras ist ja am Ende der Beweis dafür, daß man sich mit Mäßigung und gutem Willen schließlich verständigen kann, ohne sich den Krieg zu erklären. Sie haben im Laufe Ihrer Reise konstatieren können, daß niemand bei uns Lust nach einem Kriege hat. In Frankreich übrigens auch nicht. Sie sind eben im Grunde das Land der gesunden Vernunft und des klaren Verstandes. Sie haben auch gesehen, daß der Franzose n Deutschland sehr gut empfangen wird und daß man ihn mit Sympathie betrachtet."

„Das ist wahr," entgegnete ich, „und gebe es gern zu."

Der Augenblick schien mir gekommen, um einige allgemeinere Fragen

anzuschneiden. Ich sagte zum Kanzler: „Viele Personen sind der Meinung, daß ohne den geringsten Eingriff in die persönliche Gestaltung der Völker Europas eines Tages eine europäische Politik erfolgen wird, wo die freie Entfaltung jeder Nation nicht mehr Gefahr läuft, durch brutale Konflikte gehindert zu werden. Wäre es beispielsweise nicht wünschenswert, daß die bisher egoistische und abgeschlossene Kolonialbewegung von nun ab eine europäische, das heißt eine altruistische würde, von der jedes Volk nach Maßgabe seiner Mittel und ökonomischen Kräfte profitieren könnte? So würden die ersten wirklichen Bande zwischen den verschiedenen Nationen Europas entstehen. Wenn ein jeder mit gleichem Rechte zum anderen kommen könnte, so käme in diese freie Konkurrenz ein Element der Billigkeit und der Gerechtigkeit."

Herr von Bülow hatte mit lächelndem Interesse zugehört.

„Ich will Ihre Kolonialpolitik gewiß nicht kritisieren, aber ich kann mich nicht enthalten, sie mit derjenigen Englands zu vergleichen, das seine Türen weit öffnet und großsinnig das betreibt, was Sie die altruistische Kolonisierung nennen. In Frankreich scheinen Sie noch die Kolonialtradition des achtzehnten Jahrhunderts zu verfolgen, diese hermetische Abschließung gegenüber dem Auslande. Eine neue Strömung scheint allerdings aufzukommen. Hat sie einige Aussichten, Ihre Traditionen zu beeinflussen? Ich weiß es nicht."

„Ist es rationell zu glauben," fragte ich, „daß es ewig Kriege geben wird?"

„Fragen Sie das delphische Orakel," rief Herr von Bülow lächelnd.

„Werden nicht auf jeden Fall die Kriege immer seltener werden und nur noch den Zweck haben, neue Völker für die Zivilisation zu gewinnen?"

„Es ist wahr," entgegnete Fürst Bülow, „daß in der Tat die Interessen der Völker sich solidarisieren, daß die geringste Unruhe in einem Lande ihre Rückwirkung in allen anderen Ländern hat. Man kann infolgedessen annehmen, daß die Kriege immer seltener sein werden, ich neige zu dieser Ansicht. Deutschland ist in der angenehmen Lage, vom Frieden sprechen zu können, da es fast das einzige Land in Europa ist, das seit 37 Jahren keinen Krieg geführt hat, während alle seine Nachbarn sich in Afrika und Asien herumgeschlagen haben. Ich

spreche nicht von dem Feldzuge gegen die Hereros, der nur die Unterwerfung eines Aufstandes war. Sie erwähnten soeben unsere Politik maritimer und kolonialer Ausbreitung. Nun, wir wollen uns nicht ‚ausbreiten‘. Wir haben nicht viele Kolonien, und diejenigen, die wir besitzen, sind nicht so wertvoll wie diejenigen der anderen, aber wir wünschen nichts mehr. Was unsere Marine betrifft, so vermehren wir sie nicht, um uns zu schlagen, sondern um unseren Handel zu schützen, und um unsere Flagge auf den entfernten Punkten des Globus zeigen zu können, wo unser Handel in Blüte steht. Hat Ihnen die Ihrige nicht wiederholt genützt, um eine Rechnung mit einem widerspenstigen Schuldner zu regeln?“

„Aber dieser 37 jährige Frieden, dessen Deutschland sich rühmt, schuldet man ihn nicht ein wenig dem Zufall? Muß man nicht nach wirksameren Mittel suchen, um den Frieden zu sichern? Kann man sich nicht vernünftigerweise ein einiges Europa vorstellen, vergleichbar den Amphytrionen Griechenlands? Ein Europa, das beispielsweise einig einem bedrohlichen Asien entgegenträte?

„Ich glaube nicht an die gelbe Gefahr,“ antwortete Fürst Bülow. „Die Japaner sind zu kluge und ernsthafte Leute, um sich damit zu amüsieren, Europa zu bedrohen . . .“

„Einstweilen scheinen sie sich an den Amerikanern versuchen zu wollen. Wenn sie, nachdem sie die Russen geschlagen, auch noch die Amerikaner schlügen, so wäre das ein recht gefährliches Volk.

„Nein, nein,“ protestierte Herr von Bülow, „Sie werden sehen, es wird nichts dergleichen geben. Japan ist klug, und der japanische Botschafter in Washington hat bereits die beruhigendsten Erklärungen abgegeben.“

„Aber China, dieses China, das sich waffnet und das zahllose Millionen Krieger auf Europa werfen kann . . .“

Herr von Bülow lächelte andauernd: „Ich sehe sie noch nicht in Angoulême und nicht in Magdeburg.“

„Aber kann eine Situation, wie diejenige, in der Europa in China sich befunden hat, nicht in Zukunft zu einer dauernden gemacht werden? Könnte man statt einer vorübergehenden und zufälligen Gemeinsamkeit nicht ein normales Zusammenwirken herbeiführen, das die zivilisiertere Menschheit der weniger zivilisierten gegenüberstellte?“

„Ja gewiß, es ist gestattet, ein solches Ideal zu hegen, und man sieht da den Gipfel eines Berges, der sich in die Ferne vor uns erhebt und den man erklimmen muß. Aber man weiß, daß man heute nicht mehr hinaufgelangen wird, und diese Gewißheit ist denjenigen eigen, die klar zu sehen pflegen. Andere, deren Sehkraft schwach ist, machen sich Illusionen und glauben den Gipfel ganz nahe. Man kann sich also sagen: es ist vielleicht für morgen. Einstweilen wollen wir uns nicht die Füße verletzen, indem wir gehen, ohne auf den Weg zu achten — ja, wir wollen lieber den Hindernissen ausweichen, die unsere Reise aufhalten. Und wenn diese Gleichnisse Ihnen nicht gefallen, so können wir auch sagen: ‚Zuerst müssen wir leben', dann wollen wir Kandide, unseren Garten, bebauen."

Wir waren zum Ausgangspunkt unseres Spazierganges zurückgekehrt. Ich verließ den Fürsten und die Fürstin Bülow, um mich zum Diner umzukleiden.

* * *

Deutsche Federn haben sich bis jetzt von gelegentlichen Aufsätzen abgesehen, nur in ganz vereinzelten Fällen an eine eingehendere Würdigung der Persönlichkeit des Fürsten Bülow herangemacht. Und es reicht aus, wenn wir aus den vorhandenen Schriften die kurze Abhandlung hervorheben, die Ernst Graf zu Reventlow in der Essaysammlung „Persönlichkeiten" erscheinen ließ. Denn sie ist in zweifacher Richtung interessant und lehrreich. Sie betrachtet den Kanzler durch die alldeutsche Brille und bietet vielleicht den schlagendsten Beweis dafür, wie leicht das Alldeutschtum bei der Wertung von Realitäten versagt, während doch kein warmherziger Patriot es als nationalen Einpeitscher, als Treiber oder Pfadfinder in vaterländischen Zukunftsmöglichkeiten wird missen mögen. Sie konstruiert sich den idealen Kanzler, wie er sein soll, und stellt ihm den Kanzler gegenüber, wie er ihrer Meinung nach ist. Natürlich gleicht das Idealbild mit peinlicher Genauigkeit dem

des Fürsten Bismarck, so daß uns ob der Stümpereien des Fürsten Bülow der Menschheit ganzer Jammer anfaßt. Nun ist es sicher, daß, wenn irgendein Staatsmann, so Bismarck dem Kanzlerideal nahekam; aber das Ideal schlechthin war er nicht, denn der objektive Sinn kann seine innere nicht der äußeren Politik gleichstellen. Dabei erscheint Bismarcks Persönlichkeit in der alldeutschen Brille zwar in der ihm zukommenden Riesengröße, aber stets verzerrt. Er ist hier allein oder doch immer in erster Linie der Kraftmensch, der in der Anwendung von Gewalt das eigentliche Wesen der Staatskunst erblickte. Reventlow stellt darum ein über das anderemal fest, daß Fürst Bülow unzureichend sei und für die nationale Politik eine bittere Enttäuschung bedeute, weil ihm die Leidenschaftlichkeit, der „vorwärts dringende und drängende Wille" fehle. Allein es zeugt von politisch-psychologischer Kurzsichtigkeit, die sozusagen brutale Note als den alles beherrschenden Zug in Bismarcks Natur anzusehen; vielmehr dominierte in ihm absolut die Klugheit, die unerreichbare Genialität, mit der er die an ihn herantretenden Dinge erkannte und wertete. Und gerade diese Klugheit in ihm hat jederzeit das ihn unleugbar erfüllende Ungestüm unterjocht. Er war gewaltig, aber nicht gewaltsam. Vielleicht den höchsten Ruhm von allem, was er geleistet hat, verdient die Entschlossenheit, mit der er sich dem einmütigen Wunsche des Königs, des Generalstabes und der Armee entgegenwarf, die siegreichen preußischen Truppen nur in Wien selbst den Frieden diktieren zu lassen. Wie pfleglich, selbst für Nichtalldeutsche manchmal zu zart, ist er 1866 und in der ganzen Folgezeit dem immer störrischen Bayern entgegengetreten, dessen Eigensinn bis heute wichtige Aufgaben der deutschen Gesamtheit an der Vollendung hindert! Bismarck hat z. B. der künstlich ins Kochen gebrachten französi-

schen Volksseele in der Affäre Schnäbele nachgegeben und in hundert anderen Fällen bewiesen, daß es nicht die Leidenschaft schlechthin, sondern die durch Staatsraison unter allen Umständen temperierte Leidenschaft war, die ihn lenkte. Was also will man vom Fürsten Bülow? Er ist gewiß weder gewaltig noch gewaltsam; und doch hat ihn das geringere Maß von Leidenschaftlichkeit, das er besitzt, nicht gehindert, dort Fraktur zu sprechen und mit Brachialgewalt vorzugehen, wo es ihm die Staatsraison zu gebieten schien; so bei der Auflösung, bei der Absägung des Herrn Delcassé, gegenüber Chamberlain usw. Hier aber, wo Fürst Bülow die der deutschen Armee zugefügten Verleumdungen des englischen Kolonialsekretärs mit schroffem Stolz zurückwies, — hier findet er trotzdem nicht den Beifall des alldeutschen Grafen. Vielmehr schiebt Reventlow die Schuld an den mancherlei Schwierigkeiten des deutsch-englischen Verhältnisses mit auf das treffliche Wort vom „Granitbeißen“: „Die englische Presse hat ihm nie vergessen, daß er während des Burenkrieges im Reichstag, gedrängt, die Bemerkungen Chamberlains zurückwies. Alle Wohlgerüche Arabiens können diese Flecken nicht von der kleinen Hand hinwegwaschen; zum Teil wohl deswegen mußte oder durfte der Kanzler auch im vergangenen Winter zu Hause bleiben, als der Kaiser nach England ging.“

Übrigens liegt doch eine gewisse Ungereimtheit darin, wenn die zeitgenössische Kritik an dem Kaiser das heftige Temperament, die drohende Sprache usw. tadelt und es gleichzeitig rügt, daß sein erster Ratgeber zu konziliant, zu vermittelnd und leisetretend sei. Man kann doch nur das eine oder das andere. Ist der Kanzler zu wenig leidenschaftlich, so ist es doch nur ein nationaler Vorteil, wenn dieser Mangel an derjenigen Stelle ausgeglichen wird, in deren Hand immer die letzte Ent-

scheidung ruht. Gefährdet aber die impulsive Art des Monarchen wirklich in ernstem Grade die deutsche Politik, so sollte man doch dankbar dafür sein, daß der Mann, der die kaiserlichen Entschließungen zuvörderst zu beeinflussen berufen ist, mehr überlegenden und sorgsam wägenden als offensiven Charakters ist.

Item, Bismarck selbst müßte wieder aufstehen, um die Alldeutschen zufriedener zu machen. Dabei aber ist Graf Reventlows Essay — und das ist das zweite Moment, welches uns die Arbeit schätzenswert macht — kennzeichnend dafür, wie diese politische Richtung, obwohl sie mehr in der Welt vorauseilender Desiderien als in der der Tatsachen fußt, sich dennoch, wenn sie einmal realpolitisch denkt, zur Zustimmung gezwungen sieht. Reventlow kommt nämlich trotz allem zu dem Schluß, daß Fürst Bülow nur schwer zu ersetzen sein werde. Dieses halbe Anerkenntnis ist aber im alldeutschen Sinne das crimen laesae majestatis, die Sünde wider den heiligen Geist des Bismarckkults sans phrase. Mithin war wenigstens der Versuch zu machen, das Lob, soweit möglich, einzuschränken. Und da die Alldeutschen stets verloren sind, wenn sie einmal nüchtern beweisen sollen, wie man es im gegebenen Momente anders hätte machen können, so verfällt Graf Reventlow auf gar absonderliche Darlegungen, die sich bis zu völliger Unverständlichkeit steigern. So wird es auch bei Kenntnis des Zusammenhangs nicht jedem gegeben sein, den Sinn des Satzes sicher festzustellen: „Wenn der leitende Staatsmann eines großen Reiches in der auswärtigen Politik und ebenso in der inneren ohne Aufhören seine Vorliebe für die unklare Linie betont, so muß das auch den stutzig machen, der die Ereignisse, insofern sie als Ergebnisse dieser Richtschnur erscheinen oder ausgegeben werden, nicht kennt.“ Absonderlich aber und vollends formitabel

ist eine weitere Anschuldigung, die Reventlow gegen den Fürsten Bülow erhebt, indem er ausführt, wie dieser gewisse Dinge in der Politik nur mit Unlust mitmache: „Ich habe den Eindruck, daß er auch hier auf einem resignierten Standpunkt steht und vielleicht denkt: wenn der Reichstag gut ist, wenn die Mittel beschafft werden können, warum sollen wir nicht noch eine Marinevorlage einbringen, warum nicht?" Man braucht dem wirklich nicht entgegenzuhalten, wie empfindlich eine deutsche Marinevorlage die gesamte auswärtige Politik des Reichs, namentlich das Verhältnis zu England, berührt. Ein Reichskanzler, der einer solchen Vorlage mit Gleichgültigkeit oder auch nur mit halbem Interesse begegnet, wäre ein Idiot oder ein non plus ultra an amtlicher Pflichtvergessenheit. Wenn man dabei in Betracht zieht, daß Graf Reventlow eben diesen Mann für unersetzlich erklärt, so kann man über seinen „Essay" in Ruhe die Akten schließen.

---

IV.

# Im Kampf wider Schwarz und Rot.

„Während Monarchisten und Liberale ihrem Wesen nach auf nationalem Boden stehen, ist es zu allen Zeiten die Natur der klerikalen und radikalen Partei, weltbürgerlich zu sein, kein Vaterland als ihre Partei zu kennen, für diese die Weltherrschaft zu fordern.“

H. v. Sybel.

Den Sproß des mecklenburgischen Landadels in derselben Art, wie den märkischen Junker, der vor ihm die höchste Staffel der Reichshierarchie erklomm, für die konservative Partei in Anspruch zu nehmen, geht nicht an. Denn Otto von Bismarck gehörte, so bittere Fehde er zuzeiten mit den Konservativen ausfocht, der Rechten so sehr mit Leib und Seele an, daß er die Nationalliberalen — die eigentliche Reichspartei, in welcher der nationale Gedanke am reinsten und selbstlosesten verkörpert ist — zeit seines Lebens mit einigem Mißtrauen ansah. Dieses Mißtrauen war ihm angeboren; und wo er mit ihnen die politische Liaison plante, da geschah es, um sie gegen die Konservativen auszuspielen und diese für zeitweilige Unbotmäßigkeit zu strafen. So wenig er Parteiminister sein konnte und wollte, er fußte mit allen Wurzeln seines Wesens in der konservativen Grundauffassung; eine Weltanschauung, die freilich moderiert und erweitert war durch sein beispielloses Genie, das ihn aus der Enge des junkerlichen Gedankenkreises

von den Mannesjahren an heraushob und ihm die Fähigkeiten gab zu welthistorischer Tat. Allein seine Politik trug, zuletzt nicht mehr recht im Einklang mit den größer gewordenen Zielen der weißen Rassenvölker, in der Hauptsache, wie schon betont wurde, kontinentalen Charakter. Und wir haben davon gesprochen, wie er nur zögernd, fast widerwillig dem Zeitgeist die Konzession überseeischer Siedelungen machte.

Nach ihm hatte Graf Leo von Caprivi de Caprara de Montecuculi einen ausgeprägten, politischen Charakter überhaupt nicht; er sah die Staatsgeschäfte aus dem Gesichtswinkel des Fahneneides an und ist als fast vergessener Mann gestorben. Ebensowenig hat Chlodwig Hohenlohe die politischen Psychologen zu Studien angereizt. Man kann ihm, der auf der Höhe der Mannesjahre als bayerischer Ministerpräsident dem Klerikalismus so tapfer die Zähne gezeigt, über seine senile Kanzlerschaft fraglos das Motto setzen: „Es gehe, wie es gehe; der Vater in der Höhe, der weiß zu allen Dingen Rat!“

Bernard von Bülow ist aus anderem Holz. Nicht, daß die vielberufenen Grübchen oder die „kandierten Redensarten“ die Signatur seines Menschentums ausmachen. Was ihm an Urwüchsigkeit, an robuster Kraft abgeht, ersetzt er reichlich durch andere Eigenschaften, die ihn als Persönlichkeit und als Staatsmann um ein Erkleckliches über das Mittelmaß hinausragen lassen. War Bismarck eine politische Kraftnatur, so ist es die staatsmännische Klugheit, die in der Erscheinung Bülows am meisten hervorsticht; eine Klugheit, die, unterstützt durch glänzende rhetorische Gaben, mit der Überredung, mit der logischen Einkesselung des Gegners und mit der Drohung, aber zuletzt erst mit der faktischen Offensive operiert. Auch kommt dem Fürsten Bülow das anders geartete Milieu zustatten, aus dem

er erwuchs und das ihn in besonderem Maße dafür vorbereitete, im imperialistischen und industriellen Zeitalter seinem Monarchen zur Seite zu stehen. Die Knabenjahre in der alten und freien Reichsstadt am Main, der Stadt Goethes, mögen in ihm schon zur Zeit des ersten, wichtigen Entwickelungsstadiums die schöngeistigen Interessen geweckt haben, während der Tropfen hanseatischen Blutes, den er von den Hamburger Verwandten überkommen hat, den Blick des Heranwachsenden für die transozeanischen Aufgaben des jungen Reiches schärfte, dem er auf Frankreichs Boden die Kaiserkrone erstreiten half. Hatte ihn schon die Studienzeit außer Landes, nach Lausanne, geführt, so lernte er in seiner diplomatischen Karriere vieler Menschen Art und Denken kennen. Rom, St. Petersburg, Wien, Athen, Paris, Bukarest und abermals St. Petersburg und Rom weiteten seinen Gesichtskreis; doch vor allem haben seinen inneren Menschen der klassische Boden Athens und die ewige Stadt angezogen, wo er in der römischen Prinzipessa, seiner späteren Gemahlin, die gleichgestimmte kunstsinnige Seele fand.

Dieser ganze an äußerem Erleben und seelischem Genießen so reiche Werdegang hat dem Kanzler sein Gepräge aufgedrückt und ihm in der Behandlung der Menschen und Dinge jene überlegene Art verliehen, welche den Kern eines Problems sorgfältig durchdringt und lieber den Vorwurf einer Politik der Zaghaftigkeit einsteckt, ehe sie ihre Karten aufdeckt oder durch vorzeitige Attacken die gesamte Aktion gefährdet. Das Zentrum hat, wie die Auslassungen seiner Presse bis fast an den 13. Dezember 1906 heran beweisen, auf den Fürsten Bülow unbedingt geschworen, fühlte sich als enfant gaté der Reichsregierung, häufte auf den leitenden Staatsmann heuchlerische Schmeichelei und merkte nicht, daß es auf dem Pulverfaß tanzte, mit dem es in der Stunde darauf in die Luft

fliegen sollte. Der Staatsmann soll nach dem eigenen Wort Bülows die Haut des Dickhäuters haben und dennoch die Fliege hören, die durch das Zimmer summt. Das hat er u. a. bei der Durchbringung des Zolltarifs bewiesen, jenes großen Werkes, das zwischen der Szylla der Landwirtschaft und der Charybdis der Industrie, zwischen dem Toben der Rechten und dem Wutgeheul der Linken wie die Quadratur des Kreises anmutete. Fürst Bülow hat die Nervenkraft und die Kaltblütigkeit gehabt, auf seinem Sitz in ruhig abwartender Haltung zu verharren, um dann — es war auch ein 13. Dezember — durch Nachgeben in gleichgültiger Nebensache mit einem Ruck den vollen Erntewagen in die Scheune zu schieben. Seine Haltung in solchen politischen Hochmomenten zeigt, daß ihm sowohl persönlich der Horizont einer Einzelpartei nicht genügt, wie auch, daß er als Staatsmann über den Fraktionen steht. Nicht nur, daß sich für das Ministermetier aus Utilitätsgründen die Hervorkehrung fraktionspolitischer Neigungen von selbst verbietet, — auch seine eigene, sozusagen private Staatsanschauung hat sich zweifellos bald aus dem Gewirr der Tagesmeinungen auf einen höheren Standpunkt emporgehoben, von dem aus das Ganze übersehen, das Einzelne besser durchschaut und das Ganze wieder um so besser beherrscht werden kann.

Wir stehen in der Aera des Imperialismus und Industrialismus, die beide auf den Konservatismus eine sonderliche Anziehungskraft nicht ausüben. Sie sind dennoch die bewegenden Kräfte der Zeit und beherrschen als solche entscheidend die Zukunft der Nation. Es war deshalb im dritten und vierten Jahrzehnt des Reiches die Kardinalfrage, deren Lösung allein eine geschichtliche Großtat bedeutet: Wie ist es bei der offensichtlichen Überlebtheit der alten Parteigriffe möglich, neue Gebilde, neue und breitere Fundamente zu schaffen, auf denen der

immer gewaltiger werdende Bau sicherer ruhe und der nationale Gedanke nicht jeden Augenblick von den Fährnissen wechselnder und egoistischer Sonderwünsche ausgesetzt sei? Wie ist die positive Politisierung der Gesellschaft zu bewirken, wie dem Quietismus zu begegnen, dessen Bedrohlichkeit schon Friedrich der Große erkannte, und dessen Eigenart immer nur den destruktiven Tendenzen an die Oberfläche verhilft? Auf welchem Wege sind, seit Bismarck ausschied, die Leidenschaften wach zu halten, die ein Volk braucht, um in starker und anhaltender, politischer Bewegung zu bleiben? Wie endlich sind jene unterirdischen Mächte auf die Kniee zu zwingen, die in klerikaler oder radikaler Weltbürgerlichkeit schwelgen und die Krankheitsstoffe bilden, von deren Austreibung allein eine dauerhafte Gesundung zu erwarten ist?

Wir haben das Grablied vernommen, das Karl Lamprecht dem Liberalismus und dem Konservatismus des 19. Jahrhunderts sang, und sahen ihn das Programm einer neuen politischen (weder liberalen noch konservativen) Blockzukunft entwerfen: Freiheit der Persönlichkeit und organisatorische Politisierung der Gesellschaft — und über beiden, sie schützend und von ihnen getragen, ein kraftvoller nationaler Staat. So das „neue Ideal“ in den Augen des Historikers. Fast wörtlich stimmt mit ihm der Nationalökonom Schmoller überein, nachdem er die Unmöglichkeit parlamentarischen Regimentes für uns dargelegt: „Eine königliche Regierung über den Parteien, aber nicht gegen und nicht ohne die Parteien. Keine königliche Regierung im Sinne persönlichen Regiments, im Sinne einer übernatürlichen göttlichen Beeinflussung der Fürsten, sondern in dem Sinne, daß die Fürsten, die naturgemäß das größte individuelle Interesse am Staatswohl haben, sich mit den Ministern umgeben, die in der Führung der Staatsgeschäfte

die größte Erfahrung, die größten Talente, die besten Charaktere zeigen und fähig sind, Majoritäten in den Parlamenten nicht durch Koterienzusammenhang, sondern durch das Gewicht vernünftiger Gründe zu schaffen.“ Und wie äußerte sich Fürst Bülow in dem Strandgespräch mit Huret? Auch er fußt in der Grundanschauung, daß die Gegensätze zwischen liberal und konservativ nicht mehr in der alten Schärfe bestehen, allenfalls in ökonomischen Fragen, d. h. also nur noch zeitweilig in Erscheinung treten, immer aber an Bedeutung außerordentlich verloren haben gegen die Frontstellung, die beide Parteien aus inneren Gründen gemeinsam gegen Zentrum und Sozialdemokratie, als die grundsätzlich deutschfeindlichen Strömungen, einzunehmen gezwungen sind.

Der große Gedanke hat in der „liberal-konservativen Paarung“ seine Verkörperung gefunden. Gewiß ist der Block nicht eigentlich dem Haupte des Fürsten Bülow entsprungen; sondern ihn gebar der Moment, da der Freisinn nach jahrzehntelangem Schmollen der sieghaften Kraft des nationalen Gedankens nicht länger widerstehen konnte, der schwarz-roten Gesellschaft den Rücken kehrte und entschlossen seine Bewilligungsfreudigkeit dartat. Damit war, so hohe Bedeutung diesem Entschluß innewohnte, zunächst aber nicht viel mehr gewonnen, als 8 bis 10000 Mann für Südwest. Fürst Bülow brauchte sich den Einlenkungsversuchen des Zentrums nur willfährig zu zeigen. Doch hat er sich hier in einer Stunde von unabsehbarer Folgenschwere auf der Höhe der Staatskunst, als der Meister des Augenblicks gezeigt, der blitzschnell die langgehegtem Plane günstige Situation erfaßte, um eine unwürdige Fessel zu sprengen und ein Erziehungswerk von nationaler Bedeutung in die Wege zu leiten. Er konnte den Konflikt vermeiden; dann aber blieb der Freisinn in der Zwitterstellung,

in der er bis dahin war. Diese Partei hätte auch künftig von Zeit zu Zeit zu erkennen gegeben, daß sie mit dem Vaterlandsgedanken endlich Frieden machen wolle, wie sie das schon vorher in dem Maße getan hatte, in dem Eugen Richters Einfluß verblaßte. Doch hätte sie die vielen Narben der über ein Menschenalter beobachteten Oppositionsstellung schon aus politischer Pietät heraus ständig gemahnt, die vermeintlich große Tradition zu wahren.

Wenn Fürst Bülow hier kühn, mit einem Griff von Bismarckscher Art zufaßte, so kann er das nur aus dem hohen Gesichtspunkt getan haben, daß jetzt die historische Gelegenheit gegeben war, die nationale Politik endlich auf eine breitere Basis zu stellen, den zerstückelten Freisinn zu einen, den geeinten Linksliberalismus in die günstigere Position der Regierungspartei zu bringen, und nun Konservative wie Liberale bei der Zusammenarbeit unter sanft-pädagogischem Druck erkennen zu lassen, wie wenig verschieden sie doch eigentlich seien im Hinblick auf Sozialismus und Klerikalismus. Und in der Tat sind jene Gegensätze im Verblassen. In die Gehirne des Stockkonservatismus, als des Vertreters der Landwirtschaft, beginnt der industrielle Gedanke seinen Einzug zu halten; sowohl in dem Sinne der Gleichberechtigung der Industrie als eines unentbehrlich gewordenen Faktors der Volkswirtschaft, wie auch nach der Richtung hin, daß die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe diesen nur vorteilhaft und überdies im Geiste der vorwärts drängenden Zeit gelegen sei. Die Nationalliberalen bedürfen keiner Eingliederung in die „neue Situation"; sie sind ihr verläßlichster Faktor. Sie haben, obschon im Grunde die Großindustrie ihre Stütze ist, niemals der Landwirtschaft dasjenige versagt, was ihr bei verständigem Abmaß der volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen irgend zu-

gestanden werden konnte. Bleibt der Freisinn als Vertreter der Börsenkreise und der demokratischen Überlieferungen! Und hier eben vollzieht sich der wichtigste Wandlungsprozeß.

Die Demokratie in bürgerlichem Gewande hat sich ausgelebt. Sie hatte, mag man zugestehen, einen Schein von Berechtigung in jener gewaltigen Periode, da die Geburtswehen des Kaiserreiches dem Individualismus, einem — wenn auch falsch verstandenen — Persönlichkeitsrecht keinen Boden gewährten, da die militärischen Voraussetzungen für Kaiser und Reich gegen eine irregeleitete Volksmeinung durchgeführt werden mußten. Diese Sünde wider Deutschlands Zukunft war schwer genug, um schwer gebüßt zu werden. Doch nun laßt's genug sein! Auch in den Sturmgesellen von Anno 48 und in ihren Epigonen lebt der Idealismus und die deutsche Art, wenn sie auch für die eisernen Zeitläufte zu weich, zu kosmopolitisch und verschwommen war. Jetzt aber hat sie ihre verdiente Aschenbrödelrolle in harter Erfahrung gewandelt; sie wollen dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, ohne Gegenrechnung, ohne Feilschen um den Preis, wenn nur die Gesamtpolitik eine liberalere wird. Und über einen Sünder, der solche Buße tut, ist mehr Freude, denn über tausend Gerechte!

Damit ist die Bahn frei zum Kampf wider Schwarz und Rot, zum Kampf für das größere Deutschland!

Und ohnmächtig zerrt der so listenreiche, nun doch überlistete Klerikalismus an den ungewohnten Ketten. Aber es würde ein überaus verhängnisvoller Irrtum sein, das Zentrum jetzt als eine quantité négligeable anzusehen, die bei taktischen Erwägungen außer Rechnung gelassen werden könne; sowohl vom Standpunkt der Regierten, als aus dem Gesichtspunkt der Regierenden heraus. Die ultramontane Partei liegt sprungbereit auf der Lauer, um in dem Augenblick vorzugehen, in

dem etwa konservativer Eigensinn oder demokratische Querköpfigkeit der Regierung die Erhaltung des Blocks unmöglich machen oder mit solchen Opfern belasten sollte, daß die Rückkehr zur klerikal-konservativen Ära noch als das kleinere Übel erscheint. Für die Rechte enthält daher die Situation die Mahnung zum Entgegenkommen, für die Linke zur Mäßigung. Umgekehrt ist aber auch das geschlagene Zentrum für den Staatsmann ein Instrument von größter taktischer Bedeutung; und zwar als Schreckmittel. Die Staatsgeschäfte müssen irgendwie immer zur Erledigung kommen, und eine in die Enge getriebene Regierung muß die Mehrheit nehmen, wo immer sie sie findet. Ihr kann daraus nicht einmal ein Vorwurf erwachsen, weil sie bei solcher Taktik nichts tut, als daß sie sich buchstäblich an die Verfassung hält, welche die Regierungshandlungen von der Genehmigung der Mehrheit der Volksvertretung abhängig macht. Sie hat ihre Pflicht getan und die Verantwortung vor der Geschichte von den eigenen Schultern abgewälzt, wenn sie die Möglichkeit eines Regiments unter Ausschaltung des ränkevollen Klerikalismus bot. Wird vom Reichstag der Bogen überspannt und der Regierung der romfreie Weg versperrt, so ist sie gezwungen, das Zentrum in seine alten Rechte einzusetzen. Dann aber trägt der Reichstag die Verantwortung für die Rückkehr in das kaudinische Joch der Krummstabträger.

Ergab sich also für den Reichskanzler die Notwendigkeit, dem Zentrum Krieg anzusagen, um den Kaiser frei zu machen, so stand er doch auch vor der zweiten Notwendigkeit, diplomatisch zu verfahren. Die Regierung mußte immer das Zentrum als letzten Trumpf in der Hand behalten, wenn sie nicht anderseits zum Spielball der Demokratie werden wollte. Wenigstens stehen wir nicht an, zu bekennen, daß es eine noch verzweifeltere Situation gäbe, wenn das Reich unter den

Schlitten der Herren Barth, Gothein, Breitscheid und der mit diesen kommenden Sozialdemokratie geriete, als wenn es abermals dem Klerikalismus in die Hände fiele. Fürst Bülow selbst käme ja für eine neue Zentrumsära nicht mehr in Frage; für seine Person, die mit Recht allein für die Entthronung des Ultramontanismus verantwortlich gemacht wird, sind die Brücken abgebrochen. Nicht aber für einen anderen Kanzler. Und Fürst Bülow handelte deshalb vorausschauend und uneigennützig, wenn er trotz aller sachlichen Schärfe in der Kampagne gegen das Zentrum mit Schonung vorging, indem er hier die persönlichen Spitzen vermied, mit der er der Sozialdemokratie so trefflich zu Leibe ging.

Er konnte das auch deshalb ohne Schädigung der Wahlaussichten tun, weil bei ihm ebensowenig wie bei uns allen ein Zweifel darüber obwaltete, daß die Zentrumspartei selbst in ihrem Fraktionsbestande ernstlich nicht zu erschüttern, vielmehr nur dadurch vom Stuhl der Macht zu stürzen sei, daß die ihr verbündete Sozialdemokratie entscheidend aufs Haupt geschlagen würde. Und es ist eine, leider nicht nur von klerikaler Seite verbreitete Torheit gewesen, wenn behauptet wurde, er habe die Wahlschlacht verloren oder nur einen Scheinsieg errungen, weil das zu demütigende Zentrum in voller Stärke zurückkehrte.

Fürst Bülow hat von vornhinein Klarheit darüber gehabt, daß dem Zentrum nicht viel anzuhaben, sondern nur durch eine Niederlage des Marxismus das Wasser abzugraben sei. Er hat unmittelbar nach der Auflösung die Abfassung eines Exposés über die bei den Wahlen einzuschlagende Taktik veranlaßt. Dieses Exposé war vom 14. Dezember datiert, wurde an demselben Tage vom Reichskanzler ausdrücklich gebilligt und anderen Dienststellen mitgeteilt. Darin heißt es nun in dem den

Kampf gegen die Sozialdemokraten und Welfen behandelnden Teile wörtlich: „Gegen diese Parteien wird in diesem Wahlkampf immer wieder mit dem besonderen Argumente zu kämpfen sein, daß ihre Niederlage notwendig ist, um die Machtstellung des Zentrums zu brechen; denn dem Zentrum werden höchstens und im günstigsten Falle 10 Sitze abzunehmen sein. Da aber das Zentrum zusammen mit den Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Elsässern usw. gegenwärtig über 215 Mandate verfügt, so würde es dann immer noch mit 205 Mandaten eine oppositionelle Mehrheit bilden können. Es wird also zu betonen sein, daß die gegenwärtige unerträgliche Macht des Zentrums nicht sowohl auf seinen eigenen 103 Mandaten, die ja nur wenig mehr als 1/4 der Sitze ausmachen, als vielmehr auf der Stärke vor allem der Sozialdemokratie beruht."

Von der gleichen taktischen Auffassung ist auch der berühmte „Silvesterbrief" getragen, dessen Adressierung an den „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" schon beweist, daß der Kanzler vor allem eine Kräftigung der speziell gegen die Umsturzpartei gerichteten Organisationen, darüber hinaus aber auch das hohe Ziel einer dauernden Politisierung der schlummernden nationalen Kräfte im Auge hatte. Auch dieses wichtige Dokument, das die erste aus dem Munde des Kanzlers kommende Beleuchtung klerikaler Machtgier und Hinterhältigkeit darstellt, läuft darauf hinaus, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie voranzustellen sei.

„. . . Von solchem Druck muß das deutsche Volk sich freimachen. Der liberale Städter und Landmann ist daran nicht weniger beteiligt als der konservative. Mögen die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen noch so große Verschiedenheiten aufweisen, die Parteien, die am 13. Dezember an der Seite der Regierung standen, werden von vornherein im Auge zu

behalten haben, was sie damals einigte: Der Kampf für Ehr' und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum. Ich stelle die Sozialdemokratie voran, weil ihre Niederlage eine Warnung für ihren blinden Übermut, eine Stärkung des Vertrauens in den ruhigen Fortschritt unserer inneren Entwickelung und eine Befestigung unserer Stellung nach außen wäre, und weil dadurch zugleich die Möglichkeit erschwert würde, daß eine bürgerliche Partei mit Hilfe der sozialdemokratischen eine dominierende Stellung gegen die anderen bürgerlichen Parteien einnimmt."

Fürst Bülow hat eingangs dieses Briefes auch Gelegenheit genommen, auf sein bisheriges Verhältnis zum Zentrum einzugehen; er schrieb:

„Der Reichskanzler war auf die Mitarbeit dieser Partei angewiesen; er mußte versuchen, ihre Zustimmung zu den im Interesse des Landes notwendigen wirtschaftlichen und nationalen Vorlagen zu erlangen. Daß er dem Zentrum zuliebe staatliche Hoheitsrechte preisgegeben oder sich in religiösen und kulturellen Fragen schwach gezeigt habe, bestreite ich. Jedenfalls darf nicht vergessen werden, daß die wichtigsten Aufgaben, die Verstärkung der Seewehr, die Handelsverträge, die Finanzreform, nur mit Hilfe des Zentrums zu lösen waren und gelöst worden sind."

Man merkt es dem Ton dieser Erklärung an, daß sie nicht ganz von Herzen kommt. Die Preisgabe staatlicher Hoheitsrechte und die Schwäche in religiösen und kulturellen Fragen bis zum Ende des Jahres 1906 ist unbestreitbar und die Regierung hat für diese ihre Haltung nur die Entschuldigung, daß sie — vielleicht irrtümlich — bis dahin die Situation noch nicht als reif zur Abschüttelung der klerikalen Nebenregierung angesehen hatte und somit zusehen mußte, wie sie

unter möglichst geringen Opfern mit dem Zentrum auskam. Daß es aber ohne Opfer nicht ging, ist wohl nicht zu leugnen, hätte ja auch direkt dem Charakter des Ultramontanismus widersprochen, dessen letztes Ziel doch immer das ist, den weltlichen Staat unter die Hoheit der Kirche zu beugen. Wie hätte es denn auch zur Auflösung kommen können, wenn nicht gerade die steigenden Machtansprüche des Zentrums eine Einengung der rechtmäßigen Gewalten — der Träger der staatlichen Hoheit — herbeigeführt hätten, die eben unerträglich wurde. Die klerikale Hybris ist doch nicht erst ein Kind des Jahres 1906, sondern blickte damals schon auf ein erkleckliches Maß von Jahren zurück. Und niemals hätte sie jenen Höhepunkt erreichen können, der zuletzt zum Bruch führte, wenn sie nicht in der Willfährigkeit der Regierung einen so günstigen Nährboden gefunden hätte. Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes am 8. März 1904 unmittelbar nach Wiederzulassung der Marianischen Kongregationen war von Umständen begleitet, welche die damalige Kuhhandelspolitik auch dem Auge des nicht Eingeweihten enthüllte. Nicht als ob gerade dem Jesuitengesetz eine so einschneidende Bedeutung beizulegen wäre; die Romkirche ist in allen ihren Gliedern vom Jesuitismus derartig verseucht, daß es an dem tatsächlichen Bestand der Dinge nicht mehr viel änderte, ob die würdigen Patres einzeln oder zu Hauf die Reichsgrenzen überschreiten dürfen. Zudem hatte der Reichstag der Aufhebung des § 2 wiederholt zugestimmt, und zwar unter der Mithilfe des Liberalismus. Die Regierung hatte sich aber trotzdem nicht bereit gefunden, eben weil sie in der Maßnahme, wenn nicht die Aufgabe eines staatlichen Hoheitsrechtes, so doch eine Schwäche in religiöser und kultureller Hinsicht erblickte. Sie bewilligte die Aufhebung erst in einem Augenblick, in welchem dieser Schritt sich als

Preis für ein Entgegenkommen des Klerikalismus auf anderem Gebiete präsentierte. Man hat den Entschluß, da er nur zweieinhalb Monate nach der Durchbringung des Zolltarifs unter klerikaler Hilfe erfolgte, mit dieser Unterstützung der Wirtschaftspolitik des Fürsten Bülow durch das Zentrum in Zusammenhang gebracht. Wahrscheinlicher scheint es uns, daß die Aufhebung des § 2 die Bedingung für die Bewilligung der Unteroffiziersvermehrung im Jahre 1904 war. Das Zentrum hatte sich dieser Forderung noch am 5. März strikte widersetzt und die Position schien aussichtslos. Am 8. März erfolgte die Beseitigung des § 2 des Jesuitengesetzes. Und am 11. März erklärte sich das Zentrum, ohne daß inzwischen irgendein neuer sachlicher Gesichtspunkt in Erscheinung getreten wäre, mit derselben Entschiedenheit für die Forderung, von der sie noch sechs Tage zuvor nichts hatte wissen wollen.

Aber auch sonst hat die Regierung dem Zentrum Opfer über Opfer bringen müssen. Die Rettung der Ostmark, wo der Gedanke der Staatshoheit unter dem Regime Florian von Stablewskis zum lächerlichen Phantom geworden war, aus der Erdrückung durch das Polentum verbot sich jahrzehntelang, weil in Preußen nicht gegen das Zentrum regiert werden konnte, wenn man im Reich mit ihm regieren mußte. Die Kultusverwaltung trug dem Klerikalismus die Preisgabe staatlicher und kultureller Werte unter dem viel zu lang im Amte gebliebenen Minister von Studt auf dem Präsentierteller entgegen. Abgesehen von den Marianischen Kongregationen, haben sich die Klöster in Preußen fast nach Kaninchenart vermehrt, der Mißhandlung der katholisch-theologischen Fakultäten sah die Regierung mit verschränkten Armen zu, während in den Kolonien, wie wir jetzt wissen, der kaiserliche Beamte unter der offenkundigen Botmäßigkeit der katholischen Missionare stand.

Doch dieser unwürdige Zustand ist überwunden! Fürst Bülow hat um so weniger Anlaß, das frühere Hörigkeitsverhältnis der Regierung zum Zentrum zu bestreiten, als er sich, wie gesagt, bei der Übernahme der Geschäfte in einer nicht durch ihn herbeigeführten Zwangslage befand und als er inzwischen deutlich genug bewies, daß jenes Verhältnis seinen persönlichen Neigungen am wenigsten entsprach, vielmehr durch Umstände diktiert war, zu deren Beseitigung er erst Ende 1906 Kraft genug gesammelt hatte.

Dann aber hat er auch seine ganze Kraft, die ganze glänzende Rednergabe, über die er verfügt, für den großen Schlag mobil gemacht. Ja, er hat die eigene Person und sein hohes Amt auf die eine Karte gesetzt; denn wenn er die Mehrheit, ohne das Zentrum, die er wollte, nicht erhielt, hätte er selbst seine Kanzlertage als gezählt angesehen. Die ultramontane Presse hat ihn gehöhnt, er habe „in Schönheit sterben" wollen; spottete ihrer selbst und wußte nicht wie! Gerade darin lag ja die Größe seines Entschlusses, daß er lieber untergehen als weiter in der unwürdigen Abhängigkeit vom Zentrum leben wollte. Wieviel weiter wären wir, wenn jeder unserer Minister zur Selbstopferung bereit wäre, sobald er die Hindernisse für eine großzügige Amtsführung nicht beseitigen kann.

Es erklärt den infernalischen Haß, mit dem die Presse des christlichen Zentrums den Kanzler seit der Wahl verfolgt, und es macht den Eifer verständlich, mit dem sie als Nachfolger für den Fürsten Bülow die unmöglichsten Persönlichkeiten, u. a. gar den Fürsten zu Fürstenberg, präsentierte, wenn man näher zusieht, mit welcher Gründlichkeit Bülow dieser Partei, nachdem einmal die Würfel gefallen, in das undeutsche Antlitz leuchtete. Er hat am 26. Februar 1907 die Geschichte

seines Verhältnisses zur Zentrumspartei dargelegt und über die Gründe gesprochen, die es ihm zur politischen und sittlichen Pflicht machten, die Trennung ins Werk zu setzen. Wir müssen diese Rede hier in ihren Hauptsätzen folgen lassen, weil sie für spätere Perioden, aber auch für die Zeitgenossen das wichtigste Dokument zur Beurteilung des grundlegenden Umschwungs unserer innerpolitischen Lage bildet und dabei auch die Motive, die den Kanzler leiteten, in aller Ausführlichkeit darlegt:

„Ich mache kein Hehl daraus, daß ich lange und ehrlich bestrebt gewesen bin, die Mitwirkung der Zentrumspartei für große Aufgaben unserer nationalen Politik zu gewinnen. Wie die Parteiverhältnisse im Reichstage lagen, gab es keine andere Möglichkeit, fruchtbare innere Politik zu machen . . . Aber mein Zusammengehen mit jeder Partei hat eine bestimmte Grenze. Ich habe auf diese hingewiesen, als ich sagte, daß ich in nationalen Fragen keinen Spaß verstände. Ich gehe mit jeder Partei, die die großen Ziele achtet, ohne welche das deutsche Volk in der Welt sein Ansehen und seinen Namen nicht behaupten kann. Wird dagegen gesündigt, so hört bei mir die Gemütlichkeit und bei der Regierung das Zusammengehen auf. Der Einfluß, die Macht einer Partei würde zu einer Geißel für die anderen, sie würde zu einer Plage für das Land, wenn sie mißbraucht würde. Und solch Mißbrauch liegt nicht einmal im Interesse der Partei, die ihn ausübt, denn dann heißt es auch: Druck erzeugt Gegendruck, und früher oder später stellt sich der Rückschlag ein. Das Zentrum hat seine ausschlaggebende Stellung nicht mit demjenigen Maß von Besonnenheit und Selbstbeherrschung benutzt, die für eine Partei Vorbedingung dauernden Einflusses ist . . .

Der Abgeordnete Spahn hat das von mir geprägte Wort der wünschenswerten Paarung von konservativem und liberalem Geiste erwähnt. Nun, meine Herren, ich bin auch heute der Ansicht, daß gerade die fruchtbarsten Epochen in unserer Entwickelung zurückzuführen sind auf die richtige Mischung von konservativem und liberalem Geiste. Aber eine Paarung, die ich bis zum letzten Augenblick für unmöglich gehalten habe, das war die Paarung Roeren-Singer, die

Sie vom Zentrum am 13. Dezember gegeben haben. Wenn die Herren vom Zentrum die Verständigung gewollt hätten, wenn sie unter Wahrung des prinzipiellen und Ehrenstandpunktes die Auflösung des Reichstages hätten vermeiden wollen, so brauchten sie nur für den Antrag Ablaß zu stimmen, der das Budgetrecht des Reichstages vollständig wahrte und der jeden Wunsch nach Ersparnissen berücksichtigte. Das haben sie nicht getan, weil sie gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Regierung ducken wollten. Das hat sich die Regierung nicht gefallen lassen, und das wird sich, so Gott will, die Regierung niemals gefallen lassen.

Der Abg. Spahn hat auch gemeint, durch das Vorgehen der Regierung wäre die Ehre der Zentrumspartei verletzt worden. Wodurch soll ich denn die Ehre der Zentrumspartei verletzt haben? Etwa dadurch, daß ich ohne Ihre Erlaubnis den Reichstag aufgelöst habe? Das wäre nicht einmal mehr Trumpf, sondern das wäre Parteityrannei. Das läßt sich niemand gefallen.

Die Auflösung des Reichstages war ein in der Verfassung festgelegtes Recht und in keiner Weise ein Verstoß gegen die Stellung des Reichstages. Von einer Bedrohung der Reichsverfassung durch das persönliche Regiment ist überhaupt nie die Rede gewesen. Das liegt ganz außerhalb des Bereichs der Wahrscheinlichkeit und selbst der Möglichkeit. Wohl aber sind unsere verfassungsmäßigen Einrichtungen, die die verbündeten Regierungen gewissenhaft beobachtet und voll bewahrt haben, bedroht durch die Partei, die auf den Bänken der äußersten Linken sitzt und die ihre letzten Ziele ja gar nicht anders erreichen kann als durch einen Verfassungsbruch. Und an die Seite dieser Partei hatte sich die Zentrumspartei gestellt.

Dann soll ich durch den Wahlkampf die religiösen Leidenschaften aufgewühlt haben. Darauf erwidere ich, daß zu den größten Unwahrheiten und Entstellungen, die im Wahlkampf eine Rolle gespielt haben, die Behauptung gehört, die katholische Religion sei in Gefahr, es würde ein neuer Kulturkampf vorbereitet. Wenn es eine Regierung gibt, welche den Vorwurf der Religionsfeindlichkeit und namentlich antikatholischer Gesinnung nicht zu scheuen braucht, so ist es die Regierung, an deren Spitze ich stehe. So etwas zu verbreiten, wie das im Wahlkampf geschehen ist, war nicht nur direkt wahrheits-

widrig, es war auch eine unpatriotische Handlung. Ich stehe noch heute auf dem Standpunkt voller und absoluter Gerechtigkeit gegenüber beiden Konfessionen, voller Parität, wahrer Toleranz. Diesen Standpunkt werde ich niemals verlassen. Aber wenn von seiten der Zentrumspartei die Zentrumsfraktion identifiziert wird mit der katholischen Religion, so ist das freilich ein Standpunkt, den ich nicht adoptiere, sondern das ist eine Haltung, die ich nicht mitmachen kann. Der Kampf richtet sich auch nicht gegen das Zentrum als Konfessionspartei, sondern gegen den Mißbrauch, den das Zentrum, gestützt auf die Sozialdemokratie, mit seiner ausschlaggebenden Stellung getrieben hat.

Ein Mitglied der Zentrumspartei hat im Abgeordnetenhause mir den Vorwurf gemacht, daß ich diese in einen Topf geworfen hätte mit der sozialdemokratischen Partei. Das ist mir gar nicht eingefallen; aber zu meinem lebhaften Erstaunen und zu meinem tiefsten Bedauern fand ich plötzlich, daß die Zentrumspartei in dem Topf der Sozialdemokratie saß. Wer sich zuerst zu dem anderen hingezogen gefühlt hat, das weiß ich nicht; ich weiß nur, daß ich mich unvermutet einer Koalition gegenüber befand, zu der ich Stellung nehmen mußte. Um so unberechtigter ist der Vorwurf, daß ich durch meine Haltung gegenüber der Zentrumspartei eine Einigung aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie unmöglich gemacht hätte. Wenn es zu einer solchen Einigung, auf die ich lange hingearbeitet habe, die auch heute das Ideal aller guten Patrioten ist, nicht gekommen ist, so lag die Schuld in erster Linie an der Zentrumspartei, nicht nur, weil sie es zum Bruch mit der Regierung getrieben hat, sondern weil sie auch demonstrativ an der Seite der Sozialdemokratie Platz nahm. Wenn es eine Partei gibt, die nach ihrer ganzen Basis, nach ihrem ganzen Programm, nach ihren Grundsätzen, nach ihren Zielen nicht mit der Sozialdemokratie zusammengehen sollte, so ist es die Zentrumspartei. Das Zusammengehen der Zentrumspartei mit der Sozialdemokratie war nach meiner Auffassung nicht nur ein politischer Fehler, ein grober politischer Fehler, es war auch ein moralisches Unrecht. Es war ein moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die alles in den Staub zieht, was dem Christen heilig ist. Soll ich Ihnen alles das von Führern der Sozialdemokratie vorlesen? Es war ein Unrecht, ein

schweres, moralisches Unrecht; zusammenzugehen mit einer Partei, die in diesem hohen Hause für die Pariser Kommune eingetreten ist, für die Kommune, die einen Erzbischof füsiliert hat, die die unschuldigen Dominikaner von Auteuil abgeschlachtet hat. Für diese Partei haben Zentrumsabgeordnete die Stichwahlparole abgegeben. Dieser Partei hat das Zentrum 12 Wahlkreise zugeschanzt, dieser Partei haben Zentrumswähler den Steigbügel gehalten. Ohne Unterstützung von Zentrumsseite würde die Sozialdemokratie, die Partei der Christentumsfeindlichkeit, so nannte sie noch vor einigen Tagen ein großes katholisches, ein Zentrumsblatt — würde die Sozialdemokratie auf zwei bis drei Dutzend Wahlmandate zurückgeworfen sein.

Die bürgerlichen Parteien sollten auch zu stolz sein, sie sollten zuviel Würde und Selbstachtung haben, um im Wahlkampfe mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, die alle bürgerlichen Parteien mit dem gleichen Haß verfolgt, die alle mit derselben verächtlichen Geringschätzung behandelt. Das Zentrum aber, das christliche Grundsätze vertritt, das soeben noch durch den Mund seines Führers uns gesagt hat, daß alle Kultur auf dem Christentum beruhe, das Zentrum sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Gerade ihm sollte jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie unmöglich sein. Es ist mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus denjenigen Katholiken, vor allen aber den Bischöfen meinen Dank auszusprechen, die im Wahlkampf furchtlos und treu ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben haben. Die Zukunft wird zeigen, wie sehr sie nicht nur im Interesse des Vaterlandes, sondern auch ihrer Kirche gehandelt haben, als sie nicht kleinlichen Fraktionsinteressen, gehässigen Rankünen, egoistischen Herrschaftsgelüsten, sondern dem Leitstern ewiger Wahrheit gefolgt sind.“

* * *

Fürst Bülow hat hiermit seine Politik festgelegt. Wer so, wie er hier, sein im tiefsten Grunde antiklerikales Herz urbi et orbi offenbart, der kann nicht mehr zurück; will es auch nicht mehr. Er kann nicht, weil er z. B. auch in seiner Eigenschaft als Gatte der katholischen Prinzeß und Freund des verstorbenen Zentrumsabgeordneten Prinzen von Arenberg dieser

Partei persönlich die Garantien zu bieten schien, daß er mit ihr auf Gedeih und Verderb verbunden sei, und weil er ihr trotzdem die bitterste Erfahrung bereitet hat, die ihr nach der Kulturkampfzeit beschieden war. Und kein Haß ist ehrlicher, als der aus enttäuschter Liebe stammende. Und freiwillig will Fürst Bülow auch nicht mehr zurück, weil ein solcher Schritt ihm das verscherzen würde, was er nach härtestem Ringen endlich sein eigen nennt: das Vertrauen des Kaisers und der Nation. Er kann seinen Posten aber ohne das erstere ebensowenig ausfüllen wie ohne das zweite.

Der Kanzler hat auch in der Folgezeit gezeigt, daß diese befreiende Rede nicht bloß auf dem Papier bleiben sollte. Abgesehen von denjenigen Maßnahmen, die er dem Freisinn in Form des Reichsvereinsgesetzes, der Börsengesetzreform, der Ankündigung der preußischen Wahlrechtsreform und der liberalen Reform der Strafprozeßordnung als Morgengabe nach der Paarung brachte, ist er entschlossen zur Ausmerzung solcher Mitglieder der Regierung geschritten, denen das Paktieren mit dem Zentrum eine allzu liebe Gewohnheit geworden war, um nun plötzlich von ihr lassen zu können. Die Beseitigung des Ministers von Studt, der sich mit Hilfe der Vereinstätigkeit seiner Gattin fest in der Gunst der Kaiserin und damit auch des Kaisers eingenistet hatte, ist allseitig fast wie die Befreiung von einem Alpdruck empfunden worden. Und nicht mit Unrecht; denn Studt war die sicherste Stütze des ultramontanen Systems; er war das Prototyp eines Ministers, wie er nicht sein soll. Er hatte stets nur persönlichen, nie sachlichen Ehrgeiz und machte den Eindruck „nach oben" zum alleinigen Maßstab dessen, was er tat. Er hat mit dem Pfunde der seiner speziellen Obhut anvertrauten nationalen Kulturgüter nicht gewuchert, sondern es verschleudert, sobald er dafür ein freund-

liches Blinzeln aus Zentrumsaugen eintauschen konnte. Weit schmerzlicher hat in Stadt und Land die Ausscheidung des Grafen Posadowsky berührt, dieses universellen Kopfes und warmherzigen Sozialpolitikers. Allein „der Staatsmann, dessen öffentliche Wirksamkeit vom reinsten Patriotismus ist, kann rücksichtslos den einzelnen dem allgemeinen Zwecke opfern, und zur Erfüllung von Samariterpflichten ist er selten aufgelegt“. Fürst Bülow war dieses Mitarbeiters nicht mehr sicher, weil der Graf ein Gegner der Auflösung und daher auch nur mit halbem Herzen bei der durch den Wahlausgang geschaffenen „neuen Situation“ war. Die Homogenität des Ministeriums ist aber im Reich wie in Preußen die unerläßlichste Voraussetzung einer erfolgreichen Durchführung des von mancherlei Klippen bedrohten Blockgedankens. Fraglos ist sie auch nach dem Rücktritt des müden Barons von Stengel noch keine vollständige. Auch die Marineverwaltung wird erst dann zu einer großzügigen Auffassung ihrer Aufgaben gelangen können, wenn sie von einer Persönlichkeit geleitet wird, die sich von jeder — auch unbewußten — Rücksichtnahme auf das Zentrum frei weiß.

Trüber und trüber gestaltet sich damit die Lage des Klerikalismus! „Fallen seh' ich Blatt um Blatt!“ Je geringer seine Aussichten auf Wiedereinsetzung in den status quo ante werden, desto niederträchtiger werden auch die Mittel, mit denen er an dem Überwinder Revanche zu üben sucht. Sollte erst die Auflösung ein „Akt des Absolutismus“ sein, so war sie nachher ein Ausfluß des „persönlichen Regimentes“ des — Kanzlers, der gleichzeitig aber auch wieder als ein kettentragender, von den Parteien abhängiger Mann bezeichnet wurde. Die hinterhältige Verdächtigung des Fürsten Bülow, namentlich dem Kaiser gegenüber, ist jetzt in der ultramontanen Presse,

vorzüglich in ihren führenden Blättern, zum System erhoben worden. Keine Erfindung ist zu plump und zu durchsichtig, um nicht dennoch sorgfältig ausgeschlachtet zu werden. Der Kaiser sollte, wenn er der Auflösung zustimmte, ein Opfer der groben Ränke seines Kanzlers gewesen sein, in dem dieser ihn über die Vorgeschichte des 13. Dezember falsch unterrichtete! Wenn anderseits Fürst Bülow es durch persönliche Vorstellungen bewirkt hat, daß der Kaiser jetzt weniger hervortritt und um so mehr von der Last der öffentlichen Verantwortung befreit ist, so sollte das wieder dem Streben des Fürsten nach einer Art Hausmeiertums entsprungen sein. Als es auch durch diese perfide Spekulation auf die Psyche des Herrschers nicht gelungen war, das Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler zu vergiften, griff das führende Berliner Zentrumsblatt zu einem noch erbärmlicheren Manöver. Fürst Bülow ward plötzlich zu dem Mann, der die Rechte der Krone gefährdet im Kampf um seine Existenz. Das Blatt warf die Frage auf: „Was soll das werden? Die Antwort war in der Behauptung enthalten, daß wir uns der parlamentarischen Regierungsform nähern: Bülow denke „sich als Ministerpräsident der Mehrheitsparteien, von deren Verhalten seine Existenz abhängt". Heute scheine es „nicht mehr die Krone zu sein, die den Reichskanzler entläßt, sondern die Herren Wiemer, Dr. Müller-Meiningen und Genossen". Fürst Bülow strebe „nach einer krypto-parlamentarischen Regierungsform". Wenn man ehrlich sein wolle, müsse man neben dem König von Gottes Gnaden in den Einleitungsworten der Gesetze setzen: „und die Freisinnigen". Nach dieser schlau berechneten Einleitung stellte das klerikale Organ es abermals so dar, als ob der Kaiser nicht genau informiert sei. Es bezeichnete es „als offenes Geheimnis, daß man in einigen Hofkreisen über die neue Art der Re-

gierung sehr verschnupft ist, daß man einem Prinzen die Worte in den Mund legt, was denn aus der Hohenzollerndynastie werden soll, wenn in Norderney alles gemacht werde". Das Blatt war allerdings so freundlich, anzunehmen, daß der Kaiser durch die Politik des Kanzlers die Thronrechte nicht berührt glaube, denn — so fügte es mit freundschaftlichem Wink gegen den Fürsten Bülow hinzu —, „wenn an der höchsten Stelle eine andere Auffassung eintreten würde, könnte sich Fürst Bülow die Rückreise (von Norderney) nach Berlin sparen". Trotzdem also das Zentrumsblatt die Ansicht vertrat, daß der Kaiser zu dem Fürsten Bülow steht, wagte es zu behaupten, daß man heute nicht wisse, „wer für die Geschicke des Reiches verantwortlich" sei. Heute schiebe einer die Schuld auf den anderen, „und so kann es weder im Interesse der Krone noch dem des Volkes weitergehen".

Als das alles noch nichts half, wurde dann vom Rhein her ein neuer Giftpfeil auf den Kanzler abgeschossen. Da die Krone auf die plumpen Anbiederungsversuche der Zentrumspresse nicht reagierte und sich an dem Fürsten Bülow nicht irre machen ließ, sollte den Parteien der Block durch die Insinuation verleidet werden, Bülow plane die Heranziehung der revisionistischen „Genossen" zur Regierungsmehrheit! Der Einfall war zwar göttlich schön; doch mehr schön als göttlich, um die erhoffte Wirkung zu erzielen; er zeigte, wie der Ultramontanismus aus allen Blüten Honig zu saugen weiß und er hat vor allem zu einer interessanten Diskussion über das Verhältnis des Fürsten Bülow zum Revisionismus und damit zur Sozialdemokratie überhaupt geführt.

Was war geschehen? In eine Kommission von Sachverständigen, welche die Eingeborenenrechte der deutschen Schutzgebiete untersuchen sollte, war der revisionistische Prinzessinnen-

retter „Genosse“ Dr. Südekum neben bürgerlichen Parlamentariern berufen worden; ein Vorgang, der gewiß nicht ganz unauffällig war, aber wohl darin seine zwanglose Erklärung fand, daß der sozialdemokratische Abgeordnete auf diesem Gebiete Privatstudien getrieben haben mag. Jedenfalls ist kaum anzunehmen, der Reichskanzler habe sich um die Zusammensetzung dieser Kommission im einzelnen gekümmert; er wird im allgemeinen wichtigeres zu tun haben. Trotzdem hielt sich das rheinische Zentrumsorgan zu dem absurden Schluß berechtigt, Fürst Bülow plane eine Herüberziehung des revisionistischen Flügels der Sozialdemokratie zu den Blockparteien, deren linker Flügel, der jetzt an sich nur von geringem Einfluß sei, durch den Hinzutritt einiger sozialdemokratischer Elemente nicht nur völlig versöhnt, sondern auch an Bedeutung außerordentlich gewinnen würde: „Es war ein Akt größter diplomatischer Gewandtheit, den man moralisch verurteilen, taktisch aber dennoch anerkennen kann, daß der Kanzler in dem Augenblick, da er sich der Bundesgenossenschaft des Zentrums entledigte, die Sozialdemokratie in diese Bundesgenossenschaft hineindrängte und auf sie den Schlag niedersausen ließ, zu dem die fanatisierten Massen des Evangelischen Bundes schon gegen ihn ausgeholt hatten.“ Nun also sollte der Kanzler, um den Gipfel der Hinterlist zu erklimmen und das arme Zentrum gänzlich zu isolieren, die Sozialdemokratie, die er erst in die klerikale Bundesgenossenschaft „hineingedrängt“ hatte, dem Zentrum abspenstig machen und zur Verstärkung des schwachen Liberalismus heranziehen wollen! Wen schaudert nicht ob solcher Niedertracht?

Aber das Zentrum erhielt bei diesen seltsamen Bocksprüngen Gesellschaft. Und zwar bei dem „Weltblatt“ der Berliner Demokratie, das immer an politischen Perversitäten

Gefallen fand und sich sein Sensatiönchen zurechtzimmert, wenn die Ereignisse des Tages es auch dem routinierten Schnüffler von selbst nicht bieten. Das puerile Argument des ultramontanen Organs für eine zarte Liaison zwischen Bülow und dem Revisionismus mochte man sich hier nicht zu eigen machen; man half sich mit einer noch fragwürdigeren Jongleurkunst, mit einem direkten Fälscherstückchen. Der Reichskanzler hatte in Norderney zu Huret gesagt: „Die Führer des Sozialismus sind Theoretiker und dogmatischer als irgendein Priester des Mittelalters", und Bebel sei „tausendmal mehr Autokrat als ein indischer Maharadjah". Aus diesen Äußerungen glaubte man an der genannten Stelle die Neigung des Kanzlers herauslesen zu dürfen, nicht bloß eine Verständigung mit den Revisionisten zu suchen, sondern auch Politik im Sinne der Revisionisten zu treiben. Und man schrieb, als handle es sich um eine Äußerung Bülows gegenüber Huret: „Mit diesen Dogmatikern des Sozialismus ist nichts anzufangen; sie bleiben, wie sie sind. Höchstens kann man sie schwächen, indem man ihre Theorie ad absurdum führt. Aber Leute wie Jaurès und Millerand, von deren Art es ja auch in Deutschland gibt! „Ja, wenn wir den hätten", schrieb der Kaiser mit Bezug auf Millerand schon vor Jahren an den Rand eines Berichtes. „Ja, wenn wir die Revisionisten hätten."

Ein Blick in die oben mitgeteilte Unterredung mit dem französischen Journalisten, aber auch in den Originaltext im „Figaro" zeigt, daß Fürst Bülow auch nicht ein Wort von diesen Äußerungen gesagt hat; vielmehr legte man sie ihm in den Mund, um den Lesern etwas Pikanterie, etwas politischen Hautgoût zu bieten. Außerdem sollte der Kanzler als Wortführer der Hauspolitik des „Weltblattes" dem erstaunten Publikum vorgeführt werden; denn hier, im Lager des

„Nationalsozialismus", des „Sozialliberalismus" usw., ist man ja von jeher dem kindischen Phantom der Verbrüderung mit dem schwindsüchtigen Revisionismus treu geblieben.

Wie die Revisionisten selbst über solche Spekulationen denken, hat einer ihrer Wortführer, der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine, im Herbst 1901 auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Lübeck offen ausgesprochen. Er spottete über die „phantastische Politik" der Nationalsozialen, die es sich in den Kopf gesetzt hätten, die Sozialdemokratie zu spalten oder sie auseinanderzuloben. Dabei seien sie folgendermaßen vorgegangen: Wer in der Lage sei, als Opportunist innerhalb der Sozialdemokratie bezeichnet worden zu sein, „von dem denken die Nationalsozialen, sie könnten ihn von der Partei abtreiben, wenn sie bei jeder Gelegenheit erklären, der gehört eigentlich zu uns", oder: „Das ist ein ganz famoser Kerl, der hat völlig recht" usw. So habe man auch von ihm gesagt: Der Heine gehört eigentlich zu uns. Er, Heine, habe darauf erwidert, für wie kindlich er die Auffassung halte, daß, wenn es gelänge, einen Revisionisten der Partei zu entfremden, ein großer Teil der Arbeiter mitgehe. „Ich habe gesagt: Was würden Sie erreichen, wenn es Ihnen wirklich gelänge, mich aus der Partei herauszudrängeln? Nun, dann hätte die Partei einen Mann weniger, aber bliebe doch dieselbe wie früher."

Das kann unterschrieben werden, soweit darin die Auffassung von der Hand gewiesen wird, als hätte der Übertritt eines oder auch aller Revisionisten in die bürgerlichen Schlachtlinien irgendeine andere politische Bedeutung, als daß die paar hunderttausend Wähler der versammelten Demokratie um ein bis zwei Dutzend Köpfe vermehrt werden. Denn der rote Opportunismus besteht lediglich aus Offizieren ohne Soldaten;

Offizieren allerdings nicht deshalb, weil etwa die Tapferkeit ihre vornehmste Eigenschaft wäre! Schon darum kann also die Insinuation, Fürst Bülow umwerbe den Revisionismus, nur politischen Kindsköpfen oder dem Hirne von Brunnenvergiftern entspringen. Wann immer ist auch nur einer aus dem Salon der Zurückgewiesenen, aus der langen Reihe der Hinausgeflogenen, der Schippel, Calwer, Göhre, Bernhard usw. einer bürgerlichen Partei beigetreten? Und wenn schon, hätten die sozialdemokratischen Wähler, die er etwa mit sich ziehen konnte, nicht reichlich in einer Droschke Platz gefunden? Aber die „Genossen" um Bernstein denken ja auch gar nicht daran, dem Radikalismus der „Bourgeoisie" die Hand zu reichen, trotzdem sie mit den Breitscheid, von Gerlach usw. zwecks Sprengung der Freisinnigen Vereinigung konspirierten. Und die, so vor der Tür sitzen müssen, starren unverdrossen auf die Pforte und sehen die alte Partei mit liebevollem Auge als eine Erscheinung an, deren Entwickelung man abwarten müsse; bereit, auch jeden Steinwurf ergeben hinzunehmen, der sie aus geöffnetem Fenster unter dem Gejohle der Rechtgläubigen trifft.

Wer die Frage nach dem eigentlichen Wesen des Revisionismus erschöpfend und in kürzester Formel lösen kann, dem müßte die Palme höchster Findigkeit überreicht werden. Der Revisionismus ist eine Summe von Einzelerscheinungen, die gar nicht unter einen Hut zu bringen sind. Allerdings ist allen seinen Vertretern das eine gemeinsam, daß sie diejenigen Hirngespinste des großen Wirrkopfes Marx, die heute auch dem blödesten Auge offenbar sind, aus der sozialdemokratischen Dogmensammlung herauszuwerfen oder mit den nicht mehr gut wegzuleugnenden, völlig anders gearteten Ergebnissen der wirtschaftlichen Entwickelung in Einklang zu bringen suchen; daß sie sich auch um den Nachweis bemühen, wie gewisse von der

Orthodoxie als spezifisch „bürgerlich“ verdammte Erscheinungen der nationalen Politik (so der Schutzzoll, die überseeische Siedelung, die Stärkung der militärischen Abwehrmittel u. a. m.) gar nicht spezifisch bürgerlich sind, sondern ebenso auch im Interesse der Arbeiterwohlfahrt liegen, so daß sie auch in der Zukunftsstaatsstrategie ihre Rolle spielen würden. Aber ihnen ist allen auch das andere gemeinsam, daß sie an dem Kern des Marxismus festhalten, daß sie sich von dem Phantom einer Klassenherrschaft der Lohnarbeiter über alle anderen Stände nicht um Haaresbreite entfernt haben und in der sozialistischen Republik unentwegt das Ziel der menschlichen Gesellschaftsentwickelung erblicken. Selbstverständlich spukt das zukunftsstaatliche Ideal hier bald in erheblich modifizierter Form, bald in einer mehr dem alten Vorbild ähnlich gebliebenen Gestalt herum. Das Problem als solches bildet aber immer den Ausgang der revisionistischen Gedankengänge. Dabei gleicht keiner je dem anderen, so daß es vergebliche Mühe wäre, aus ihrer anwachsenden Literatur so etwas wie ein revisionistisches Programm herauszudestillieren. Eine klare Scheidung ihrer mannigfachen Theorien untereinander wie deren Gesamtheit vom Orthodoxismus ist schlechterdings unmöglich. Man sieht sie im allgemeinen als die „mildere“ Richtung, als das Fähnlein derjenigen Sozialdemokraten an, die ihre Kinderstube auch in der Partei der größtmöglichen Ruppigkeit nicht ganz verleugnen. Dabei war es aber der Revisionist von Vollmar, dessen Leibblatt die niederträchtigste Beschimpfung der nationalen Armee und der Soldatenehre beging, die sich selbst die Sozialdemokratie je geleistet hat: es verglich unter dem jubelnden Beifall auch der streng-marxistischen Presse den militärischen Ehrentod auf dem Schlachtfelde mit dem Tode des Schweines von Metzgers Hand, und meinte, der Schweinetod sei erträglicher, weil man

das Schlachtopfer nicht erst stundenlang abhetze; er stände sogar höher, weil diese Hinschlachtung nützlichen Zwecken diene. Und es ist der schwächliche Vater des Revisionismus, Eduard Bernstein, der immer wieder die Massendemonstration auf der Straße, die „Revolution im Sonntagsrock“ propagiert, d. h. denjenigen Weg, auf welchem die erregten Massen am ehesten und sichersten in den blutigen Konflikt mit dem „Kleinkalibrigen“ geraten. Wie unwürdig hat Göhre in Dresden Bebel um Gnade gebeten, ohne selbst nach der Mandatsentziehung der Partei den Rücken zu kehren; wie seelenruhig hat der gesamte Revisionismus auf den Parteitagen stets jenen Resolutionen zugestimmt, die ihm das Maul verboten und revisionistische Regungen mit gröbsten Worten inkriminierten; mit welch' hündischer Unterwürfigkeit haben die „edlen Sechs“, nachdem sie mit brutalster „Herrenmoral“ vom Parteivorstand aufs Pflaster gesetzt waren, alsbald die „ethisch-ästhetische“ Richtung, die sie so kühnlich im „Vorwärts“ begründet hatten, vergessen und sind nach empfangener Prügel fein säuberlich unter das schützende Dach der Orthodoxie zurückgekrochen! Wie beteuern selbst Leute von wissenschaftlichem Verdienst, so Bernhardt, Schippel, Calwer usw., ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie, die sie als Unwürdige ausstieß. Laßt alle Hoffnung draußen!

Der Revisionismus hat stets den entblößten Rücken gebeugt, wenn die klatschenden Hiebe der radikalen Peitsche niedersausten; er hat nie gemuckt, wenn er die „Stockprügel auf den Magen“ erhielt, und im Reichstag oder sonstwo zu den radikalen Tiraden stets Ja und Amen gesagt. Er ist nichts als ein Sammelname für alle die Armseligen, die vielleicht in der Hoffnung auszogen, dort Vernunft zu predigen, wo nur mit der Todknüppelung des Intellekts gewirtschaftet werden kann.

Man hat sich über die Idee den Kopf zerbrochen, ob der Revisionismus, wenn er je zu Macht und Einfluß käme, nicht gefährlicher sei als der Radikalismus. Gewiß würde er das sein; denn alle seine Spielarten laufen darauf hinaus, die grobsinnigsten Dilettantismen aus Marx' Lehre auszumerzen, deren einzelne heute schon den helleren Arbeiterkopf stutzig machen. Da sie also die augenfälligsten Widersinnigkeiten, wie z. B. die Verelendungstheorie, die verrückten Phantasien über das Wesen des Kapitals, des Mehrwerts und über die Unproduktivität der geistigen Arbeit beseitigen, so machen sie den Marxismus den Hirnen des kleinen Bürgertums und der geistig Armen in allen anderen Ständen schmackhafter; und indem sie gleichzeitig an der Quintessenz des Marxismus, der Despotie der zahlreichsten Klasse über die minder zahlreiche in der Form der kommunistischen Republik festhalten, so würden sie die Verwirrung in Kreise tragen, die ihnen sonst verschlossen blieben, die jedenfalls dem plumpen und roheren Radikalismus nicht zugänglich sind.

Aber der Streit hierüber ist müßig. Was von den dreieinviertel Millionen Arbeitern und Kleinbürgern heute mit voller Klarheit über das Parteiprogramm zur roten Fahne schwört, das will von Evolution nichts wissen. Ihm ist der Gedanke an die Revolution in Fleisch und Blut übergegangen, der schnelle, blutige Zusammenbruch der Königsherrschaft, der proletarische Kulturmorgen, der plötzlich die halbe Arbeit und den dreifachen Lohn, die Abschaffung des Militärs und die Souveränität der „Lohnsklaven" hervorzaubern soll, — das ist das Phantom, dem die Ärmsten, in Rachsucht und Blutgier sorgsam erzogen, nachjagen. Der Radikalismus beherrscht die Masse und hat sie zum blinden Vertrauen, zum Verzicht auf eigenes Denken verleitet. Der Revisionismus mit seinem

angeblich „friedlichen Hineinwachsen“ in den Zukunftsstaat kann in dieser Schar nie mehr Fuß fassen. Nicht die Theorie, sondern der Kladderadatsch ist es, was dem kleinen Mann imponiert. Kommt der Tag — und wir jüngeren erleben ihn noch — an dem der Marxismus, endgültig bankrott, seiner Millionengefolgschaft das Verbrecherische seiner wahnwitzigen Politik nicht mehr länger verbergen kann, dann wird der Revisionismus bei seiner Studierlampe sitzen, während die betörte Arbeiterschaft der sozialdemokratischen Herrschaft unter Blut und Tränen den Garaus macht, um dann in folgerichtiger Betätigung der Gewerkschafts- und Tarifvertragsidee ihren Frieden mit der sozialen Monarchie zu machen.

Es ist hiernach klar, daß nur Schwachköpfe oder Intriganten mit dem Gedanken hausieren gehen können, Fürst Bülow wolle den Revisionismus mit zu den Regierungsparteien heranziehen oder gar Politik im revisionistischen Sinne machen. Mit dem Revisionismus ist nur wie mit dem Spion umzugehen; man benutzt, aber verachtet ihn. Der Revisionismus hat trotz seiner Unbrauchbarkeit für positive Arbeit den Vorzug, zersetzend zu wirken; er glaubt den Marxismus zu modernisieren, während er ihn unterwühlt. Die Staatskunst des jetzigen Reichskanzlers war darum auch hier auf der Höhe der Zeit, wenn sie nach dem Rezept arbeitete, dessen Zweckmäßigkeit heute wohl so ziemlich unumstritten, jedenfalls aber praktisch bewährt ist: trotz aller guten Zurede aus der ehemals Kardorffschen Ecke, nichts zu tun, was die zerfallende, im eigenen Blödsinn erstickende Sozialdemokratie wieder zusammenschweißen, ihr mit der Märtyrerkrone neue Zugkraft geben könnte; die Offensive ihr zu überlassen, aber auch jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß die staatliche Defensive von denkbarster Härte und Kraft sein würde, — vgl. die militärischen Vor-

kehrungen im Jahre 1906, als in Nachahmung des blutigen St. Gapontages auf den Berliner Straßen en masse demonstriert werden sollte; Übergriffe in das der Verantwortlichkeit der berufenen Gewalten vorbehaltene Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten mit ruhiger Entschiedenheit polizeilich zu unterdrücken, — siehe das Verbot gegen Jaurès, in Berlin über die Marokkosache zu reden; daneben unverdrossen monarchische Sozialpolitik zu treiben, bei dieser Sozialpolitik aber die friedlichen Gewerkschaften und die sozialdemokratisch infizierten differentiell zu behandeln, — vergleiche den ersten Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine; siehe aber auch Vereinsgesetz, Arbeitskammern, Maximalarbeitstag für Frauen, Witwen- und Waisenversicherung und die Parole nach der Niederwerfung der Sozialdemokratie in der Wahlschlacht: „Nun erst recht!"; bei alledem aber in unermüdlicher rhetorischer Aktion die klaffenden Widersprüche zwischen sozialdemokratischer Theorie und Praxis in bengalisches Licht zu rücken und zu diesem Zwecke vorzugsweise den Revisionismus zu benutzen, sowie die Behandlung vorzuweisen, die er seitens der Radikalen genießt.

Wir glauben, daß Fürst Bülow mit diesem fertigen Programm vielleicht schon sein Amt antrat und es sich nicht erst nach den Erfahrungen der Kanzlerschaft zurecht machte. Denn in die allererste Zeit seiner Kanzlerzeit fiel die Nichterneuerung des seit 1888 bestehenden Ausweisungsbefehls gegen Eduard Bernstein, den frühesten Vorkämpfer des Revisionismus, der sich inzwischen in Zürich und London aufgehalten, aber aus der Entfernung wenig Gelegenheit gefunden hatte, auf die marxistische Lehre zersetzend oder in seinem Sinne läuternd einzuwirken. Bernstein konnte 1901 wieder nach Deutschland zurückkehren — es fällt schwer, hier nicht die fürsorgliche Hand des Fürsten

Bülow zu spüren — und dem Revisionismus, in so vielen Ansätzen er schon vorhanden war, zum ersten Male zu einiger Bedeutung zu verhelfen. Von diesem Augenblicke an, da er im sozialwissenschaftlichen Studentenverein zu Berlin jenen aufsehenerregenden Vortrag „Gibt es einen wissenschaftlichen Sozialismus?“ hielt und den Marxschen Lehrsätzen die zwingende Gültigkeit bestritt, um den „Allvater“ moderner zu frisieren — von diesem Moment an datiert die Wirrnis in den sozialdemokratischen Oberschichten, die noch selbigen Jahres in Lübeck auf dem Parteitag eine relativ großzügige Debatte über die „Bernstein-Angelegenheit“ hervorrief, bis diese in Dresden auf gewaltsamste Art „erledigt“, d. h. stumpfsinnig niedergeknüppelt wurde. Seitdem aber sitzt der Pfahl im Fleisch der Sozialdemokratie, sie kränkelt und würgt an dem Gifttrank. Den Geist des Zweifels wird sie nicht mehr los! Und wir dürfen glauben, daß es in späteren Jahren überzeugender, beweiskräftiger wird dargelegt werden können, wie es Fürst Bülow war, der ihr nach bestimmtem Plane die wenig bekömmliche Medizin eingab. Die durchschlagende Wirkung liegt heute zutage. Und man wende nicht ein, daß der preußische „Wahlsieg“ des Sommers 1908 irgendeine Aenderung der Situation bedeute. Die Handvoll Krakeeler im Landtag, die zudem nur auf ohnehin sozialdemokratischem Boden gewählt wurde, kann die Degeneration der Partei nicht aufhalten. Auch ist es eine Fälschung, sie als „moralischen Erfolg“ auszugeben. Denn dieser „Erfolg“ ist fast allein der von den bürgerlichen Parteien bewilligten anderweiten Wahlkreiseinteilung zuzuschreiben; einer Maßnahme, beschlossen zu dem Zwecke, den Landtag von dem Vorwurf des vollständigen Ausschlusses der „Arbeiterpartei“ zu befreien, auf daß nach dieser Einräumung die Wahlreform um so gemächlicher vor sich gehen könne.

Fürst Bülow hat systematisch die Taktik befolgt, den Revisionismus, dem er durch die ad hoc erfolgte Wiedereinlassung Bernsteins überhaupt erst etwas auf die Beine geholfen hat, gegen die Radikalen auszuspielen, die Verlogenheit der sozialdemokratischen Schlagworte Liberté, Fraternité, Egalité, an der Hand der schmerzensreichen Geschichte der Revisionisten darzulegen, dabei aber auch der letzteren ganze Jämmerlichkeit vor dem Lande auszubreiten. Man wußte, was er meinte, wenn er der Sozialdemokratie das scharf charakterisierende Wort zurief: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!“; wenn er dem Jupiter tonans, der sich über die russische Autokratie gar fürchterlich aufgeregt hatte, entgegenhielt: er spotte seiner selbst und wisse nicht, wie; die Art seiner Parteileitung stände ungefähr auf der Höhe des Zustandes, der ihm (Bebel) in Rußland nicht gefalle; die Freiheit, die er seinen Gesinnungsgenossen und den publizistischen Organen seiner Partei einräume, gleiche ungefähr dem Grade der Freiheit, die ihm in Rußland nicht genüge; und die Ordnung der Dinge, die er herbeiführen möchte, die Zukunftsgesellschaft, die er bei uns etablieren wolle, würde jeden Despotismus in den Schatten stellen.

Dieser beißende Spott aber blieb nicht die einzige Note in den parlamentarischen Schlachten zwischen dem Kanzler und Bebel. Fürst Bülow hat auch Fraktur zu sprechen gewußt, und daß er damit die erzielte Wirkung erreichte, hat die steigende Ratlosigkeit der Sozialdemokratie bewiesen, die sich nach dem hübschen Wort Schippels immer mehr als ein „Möchte gern!“ und „Kann doch nicht!“ präsentiert. So hat seine Drohung gegenüber dem hochverräterischen und antimilitaristischen Wühlen der Partei: „Ich kann Ihnen nur raten, solche Tendenzen nicht dort zu betätigen, wo sie nicht unter dem Schutz der Immuni-

tät stehen", und ein Jahr später: „Gehen Sie nicht von Redensarten zu Taten über. Versuchen Sie es, Sie werden sehen, was danach kommt!" — es haben diese Drohungen auch ihre Verwirklichung gefunden, z. B. in jener Mobilmachung des Berliner Militärs an dem Januartag 1906, als das Volk „auf die Straße geführt" werden sollte, und in der Verurteilung des kleinen Liebknecht wegen Hochverratsverbrechens. Die Herren „Genossen" mußten erkennen, daß dieser „weichliche Kanzler" auch seine Kehrseiten hat; und wenn sie trotz ihrer blutrünstigen Sprache niemals auch nur das kleinste Pütschlein riskierten und ob solcher Zaghaftigkeit den früheren, fortreißenden Einfluß auf die Masse allgemach einbüßen, so darf man einiges Verdienst daran auch dem leitenden Staatsmann zuschreiben, der ihnen die Überzeugung beibrachte: „Cet animal est très méchant, quant on l'attaque, il se défend!"

Die Auslassungen ferner, die von seiten des Fürsten Bülow speziell über den Revisionismus vorliegen, sind lehrreich genug dafür, daß er dieser amüsanten Erscheinung gegenüber nur dieselbe innere Schwenkung vollzogen hat, wie auch wir und alle Welt außer gewissen politischen Katilinarien auf der bürgerlichen Linken. Die schwache Blüteperiode, die der rote Opportunismus kurze Zeit nach der Jahrhundertwende erlebte, hat damals auch das zurückhaltendere Urteil zu der Illusion verleitet, hier seien endlich die ersten Anzeichen einer Rückkehr der Sozialdemokratie auf den Boden der Vernunft. Wie außerordentlich schnell fiel aber der Reif in diese Frühlingsnacht, als die Rückgratlosigkeit der revisionistischen Halbgötter, ihre Duckmäuserei vor der schwieligen Faust Bebels und nicht zuletzt die widerspruchsvolle Logik in ihrer eigenen Haltung die gebildete Welt darüber aufklärte, daß auch dies nichts als echtester Sozialdemokratismus war — ein feiges Verkneifen

der Augen vor der restlosen Wahrheit, niedrigster Massenbyzantinismus und ein Vergewaltigen der objektiven Wissenschaft, die stets der zweite Sieger blieb.

Auch Fürst Bülow hat im Anfang den Revisionismus anders betrachtet, als es aus seiner Rede im Dezember 1904 hervorklingt:

„Vor zwei Jahren, meine Herren, wurden ja in manchen Kreisen Erwartungen an den Revisionismus geknüpft. Wie der edle Posa in Schillers Don Carlos vor den bösen König Philipp, so trat damals der Revisionismus vor den Führer der sozialdemokratischen Partei: ‚Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire!‘ Der dachte aber: ‚Sonderbarer Schwärmer!‘ Er gab keine Gedankenfreiheit, er ließ durch seinen Freund, Herrn Kautsky, erklären, in der sozialdemokratischen Partei sei sogar das Anzweifeln der gerade herrschenden Meinung gefährlich und nicht erlaubt. Jedenfalls war damals die Haltung des Herrn Abgeordneten Bebel eine solche, daß selbst ein angesehenes französisches sozialdemokratisches Blatt, die ‚Humanité‘ oder ‚Aurore‘, von dem ‚dogmatisme intolérant‘, dem unduldsamen Dogmatismus der deutschen Sozialdemokratie, sprach. Da duckte sich der Revisionismus, da überließ er die Führung den utopistischen Politikern, da wich er zurück vor denjenigen, die das mit seltenem Scharfsinn und seltener Denkkraft, mit ungewöhnlichen Kenntnissen und mit noch ungewöhnlicherer Dialektik konstruierte, aber durch die geschichtliche Entwickelung der Dinge in seinem Fundament erschütterte System von Marx für ein Dogma halten, so starr und so unanfechtbar, wie nur irgendein asiatisches Dogma. Und als der Revisionismus sich zurückzog, sich so duckte, da schaltete er sich eben aus der Zahl derjenigen Faktoren, die Realpolitik treiben. Gewiß, die Behandlung, die ihm damals zuteil wurde, konnte Mitgefühl erregen, wenn die Politik nicht bis zu einem gewissen Grade das Mitleid ausschlösse. Aber auch die Art und Weise, wie damals der Revisionismus reagierte, oder vielmehr, wie er nicht reagierte, auch die konnte ein gewisses Mitgefühl hervorrufen. Deshalb hat es keinen Wert, wenn die Herren von jener Richtung sich mit einer relativen Mäßigung aussprechen, solange sie nicht imstande sind, sich von demjenigen Herrn zu emanzipieren, den ich nicht beim Namen nennen will, den aber vor zwei

Jahren mit feinem Witz der Herr Abgeordnete von Vollmar verglich mit dem Lordprotektor Cromwell. Solange sie sich nicht auf eigene Füße stellen, so lange haben ihre relativ gemäßigteren Anschauungen auch nur einen akademischen Wert, und daß in der sozialdemokratischen Partei das Akademische nicht allzu hoch bewertet wird, das wissen wir seit dem Dresdener Parteitag."

So skeptisch Fürst Bülow sich hier ausdrückt, ein letzter Schimmer von Erwartung, mit dem Revisionismus könne man hinsichtlich einer Spaltung der Sozialdemokratie vielleicht doch noch einmal rechnen, klingt doch aus den Schlußsätzen heraus. Endgültig aufgegeben aber hat er solche Hoffnungen unter dem Eindrucke der nachfolgenden Jahre. Die Rede vom 26. Feruar 1907, welche diese Hoffnungen offen einräumt, verweist den Revisionismus für immer in die Rumpelkammer:

„Gewiß, es hat eine Zeit gegeben, da konnten Hoffnungen, ernsthafte Hoffnungen auf den Revisionismus gesetzt werden. Ich selbst bin vielleicht von solchen Hoffnungen nicht ganz frei gewesen. Aber da kam der Tag von Dresden, da kam der große Kotau der Revisionisten, da klappte der Revisionismus zusammen wie ein Taschenmesser, da war es aus mit dem Revisionismus. Denn in der Politik ist die Buße nicht ganz so preiswürdig wie in der Moral. Da hat der verlorene Sohn, der sich reumütig dem Vater als Tagelöhner anbietet, etwas beinahe Komisches; da ist es mit der bloßen Unterwürfigkeit nicht getan, mit dem Verleugnen seiner eigentlichen inneren Absichten und Hoffnungen, wenn der gewisse rote Hahn kräht. Herr Kautsky und Herr Mehring haben doch recht behalten, wenn sie von Anfang an sagten, die Prinzipien des Revisionismus besäßen die Festigkeit eines Kartenhauses, die Revisionisten seien halb Eklektiker, halb Skeptiker, mit solchen Leuten komme man von nichts durch nichts zu nichts.

Nun wird mir allerdings von Zeit zu Zeit gesagt, der Revisionismus stelle sich nur so, als ob er tot wäre. In einem für die Revisionisten freundlichen Artikel habe ich gelesen, der Revisionismus verfolge eine sehr schlaue Taktik, die in diesem Artikel die Wanzentaktik genannt wird. Wie dieses interessante Tierchen, stelle sich der Revisionismus nur so, als ob er tot wäre, er würde aber plötzlich erwachen und alle

Welt durch seine Lebensfähigkeit überraschen. Meine Herren, ich glaube nicht recht an diese Wanzentaktik. Ich glaube auch nicht, daß der Herr Abg. Bebel, wie der frühere Abg. Bernstein einem ausländischen Journalisten in Aussicht gestellt hat, sich in einen ehrlichen Revisionisten verwandeln, und daß er dem Revisionismus Abbitte leisten wird. Non dimittit pellem suam Aethiops senex, nec Pardus quando senescit diversitatem: der Neger bleibt immer ein Neger, der Panther behält sein buntes Fell, und der Herr Abg. Bebel wird wohl immer der Herr Abg. Bebel bleiben. Der Revisionismus, der stets nachgibt, der immer tanzt, wie der Radikalismus pfeift, der wird nach meiner Überzeugung in absehbarer Zeit keine Rolle mehr spielen. Traurig, bitter traurig aber bleibt es, daß so viel Tüchtigkeit, so viel Kraft, so viel hochstrebender Idealismus, so viel Begabung, wie sie gerade im deutschen Arbeiter sich verkörpern, dem verbohrten Fanatismus der einen, der Schwäche der anderen hingeopfert werden. Ich habe Ihnen, meine Herren von der Sozialdemokratie vor Jahren zugerufen: Betreten Sie den Boden der Legalität, betreten Sie den Boden der Vernunft, hören Sie auf, Gefühle zu verletzen, die der großen Mehrheit des deutschen Volkes heilig sind! und manche Gegensätze können sich mildern. Sie haben meine Aufforderung mit Gelächter aufgenommen, Sie haben sie nicht befolgt. Die deutsche Sozialdemokratie hat zum Schaden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Streiks in mutwilligster Weise hervorgerufen, sie hat mit der Idee des Massenstreiks, mit der Idee der Revolution ein frivoles, ein ruchloses Spiel getrieben, sie ist immer fanatischer, immer terroristischer, immer kulturwidriger geworden. Solange sie sich in dieser Beziehung nicht wandelt, ist kein Paktieren, ist keine Verständigung mit ihr möglich."

Es würde aber kein vollständiges Bild des siegreichen Kampfes, den Fürst Bülow gegen die Sozialdemokratie geführt hat, geben, wollten wir nicht wenigstens aus der umfangreichen Polemik, die er gegen diese Partei gerichtet, noch die wichtigeren Ausführungen der zum Teil schon wiedergegebenen Rede vom 26. Februar 1907 in der Hauptsache anführen. Denn hier findet sich alles zusammen, was der stagnierende Marxismus auf dem Kerbholz hat; hier hat der Kanzler auch

für die Ängstlichen deponiert, wie wenig es ihm beifällt, die Sozialdemokratie trotz der schweren Niederlage im letzten Reichstagswahlkampf für dauernd überwunden anzusehen:

„Der Herr Abg. Bebel hat gemeint, daß die Sozialdemokratie vorzugsweise, wenn nicht gar lediglich eine reformatorische Tätigkeit entfalte. Er hat den Vorwurf weit abgewiesen, als ob die Sozialdemokratie destruktiv sei. Das hat mich gewundert, da im Laufe derselben Rede der Herr Abg. Bebel uns in Aussicht gestellt hatte, daß er heute nur Dinge sagen wolle, die er beweisen könne. Der Herr Abg. Bebel hat wohl vergessen, daß er vor wenigen Jahren auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Dresden, wo er frei von der Leber sprach, gesagt hat, er sei ein Todfeind der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, und er werde nicht eher ruhen und rasten, als bis er diese gesellschaftliche Ordnung zerstört und vernichtet habe. Nun hat der Herr Abg. Bebel gemeint, sobald die Rede auf die Sozialdemokratie käme, oder sobald ich ihn vor mir sähe, würde ich nervös. Ach du lieber Himmel! Ich nehme die sozialdemokratische Gefahr ernst, ich nehme sie sehr ernst, aber nervös macht sie mich gar nicht . . . Die Niederlage, welche die Sozialdemokratie erlitten hat, war zu wohl verdient. Sie war zunächst wohlverdient, weil sie die Strafe war für vorhergegangene Großsprechereien. In Hamburg hatte Herr Bebel gesagt: bei diesem Wahlkampf soll der bürgerliche Liberalismus zerrieben werden. Meine Herren, mir scheint, der Liberalismus befindet sich noch ganz wohl. Alle offiziellen und offiziösen Organe der Sozialdemokratie, die mir zu Gesicht gekommen sind, vom Vorwärts bis zur Neuen Zeit, sprachen von bevorstehenden großen Erfolgen. Aber Hochmut kommt vor dem Fall. Die Niederlage war aber weiter wohlverdient, weil sie die Strafe war für einen engherzigen, dogmatischen, kleinlichen, philiströsen Geist, der blind gegen alle Andersdenkenden wütete und trotz allem Gerede von Kulturhöhe an der Schwelle des 20. Jahrhunderts eine Unterdrückung ausübte, ein Zwangssystem betätigte, eine Gesinnungsschnüffelei betrieb, ein geistiges Joch vorbereitete, wie es die Welt kaum im Mittelalter gesehen hat. Soll ich Sie daran erinnern, daß selbst Ihr Gesinnungsgenosse Jaurès sich genötigt sah, über den dogmatisme intolérant, den intoleranten Dogmatismus der deutschen Sozialdemokratie zu seufzen? Soll ich Sie daran erinnern, daß ein Freund und Parteigenosse Sie, den Führer der

Sozialdemokratie, als den neuen Oliver Cromwell, den neuen Lordprotektor der Sozialdemokratie apostrophierte, daß sozialdemokratische Blätter den Herrn Abg. Bebel mit Julius Cäsar verglichen! Julius Cäsar — August Bebel! Soll ich Sie an das Ketzergericht in Dresden erinnern? Soll ich Sie erinnern an die Art und Weise, wie die sechs armen Redakteure des Vorwärts an die Luft befördert wurden? L'Etat c'est moi! sagte Ludwig XIV. zu seinem Parlament — ich bin die Sozialdemokratie, war für eine gewisse hohe Stelle in der Sozialdemokratie schließlich die Losung geworden. Eine demokratische Partei — und eben noch hat der Herr Abg. Bebel betont, daß die sozialdemokratische Partei vor allem eine demokratische Partei sei — also eine demokratische Partei, meine Herren, die Sie „Sehr wahr" rufen, mit autokratischer Spitze und Führung, das ist eine contradictio in adjecto, das ist ein Nonsens.

Die Niederlage der Sozialdemokratie war aber auch wohl verdient, weil sie die Strafe war für eine politische Kampfesweise und für eine publizistische Methode, wie sie so brutal die gebildete Welt doch noch kaum gesehen hat. Ich bin viel herumgekommen, ich habe infolge meines Lebensganges viel im Auslande gelebt, ich entsinne mich aber nicht, irgendwo derartige Rüpeleien erlebt zu haben, wie sie namentlich seit dem Dresdener Parteikongreß die sozialdemokratische Presse in unser früher anständiges und vornehmes, von idealistischem Schwunge getragenes öffentliches Leben einzubürgern suchte. Und das war eine logische Entwickelung. Aus dem Haß geboren, mußte die sozialdemokratische Presse schließlich bei dem Sauherdenton anlangen. Nicht nur die Monarchie, die Armee, nein, das Vaterland, die Nation, alles, was der großen Mehrheit unseres Volkes heilig und teuer ist, wurde mit einer Wut, mit einem Ingrimm verfolgt, mit der der große Dichter seinen Caliban alles Hohe und Edle angreifen läßt. Und dieser Tonart, das will ich ganz besonders konstatieren, ist die sozialdemokratische Partei auch in diesem Wahlkampf treu geblieben. Wie ein Indianerstamm auf dem Kriegspfad sind Sie in diesen Wahlkampf gezogen. Unglaubliches ist geleistet worden, nicht nur im Herunterziehen nationaler Empfindungen und Gefühle, sondern auch in der Beschimpfung der Gegner. Die Niederlage der Sozialdemokratie war aber auch, meine Herren, die gerechte Strafe für den so rücksichtslos von ihr

geführten Klassenkampf, für ihre Gehässigkeit, für ihre Taktik der Verhetzung; sie war wohlverdient wegen der terroristischen Art und Weise, in der die Sozialdemokratie mit Einschüchterung auf Unterdrückung arbeitet, wegen ihrer despotisch-terroristischen Allüren. Die Niederlage der Sozialdemokratie war ferner wohlverdient, weil sie die Strafe war für die von ihr geführte öde Verneinungs- und Nörgelpolitik. Der Herr Abg. Bebel hat sich heute bemüht, auf eine Reihe von Fällen hinzuweisen, aus denen das Gegenteil hervorgehen soll. Herr Bebel berief sich aber im wesentlichen doch nur auf Anregungen, die von der Sozialdemokratie ausgegangen waren. Ja, weshalb diese Anregungen? Sie waren darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokratie auch damit die Erregung von Unzufriedenheit betrieb, indem sie Forderungen aufstellte, die in diesem Umfange niemand erfüllen kann, indem sie Wünsche erweckte, die völlig zu befriedigen niemandem gegeben ist. Wenn aber dann die verbündeten Regierungen aus solchen phantastischen oder perfiden Forderungen und Wünschen einen vernünftigen, gesunden, realisierbaren Kern herausschälten, so hat die Sozialdemokratie fast immer dagegen gestimmt, sich fast regelmäßig dagegen erklärt. Die Sozialdemokratie war ja von Anfang an mehr auf die Kritik, auf das Negative als auf das Positive angelegt; Sie erinnern sich, wie ich Ihnen einmal in diesem Hause gesagt habe: Kritik 1a, positive Leistungen 5b. Aber dieser kritische Zug hatte sich namentlich bei den Führern der Sozialdemokratie gerade in den letzten Jahren immer mehr herausgebildet und verstärkt. Besonders seit dem Dresdener Parteitage, seit dem Bad in dem Jungbrunnen des Herrn Abg. Bebel, seit dem damals erfolgten Untertauchen der Revisionisten durch den Herrn Abg. Bebel, trat es deutlich zutage. Und, meine Herren, die Niederlage der Sozialdemokratie war auch wohl verdient aus einem Grunde, den einer der guten Köpfe der Sozialdemokratie, Herr Schippel, in einem Artikel hervorgehoben hat, der mir vor einigen Tagen vorgelegt worden ist. In diesem Artikel des Herrn Schippel wird die Wahlniederlage der Sozialdemokratie zurückgeführt auf die Unwahrhaftigkeit in der Agitation der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie habe erklärt, der Zolltarif wird niemals zustande kommen! — Er ist zustande gekommen. Sie haben erklärt, auf der Basis dieses Zolltarifes ließen sich keine Handelsverträge abschließen. — Wir haben sie abgeschlossen. Sie haben erklärt, diese Handelsverträge

würden die Industrie schädigen, unseren Wohlstand lähmen. — Unser Wohlstand steigt, unsere Industrie blüht. Nun meint Herr Schippel — wohl nicht mit Unrecht —, daß ein solches Geflunker, wie er sich ausdrückt, viele Wähler satt bekommen hätten. Die Niederlage der Sozialdemokratie war endlich wohlverdient wegen der unpatriotischen Haltung, in die sich die deutsche Sozialdemokratie leider, leider mehr und mehr verrannt hat. Nur die deutsche Sozialdemokratie stellt internationale Ideale über die nationalen, nur den deutschen Sozialdemokraten fehlt bedauerlicherweise noch immer jeder Sinn für nationale Bedürfnisse und Forderungen. Die Sozialdemokraten aller andern Länder stehen mit verschwindenden Ausnahmen in großen nationalen Fragen zu ihrem Volke. Wann hat je ein namhafter ausländischer Sozialdemokrat erklärt, daß der Sozialdemokrat das Vaterland nur dann verteidigen könne, wenn das Parteiprinzip das zulasse? Glauben Sie, daß Jaurès, daß Millerand, daß Turani je so etwas sagen würden? Nie und nimmermehr! Und das war doch der Sinn mancher Ausführungen, die wir hier von dem Abg. Bebel in früheren Jahren gehört haben. Das nenne ich eben unpatriotisch und vaterlandslos, wenn man die Partei über das Vaterland stellt, wenn man dem Vaterlande ein Sedan, ein Jena wünscht, vorausgesetzt, daß die Partei dabei prosperiert. Meine Herren, die Bedeutung dieser Niederlage der Sozialdemokratie sehe ich in zwei Momenten. Ich sehe sie zunächst mit dem Herrn Abg. Bassermann darin daß klar zutage getreten ist, daß die sozialdemokratische Bewegung nicht, wie das gewisse Bonzen der sozialdemokratischen Lehre behaupteten, mit Naturnotwendigkeit steigen, daß sie, was man auch dagegen unternehmen möge, mit elementarer Gewalt alles überschwemmen müsse. Nein, nein und dreimal nein! Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich auf sich selbst besinnt, wenn sie ihre Reihen schließt, wenn sie die zum Schutze ihrer Freiheit und ihrer Kultur nötigen Schutzdämme und -deiche aufführt, so stehen die trüben Gewässer der Sozialdemokratie, so weichen sie, so gehen sie zurück.

Die Bedeutung dieser Niederlage der Sozialdemokratie sehe ich weiter darin, daß dieser Sieg erfochten worden ist durch die eigene Kraft des Bürgertums, mit dem Stimmzettel in der Hand, unter der Herrschaft des freiesten Wahlrechts, das überhaupt denkbar ist. Denn, meine Herren, die Heilung durch die eigene Kraft des Organismus

und von innen heraus ist, solange sie möglich ist und wenn sie möglich ist, immer besser als operative Eingriffe, als zuviel Herumdoktern und zuviel Medizin. Gewiß, meine Herren, nichts könnte falscher sein, als wenn wir uns der Illusion hingeben wollten, als wäre die sozialdemokratische Gefahr dauernd und ganz überwunden. Das wäre eine verhängnisvolle Illusion. Diese Gefahr ist nur suspendiert, sie ist nur gebannt, solange das Bürgertum einig, solange es auf dem Posten bleibt. Die deutsche Sozialdemokratie teilt die ganze moderne Gesellschaft ein in zwei große Lager: das Lager der Bourgeoisie und das Lager des Proletariats, zwischen denen eine unüberbrückbare Kluft bestehen, zwischen denen ein unversöhnlicher Klassenkampf unvermeidlich sein soll. Ich behaupte zunächst, daß die Annahme, als ob die Gegensätze zwischen reich und arm, zwischen gebildet und ungebildet sich immer mehr verschärfen, irrig ist, ich behaupte, daß die Doktrin von der Unüberbrückbarkeit dieser Gegensätze, von der Unversöhnlichkeit von Arbeit und Kapital, von der Unvermeidlichkeit eines unversöhnlichen Klassenkampfes, daß diese Doktrin durch die tatsächliche Entwickelung der Dinge widerlegt wird. Die mittlere Schicht, die sich zwischen diesen beiden Polen gebildet hat und sie in geistiger wie materieller Beziehung einander nähert, ist in der Zunahme begriffen. Und jedenfalls hoffe ich, daß die verbündeten Regierungen, daß die bürgerlichen Parteien, daß alle diejenigen, die eine friedliche und — ich füge hinzu — eine freiheitliche Entwickelung unserer inneren Verhältnisse wünschen, nicht erlahmen werden in dem Bestreben, diese Kluft zu mildern und, soweit dies in menschlicher Macht liegt, zu überbrücken. Ich hoffe, daß weder die verbündeten Regierungen noch die bürgerlichen Parteien sich durch die Sozialdemokratie irre machen lassen werden in dem Bestreben, durch gewissenhafte Erfüllung ihrer sozialen Pflichten die vorhandenen Gegensätze auszugleichen. Ich glaube, daß im letzten Ende die wahren Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer solidarisch sind. Ich glaube, daß, wenn auch erst nach langen und schweren Kämpfen, der Tag kommen wird — ja, er wird kommen! —, wo Kopf und Hand einträchtiger zusammenwirken werden als heute, wo wir auf die sozialdemokratische Bewegung zurückblicken werden, wie der Genesene zurückblickt auf eine böse Krankheit, wie der Erwachende zurückblickt auf einen wüsten Traum."

Man hat den außerordentlichen Erfolg des Fürsten Bülow gegenüber der Sozialdemokratie, die Entreißung von 36 Reichstagssitzen, zu verkleinern versucht mit dem Hinweis auf die Landtagswahl, deren Bedeutungslosigkeit schon dargetan wurde; aber auch mit dem Hinweis darauf, daß die roten Stimmzettel 1907 ja doch von 3 Millionen auf $3^1/_4$ Millionen gewachsen seien, man also von einer Niederlage, einer „Zertrümmerung" der Sozialdemokratie doch nicht sprechen könne. Selbstverständlich ertönten diese Stimmen wieder in solchen Organen, gegen deren Interpretierung seiner Politik der tote Bismarck wehrlos ist. Dabei hätten gerade die sogenannten Bismarckblätter Veranlassung, hier den großen Staatsmann aus dem Spiele zu lassen. So himmelragend seine Verdienste sind, auf dem Gebiete des Kampfes gegen die Sozialdemokratie liegen sie weniger. Fürst Bismarck packte mit seiner titanischen Kraft den Stier bei den Hörnern, warf und hielt ihn auch nieder; aber der Schein trog. Während des Sozialistengesetzes ist die Zahl der sozialdemokratischen Wähler von 352 000 auf 763 000, d. h. um mehr als das Doppelte, gestiegen, um dann 1890, nach dem Fall des Gesetzes, sofort eine abermalige Verdoppelung gegen die Vorwahl, nämlich 1 427 000 Stimmen, zu erreichen, während die Zahl der Mandate 35 gegen 10 vor Erlaß des Gesetzes betrug.

Die Sozialdemokratie kletterte seitdem unaufhaltsam empor, auf 44, 56, 58, ja 81 Mandate, von 1 427 000 auf 3 011 000 Stimmen bei der Wahl von 1903. Nichts mehr schien ihren rasenden Siegeslauf aufhalten zu können, so daß aus der Bismarckecke immer energischer der Ruf nach einem neuen Sozialistengesetz ertönte, so wenig doch gerade der erste Versuch zu einer Wiederholung einlud. Fürst Bülow appellierte aber nicht an die Polizei, sondern an die bürgerlichen Parteien

und hatte den überraschenden Erfolg, die Hälfte der roten sellae curules zu zertrümmern, d. h. nach der Mandatszahl die Sozialdemokratie um 14 Jahre, auf den Stand von 1893 zurückzuwerfen. Abgesehen aber von dem tiefen moralischen Eindruck, den diese plötzliche Halbierung der für unwiderstehlich gehaltenen Fraktion auf die deutsche Arbeiterschaft und das Ausland machte; abgesehen vor allem auch davon, daß dieser schwere Mandatsverlust die Depossedierung des Zentrums, den eigentlichen Siegespreis, brachte, kann man doch nur mala fide leugnen, daß auch rein zahlenmäßig einiges erreicht war. Die rote Wählerschar hat allerdings den Zuwachs von einer viertel Million erfahren. Indessen ist Fürst Bülow selbst, wie aus der oben wiedergegebenen Rede hervorgeht, weit davon entfernt, von einer „Zertrümmerung" der Sozialdemokratie zu sprechen, wie es im ersten Überschwang der Siegesstimmung auf manchen Seiten geschah. Er nennt die Anschauung, die Gefahr sei überwunden, geradezu eine verhängnisvolle Illusion und hält sie mit Recht nur für solange suspendiert, als das Bürgertum einig bleibt. Das sollte auch die posthumen Gönner des Fürsten Bismarck beruhigen; zumal sie über das Ziel hinausschießen, wenn sie behaupten, der Stimmenzuwachs mache den Mandatsverlust wertlos; denn auch in der Art des letzten Stimmenzuwachses liegt viel Verheißungsvolles. Zahlen an sich bedeuten nichts, sondern gestatten erst im Vergleich mit anderen Zahlen Schlüsse. Der Zuwachs von 247 000 mag an sich beunruhigen, er sieht sich aber anders an, wenn man den gleichzeitigen, mehr als fünffachen bürgerlichen Zuwachs von 1 516 000 daneben hält. Im Jahre 1903 standen den 3,0 Millionen Sozialdemokraten nur 6,4 Millionen Bürgerlicher gegenüber, 1907 aber ist das Verhältnis 3,2 zu 8,0 Millionen!

Es kommt aber auch das moralische Moment hinzu. Die

Sozialdemokratie kann nur bestehen, wenn sie die Masse durch augenfällige Erfolge hinreißen kann; Stillstand ist für sie Rückschritt und Rückschritt Bankrott. Sie gewann 1900 über 900 000 neuer Wähler, 1907 nur noch 247 000. Diese gegen 1903 so geringe Vermehrung der roten Stimmzettel ist dafür ein Beweis, daß die Zugkraft der Sozialdemokratie nachzulassen beginnt, daß sie heute ungefähr das erreicht hat, was sie überhaupt erreichen wird. Sie mag auch künftighin nicht ohne jeden neuen Zulauf bleiben, aber dieser Zulauf wird immer mehr hinter den bürgerlichen Parteien zurückbleiben. Und es scheint doch, als ob schon dieser Nachweis enkouragierend und eine Messe wert sei.

Wer diesen Kampf des vierten Kanzlers wider „Schwarz und Rot" unbefangen überblickt, der wird dem Fürsten Bülow nolens volens einräumen müssen, daß ihm der Dank der Geschichte sicher ist, so ihm der Dank der Nation zum guten Teil doch vorenthalten bleiben sollte. Er hatte den Nimbus der Sozialdemokratie zerstört; sollte sie je und je wieder auf die Beine kommen, das Märlein ihrer Unbesiegbarkeit ist dahin. Der stolze Erfolg der bürgerlichen Einmütigkeit von 1907 erhellt als ein leuchtendes Fanal den weiteren Weg. Fürst Bülow hat, indem er ihn ausschaltete, dem Ultramontanismus den schwersten Schlag versetzt, den die Geschichte dieser Partei seit den achtziger Jahren erlebte; er hat ihn gelehrt, daß die klerikalen Bäume nicht in den Himmel wachsen können, wenn der Appell an den furor teutonicus über die Halde schallt, daß der Staat jetzt und immerdar Kräfte genug habe, den Krummstab beiseite zu schlagen, wenn je er wieder Lust verspüren sollte, die ihm zukommende Rolle der Unterordnung aufzugeben und sich über die nationale Kaiserkrone zu erheben.

---

V.

# Um Deutschlands Weltgeltung.

Hab' den Kaufmann gesehn und den Ritter
Und den Handwerksmann und den Jesuiter,
Und kein Rock hat mir von allen,
Wie mein eisernes Wams gefallen.
(Wallensteins Lager.)

Man müßte die bekannten „ältesten Leute“ herbeiholen, die sich auf nichts mehr besinnen können, um von ihnen feststellen zu lassen, daß das Land zwischen Weichsel und Rhein eigentlich nie Ruhe hatte, sich nie der Gunst der Nachbarn freuen durfte. Mußte es sich von alters her und noch im Dreißigjährigen Kriege gefallen lassen, daß fremder Potentaten Rauflust auf seinem breiten Rücken austobte, so ward sein Los kaum weniger hart, seit der starke Wille eines organisatorisch begabten Dynastengeschlechts die Preußen mit den Söhnen der roten Erde, die Schlesier mit den steifnackigen Friesen unter dem Eisenhut einte. Der alte Fritz focht einzeln oder gleichzeitig gegen alle seine Nachbarn, Wilhelm I. gen Nord und Süd und West, und gegen die von Bismarck aufgetürmten granitnen Mauern des Kaiserreichs hat die Brandung nie aufgehört zu stürmen. Wer die in diesen Zeilen mehrerwähnte große Rede Bismarcks vom 6. Februar 1888 im Gedächtnis hat, den wird es über die unausgesetzte Bedrängnis des nachbismarckischen Zeitalters hinwegtrösten, daß die beständige Kriegsgefahr durchaus nichts Neues, durchaus

nicht etwas, das erst der Zickzackkurs der 90er Jahre erzeugte, für Preußen-Deutschland ist. Bismarck hat damals ausführlich die vielen Kriegsgefahren dargelegt, die „wir seit 40 Jahren gehabt haben, ohne in eine nervöse Unruhe zu irgendeiner Zeit geraten zu sein". Er zeigte, daß das Kriegsgewölk auch nicht ein Jahr den Horizont uns freigelassen hat. In den Jahren vor 1870 war die Befürchtung vor dem Kriege so groß, daß Bismarck von Kaufleuten und Industriellen gedrängt wurde: „Diese Unsicherheit ist ja ganz unerträglich; schlagen Sie doch lieber los! Lieber Krieg, als länger in diesem Druck auf allen Geschäften zu verharren!" Eine Stimmung, die auch heute wieder vielfach in diesen und anderen Kreisen herrscht; aber „loslassen kann der Gewaltige den Krieg, doch nicht gelehrig, wie der Falk sich aus den Lüften zurückschwingt auf des Jägers Hand, gehorcht der wilde Gott dem Ruf der Menschenstimme". Und Bismarck betonte: „Wir haben ruhig abgewartet, bis auf uns losgeschlagen wurde, und ich glaube, wir haben wohl daran getan, uns so einzurichten, daß wir die Angegriffenen blieben und nicht die Angreifer waren." Seit 1870 aber war nach Bismarcks Zeugnis kein Jahr ohne Kriegsgefahr. Somit kann aus der bloßen Tatsache, daß wir auch seit 1890 die Faust ständig am Schwert halten mußten und allen Anlaß hatten, uns unseres eisernen Wamses zu freuen, Wilhelm II. und den Männern seines Vertrauens ein Vorwurf gerechterweiser nicht schon hergeleitet werden.

Freilich scheint die invidia der Nachbarn heute einen Grad erreicht zu haben wie kaum zuvor; zum mindesten tritt sie unverhohlener, ungenierter zutage als jemals zu Lebzeiten Bismarcks. Besonders die Bewegungen in der Gruppierung gewisser Weltmächte, die ungewöhnliche Betriebsamkeit der auswärtigen Diplomatie verraten in wachsendem Maße eine gegen

Deutschland gerichtete Tendenz. Wenigstens ist das der prima vista-Eindruck. Man ist geneigt, daraus zu schließen, daß Deutschlands Ansehen gesunken sein müsse; daß wir weniger gefürchtet seien, weil wir gerne mit dem Säbel rasseln und niemals dreinschlagen. Indessen ist das eine grundsätzliche, vollkommene Verkennung der Sachlage: Wir begegnen steigendem Hasse, nicht weil wir für schwächer oder schwächlicher gehalten werden, sondern weil wir zu mächtig geworden sind; weil man im Ausland in der an sich richtigen Überzeugung, daß Deutschlang um immer stärkere Weltgeltung ringen muß, felsenfest daran glaubt, wir müßten das große Übergewicht, das wir zuletzt in der Hauptsache ohne unser Zutun erlangt haben, dazu benutzen, mit raschen starken Schlägen die Rivalen zu überfallen, anstatt zu warten, bis uns die Zeit reift.

Das Deutsche Reich ist durch Frankreichs Stillstand und durch Rußlands militärischen wie politischen Zusammenbruch so ziemlich der unbeschränkte Herr des Kontinents geworden; die Schwäche der Nachbarn läßt unsere ungeminderte Kraft um so mehr hervortreten, als uns die Rückendeckung an der Donau auf absehbare Zeit sicher ist. Das europäisch-kontinentale Gleichgewicht, wie es bis zum Ausgang des alten Säkulums bestand, ist dadurch gestört. Unsere Stellung zu Lande ist unangreifbar; keine Festlandsmacht, selbst nicht eine an sich so unwahrscheinliche franko-russische ad hoc-Koaliton, kann hoffen, uns niederzuwerfen; wir sind in der Lage, jeden kontinentalen Konflikt zu entscheiden. Das war bis noch vor wenigen Jahren nicht so. Solange Rußland groß dastand und es Frankreich, wenn auch mühsam, so doch einigermaßen zu gelingen schien, dem ungeheuren Vorsprung Germaniens nachzukommen, so lange war Deutschland wohl auch die erste, aber schließlich doch nur eine von drei ungefähr gleich starken Mächten. Es hat eine

überraschend kurze Zeit genügt, diese Kräfteverteilung von Grund aus zu ändern. Heute ist es eine unumstößliche Wahrheit, daß Paris niemals mehr daran denken kann, den Revanchedurst aus eigenem Können zu löschen. England ist immer nur Seemacht, und der Zar wird sich des Elsaß wegen nicht in ein Abenteuer stürzen, das ihn in seinen weiteren Folgen mit einiger Wahrscheinlichkeit, ohne Aussicht auf lohnenden Siegespreis, Kopf und Kragen kosten könnte. Frankreich hat seine erträumte große Zukunft hinter sich, weil seine Mütter versagen. Die Zeit ist nahe, wo wir 70 Millionen Deutsche unter der Kaiserkrone zählen, während die Nation Napoleons bei ihren 35 oder 40 Millionen stehen geblieben sein wird. Auch ist es ausgeschlossen, daß sie heute die Zahl durch den Elan ersetzt, da sie schon 1870 bei dem gleichen Beginnen unter günstigeren Verhältnissen zusammenbrach. Das militärische Frankreich ist durch die Demokratie, durch die Republik degeneriert.

Die Monarchie an sich ist stärker, als ein Staat mit souveränem Parlament, weil ihr die Dynastie, deren Wurzeln bis ins Mittelalter gehen, den Kristallisationspunkt, das starke Rückgrat, die Sammelstatt während und nach der verlorenen Kampagne bietet. Wie immer das Kriegsglück der Zukunft die deutschen Feldzeichen führen mag, stets wird das Herrschergeschlecht die Stütze nationaler Renaissance sein. Schon der Umstand macht eine alte Monarchie eo ipso militärisch stärker als die Republik oder den von Usurpatoren beherrschten Staat, daß der Oberbefehl — komme, was kommen mag — in der einen Hand, kontinuierlich, den Eifersüchteleien politisch engagierter Generale entrückt bleibt. Es war 1870 nach den ersten gewaltigen Waffentaten noch kein Monat vergangen, als das Regiment des Napoleoniden unter den Flüchen ganz

Galliens zusammenbrach. Und zweifellos hätte das unglückliche Frankreich den Grad militärischer Erniedrigung nicht erlebt, den es erreichte, zweifellos stände es auch heute imponierender da, wenn seine Geschicke noch mit einer bodenständigen Dynastie verwachsen wären, deren Interessen identisch sind mit den wahren Interessen des Landes, wenn seine militärische wie politische Lenkung nicht in Glück und Unglück dem Widerstreit parlamentarischer Egoismen absolut unterworfen wäre.

Aber über diese, gewissermaßen natürliche, weil in der Verfassung beruhende Schwäche hinaus hat die Demokratie die französische Energie gelähmt und die nationalen Kräfte zum guten Teil verzettelt. Ein Kenner der Verhältnisse, der Gelegenheit gehabt hat, an der Quelle die schwerwiegende Frage zu studieren, hat sein Urteil dahin zusammengefaßt, daß die Korruption im französischen Heere bei einem Stadium angelangt ist, wie man es schlimmer wohl selten in der Weltgeschichte gesehen habe. Die Demokratie habe Frankreich an Rand des Abgrundes gebracht, die plutokratische Gesellschaft und das radikale Bürgertum seien auf einen unglaublichen Tiefstand der Moral herabgesunken, und dieser habe auch die Armee, das wertvollste Gut einer Nation, nicht verschont. Die Bande der Disziplin begännen sich allerorten zu lockern, der einfache Soldat möge nicht mehr gehorchen, und der von politischen Strömungen mitgezogene Offizier gehe vielfach voran in dem zerrottenden Beispiel der persönlichen Willkür und Eigenmacht, die in einer geordneten Armee keine Stätte haben dürfen.

Es ist zwar etwa dreißig Jahre her, daß Gobineau sein erst jetzt von Schemann herausgegebenes Buch „La troisième republique française et ce qu'elle vaut“ schrieb; aber das Land, das dieser ausgezeichnete Völkerpsychologe darin be-

handelte, war doch das Frankreich, das schon sieben Jahre die „Segnungen einer kopflosen Massensouveränität über sich hatte ergehen lassen". Und Gobineau schildert diese Republik als ein Verlegenheitsprodukt; er erkennt sie richtig als ein Ding, das mit dem Charakter der Franzosen gar nicht harmoniert: „Die Republik in Frankreich hat dieses Besondere, daß niemand etwas von ihr wissen will, und daß jeder an ihr festhält. Die Republikaner wollen von ihr nichts wissen, darin haben sie recht; denn es ist keine Republik. Es ist eine parlamentarische Monarchie, deren Oberhaupt ein wenig mehr Autorität besitzt und viel mehr Aktion in Szene setzen könnte, als der Souverän von 1830 das Recht gehabt hätte zu tun."

Auch das ungefähr zur gleichen Zeit entstandene geistvolle Werk über „Frankreich und die Franzosen" von Karl Hildebrand, der beinahe sein ganzes Leben in Frankreich zugebracht hatte, gibt ein ähnliches Urteil über die französische Nation ab, und neuere französische Gelehrte, wie Renan, bestätigen es: Eine Republik ohne Republikaner, ein Volk, das weder demokratisch noch republikanisch von Hause aus angelegt ist. Deshalb kann der Franzose unmöglich die wahrhaft edlen Eigenschaften eines politischen Volkes haben. Er schwankt stets zwischen Sklaverei und Tyrannei. Die Herrscher aber leben in Paris, wohin alle aus der Provinz strömen, die es zu etwas bringen wollen. Der solchergestalt Eingewanderte ist nicht mehr bodenständig, er wird auch nicht eigentlich zum Pariser: er bleibt vaterlandslos. Er ist ewig ein Abenteurer, Abenteurer in bezug auf Ideen, Gefühle, Wünsche und Instinkte. Das ganze Volk aber lebt in künstlichen, gemachten Vorstellungen, weil es den Erdgeruch, der von der Provinz ausgeht, verachtet und dafür dem gekünstelten, unnatürlichen Parisertum huldigt.

Gobineau gab den Franzosen den Rat, zur Provinz zurückzukehren und eine weitgehende Dezentralisation einzuführen. Die bonnes gens de province, die man von jeher in den Pariser Witzblättern verspottet hat, würden noch einmal zur Geltung kommen. Deshalb hat er auch sein Buch „Aux Provinces“ gewidmet. Das war im Jahre 1877. Seine Mahnung mußte schon darum ungehört verhallen, weil sie erst jetzt zur Öffentlichkeit kam. Aber wir wissen, er ist nicht der einzige gewesen, der den Niedergang der französischen Volksgesamtheit voraussah und deshalb seine Landsleute beschwor, die nationale Verjüngung im Erdgeruch des platten Landes zu suchen, wie Deutschland es bis heute so ausgezeichnet verstanden hat. Frankreich denkt nicht an seine Wiedergeburt, weil es gar nicht sieht, wie sehr es altert. War es unter den absoluten Regime die „monarchie, tempérée par des chansons“, so ist die Art der Pariser die gleiche geblieben. Es fehlt der französischen Öffentlichkeit von heute der nachhaltige Ernst. Selbst die schweren Meutereien im Süden, die 1907 Parlament und Presse mit so berechtigter Sorge um die Zukunft des Landes erfüllten, sind schnell vergessen worden. Frankreich wäre heute der Spielball in der Hand jedes umsichtigen Abenteurers und dem auswärtigen Gegner nicht mehr der schneidige Feind früherer Zeiten. Als es sich vor kurzem darum handelte, lediglich aus parlamentarischen Opportunitätsgründen durch frühzeitige Entlassung der älteren Jahrgänge die militärische Schlagfertigkeit des Landes auf den Nullpunkt herabzuschrauben, da hat General Langlois, dessen Sachkenntnis unbestritten und dadurch nicht vermindert ist, daß er lange Jahre Mitglied des obersten Verteidigungsrates war, im französischen Senat jene viel zu wenig beachtete Rede gehalten, in der er die militärische Ohnmacht des Landes im Falle eines Krieges mit Deutschland

überzeugend nachwies: „Nach dem Abgang des Jahrganges 1904 im Oktober dieses Jahres (1907) wird in der Kavallerie nur ein Mann für sechs Pferde bleiben. In den Festungsbataillonen werden nur noch die Leute bleiben, die zur Bewachung der Forts nötig sind. Wenn ich die deutschen Bestände mit den französischen vergleiche, so finde ich, daß wir in der Reiterei, die gleiche Anzahl Schwadronen vorausgesetzt, mit 65 Mann gegen 100 ausziehen. Der Minister sagt uns, er könne die Altersklasse 1903 wieder einberufen. Wenn aber Deutschland plötzlich angreift — und es ist gewiß, daß ein Angriff jedenfalls plötzlich erfolgen würde —, dann bleibt uns keine Zeit, die Klasse einzuberufen. Die Lage ist schon nach dem Abgange des Jahrganges 1903 höchst beunruhigend; wenn man nach den großen Feldübungen auch noch den Jahrgang 1904 entläßt, so wird sie unsagbar schlimm. Man kann nicht geltend machen, daß Deutschland in derselben Lage ist wie wir. Wohl hat es gleichfalls die zweijährige Dienstzeit in der Infanterie und Artillerie, man darf aber nicht übersehen, daß Deutschland einen dauernden Bestand von 175000 Mann hat, wenn man die Unteroffiziere und andere Kapitulanten mit einbegreift. Der Bestand wird in Deutschland pro Infanteriekompagnie um 15 Mann stärker sein als bei uns. Mit den fünften Schwadronen und der großen Anzahl der Freiwilligen und Kapitulanten wird die deutsche Reiterei immer leicht mobil zu machen sein.

Man sagt, man wird die Reservisten einberufen. Aber da der Angriff blitzähnlich erfolgen wird, hat man weder die Zeit, die Reservisten heranzuziehen, noch sind sie übrigens zahlreich genug, um die Lücken auszufüllen, bis die neueingestellte Altersklasse genügend ausgebildet ist, um ins Feld geschickt werden zu können. Zu unserer schwächeren Zahl kommt noch

der Vorsprung in der Mobilmachung, den die Deutschen von der ersten Stunde an sicher gegen uns haben. Gleich am ersten Tage der Mobilmachung werden die Deutschen in unserer Sperrfrontlinie stehen, und unsere Lunéviller Division wird acht deutsche Divisionen vor sich haben, deren jede doppelt so stark ist wie sie. Die Schlacht wird also von einem gegen 16 geliefert werden. Wie soll sie da nicht von vornherein für uns verloren sein? Das bedeutet einen Gebietsstreifen von 40—50 Kilometern, der für uns mit Mannschaft und Material verloren ist. Sie sehen, welche Schwierigkeit dies für unseren Aufmarsch nach sich ziehen würde. Man zeihe mich nicht der Schwarzseherei . . . . Ich sage nur, daß die Maßregeln, die man uns heute vorschlägt, sehr ernste Folgen haben können. Mit unseren Skelettkompagnien können wir nicht einmal unsere Grenze decken; wie sollen wir da an den Einbruch in Feindesland denken? Man wendet wohl ein: Und unsere Bundesgenossen? Ja, glauben Sie denn, daß die nützliche Wirkung der Bündnisse gleich in den ersten Tagen der Mobilmachung eintreten kann? Der erste Sieg des Feindes wird bei uns moralische Zerrüttung herbeiführen. Da liegt die Gefahr. Ich weise auf sie hin, weil es ein Heilmittel gibt. Wir müssen unsere Mobilmachung beschleunigen. Es ist eine Frage der Geschwindigkeit . . . Außer der Zahl braucht ein Heer auch den Geist und seine Führer brauchen Charakter. Die empörende Gunstwirtschaft, die seit einigen Jahren bei uns herrscht, hat den Charakter der Führer geschwächt, und die Mittelmäßigkeit der Führer hat das Vertrauen der Soldaten vermindert. Die Erzieher der Jugend müssen ihr nicht immer bloß von ihren Rechten, sondern manchmal auch von ihren Pflichten sprechen und ihr Vaterlandsliebe einflößen. Die Offiziere haben sich nicht mit der bürgerlichen und politischen

Erziehung der Mannschaft zu beschäftigen. Sie sollen sie nur auf den Krieg vorbereiten, ihr zeigen, daß der Krieg neben seinen traurigen Seiten seine Größe und seinen Adel hat."

Das mag für den vorliegenden Zweck etwas schwärzer gemalt gewesen sein, als es die wirkliche Lage erforderte. Aber es bleibt doch genug übrig, was vom Augenblick unabhängig war; genug, die dauernden Nöte des militärischen Frankreich zu erweisen: den verzweifelten Kampf mit der Zahl und die uneinbringlichen Schäden, die der Soldatengeist durch die in die Armee eingedrungene Politik erleidet.

General Langlois spricht auch von den Bundesgenossen Frankreichs. Lassen wir dessen „Alliierten" von der anderen Seite des Kanals einstweilen beiseite, um zunächst nur den Blick auf Rußland zu richten. Frankreich ist trotz seiner Schwächen gewiß kein Gegner, dessen Niederzwingung leicht zu nehmen wäre; aber es ist doch nicht mehr der ebenbürtige Gegner von früher, während Rußland dieser Gegner noch nicht wieder ist. Die Aktionsfähigkeit des weißen Zaren ist mindestens noch auf ein Jahrzehnt hinaus zerstört, mag seine Diplomatie auch mit einer Geschicklichkeit und seine Presse mit einer Großsprecherei arbeiten, als hätte die Fahne mit dem Andreaskreuz nicht soeben eine der schmachvollsten Niederlagen erlitten, welche die Kriegsgeschichte kennt, und als sei der Geist der Revolution nicht zu den letzten Kadres vorgedrungen. Ein so gediegener Kenner Rußlands, wie Theodor Schiemann, hält dafür, daß die Ruhe, die heute eingetreten ist, mehr Schein als Wirklichkeit sei. Namentlich aus den Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung, die systematisch von den Sozialrevolutionären bearbeitet wird, drohten böse Überraschungen. Trotz aller Verhaftungen und Exekutionen beständen die revolutionären Organisationen ungemindert fort und harrten ihrer Stunde. Was

man vernichtet habe, seien die außerhalb der Organisation stehenden ungeduldigen Elemente; die kalten Fanatiker seien weder bekehrt noch entmutigt, und es sei fraglich, ob nicht gerade sie es sind, die auf ein neues Abenteuer hinarbeiten, um das begonnene Zerstörungswerk wieder aufnehmen zu können.

Man wird sich diesem Pessimismus nicht voll anzuschließen brauchen; man wird der russischen Revolutionsidee nach den bisherigen Fehlschlägen vielleicht auch dauernd die sieghafte Kraft absprechen dürfen, weil ihr der geniale Führer fehlt und die Stumpfheit der Masse jede umfassendere „Aktion“ hemmt, — und man wird doch sagen müssen, daß fast jeder Schritt, den Rußland über seine Grenzen tut, auf geraume Zeit hinaus ein vermessener Wahnsinn wäre. Mag der soziale Revolutionismus erstarken oder sich wie bis heute in nutzlosen Explosionen verpuffen, immer sitzt den russischen Bataillonen der Feuerbrand im Nacken. Das Zarenreich ist in dem Zustande, den Kautsky so heiß für Deutschland ersehnt: in dem Moment einer kriegerischen Verwickelung nach außen ist der Zeitpunkt für das große Experiment gegeben, von den „Herrschenden“ sozialistische Forderungen zu erpressen, einen Anteil an der politischen Gewalt zu erzwingen und im Falle der Weigerung die „vornehmste Stütze“ des kapitalistischen Systems, die Armee, zu zerbrechen. Mit solch unbegrenzten Möglichkeiten im Rücken kann auch eine Großmacht nicht fechten. Rußlands brennendste Aufgabe ist, für Zartum und Duma die gemeinsame Linie zu finden, auf der die ungeheuren Kräfte dieser unverbrauchten Nation nach innen und außen organisiert werden können. Erst dann kann es auch seine militärische Wiedergeburt feiern, die wieder die Voraussetzung für seine Vollgeltung auf zwei Kontinenten ist. So lange aber ist Deutschland jenes außerordentliche Übergewicht gesichert, das ihm den

steigenden Haß der Rivalen einträgt; einen Haß, den wir mit Gleichmut ertragen, solange er nicht in Provokationen ausartet oder vitale Interessen unserer lebensfreudigen Nation gefährdet.

Gleichviel ist unsere Lage ernst, und es gehört ein ungewöhnliches Geschick dazu, zwischen den sich türmenden Schwierigkeiten zu lavieren; zu verhüten, daß aus nichtiger Ursache der Weltbrand entbrenne, bei dem ein jeder „um sein Haupt und um sein Leben“ zu fechten haben wird. Man würde uns unsere Stärke verzeihen, wenn wir sie völlig ungenutzt ließen; wenn wir, wie die kriegerische, so auch die friedliche Expansion vermieden. Aber wir haben nicht nur ein Recht auf Weltgeltung, sondern auch den absoluten Zwang zur Überseepolitik. Es ist nicht bloß an dem, daß nur die Schönheit des rauschenden Meeres dem Dichtervolk die Spinnstube verleidete nach dem Goetheschen Wort im Faust: „Mein Auge war aufs hohe Meer gezogen.“ Nein, jedes junge Jahr gebiert an 900000 Deutsche, deren Siedelung und Nährung dem Vaterlande steigende Sorge verursacht. Es ist kein Luxus, sondern die dira necessitas, wenn Alldeutschland seine Söhne in ferne Breiten schickt, den heimischen Markt von der überzähligen Arbeitskraft zu befreien, ihm selbstgewonnene Rohstoffe zu bringen und der deutschen Flagge die Ebenbürtigkeit neben den Zeichen der älteren Kolonialvölker zu erstreiten. Bei dem ungeheuren Wettbewerb zwischen den mannhaften Nationen ist ein drittes nicht gegeben: „Du mußt steigen oder sinken, du mußt herrschen und gewinnen, oder dienen und verlieren, leiden oder triumphieren, Amboß oder Hammer sein!“ Die Wahl ist nicht schwer. Der feigen Gedanken bängliches Schwanken hat längst kein Hausrecht mehr bei uns. Wir sind um jeden Preis entschlossen, uns zu behaupten und zum mindesten das

Maß von Geltung in Anspruch zu nehmen, das irgendein Volk der bewohnten Erde für sich heischt. Das ist mählich ins Bewußtsein der anderen gedrungen; sie sind verstimmt, weil sie die Absicht merken. Auch konnte es das allgemeine Mißvergnügen über uns nicht mildern, daß immer klarer ward, welche Summe von Energie für die Durchsetzung dieser Absicht nach und nach sich sammelte und wie die Entkräftung der Nachbarn in Ost und West frivole Attacken auf uns zu einem über alle Maßen gewagten Experiment machen würde.

Und doch, mit welcher Mäßigung wird von Deutschland verfahren, um einen ehrenvollen Frieden aufrecht zu erhalten! Die Voraussetzung der Weltpolitik ist eine starke Flotte. Wir haben sie nicht und scheinen aus reichlich weitgehender Vorsicht auch nicht daran zu denken, sie gegen den Willen anderer Seemächte zu bauen. Nach den gegenwärtigen Plänen der Flottenverwaltungen, die aber jeden Augenblick jede Änderung zu unseren Ungunsten erfahren können, wird sich das wirklich moderne Kriegsschiffmaterial an eigentlichen Schlachtschiffen der Hauptseemächte im Jahre 1911 so stellen, daß Großbritannien 65 Schiffe mit 1109000 Tonnen, die Vereinigten Staaten 39 (666180 Tonnen), Deutschland 24 (351200), Japan 24 (346950) und Frankreich 22 (305320) besitzen werden.

Das sieht fürwahr zum Übermütigwerden nicht aus. Bietet's aber Grund zur Sanatorienstimmung? Ist's besser oder trüber geworden seit Bismarck, und haben wir Anlaß, dem Ausland das jämmerliche Schauspiel zu zeigen, daß ein großes Volk immer nur über den Heimgang des Einzigen greinen könne und an dessen Genius schier zugrunde gehe, weil es verzage, ihn jemals durch die Summe aller Einzelkräfte zu ersetzen? Wir sind zu Lande unbestritten mindestens so

stark wie früher; das Moskowiterreich liegt an schwerer, längst nicht geheilter Krankheit nieder; Gallien ist an jener Altersgrenze angelangt, welche dafür bürgt, daß es neue Kräfte nicht mehr sammelt, wodurch das Gewicht unseres guten Schwertes viel schwerer in die Wagschale fällt, als vordem. Auf dem Meere ist die deutsche Macht nicht gerade imposant, aber doch wesentlich kompakter als in den letzten Jahrzehnten des abgelaufenen Jahrhunderts, die uns schlechthin wehrlos sahen.

Wir müssen an die Sache glauben, der wir dienen! Die larmoyanten Ergüsse, welche die Stimmung vergiften, sind lächerlich, wenn wir unseren militärischen Status beherzigen. „Man muß dem Teufel mit dem Kreuz ins Gesicht schlagen und nicht viel hofieren“, der kernige Ausspruch Luthers und Bismarcks stolzes Wort, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen kein Echo habe, sollten nie aufhören, freudigen Anklang zu finden.

In einem Falle allerdings, sagt Casca im Shakespeareschen Kansar, stehe den Menschen Furcht und Zittern an; dann nämlich, „wenn die gewaltigen Götter eilende Boten furchtbarer Warnung, uns zu schrecken, senden“. Als ein solcher Götterbote schwebt seit dem Tode Viktorias dem zur Zagheit allzeit bereiten deutschen Gemüt Eduard VII. vor, der Herr Britanniens und Indiens; und es ist ihm gelungen, uns zu schrecken. Wenigstens den Teil der Zeitgenossen, der sich aus den politisch niedrig stehenden, sensationell aufgeputzten Blättern belernt, deren Reigen die publizistischen Produkte des Herrn Mosse anführen. Insonderheit sind es Eduards VII. Reisen und „Allianzen“, mit denen man heute in Deutschland die Kinder zu Bett jagt. Nun hieße es die außerordentliche diplomatische Begabung dieses klugen Monarchen verkennen, wollte

man die weltpolitischen Wirkungen seiner persönlichen Tätigkeit unterschätzen. Die staatsmännische Kraft, die in diesem Manne steckt, hat allzulange hinter der weniger geistraubenden Tätigkeit beim Bridge, auf dem Turfplatz und in den galanten Salons der ville lumière zurückstehen müssen, um sich jetzt nicht in Leistungen zu äußern, mit denen man an der Themse zufrieden sein kann. In seiner turbulenten Prinzenzeit mag es ihm nicht passiert sein, daß man von ihm sagte: He thinks too much; such men are dangerous. Als King und als Emperor of India hat er seinen Leumund überraschend schnell aufzubessern verstanden, und er steht heute als ein Repräsentant des britischen Imperiums da, wie ihn sich das vereinigte Königreich nur wünschen darf. Und doch: ist er gefährlich? Die Frage ist nicht schlechthin zu bejahen oder zu verneinen. Eine wirkliche Gefahr für uns würde erst dann vorliegen, wenn der Gesamteffekt seiner unermüdlichen Konspirationen so groß wäre, daß unsere Gesamtkraft nicht ausreichte, ihn zu paralysieren, diplomatisch-taktisch oder mit dem Schwert in der Hand. Gerade ungefährlich ist sein Treiben allerdings in keinem Falle. Aber wir sind uns doch die Erwägung schuldig, ob er mit aller seiner großen Kunst überhaupt imstande wäre, das zu untergraben oder zu zerstören, was wir Deutschlands Weltgeltung nennen. Wir sehen nun von unserer militärischen Lage ab und betrachten allein die politische, wie sie sich heute, nach achtjähriger Kanzlerschaft des Fürsten Bülow, dem möglichst nüchternen Urteil präsentiert.

Man darf, will man den König von England richtig werten, nicht vergessen, daß seine Ententenpolitik sich allmählich aus dem entwickelte, was ihm als dem Mandatar des britischen Weltreiches nach der Thronbesteigung die erste und dringlichste Aufgabe sein mußte: Großbritannien aus der vollkommenen

Isolierung zu befreien, in die es der Burenkrieg gebracht hatte. Diese Aufgabe hat er glänzend gelöst. Zweitens aber ist zu berücksichtigen, daß sein historisches Mandat weiter ging und geht. Der englisch-deutsche Antagonismus beherrscht die weltpolitische Szene und wird notwendig noch schärfer die Signatur der Zukunft bilden, mögen sich noch so oft Gewitter an anderen Stellen entladen. Der Kampf um die Futterplätze spitzt sich in einer Weise zu, die einen friedlichen Austrag unwahrscheinlich macht, da England die Gleichberechtigung einer nun einmal gleich stark gewordenen Macht nicht anerkennen mag, sondern das Rule Britannia zum Dogma erhebt. Deutschland herrscht zu Lande, England zur See; in alle Teile der bewohnten Erde aber ist die deutsche Flagge dem Union-Jack gefolgt, sie sitzt ihm auf den Fersen und bereitet ihm kaum noch erträglichen Wettbewerb. So erfüllt der Haß gegen Deutschland die Seele der großbritischen Politik, und Eduard VII. übernahm als britischer Herrscher eo ipso das Mandat, diesem Haß Befriedigung zu suchen, das unsagbar komplizierte Problem zu lösen, wie eine Macht, die nur auf den Wogen herrscht, einer Macht den Garaus machen könne, deren wesentliche Stärke in ihrem Landheere ruht. Wenn das Londoner Kabinett auch hier das ebenso großzügige wie niederträchtige System, die Kriege Englands durch andere ausfechten zu lassen, zur Anwendung zu bringen sucht, so hat es gewissermaßen mildernde Umstände. Ein direkter Kampf zwischen Deutschland und England ist für keinen der beiden Teile erfolgreich zu denken; wir würden sozusagen aneinander vorbeifechten, da mit der Niedermetzelung unserer Schlachtflotte doch noch nichts entschieden wäre. Ergo sucht Eduard VII. Leute, die ihm das undankbare Geschäft eines Kontinentalkrieges oder doch der diplomatischen Isolierung und Erwürgung Deutschlands, deren Risiko sie allein

zu tragen hätten, abzunehmen bereit wären; und er ging hin und schloß Ententen mit aller Welt. Mit Japan, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Rußland, Norwegen u. a. m.; Ententen oder Allianzen, die uns zum Teil weniger angehen, weil sie rein im englischen Interesse liegen, zum Teil aber ihre Tendenz gegen uns richten oder richten sollen, zum Teil auch direkte Mesallianzen sind.

Wir schätzen, wie schon diese Klassifizierung zeigt, die englischen Ententen sehr verschieden ein. Aber es wird vielleicht, um die Bündnispolitik als solche grundsätzlich zu werten, gut sein, eine Parenthese zu machen und anzuführen, welchen Richtlinien Bismarck hier folgte. Es ist das einmal in der Kreuzzeitung von einem Bismarckforscher mit dankenswerter Übersichtlichkeit zusammengestellt worden. Bismarck sah es zwar als einen politischen Fehler an, einen oder mehrere Staaten unwiderruflich aus der Reihe möglicher Bundesgenossen auszuschließen; aber er hat nicht minder scharf vor einem anderen Fehler gewarnt, vor der übereilten Festlegung der Politik nach der positiven Seite hin, vor dem vorschnellen Abschluß eines Bündnisses oder Beitritt zu einem schon bestehenden, aus Furcht vor Isolierung, ohne Veranlassung durch eigene Interessen und ohne positives Ziel. So wünschte er zu Beginn der orientalischen Verwickelungen im Jahre 1854, daß Preußen nicht seine „schmucke und seefeste Fregatte an das wurmstichige, alte Orlogschiff von Österreich koppele“. Er meinte, daß „Preußen nicht fürchten dürfe, mit 400 000 Mann allein zu stehen, und daß der Wert seiner Allianz mit der fortschreitenden Verwickelung noch im Preise steigen werde“. Ähnlichen Erwägungen gab er im Jahre 1865 Ausdruck, indem er den von dem Grafen v. d. Goltz, dem Gesandten zu Paris, befürworteten Abschluß eines Abkommens mit Frankreich ablehnte: „Jede von beiden

Mächten, Frankreich wie Österreich, hält sich bisher die Möglichkeit gegenwärtig, daß wir uns der anderen weiter, als bisher geschehen, nähern könnten, und der Druck einer solchen Besorgnis hat mehr Wirkung als das eingetretene Übel selbst."

Eine fast noch größere Rolle als die eigenen Allianzen Preußens und später Deutschlands spielen in Bismarcks politischen und historischen Erörterungen die gegen den eigenen Staat gerichteten Bündnisse. Er hat wohl rückschauend im Jahre 1870 bemerkt, er habe stets gesehen, daß sich die deutsche Frage nicht ohne Krieg mit Österreich und Frankreich ordnen lasse, und sein Bestreben sei gewesen, zu verhüten, daß man beide Kriege gleichzeitig führen müsse. Nach den beiden siegreichen Kriegen der Jahre 1866 und 1870/71 hat ihn die Möglichkeit einer großen antideutschen Koalition stets beunruhigt, und er hat es im Jahre 1883 einmal geradezu als die beste Leistung der deutschen Politik seit dreizehn Jahren bezeichnet, daß sie ein Koalitionsbündnis gegen Deutschland verhindert habe. Es erschien ihm daher nach dem Jahre 1870 als die wichtigste Aufgabe, Frankreich nicht bündnisfähig werden zu lassen.

Zur Sicherung gegen diese Koalitionsgefahr hat er erst den sogenannten Dreikaiserbund, dann den Zwei- und Dreibund, im Jahre 1884 ein neues Drei-Kaiser-Bündnis und schließlich 1887 den Rückversicherungsvertrag mit Rußland abgeschlossen.

Freilich — als echter Realpolitiker — hat er die Wirksamkeit und Haltbarkeit geschriebener Verträge nie überschätzt: Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großmächten — so sagt er in den „Gedanken und Erinnerungen" — ist eine bedingte, sobald sie im Kampfe ums Dasein auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehen auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie

gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen. Das wandelbare Element des politischen Interesses und seiner Gefahren ist ein unentbehrliches Unterfutter für geschriebene Verträge, wenn sie haltbar sein sollen. Auch der Dreibund „dispensiert nicht von dem Toujours en vedette".

Dazu kommt noch ein zweites Moment: „Es ist heutzutage für eine große Regierung kaum möglich, die Kraft ihres Landes für ein anderes, befreundetes voll einzusetzen, wenn die Überzeugung des Volkes es mißbilligt. Aber trotz dieses begrenzten Wertes von Bündnissen ist der Wortlaut eines klaren und tiefgreifenden Vertrages auf die Diplomatie in den Momenten, wo es sich darum handelt, einen Krieg herbeizuführen oder zu vermeiden, nicht ohne Einfluß. Die Bereitwilligkeit zum zweifellosen Wortbruch pflegt auch bei sophistischen und gewalttätigen Regierungen nicht vorhanden zu sein, solange nicht die Force majeure unabweislicher Interessen eintritt."

Eine weitere Grundanschauung Bismarcks in bezug auf Bündnisse ist es ferner, daß ein Staat dadurch von einem anderen nicht abhängiger werden darf, als seine eigenen Interessen es vertragen. Er rühmte an den Dreibundverträgen, daß sie jene Anforderung erfüllten, und daß sie das fest, haltbar und dauerhaft mache. Aber trotz aller Allianz- und Rückversicherungsverträge hat Bismarck doch stets die sicherste Bürgschaft in der eigenen Macht, in einem starken Heere erblickt. „Vor allem brauchen wir ein starkes Heer, das stark genug ist, um unsere eigene Unabhängigkeit ohne jeden Bundesgenossen sicherzustellen." Diese Mahnung des „Toujours en vedette", die der große Kanzler auch in den „Gedanken und Erinnerungen" ausspricht, stimmt überein mit den Grundsätzen, die der große Kurfürst und der große König in ihren politischen

Testamenten verkünden: „Allianzen sind gut, aber eigene Kräfte sind besser“ und „zähle nur auf dich selber, dann wirst du dich nie täuschen, und betrachte deine Verbündeten und deine Verträge nur als ein Hilfsmittel.“

Das sind Maximen, deren Gültigkeit über den Tag hinausgeht. Auf England haben sie freilich nicht unbedingten Bezug, weil Bismarck hier in aller Hauptsache förmliche Allianzverträge im Auge hatte, während der spezifische Charakter der britischen Abkommen fast überall im Dunkel schwebt. Trotzdem können Bismarcks Fingerzeige selbst für den Fall den Maßstab liefern, daß auch nur irgendeine Bindung der betreffenden Mächte in Form eines Spezialabkommens, einer ad hoc-Entente vorliegt. Und wenn wir auf dieser Grundlage die internationale Wirksamkeit Eduards VII. würdigen, so verliert sie sehr bald das Schreckhafte für uns, das ihr beflissene Sensationsschreiber imputieren. Der „erste Gentleman Europas“ hört durchaus auf der „Bote zu sein, den die gewaltigen Götter zu furchtbarer Warnung“ uns senden. Er ist groß in seiner Art, aber seine Art ist klein. Trotz ihrer unleugbar weitsichtigen Anlage zeigt seine Taktik Lücken und unberücksichtigte Größen, welche sein ceterum censeo Germaniam esse delendam notwendig zuschanden machen müssen. Der König hat es allerdings für sich, daß er keinen möglichen Bundesgenossen ausschloß und bei seinen politischen Liaisons die eigenen Interessen niemals in fremde Abhängigkeit brachte. Aber er hat es gegen sich, daß er vergißt, wie heute kein Land mehr ohne ausdrückliche Volksbewilligung für ausländische Interessen das Schwert ziehen kann und wie wenig diplomatische Noten oder papierne Verträge bedeuten, wenn sie bei dem ewigen Fluß der Politik im gegebenen Augenblicke nicht auch den direkten Lebensinteressen der eigenen Nation entsprechen.

Das trifft auf seine Entente mit Frankreich, wie auch auf seine jüngste Freundschaft mit dem weißen Zaren zu. Gewiß beanspruchen Entrevuen à la Reval unsere ernsteste Aufmerksamkeit; nicht nur, weil sie die mazedonischen Desiderien unseres nächsten Bundesgenossen bedrohen und unsere Sekundantendienste auf den Plan rufen, sondern auch, weil jede Milderung der anglo-russischen Rivalität unsere Weltstellung aufs höchste berührt. Die historische Bedeutung des Vorgangs fällt in die Augen, wenn man berücksichtigt, daß seit undenklicher Zeit kein König von England den russischen Hof aufsuchte, daß zum letzten Male vor 66 Jahren, just als Viktoriens erster Sohn die heilige Taufe empfing, ein Zar von Rußland sein Geschwader den Kurs auf die Themsemündung nehmen ließ. Seither war die Geschichte des Moskowiterreiches eine Geschichte von Leiden, die es England verdankt. Der Balkan, die Krim, Persien, Afghanistan und nicht zuletzt das Gelbe Meer und die Mandschurei, wo der Mikado den englischen Ostasienkrieg wieder den Zaren führte, — eine ununterbrochene Kette von Nackenschlägen und Enttäuschungen, wie sie im Laufe eines einzigen Jahrhunderts selten einer Macht beschieden waren. Daß solches in vielen Jahrzehnten an der Newa die Stimmung zu persönlicher Berührung mit den englischen Kronenträgern nicht aufkommen ließ, erscheint verständlich. Und Reval mutete zuerst wie ein schlechter Witz der Weltgeschichte an. Trotzdem gab diese wunderliche „Entente“ uns keine Rätsel auf; die Rätsel sind erst von einer aufgeregten Presse hineingeheimnißt worden. Daß Eduard VII. sich in Zarskoje Selo anbot — sich anbot, nachdem er soeben erst den russischen Waffen ein Mukden und Tsuschima bereiten ließ —, paßt in sein System. Und wenn Nikolaus II. die Hand des falschen Freundes mit scheinbarer Begeisterung er-

griff, so macht das dem Weitblick der St. Petersburger Diplomatie alle Ehre. Was in aller Welt sollte sie abhalten, die temporäre Erleichterung nicht mitzunehmen, welche die englische Extratour unter allen Umständen bietet. Mazedonien ist für den Zaren kein Hekuba; die freundliche Aussicht, vor dem Erb- und Erzfeind unter dem Union Jack wenigstens für die nächste Zeit Ruhe zu haben, schafft größere Ellbogenfreiheit für die Wirrnis der inneren Politik und eröffnet die noch angenehmere Perspektive, an der Londoner Börse vielleicht zu finden, was die völlig ausgepumpten Pariser Bankiers nicht mehr gewähren mögen. Zu alledem der ausgezeichnete Eindruck, den die Liebenswürdigkeiten mit dem frankoverbündeten König in Paris selbst machen müssen, wo die Träume von der „Tripelallianz“ endliche Erfüllung winken dem brennenden Wunsche, der alten Wunde unnennbar schmerzliches Gefühl zu stillen . . .

Tripelallianz? Als Bebel im Dresdener Trianonsaale dem immer noch nicht ganz toten Revisionismus den Maulkorb fest um den vorlauten Mund hatte schnüren lassen, da schrieb der Kladderadatsch: die Führer der Revisionisten seien vor den Gewaltigen mit der Bitte getreten: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit.“ Worauf August der Starke lächelnd anhub: „Euch pickt es wohl?“ Allen Ernstes; denen, so dem Zaren diese Tripel-Mesallianz zumuteten, war die Journalistenphantasie durchgegangen. Rußland wäre von allen guten Geistern verlassen, hätte es sich von dem gewiegten Diplomaten, der ihm auf der Revaler Reede die Ehre erwies, derart einseifen lassen. Man ist in dem Eifer, einem p. t. publico unter allen Umständen mit Pikantem aufzuwarten, so weit gegangen, Eduard VII. mit Bismarck in Parallele zu stellen. Wie dieser das Meisterstück vollbrachte, mit dem von ihm schwer

geschlagenen Donaustaat späterhin ein Bündnis abzuschließen, so stelle es den Gipfel erstaunlicher Leistung bei dem englischen König dar, daß er das stolze Zartum erst durch andere auf die Knie zwingen ließ, um es für das Bündnis mit dem vereinigten Königreich geneigter zu machen. Man sieht, die einmal losgelassene Reporterphantasie kennt keine Schranken, keine Hindernisse. Es mag sein und es ist sogar wahrscheinlich, daß Eduard VII. sich durch mazedonische Willfährigkeit den Boden für kühnere, weit ausschauende Pläne zu bereiten vorhatte. Dann aber hatte er in germanophobem Übereifer das wichtige Grundaxiom Bismarcks außer acht gelassen, daß Bündnisse, welche den eigenen Staat — in diesem Falle Rußland — über das eigene Interesse hinaus in fremde Abhängigkeit bringen, welche in der Stunde der Entscheidung den Volkswillen nicht hinter sich haben, das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben stehen. Hat der Zar sich auf dergleichen eingelassen, so hat ein deutsches Blatt recht gehabt, an das Wort Friedrich Wilhelms I. zu erinnern: „Wenn sie ein Herz haben, sollen sie es versuchen.“

Die Revaler Verständigung Londons und St. Petersburgs als einen aditus ad pacem aeternam zwischen beiden Weltmächten aufzufassen, war eine unverzeihliche Gedankenlosigkeit. Wir sehen darin nichts als das gegenseitige Eingeständnis zweier eingefleischter Gegner, sich im Augenblicke nicht schlagen zu wollen; der eine, weil er zurzeit überhaupt nicht fechten kann; der andere, weil er jetzt Wichtigeres vor hat und sich gegen Komplikationen sichern will, die der andere unerwartet herbeiführen könnte. Die anglo-russischen Abkommen sind eine Art Waffenstillstand im beiderseitigen Interesse, dessen Geltung jeden Tag durch persische oder indische Nöte erstickt werden kann. Denn auch die auswärtige Not Rußlands

schreit gen Himmel. Wo immer die Hoheitszeichen des Zaren über vorgeschobenen Außenposten seines riesenhaften Reiches wehen, überall stehen sie hart gegenüber dem landgierigen Gelüst Großbritanniens, das ihm den Zugang zum offenen Weltmeer versperrt, so im Stillen Ozean, in Persien, Indien und Vorderasien. Dieser Zugang aber, die Gewinnung eisfreier Häfen, die territoriale Verbindung der kolossalen Ländermassen mit Küstengebieten an Welthandelsstraßen ist für Rußland die weltgeschichtliche Voraussetzung künftiger Blüte und gleichzeitig das einzige, wobei es vor der eigenen Nation die ungeheure Verantwortung eines neuen Appells an die Waffen allenfalls tragen könnte. Vom Gelben Meere ist es soeben durch Japan im Auftrage Englands mit blutigem Kopfe heimgeschickt worden. Nun soll es Ersatz an der deutschen Westgrenze suchen, wo es mit einem weit überlegeneren Gegner einen viel aussichtsloseren Kampf zu kämpfen hätte? Ein Krieg mit Deutschland wäre der militärische und politische Selbstmord Rußlands. Ein lohnender Siegespreis existiert einfach nicht; auch nicht in der Art, daß Rußland zum Dank für die Niederschlagung des deutschen Rivalen von England in Asien Territorien erhielte; denn Rußland und England können nur einer auf Kosten des anderen wachsen. Was also soll die Phantasterei von der anglo-russischen „Allianz"?

Dagegen ist das starke Germanien für den Zaren die unentbehrlichste Rückendeckung für alle asiatische Expansion. Was eine zuverlässige deutsche Freundschaft wert ist, hat Rußland mehr als einmal, zuletzt während des Mandschureikrieges erfahren. Die St. Petersburger Machthaber mögen ab und zu das Bedürfnis haben, den panslavistischen Schreiern aus inneren Gründen die Zügel zu lockern. Das aber muß doch jedem halbwegs ernsten Politiker an der Newa klar sein, daß

Rußland, dessen ganze Politik nach Osten und nicht nach Westen gravitiert, sich jede Möglichkeit asiatischer Unternehmungen abschneidet, solange es der Gefahr deutscher Feindseligkeit im Rücken ausgesetzt ist.

Die Allianzpolitik Eduards VII. hat hier also eine hoffnungslose Lücke, die „Einkreisung" Deutschlands ein Loch, dessen Zustopfung noch so großer List nicht gelingen kann, weil Rußlands vitalste Interessen dem entgegenstehen. Rußland und Deutschland werden durch den natürlichen Lauf der Dinge immer mehr aufeinander angewiesen sein; wenn wir von Mazedonien absehen, das seit der Verfassungserneuerung in den Hintergrund zu treten beginnt, haben beide Mächte überhaupt keine Reibungsflächen, keine Kollisionsgelegenheit, die auch nur ernstere Worte verlohnt. Hingegen ist ihnen der Gegensatz gegen England aus Gründen von entscheidender Wucht gemeinsam, und diese Gründe werden sie stets in demselben Moment zusammenschweißen, sollte je eine von beiden Mächten gezwungen sein, wider Großbritannien zu den Waffen zu greifen.

Die Gewißheit, daß der Zwang der weltpolitischen Interessen Rußland stets an unsere Seite führen muß — Persien und Indien sind eine Messe wert —, ist ein Moment, das bei der Gesamtwertung unserer Weltgeltung immer wieder vergessen wird.

Aber es gibt noch mehr Momente, welche uns nicht nur ruhigen Blutes, sondern mit froher Erwartung der Zukunft ins Auge zu sehen gestatten. Können wir Rußland auch nicht sans phrase auf unsere weltpolitische Kreditseite stellen, so wissen wir doch, daß es noch weniger zur Debetseite gehört. Diese wird ebenso, wie durch England, von Frankreich belastet. Fürst Bülow sagte in Norderney, die Voraussetzung einer franko-germanischen Entente sei die Détente. Das ist unbe-

streitbar, aber wir möchten an beides vorerst nicht glauben. Wir wollen nicht mit Illusionen, sondern mit Realitäten rechnen. Wohl ist die Feindschaft bis aufs Messer, die Frankreich für uns hegt, anderer Art als diejenige Englands. Hier ist die materielle Schmälerung durch Deutschlands Welthandel, in Paris das ideelle Moment gekränkten Ehrgeizes das Leitmotiv. Frankreich kann materiell von uns nichts erwarten; das linke Rheinufer und Metz können nur noch anormale Gehirne zurückerhoffen. Und es ließe sich deshalb denken, daß eine ferne Zukunft, welche die brennende Schmach von Versailles und Frankfurt vergessen machte und dem gallischen Machthunger irgendwo anderwärts hinreichende Sättigung bereitete, die Mächte zu beiden Seiten der Vogesen aneinander führte, zumal die kolonialpolitische Rivalität größere Konfliktsmöglichkeiten zwischen England und Frankreich als zwischen diesem und uns in ihrem Schoße birgt. Schließlich ist Faschoda auch ein weltpolitischer Markstein. Aber das kommt heute nicht in Betracht. Frankreich wie England wollen den Krieg à tout prix, den Kampf à outrance. Haben sie eine irgendwie begründete Aussicht, ihn zu inszenieren und siegreich zu Ende zu führen?

Ein französisch-englischer Krieg gegen Deutschland wäre ein Schauspiel, wie es die Weltgeschichte noch nicht erlebte. Die deutsche Übermacht würde sich auf die Republik stürzen und diese aller Voraussicht nach zum Verbluten bringen. Die sagenhaften 100000 Englishman, die bald in Holstein, bald in Nordfrankreich als Auxiliartruppe landen sollen, ließe man be. wirklich ernsthafter Abschätzung der Kräfte doch besser aus dem Spiel.

Sollte Herr Haldane oder sein Nachfolger wirklich 100 000 Mann aufzutreiben vermögen, mit denen er sich auf

dem Kontinent mit Anstand sehen lassen könnte, so wäre das doch das Äußerste überhaupt, was in England an wehrfähiger und abkömmlicher Mannschaft vorhanden ist. Das Inselreich wäre dann von Truppen völlig entblößt, jeder Division feindlicher Infanterie auf Gnade und Ungnade ausgeliefert und an die absolute Unmöglichkeit einer deutschen Invasion glaubt man ja auch in London nicht. Frankreich will die Revanche, die es von seinem moskowitischen Alliierten vergeblich erhoffte, mit englischer Hilfe durchsetzen. Allein England könnte gar nichts für Gallien tun, als die deutschen Häfen blockieren und vielleicht auch die deutschen Panzer auf den Grund der Nordsee versenken. Mit seiner Yeomanry und den Volunteers wird es uns nicht imponieren, wenn sie je so weit kommen sollten, den Fuß auf deutschen Boden zu setzen. Die Republik stände uns allein gegenüber, Auge in Auge. Denn Rußland ist mit „Geld, Armee und Marine nach Asien desertiert"; würde außerdem, wenn es felddienstfähig sein sollte, durch Österreich und die Türkei in Schach gehalten, deren militärische Potenzen doch auch in St. Petersburg nicht geringer erachtet werden dürften, als die Japans. Und sollte es im Plane der Vorsehung liegen, daß am Wasgenwald abermals zwei Völker aufeinander prallen, dann ist dafür gesorgt, daß die Welt im allgemeinen und Frankreich im besonderen eine Leistung teutonischen Ingrimms zu sehen bekommen, die ihre schlimmsten Erwartungen sicher noch übersteigt. Es sind daher auf beiden Seiten des Kanals Stimmen laut geworden, welche vor dem außerordentlichen Risiko eines französisch-englischen Offensivbündnisses gegen Deutschland warnen. Am eindringlichsten gerade in einer englischen Zeitschrift, deren Deutschenhaß notorisch ist. Es hieß da, seit 1905 habe Deutschland Armee und Flotte noch weiter verstärkt, während

Frankreich und England aus falscher Sentimentalität abzurüsten begonnen hätten. (!) „Wenn nun Frankreich plötzlich von Deutschland angegriffen werden sollte, ist es unerläßlich, daß England ihm nicht nur zur See, sondern auch zu Lande mit einer möglichst starken Armee zu Hilfe kommt. General Bonnal hat berechnet, daß, wenn England zwei Armeekorps nach Lothringen werfen könnte, Deutschland in den ersten zehn Tagen des Krieges immer noch 23 Armeekorps den 22 Korps der Engländer und Franzosen entgegensetzen würde.“ England müsse daher nicht 2, sondern 4 oder 5 Armeekorps senden, und sich nicht einbilden, daß seine Seemacht eine ausreichende Hilfe sei. Die englische Hülfe müsse mit äußerster Schnelligkeit in den ersten Tagen des Krieges direkt auf das Schlachtfeld geführt werden, denn die Entscheidungsschlacht werde in Lothringen fallen, und träfen die Engländer erst nach der Schlacht ein, so sei ihre Hilfe von keinem Nutzen. Das wird dann weiter ausgeführt und gezeigt, daß Herrn Haldanes Reform gescheitert sei („échec lamentable“) und daß nichts übrig bleibe, als die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, wenn England nicht auch die Beherrschung des Meeres verlieren wolle. Denn der Ruin Frankreichs bedeute auch den Niedergang Englands usw.

Das fand in Frankreich mehrfaches Echo. Man ist sich in Paris klar, daß man die Rolle des Geisels spielen, allein die Prügel erdulden würde, die England mit verdient hätte. Man weiß auch, daß es der Londoner Regierung nicht die geringsten Skrupel verursachen würde, den Verbündeten, wenn die Sache schief gehen sollte, seinem Schicksal zu überlassen. Interessanter aber sind doch die englischen Bedenken gegen das Wagnis. Ahnt man auch im britischen Publikum, daß Deutschland noch mehr Trümpfe auszuspielen hätte, wenn es

um Kopf und Kragen geht? Es wäre z. B. doch denkbar, daß die Splitterstaaten an der Rheinmündung bei einem allgemeinen Weltbrand das Bedürfnis fühlten, sich unter den Schutz eines Größeren zu stellen. Besonders Holland, das als deutscher Bundesstaat zudem noch eine verhältnismäßige Souveränität behielte, deren völlige Bewahrung ihm bei seiner Kleinheit im Lauf der Zeiten doch nicht gut möglich sein wird. Der politische Anschluß Hollands an sein mächtiges Hinterland wäre allein schon ein ungeheurer Schlag gegen Englands Weltstellung. Man rechnet von Hoek van Holland nach Harwich nur noch 7 Stunden, das Gespenst der Invasion deutscher Divisionen nähme dann recht greifbare Gestalt an, weil sie vormittags wie nachmittags in Szene gesetzt werden könnte. Vielleicht würde auch Frankreichs Interesse an dem kriegerischen Unternehmen erlahmen, wenn die Angliederung der Niederlande an das Deutsche Reich ein französisches Protektorat über Belgien zur Selbstverständlichkeit machte. Ob man in Paris wirklich noch Lust hätte, die guten gallischen Milliarden und Armeen auf dem Altar Englands zu opfern, wenn man auf diesem Wege, nur mit einer kleinen Verschiebung nordwärts, die Ausdehnung der Ostgrenze, die Schadloshaltung für 1870, eine Provinz mehr und reichen Kolonialbesitz gewänne?

Die Argumente, die für Deutschland ins Gewicht fallen, und England einen tunlichst friedlichen Wettbewerb im Welthandel mit uns geraten erscheinen lassen sollten, mehren sich also. Sie sind aber noch nicht erschöpft. Denn auch Nordamerika ist keine quantité negligeable. Die Union ist seit der anglo-japanischen Entente gewissermaßen in der Front und im Rücken bedroht und hat daher das allerdringlichste Interesse, die gegenwärtige Kräfteverteilung nicht verschieben zu lassen. Sie würde einer Vernichtung der deutschen Flotte, die Eng-

land erlauben würde, im gegebenen Falle seine ganze Seemacht gegen Westen zu konzentrieren, schwerlich mit verschränkten Armen zusehen; sie hätte dazu um so weniger Grund, als ihr Verhältnis zu Deutschland, dank der Tätigkeit des viel zu früh verblichenen Speck von Sternburg, ein ausgezeichnetes ist, als sie mit Japan nicht gerade auf dem besten Fuße lebt und als endlich auch der Name Albions sich von Newyork bis Frisco keiner hervorragenden Volkstümlichkeit rühmen kann. Zudem wird man es in Washington nicht vergessen haben, daß England es war, welches sich 1898 emsig bemühte, Europa zu einer Intervention zugunsten Spaniens zu bewegen; ein Manöver, das an dem Widerspruch Rußlands und Deutschlands scheiterte.

Wir wollen die unbegrenzten Möglichkeiten, die sich hier bieten, nicht weiter verfolgen, den Herrn am Goldenen Horn z. B. ganz außer acht lassen. Wir sehen zur Genüge, daß, so weit auch die Pläne Eduards VII. schweifen mögen, die Sachen sich immer wieder hart im Raume stoßen. Seine Ententenarithmetik leidet an dem grundsätzlichen Fehler, daß sie die eigenen Interessen der von ihm Umworbenen nicht genügend in Rechnung setzt. Freilich macht der ungemessene Ehrgeiz dieses Monarchen die Lage trotz alledem ernst genug, weil er das verletzte gallische Ehrgefühl immer wieder aufstachelt und, wenn das auch unwahrscheinlich ist, einmal doch Rußland zu der grenzenlosen Torheit verleiten könnte, die englischen Kastanien aus dem deutschen Feuer holen zu wollen. Diese Situation aber ist Deutschlands Los; sie ist nicht durch das Fehlen Bismarcks hervorgerufen, sondern sie liegt in den Machtverhältnissen, in der geographischen Lage unseres Landes im Herzen Europas. Soweit sie gegen das Bismarckische Zeitalter verschärft ist, trägt daran nicht die Zurückhaltung des Fürsten Bülow,

sondern die Störung des kontinentalen und weltpolitischen Gleichgewichts durch Frankreichs und Rußlands Niedergang die Schuld. Das muß immer erneut betont werden. Die Zurückhaltung der neueren deutschen Politik ist diktiert durch die nun schon Jahre andauernde Wirrnis in der Gruppierung der Großmächte; wir sind im Vorteil, wenn wir dem Spiele des Britenkönigs zusehen, solange er gleichzeitig fünf bis sechs Mächte durcheinander jongliert. Es handelt sich dabei keineswegs um eine Zurückhaltung unter allen Umständen. Wir glauben, daß Fürst Bülow die eigenen Erwägungen des russischen Kabinetts durch den nicht mißzuverstehenden Hinweis unterstützte, daß die Einbeziehung Großbritanniens in den franko-russischen Allianzvertrag der casus belli sei. Es ist ihm einstweilen gelungen, diese Offensivkoalition gegen Deutschland zu hintertreiben, und auf Reval ist ein Cronberg und Berlin gefolgt. Die Verhinderung einer antideutschen Koalition aber ist von Bismarck als das Hauptерfordernis deutscher Staatskunst verlangt worden; wie es überhaupt ein Nonsens ist, hier immer wieder eine Gegensätzlichkeit zwischen dem ersten und vierten Kanzler zu konstruieren. Die Zurückhaltung war durchaus auch eines der Grundaxiome Bismarckischer Diplomatie. Von ihm stammt der Leitsatz, daß ein vorschnelles Bündnis vom Übel sei, daß man aus Furcht vor Isolierung und ohne positives Ziel Engagements überhaupt nicht eingehen solle, daß die eigene Zurückhaltung auch deshalb geboten sei, weil die Ungewißheit, wem Deutschland sich anschließen werde, ein störendes Moment in die Politik der anderen trage.

Wenn Fürst Bülow die gleiche Methode zurzeit als geboten ansieht, so will man das trotzdem nicht gelten lassen. Bismarck konnte nach seinen Riesenleistungen ohne Sorge vor einer Unpopularität seiner Politik Zurückhaltung predigen.

Fürst Bülow muß das in Kauf nehmen, wenn er sich auch sagen mag, daß seine Diplomatie nicht auf die wandelbare Gunst des großen Publikums Rücksicht nehmen kann. Es ist mit Recht darauf verwiesen worden, daß wir beginnen, in den Fehler zu verfallen, der Frankreich zugrunde richtete: in das Verlangen der Befriedigung des Machtkitzels, des ständigen großen Spektakulums in der auswärtigen Politik. Die Regierung, die sich verleiten ließ, dem Eitelkeitstrieb der Masse zu fröhnen, hat es noch immer zu bereuen gehabt. Deshalb sollten wenigstens die Ernsthaften im Lande zu der Erkenntnis kommen, daß jede Weltmacht Jahre und Jahrzehnte erlebt, in denen es für sie den größeren Vorteil bietet, sich einstweilen zu bescheiden.

Am kritiklosesten verfahren die Hamburger Nachrichten in der Schürung der Unzufriedenheit, indem sie planmäßig vermeintliche Bismarcksche Rezepte oder Maximen auf die heutige Zeit übertragen. Es ist ihnen darin beizupflichten, daß die Brüskierung Rußlands durch Ablehnung der von ihm wiederholt gewünschten Fortsetzung des Neutralitätsvertrages ein folgenschwerer Fehler war; aber diesen Fehler kann man doch nicht gut dem heutigen Kanzler in die Schuhe schieben. Indessen haben sich die Hamburger Nachrichten einmal sogar zu der apodiktischen Behauptung verstiegen, wenn Fürst Bismarck im Amte geblieben wäre, würde er sicher Mittel und Wege gefunden haben, Rußland davon abzuhalten, sich vorzeitig und mangelhaft gerüstet auf einen Krieg mit Japan einzulassen. Damit wäre verhütet worden, erstens daß Japan so schnell als Großmacht hochgekommen und zu seinem heutigen Einfluß auf die internationale Konstellation gelangt wäre, zweitens aber würde der Ausbruch der Revolution in Rußland vermieden worden sein. Das grenzenlose Vertrauen in die Staatskunst

Bismarcks ist uns sympathisch und wird im allgemeinen von uns geteilt. Aber soweit möchten wir doch nicht gehen. Zunächst hätte Fürst Bismarck, auch wenn er im Amte geblieben wäre, den Waffengang Rußlands mit Japan nicht hindern können, weil er mehrere Jahre, bevor der Mikado seine Rüstungen fertig hatte, dreiundachtizjährig das Zeitliche segnete. Dann aber blieb Rußland gar nichts anderes übrig, als sich auf diesen Krieg „einzulassen“, denn Japan brach ihn vom Zaun. Und was die Vermeidung des Revolutionsausbruches betrifft, so ist die „Sicherheit“, mit der das hier behauptet wird, doch keine genügende Unterlage zur Verurteilung der Bülowschen Auslandspolitik.

Fürst Bülow hat sich zuletzt im März d. J. vor dem Reichstage grundsätzlich über die Richtlinien ausgesprochen, denen er folgt. Er knüpfte an eine Äußerung aus dem Hause an, wonach angesichts der gegen uns im Auslande verbreiteten Verdächtigungen ruhige und wachsame Zurückhaltung empfehlenswert und für die Behandlung der auswärtigen Geschäfte des Landes Stetigkeit, Einheitlichkeit, Festigkeit zu wünschen sei. Die auswärtige Politik, die wir machen müßten, könne nicht richtiger und nicht besser charakterisiert werden. Uns scheint insbesondere unsere Marokkopolitik diesen Kriterien zu gewissen Zeiten nicht immer entsprochen zu haben, und wir stehen nicht an, zu bekennen, daß wir der Inaugurierung dieser Politik auf dem Wege der Konferenzverhandlungen keinen Geschmack haben abgewinnen können, daß wir vielmehr die ganzen Langwierigkeiten der späteren Zeit diesem ursprünglichen Grundfehler zuschreiben. Marokko ging allein Frankreich, England, Deutschland und Spanien etwas an. England hatte sich durch das Marokko-Ägypten-Abkommen allen Einsprechens begeben. Spanien gehört zu den dii minorum gentium.

Durch ein Verhandeln direkt von Berlin nach Paris hätten wir mehr erreicht als in Algeciras, wo Russen, Amerikaner, Österreicher mitbestimmten, die — mögen sie nun für oder wider uns Partei ergriffen — im Lande der beiden Sultane überhaupt nichts zu suchen haben. Nachdem aber diese Grundlage einmal gegeben war, konnte für uns nicht gut eine andere als die Kunktatortaktik in Frage kommen. Frankreich wird um dieses Einsatzes willen keinen Kontinentalkrieg führen, der in jedem Falle notwendig den Weltbrand bedeutete. Wir ebensowenig. Daß wir uns nicht an den Karren fahren lassen, und daß man in Paris das Schicksal der Republik nicht auf die eine marokkanische Karte setzen will, bewies die Schnelligkeit, mit der Theophil Delcassé deklassiert wurde. Das energische Eintreten der Berliner Regierung für Mulay Hafid nach Abdul Asis Fall, das endliche Wiedererwachen deutscher Initiative, zeigt, wie wenig diskutabel es ist, daß wir je unseren Einfluß ausschalten ließen. Dem deutschen Chauvinismus freilich ist die Materie eine harte Nuß. Wenn irgendwo, so ruht aber hier die Pointe im Abwarten. Der Gewinn ist die Knochen unserer pommerschen Grenadiere nicht wert; wenn Frankreich Musketiere, Exaltodos und Fremdenlegionäre den Flinten der diversen Mahallas preisgibt, so kann uns das zur Nachfolge nicht locken. Unsere Arbeit in Marokko ist rein diplomatischer Art; wappnen wir uns mit Geduld.

Fürst Bülow hat es um uns verdient, daß wir seiner Art, ohne Schwertstreich Land zu gewinnen und mit dem Ölzweig in der Hand deutscher Weltgeltung neue Stützen zu bereiten, Vertrauen entgegenbringen. Am Anfang seines Staatssekretariats steht die militärische Besetzung und die darauf folgende Pachtung der Kiautschoubucht, jene damals so überraschende Festsetzung in China, welche Deutschlands ent-

schlossenen Willen dokumentierte, auch in Ostasien dem deutschen Kaufmann die Flagge des Reiches folgen zu lassen und sich nach jeder Richtung hin die Gleichberechtigung mit den anderen Weltmächten zu sichern. Leitete der damalige Staatssekretär und spätere Kanzler mit diesem hochbedeutsamen Schritt seine Amtszeit ein, so hat er auch in der Folge bewiesen, daß die unserer auswärtigen Politik durch die Verhältnisse aufgezwungene Politik der Vorsicht ihn nicht abhält, die Ausbreitung und Befestigung unserer Weltgeltung als seine oberste Aufgabe anzusehen. Seine spezifische Art dabei ist es, Konflikte mit anderen zu vermeiden, dagegen die Verwickelungen der anderen untereinander in geschicktester Weise auszunutzen. So gelang es ihm, nach dem amerikanischen Kriege aus der spanischen Konkursmasse die zur Abrundung unseres Südseebesitzes zweckdienliche Gruppe der Marianen und Karolinen zu erwerben, während der englisch-südafrikanische Krieg uns den endgültigen Alleinbesitz des so heiß erstrebten Samoa eintrug. Endlich ist es möglich gewesen, das Bagdadbahnunternehmen, das bedeutendste Kulturwerk deutschen Handelsgeistes, noch in diesem Sommer durch die Konvention über die 840 km lange Strecke Buguren—Tel-Helife so weit zu fördern, daß seine Vollendung nunmehr außer Frage steht. Alles in allem doch ein nicht ganz unbeträchtliches Maß politischer wie kultureller Expansion über See, das in diesem Jahrzehnt erreicht wurde, in dem der jetzige Kanzler an der Spitze der Geschäfte steht.

Als seine wichtigste Leistung aber auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik muß die Herbeiführung des nationalen Wahlsieges vom Winter 1907 gewertet werden. Man hat diese glänzende Tat als annulliert oder doch als wesentlich beeinträchtigt ansehen wollen durch den Ausfall der Neuwahl zum preußischen Landtage, welche die im Reichstag zertrümmerte

Sozialdemokratie durch die Eroberung eines halben Dutzends preußischer Mandate angeblich schadlos hielt. Wer diese Ansicht wirklich vertreten will, der mag es verantworten. Das unbefangene Urteil kann nur dahin gehen, daß jener Wahlsieg allein durch eine Wahlniederlage bei der nächsten Reichstagswahl aufgehoben werden kann, und daß der vom Fürsten Bülow erbrachte Beweis, wie gründlich die Sozialdemokratie durch den Appell an das nationale Gewissen zu Paaren zu treiben ist, jedenfalls bestehen bleibt. Und bestehen bleibt auch die außerordentlich nachhaltige Wirkung dieses Geschehnisses auf das Ausland, die überaus heilsame Mehrung des Respekts vor der geschlossenen Front, die das deutsche Volk mit seinem Kaiser bildet, wenn vaterländische Dinge zur Entscheidung stehen. Nicht zuletzt datierten unsere Schwierigkeiten im Auslande von dem kläglichen Eindruck her, den die grenzenlose Zerfahrenheit der deutschen Volksvertretung und die daraus folgende Wirrnis in der Innenpolitik des Reiches machte. Insbesondere hatte man draußen aus der Suprematie von Zentrum und Sozialdemoktratie, die ja auch tatsächlich die Geschäfte beherrschte, den höchst willkommenen Schluß ziehen zu können geglaubt, daß es mit dem nationalen Elan dieser Macht vorbei und der Erfolg eines auswärtigen Angriffes dank der inneren Schwäche nahezu gewährleistet sei. Diese für uns unter Umständen sehr folgenschwere Illusion ist durch den einen gewaltigen Schlag hinweggefegt worden. Wie ein Mann stand die Nation hinter dem Kaiser und schuf ihm einen Reichstag, der die Sicherheit dafür bietet, daß der Wille zur deutschen Weltgeltung durch wässrige Geschwätzigkeit parlamentarischer Dutzendgrößen und durch Hinterhältigkeit antinationaler Parteien nicht länger gelähmt wird. Der verblüffende Eindruck dieses Vorganges spiegelte sich in den

Äußerungen der auswärtigen Presse prächtig wider, von denen die bezeichnendsten zur Erinnerung festgehalten zu werden verdienen. Von den englischen Blättern war am ehrlichsten der „Daily Telegraph“, der also urteilte: „Fast zwei Millionen deutscher Reichstagswähler, die vorher niemals ihre Stimme abgegeben haben, entsprachen dem Rufe des Fürsten Bülow. Dieses Hervortreten von sonst apathischen Klassen hat die Sozialdemokratie niedergeworfen, die deutsche Flagge geschützt und ein festes Mandat zugunsten der Weltpolitik erteilt. Die Szene vor dem kaiserlichen Schloß wird immer in Erinnerung bleiben als eine der bezeichnenden Episoden in den Annalen des modernen Deutschlands. Nie ist die Klage über die Lebensmittelverteuerung von den Sozialisten mit solcher Energie und Beweiskraft ausgenutzt worden. Die Entschiedenheit, mit der die Untertanen des Kaisers diese Versuchung zunichte gemacht haben, ist ein so glänzendes Beispiel moralischer Kraft und patriotischer Einsicht, wie es nur je von einem Volke gegeben worden ist. Das Wahlergebnis wird wahrscheinlich einen unverkennbaren Einfluß auf die Wohlfahrt und Macht dieses großen Volkes ausüben, dessen Ideal der starke Mann in Waffen ist.“ „Daily Mail“ schrieb: „Während der Engländer zu seinem eigenen Vergnügen spielt, exerziert der Deutsche für sein Land, und wenn die Frage an das Land herantritt, ob es bereit ist, für die nationale Idee gewisse Opfer zu bringen, lautet deshalb in Deutschland die Antwort: ‚Ja!‘ Die Wahlen bilden einen Markstein von psychologischer Bedeutung in der Geschichte Europas. Ihre erste und unmittelbare Folge wird die Stärkung des Kaisers in seiner Flottenpolitik sein. Er ist darauf aus, eine Flotte zu schaffen, die imstande ist, selbst mit der mächtigsten Seemacht zu streiten Man weiß jetzt, daß das Volk hierbei auf seiner Seite ist.

Es werden bald neue Flottenvorschläge eingebracht werden und man kann mit Sicherheit annehmen, daß sie Sanktionierung finden werden. Darin liegt keine besondere Böswilligkeit, wie einige Engländer anzunehmen scheinen. Deutschland ist durchaus berechtigt, nach Seemacht zu trachten." Die „Morning Post" wollte diese Berechtigung nicht anerkennen, aber sie entschloß sich doch auch zu folgendem Geständnis: „Die Wahrheit ist, daß die deutsche Nation durch eine Phase der Ruhelosigkeit und Unzufriedenheit hindurchging, und daß sehr einflußreiche Armee- und Flottenoffiziere aus Neigung und Überzeugung nach einem Kriege trachten (!), und daß die Wahlen so geleitet wurden, daß sie ein Resultat ergaben, das von der Regierung als eine nationale Demonstration zugunsten einer lebhaften äußeren Politik ausgelegt wurde.

Von gleicher Stärke war der Eindruck auf die Franzosen. Am klarsten erkannte der „Temps" die Situation: „Wir weisen noch einmal darauf hin, daß Deutschland das einzige Land ist, in dem seit zwanzig Jahren wiederholt Volksabstimmungen nicht durch politische, sondern durch nationale Erwägungen beeinflußt wurden, und Deutschland bleibt in dem politisch und sozial zerklüfteten Europa das einzige Land, in dem ein Appell an das patriotische Empfinden sicher Erfolg hat. Das gibt Deutschland ein Übergewicht. Es wird gut sein, das stets im Auge zu haben und das Beispiel nachzuahmen." Ähnlich erkannte der „Figaro", daß es nur ein Deutschland gäbe, wenn es sich um die Größe des Reiches handele; das Volk habe für den Kaiser, für die Kolonien, für die Weltpolitik gestimmt. Und Herr Hanotaux, der frühere Minister des Auswärtigen veröffentlichte eine Betrachtung, aus welcher ganz besonders der dem Frieden so überaus förderliche Respekt vor Deutschland hervorklang: „Es gibt also inmitten unseres Kontinentes

einen Staatskörper von sechzig Millionen Menschen von einer Disziplin geeint, zu einer Arbeit verbunden, in einem Gedanken an Haupt und Gliedern fest geschlossen. Man hat oft an einen kapriziösen persönlichen Willen geglaubt, dessen Pläne in der Luft schwebten. Jetzt weiß man, daß in ernster Stunde hinter diesem einzelnen die größte Masse ernster Menschen steht, die zurzeit in Europa existiert. Das ist wirklich ein Block. Wenn das deutsche Volk sich bedroht fühlt, wird es sich auf ein Wort erheben. Was es will und was es verteidigen wird, ist seine Einheit und seine Größe, trotz alles inneren Streites. In einer Stunde, die in anderen Ländern das Volksempfinden wanken sieht, setzt sich hier der nationale Gedanke stolz und entschieden durch."

Man vergißt bei uns schnell, und selbst das außerordentliche Verdienst des Fürsten Bülow, das in dieser Wiederherstellung des Respektes vor dem Furor teutonicus liegt, droht dem Gedächtnis der Mitwelt zu entschwinden. Die Geschichte wird gerechter urteilen, weil sie größere Zeiträume überblickt und die Wirkungen von Rede und Tat, zu deren entsprechender Würdigung uns allzunahe Stehenden leicht der Maßstab fehlt, sachgemäßer prüfen kann. Sie wird zu dem Schluß kommen, daß auf Jahre hinaus dem Ansehen Deutschlands in der Welt kein größerer Dienst geleistet werden konnte, als dieser der Kulturwelt gelieferte Beweis der nationalen Geschlossenheit eines 60 Millionen-Volkes. Und sollte man auch im Auslande so schnell vergessen, wie in Deutschland selbst, so sei es drum. „Sie sollen uns nur kommen!", dies Wort von Döberitz bleibt bestehen. Wir freuen uns unseres eisernen Wamses!

---

VI.

# Publizistische Kritik und unkritische Publizistik.

O Freiheit, süße der Presse!
Kommt, laßt uns alles drucken
Und walten für und für.
Nur solle keiner mucken,
Der nicht so denkt wie wir.

Goethe, Sprüche in Reimen
Zahme Xenien 2.

Wenn der alte Fritz es verbot, daß die Gazetten genieret würden, so hat er damit zweifellos nicht sagen wollen, daß die Gazetten sich auch nicht selbst genieren dürften. Wer heute bei irgendeiner wichtigen Staatsaktion das Verhalten eines gewissen Teiles unserer Zeitungen verfolgt, der muß zu dem Ergebnis kommen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland allzusehr sans gêne fabriziert wird. Aber schon Schopenhauer klagte, daß Übertreibung jeder Art der Zeitungsschreiberei ebenso wesentlich sei wie der dramatischen Kunst, weil es gelte, aus jeder Begebenheit möglichst viel zu machen. Daher seien alle Zeitungsschreiber von Handwerks wegen Alarmisten, und sie gleichen dadurch den kleinen Hunden, daß sie bei allem, was sich regt, ein lautes Gebell erheben.

Aber es müssen der deutschen Publizistik noch weitere Eigenschaften immanent sein, die ihr (im Vergleich zu anderen Ländern) niedriges Niveau erklären, denn die von Schopen-

hauer beklagten Schattenseiten sind ja dem Zeitungsgewerbe als solchem eigen, belasten also die Presse des Auslandes nicht weniger als die unsrige. Woher kommt es, daß z. B. die Presse Englands, Frankreichs und Amerikas trotzdem so viel höher steht und wirklichen politischen Einfluß hat, so daß dort das Wort von der „siebenten Großmacht“ auch zur Wahrheit geworden ist? Jedes Land hat die Presse, die es verdient; die Zeitungen eines Volkes werden immer bis zu einer gewissen Grenze einen Gradmesser nicht nur für die kulturelle Reife, sondern vor allem auch für die politische Erziehung des Publikums abgeben. So kulturell reif wir nun sind, so wenig sind wir politisch erzogen. Immer wieder tritt uns Lamprechts Forderung einer Politisierung der Gesellschaft vor Augen, auf daß über ausgeglichenen Parteigegensätzen der kraftvolle nationale Staat schützend seine Hand halte. Es entspricht dem „ζῶον ἀπολιτικόν,“ daß die Parteibildungen in Splitterformation bis dato auf der Tagesordnung waren und daß daher auch das unpolitische Zeitungselement das politische so außerordentlich überwuchert hat. Wo das aber der Fall ist, da ist es eine natürliche Konsequenz, daß die Geschehnisse weniger ideell und nach politischem Schwergewicht behandelt, als nach dem Gesichtspunkt der Massenbefriedigung und -unterhaltung gewertet werden. Dabei muß der kritische Sinn notwendig verkümmern und die unkritische Publizistik Triumphe feiern.

Diese Entwickelung hält in Deutschland gerade die besten Köpfe ab, sich in den Dienst der Tagespresse zu stellen. Sie verzichten lieber auf den tönenderen Resonanzboden, der sich ihnen hier bietet, als daß sie in die Arena hinabsteigen, in der mit reinen Waffen zumeist nicht gekämpft wird.

Am meisten allerdings wird der Tiefstand der deutschen Publizistik durch einen anderen Umstand verschuldet. Das

große oder besser das größte Wort führen in ihr die Leute, die in einem inneren Verhältnis zum Deutschtum nicht stehen. Die Präponderanz des Halbjudentums hängt wie ein Bleigewicht am deutschen Zeitungswesen. Die liberalisierende, seichte Mache mit einem starken Einschlag von gesinnungsloser Geistreichelei, der „Asphaltliberalismus“ hat das politisch ernste Urteil, das Verantwortlichkeitsempfinden stark in den Hintergrund gedrängt. Aber, — es hat jedes Volk die Presse, nach der es verlangt.

Am verhängnisvollsten äußert sich die Wirkung dieses Zustandes auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Der Pariser oder Londoner Publizist ist beim Auftauchen schon der unwichtigsten Differenz mit dem Auslande allein von dem Empfinden beseelt: Wright or wrong, — my country! Das gibt es bei uns, im Lande des Doktrinarismus und der kosmopolitischen Schwarmgeisterei, nicht. Wann wäre es dagewesen, daß es in solchen Momenten wie ein Ruck durch den ganzen deutschen Blätterwald gegangen wäre, durch „Hunderttausend schnell gezuckt“ hätte?

Es war allerdings vor dem 25. Januar 1907, als sich eine deutsche Zeitung vor dem Ausland mit dem Satz prostituierte, die Scheu vor dem Furor teutonicus sei dahin, weil man nicht mehr an ihn glaube, weil man das deutsche Volk nicht mehr für fähig halte zu gemeinsamer, einheitlicher Aktion mit seinen Fürsten. Die Ereignisse des Winters 1906/07, die den entschlossenen Willen der Nation bekundeten, in Fragen der Waffenehre und der weltpolitischen Expansion mit der Regierung zusammenzugehen, und die glatten Bewilligungen der Kolonialforderungen zum Etat 1908 haben ja nun draußen die Sorge vor der verhaltenen Kraft Germaniens so ziemlich wiederhergestellt. Trotzdem oder gerade deshalb ist bald nach der denkwürdigen Stunde die alte deutsche Invidia wieder aus

allen Winkeln hervorgekrochen und nicht nur die innerdeutsche, sondern auch die gegen Deutschland gerichtete Invidia des Auslandes, wie u. a. das erbärmliche Manöver der „Times“ mit dem Twedmouth-Schreiben bewies. Wenn aber im Unterhause oder in der französischen Deputiertenkammer ein Minister über Fragen der auswärtigen Politik spricht, so ist er für den Engländer wie für den Franzosen in diesem Moment lediglich der Repräsentant der Nation gegenüber den anderen Mächten; mag er nun dem konservativen, dem republikanischen, dem nationalistischen oder sonst einem Lager angehören. Unsere Minister und Staatssekretäre werden dagegen auch dann, wenn es sich um Fragen der inneren Politik gar nicht handelt, sondern um außerdeutsche Materien, die alle Parteien in gleichem Maße berühren müßten, oft nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß hier doch eigentlich der Angehörige einer anderen Partei auftritt, dem am Zeuge zu flicken jedenfalls verdienstlich sei.

Die auswärtige Politik, welche das Fernbleiben jeder Theorie erfordert, „liegt“ dem Deutschen nicht. Er ist viel zu viel Theoretiker, um auf diesem Felde, auf dem allein Erwägungen der Opportunität und des Augenblicks den Ausschlag geben, eine sachgemäße Haltung einzunehmen. Wenn ein Kenner vor kurzem darüber klagte, daß das deutsche Volk sich noch zu wenig lange und zu wenig intensiv mit der großen Politik beschäftigt habe, daß die Opposition, die in Deutschland in Fragen auswärtiger Politik getrieben werde, immer noch Opposition aus prinzipiellen Gründen uud mit prinzipiellen Gedanken sei, daß eine solche Opposition in der auswärtigen Politik aber unsinnig und in sich selbst widersinnig sei, weil auswärtige Politik und prinzipielle Gesichtspunkte einander kontradiktorisch entgegengesetzt seien, so daß man sagen kann,

ein Volk werde erst dann groß im Verständnis auswärtiger Politik, wenn es in allen Fragen dieser Art nur mehr Streitfragen verschiedener Taktik erblicke — so hatte er damit unzweifelhaft Recht und einen außerordentlich wunden Punkt unserer Publizistik in prägnantester Form gekennzeichnet.

Es lassen sich zahllose Beispiele dafür anführen, wie eine solche unsachliche oder wenigstens für den Augenblick zu unterdrückende Kritik die Wirkung einer rednerischen oder sonstigen Aktion auf das Ausland illusorisch gemacht hat. Es sei hier nur auf die Rede des Fürsten Bülow vom 14. November 1906 hingewiesen, bei welcher die typische Erscheinung zu beobachten war, daß sie im Auslande gut, d. h. in der beabsichtigten Weise, von der inländischen Presse dagegen außerordentlich schlecht aufgenommen wurde. Die englischen und französischen Blätter fanden die Rede bedeutungsvoll ernst und voll von wichtigen, ihnen gar nicht bequemen Aufklärungen, während die deutsche Presse feststellte, daß in ihr mit viel Worten wenig gesagt worden war. Auch hier wieder stürzte man sich mit einem wahren Freudengeheul auf den Fürsten Bülow als einen Diseur de bons mots, einen Sammler geistvoller und unterhaltender Aperçus, und übersah, in unfaßlicher Flüchtigkeit, daß zwischen den Zeilen, wie eigentlich stets bei Reden dieser Art, mehr stand als in den Zeilen selbst. Dabei war das dieselbe Rede, in der Fürst Bülow auf die von England mit allen möglichen großen und kleinen Staaten abgeschlossenen Allianzen hinwies, diese Allianzen aber scharf voneinander unterschied und in nicht mißzuverstehender Weise die Stellung Deutschlands zu einzelnen von ihnen präzisierte. Dort fiel das scharfe Wort, daß die englisch-französische Entente dem Frieden wenig förderlich sei, wenn nicht sowohl Frankreich als auch England auf gute Beziehungen zum

deutschen Kaiserreich bedacht seien. Wenn beabsichtigt sei, auf Deutschland einen Druck auszuüben, so sei zu beachten, daß Druck Gegendruck erzeuge und daß aus solchen Einwirkungen leicht Explosionen entständen.

Diese ungeschminkte Sprache, aus der unzweifelhaft hervorging und hervorgehen sollte, daß wir „bereit" seien, wenn man uns nicht in Frieden leben lassen wolle, machte auf das Ausland, wie gesagt, den gewünschten Eindruck. Man sah in in ihr einen ruhigen und stolzen Ernst und wurde nachdenklich. Bei uns aber wurde über den „rosigen Kanzler" und seinen ausschweifenden Optimismus gespöttelt und der Nachteil, den diese Kritik für unsere Stellung dem Ausland gegenüber mit sich brachte, trat sofort in die Erscheinung. Der günstige Eindruck der Rede wurde außerhalb Deutschlands zum Teil vernichtet, zum Teil verwischt. Man ging dort von der durchaus verständlichen Ansicht aus, daß das Urteil der großen deutschen Publizistik, der ja doch die Rede bereits im Wortlaut vorgelegen hatte und der bei der Unmittelbarkeit des Hörens eine größere Urteilsberechtigung zustand als dem Ausland, das in der Hauptsache immer auf telegraphische Auszüge angewiesen ist, maßgebend sei, und man revidierte schleunigst das eigene Urteil. Wer sich genauer von dieser Rückwirkung überzeugen will, der braucht nur — wenn wir uns recht erinnern, erwarben sich die „Grenzboten" das Verdienst dieser Feststellung — zuerst die Leitartikel der Pariser Abendblätter vom 15. und 16. November 1906 nachzulesen und sich dann das für einen Patrioten zweifelhafte Vergnügen machen, nachzusehen, in welcher Richtung z. B. der Artikel der „Frankfurter Zeitung" im Abendblatt des 15. November den Leitartikel des Temps vom 19. November beeinflußt hat.

Eines ist dabei der deutschen Presse allerdings als

mildernder Umstand anzurechnen. Minister und Staatsmänner legen im Auslande entschieden Wert auf nahe Fühlung mit den führenden Organen der großen Parteien, indem sie mit ihnen auf gleichem Fuß verkehren. Sie haben dadurch in Fragen der auswärtigen Politik eine viel bessere Schulung, eine größere Willigkeit der Presse hervorgebracht als Deutschland, wo der politische Publizist die typische Rolle des Handlangers spielt, in dessen subalterner Ideenwelt nach neuen Gedankenwerten zu suchen für ein lächerliches Beginnen gilt. Fürst Bülow hat darin viel gebessert und noch bei dem Journalistenstreik im Reichstage gezeigt, daß die um ihr Ansehen und um gesellschaftliche Anerkennung kämpfende Presse seine Sympathien hat. Aber nur der Kaiser, der die amerikanischen Journalisten zu kommandierenden Generälen stempelte und durch den Prinzen Heinrich auszeichnen ließ, der selbst in Potsdam und London den englischen Zeitungsleuten gnädige Aufmerksamkeiten erwies, könnte die entscheidende Wendung herbeiführen, wenn er in der Form persönlicher Berührungen dazu beitrüge, daß der ernsten politischen Presse die ihrem eminenten Einfluß entsprechende Anerkennung auch vom Throne herab zuteil würde.

Besonders die englische Regierung weiß sich mit ihrer Presse ausgezeichnet ins Benehmen zu setzen, und man kann häufig wahrnehmen, wie sie den Londoner Blättern nur einen Wink zu geben braucht, damit diese einschwenken, wie es der Augenblick erfordert. Ein Beispiel! König Eduard brachte kurz vor der Begegnung zu Wilhelmshöhe 1907 auf den deutschen Kaiser bei der Regatta von Cowes einen Trinkspruch aus, welcher darum ungewöhnlich war, weil bei dieser Gelegenheit nur ein einziger Toast, und zwar der auf den britischen Herrscher, der Überlieferung entsprach. Die englische Regierung

wünschte keinen Kommentar zu dem Vorfall und in der englischen Presse fand sich auch nicht eine Silbe eigener Betrachtung dazu.

Wie sehr gerade die englische Regierung ihre Presse in der Hand hat, das zeigte sich auch recht deutlich zur Zeit des spanisch-amerikanischen Krieges. Es wird erzählt, daß es damals in ihrem Interesse lag, diejenigen Schritte, welche sie bei Ausbruch des Krieges zugunsten der Spanier unternommen hatte, zu verdecken, um bei den amerikanischen Vettern einen guten Eindruck zu erwecken. Dieser ihrer Aufgabe entledigte sie sich in ganz unvergleichlicher Weise. Es wurden die notwendigen Artikel und Allarmdepeschen nach Washington und nach Newyork in die englisch-amerikanische Presse lanciert, nach denen Deutschland die böse Absicht hatte, zugunsten der Spanier bei den Vereinigten Staaten zu intervenieren. Diese der englischen Politik ungemein förderliche Verdächtigung war anderseits aber auch dadurch nur möglich, daß die großen deutschen Blätter sich immer noch verpflichtet glaubten, auf die im Deutschen steckende Sentimentalität, auf unpolitische Gefühlsregungen Rücksicht nehmen zu müssen.

Ein Gegenstück vom deutschen Boden! Als es sich im Juni 1899 darum handelte, aus dem zusammenbrechenden spanischen Kolonialreich das eine oder andere Stück der Konkursmasse für das überseeische Deutschland billig zu erstehen, war das Auge des Auswärtigen Amtes auf die Karolinen, Marianen usw. gefallen. Über den Wert oder Unwert dieser Erwerbung zu streiten, ist müßig. Staatssekretär von Bülow erklärte im Reichstage selbst, daß ein Besitz nicht immer nach seinem momentanen Wert, sondern nach den Konjekturen zu taxieren ist, die er in der Zukunft bringen kann. Unter diesem Gesichtspunkt war gegen den Ankauf vernünftigerweise über-

haupt nichts einzuwenden, und der mit Madrid vereinbarte Preis von 20 Mill. Mk. machte uns nicht unglücklich, den von Amerika niedergeworfenen Hispagnolen bedeutete er aber eine nicht zu verachtende Menge baren Geldes. Die nationalen Parteien in Deutschland unterstützten das Projekt aufs wärmste; nur die freisinnige, damals noch voll unter dem Einfluß Eugen Richters stehende Presse schrie Zeter und Mordio über den unerhört phantastischen Gedanken, Deutschland in der Südsee anzusiedeln. In keinem anderen mit Deutschland vergleichbaren Lande der Welt wäre das denkbar gewesen; überall wäre der kritische Sinn der politischen Presse so weit entwickelt gewesen, sich der wohlfeilen Erwerbung zu freuen und sie mindestens unter dem Gesichtspunkt eines netten Tauschobjektes nicht gerade zu mißbilligen. Gleichzeitig suchte die spanische Regierung mehr herauszuschlagen, indem sie wohl auch davon wußte, daß Allemanien zu kinderreich war, um nicht nach neuem Siedelungsland zu verlangen oder doch nach solchen Territorien, die es einmal für brauchbareren Boden an den Mann bringen könnte. Staatssekretär von Bülow, dem also, sozusagen, die heimische Presse kritiklos in den Rücken fiel, wo er als englischer oder französischer Minister den einmütigen Chorus hinter sich gehabt hätte, machte sich eben diese Kritiklosigkeit in listiger Weise zunutze. Er übermittelte die freisinnigen Artikel nebst den entsprechenden Reichstagsreden als argumenta e contrario telegraphisch nach Madrid, verwies bekümmert auf die heftige Opposition, die das Kaufprojekt in der deutschen Volksvertretung finde, und erzielte damit die schnelle und glatte Sanktionierung des Vertrages durch die Cortes, denen die 20 Mill. Mk. doch lieber waren als gar nichts.

Immerhin wird für diese Art von Unterstützung aus-

wärtiger Politik durch die Presse des eigenen Landes bei den anderen Weltmächten schwerlich ein Gegenstück zu finden sein.

Auch bei einem Konflikt zwischen auswärtigen Staaten ist unsere Presse bis auf wenige Ausnahmen selten Herr der Situation. Sie erwägt nicht nach kalter und nüchterner Überlegung, wo der Vorteil des eigenen Landes liegt, sondern tritt sofort mit Emphase für den Schwächeren, den „Unterdrückten“ usw. ein. So war es zur Zeit des türkisch-griechischen Krieges, als so ziemlich die ganze deutsche Publizistik mit Begeisterung die Partei der hoffnungslos verlodderten Enkel der alten Hellenen ergriff, die dann mit beispielloser Feigheit vor den türkischen Bajonetten ausrissen, bis ein Friede mit Schimpf und Schande die glorreiche Episode abschloß. Dieselben unpolitischen Sentiments verursachten zu Beginn des Jahrhunderts den verhängnisvollen Burenrummel, dessen Wirkungen auf unser Verhältnis zu England noch heute keineswegs überwunden sind. Und ebenso ergriff bei dem oben schon berührten spanisch-amerikanischen Konflitt das Gros der deutschen Presse wieder mit tödlicher Sicherheit die Partei desjenigen der beiden Kriegführenden, der uns am gleichgültigsten war, dessen Trauer nicht auch unsere Trauer war, weil uns ein siegreiches Spanien nichts versprach, während die Demütigung Nordamerikas uns eines der wichtigsten Gegengewichte gegen die Übermacht Großbritanniens beraubt hätte.

Was konnte man damals alles lesen von den ritterlichen Söhnen der spanischen Nation, von dem „brutalen Überfall“ Amerikas auf die Erben der „großen hispanischen Tradition“ und dergleichen, während es sich lediglich darum handelte, daß eine zukunftsfrohe und kräftige Weltmacht das ihr nach alten ehernen Gesetzen der geschichtlichen Entwickelung fast von selbst in den Schoß fallende Erbe des heruntergekommenen Romanismus antrat.

Aber genug davon: Hier soll weniger dieser jammervolle Zustand im allgemeinen dargelegt, als an einem besonderen Beispiele gezeigt werden, wie gerade auch dem einzelnen Staatsmanne Unrecht getan wird, wie persönlicher Haß und unkritischer Sinn dazu führen, daß Verdiensten die Anerkennung versagt wird, die ungeachtet mancher Fehler unleugbar zutage liegen. Speziell Fürst Bülow hat darum eine zumeist nicht hinreichende Würdigung erfahren, weil man es nicht vergessen kann, daß wir einst von einem Größeren regiert wurden.

Und gerade seine heftigsten Gegner gehören jener Gruppe an, die mit Bismarck desto intimer wird, je länger er tot ist, während sie außerdem vergißt, daß niemand den Namen seines Gottes unnützlich führen soll.

Die weitaus prägnanteste Figur dieses Kreises ist Maximilian Harden, eine Erscheinung durchaus sui generis. Ein Mann von scharfer Intelligenz, glänzender Feder und beißendem Witz; kurz, von allen den äußeren journalistischen Vorzügen, wie sie in einer Zeit niedergehender Ästhetik Anklang finden. Seine Begabung liegt aber allein im Kritischen, im Negativen, und soweit er ihre Anwendung auf das Gebiet der Kunst und des Theaters, von dem noch mehr in ihm lebt, als er selbst glauben mag, beschränkte, hat er Achtbares geschrieben. Dann aber kam die große Stunde seines Lebens, die in ihm ein heißes Sehnen hervorrief, den ihm anhaftenden Ghettogeruch durch parfümierte Koketterie, seine unkritische Art durch krampfhafte Assimilierung an den im Deutschen lebenden Sinn für das Positive, seine spielerische Pointe durch einen mühsam angekünstelten, sachlichen Ernst zu verdecken. Das Zusammentreffen einer Reihe unglücklicher Zufälle führten ihn kurz nach der Katastrophe von 1890 in die Nähe des Großen, der in ohnmächtigem Grimm die Welt und das Dasein verwünschte und, ab-

geschnitten von der Arbeit und ebenbürtigem Verkehr, bei der Zulassung von Besuchern nicht sonderlich wählerisch mehr sein konnte, sobald es ihn nach einer Aussprache verlangte. Und alsbald war Hardens Entschluß gefaßt. An diesem Ruhme ließ sich leicht ein bescheidenes Sonderrühmchen ergattern, immerhin ausreichend, mit ernsthafter Miene einige Schritte auf dem Feld der Politik zu wagen. Der ihm in Friedrichsruh und Varzin gestattete Verkehr gab Harden den Kothurn; auf ihn konnte er, mit dem flinken Geschäftssinn der Ahnen ausgestattet, buchstäblich und bildlich seine „Zukunft“ aufbauen. Daß er darob Verehrung für den deutschen Riesen empfand, mag ihm gern geglaubt werden. Aber diese seine Bismarckverehrung ist von anderer Art, als man sie sonst kennt; sie war und ist nicht Ehrfurcht, sondern Berechnung, ein Kalkül, der im Grunde weniger den Nutzen des Helden, als den eigenen materiellen Vorteil im Auge hat. Wer sonst von den anerkannteren Bismarckverehrern hat mit seinen Beziehungen zum Friedrichsruher Herrenhause so planmäßige, unvornehme Reklame getrieben?

Und Bismarck sollte das Schreiberlein nicht durchschaut haben? Harden mag noch so viel Zeugnisse für die außerordentliche Beliebtheit, für die familiäre Vertraulichkeit beibringen, deren er sich bei Fürst und Fürstin scheinbar erfreute —, wen will er dadurch von der Überzeugung abbringen, daß die Gemiedenen nur faut de mieux dieses Umgangs sich freuten; auch deshalb, weil die gezückte Feder sich in Abwehr und Angriff brauchbar erwies und weil der galligen Stimmung des Schloßherrn die fressende Säure Hardenschen Witzes die rechte Kost war? Die berühmte, uns so oft servierte Geschichte mit der Flasche Johannisberger Kabinett (dem ersten vom Kaiser gesandten Versöhnungszeichen), die der Kanzler aus-

gerechnet mit Harden austrank —, sie soll den Beweis nicht mehr zu übertreffender Intimität zwischen den Zechern liefern, während sie psychologisch doch nur so zu verstehen ist, daß der satanische Humor dieser Szene dem Groll des Unversöhnlichen seelische Befriedigung bot. Bismarck selbst hat dem ihm gewissermaßen auf den Leib gegründeten Unternehmen der „Zukunft" den Stempel der Gesinnungslosigkeit auf den Weg gegeben, indem er den Titel „Omnibus" vorschlug. Trotzdem lebt Harden noch heute von der sorgfältig gewahrten Fiktion, als habe der geniale Mann ihn als Kongenialen ins Haus geladen und Zwiesprache mit ihm als Geistesverwandten gepflogen.

Von der Fiktion auch ist seine weitere Schriftstellerexistenz getragen gewesen; von der Fiktion nämlich, als mache die kritische Lauge den Politiker, Personenklatsch und Intrige die Politik aus. Zuerst freilich ließ es sich gut an; es war die Zeit des Caprivismus, da in der Tat das Negative zum Wesen der deutschen Staatskunst wurde. Hier blühte der Weizen der „Zukunft", weil jeder Brosamen von Bismarcks Tische hinreichte, ein paar Wochen hindurch den Dilettantismus der Epigonen mit treffendem Spott zu begießen. Er blühte so lange, als der Wirrwarr andauerte, bis ihm mit dem Heimgang des Recken der fruchtbare Boden entzogen wird. Es gelang Harden auch dann noch eine Zeitlang, mit der blitzenden Phrase, mit aufgeputzten Originalitätstricks über den Scheinwert seiner Publizistik zu täuschen. Aber er war fertig, als mit dem Fürsten Bülow das positive, aufbauende, sammelnde Element wieder in unsere Politik einzog; als es nicht mehr genügte, die Absurditäten einer Ära der politischen Grundsatzlosigkeit mit bissigem Hohn zu begleiten; als es für den, der Bismarck im Munde führte, vielmehr darauf ankam,

in eine ernsthafte, sachliche Würdigung der endlich wieder aufwärtssteigenden Entwickelung einzutreten. Man kann direkt sagen, der fast althebräische Haß, den Harden dem jetzigen Reichskanzler entgegenbringt, ist darauf zurückzuführen, daß die Art des Fürsten Bülow, bei der die Nurkritik unzulänglich wurde, dem Blender die Maske vom Antlitz riß und seine auffrisierte Impotenz in den Sand streckte.

Diese Periode der nationalen Bejahung ist die Zeit seines publizistischen Niederganges, die Zeit der possierlichsten Bocksprünge, mit denen er sein angemaßtes politisches Renommé, coûte que coûte zu retten suchte. Und es ist interessant, das im einzelnen zu verfolgen, weil „unser Freund Max", wie ihn Bismarcks Söhne vorgeblich Schweninger gegenüber genannt haben sollen, als Politiker den hervorstechendsten Typ jener unkritischen Journalistik bildet, welche dem vierten Kanzler die Arbeit so wesentlich erschwert.

Da Harden, der sich gleichzeitig Bismarck und der Sozialdemokratie anbot, nicht nur eine ehrliche, politische Ueberzeugung, sondern auch das volkswirtschaftliche Urteil abgeht, so konnte er z. B. im März 1901 prophezeien: „Die Zeit der für Deutschland günstigen Wirtschaftskonjunktur ist einstweilen vorbei. Wir müssen mit beträchtlich wachsender Arbeitslosigkeit rechnen. Das Massenelend wird von den geschickten Demagogen des Freihandels ins Schuldbuch ‚Brotwucher' geschrieben werden, und es ist mindestens fraglich, ob die katholischen Gewerkschaften das Zentrum nicht hindern können, einer ausreichenden Erhöhung der Lebensmittelzölle zuzustimmen. Solche Erhöhung in einer Epoche wirtschaftlicher Depression ohne Gefahr durchzuführen, das vermag nur ein Mutiger, nicht nach Popularität langender, durch unbestreitbare Erfolge in seinem Ansehen gestärkter Staatsmann."

Bekanntlich ist aber die günstige Wirtschaftskonjunktur mit dem Jahre 1902 nicht vorbei gewesen. Vielmehr hat sie bis fast zum Ende des Jahres 1907 angehalten. Bekanntlich ist es auch dem Fürsten Bülow gelungen, eine ausreichende Erhöhung der Lebensmittelzölle, wenn auch unter schweren Kämpfen, durchzusetzen. Aber gerade diesem Kanzler bestreitet ja Harden, daß er den Mut habe, daß er nicht nach Popularität verlange, daß sein Ansehen als Staatsmann gestärkt sei, und daß er Erfolge überhaupt aufzuweisen habe.

Als in eben jenem Jahre der Kaiser die berühmte Depesche von Swinemünde an den bayerischen Prinzregenten sandte, da berührte dieser Vorgang zwar befremdlich; aber so überraschend es war, daß hier vom König von Preußen in die gesetzgeberischen Vorgänge eines anderen deutschen Einzelstaats scheinbar eingegriffen wurde, daß aus der Tasche der Hohenzollern angeboten wurde, was nach Lage der Dinge nur aus der Tasche der Wittelsbacher gegeben werden durfte — man sagte sich doch, die Motive des Kaisers entsprangen persönlich-ritterlichem Empfinden, und seine Erregung über das herrschsüchtige Betragen des Zentrums wurde, rein menschlich genommen, allgemein geteilt. Nur Harden verteidigte diese Politik der Ultramontanen, zu denen ihn, den angeblichen Träger Bismarckscher Überlieferungen, überhaupt eine uneingestandene Liebe hinzieht; eine Liebe, der er mit um so größerem Vergnügen nachgibt, als er sich dabei in pikantester Pose dos-à-dos mit allen denjenigen weiß, die auch glauben, von dem Wesen der Bismarckschen Politik etwas zu verstehen. Er schrieb damals dem Zentrum folgenden Lobspruch: „An diesem Verfahren ist nichts zu tadeln. Wer in den nach hartem Kampf erstrittenen konstitutionellen Einrichtungen nicht nur ein wesenloses Argument sieht, der muß, mag er Atheist,

Protestant, Jude oder Buddhist sein, sich der Tatsache freuen, daß eine Partei, statt mit ohnmächtigen Keifreden die Partei zu erschüttern, für sich ohne Zagen die Machtmittel anwendet, deren Gebrauch ihr in der Verfassung verbürgt ist."

Dann kam der Winter 1906/07, welcher dem In- und Ausland zeigte, daß wir im Fürsten Bülow doch mehr hatten, als einen Staatsmann, der bloß in gleichgültiger Kompromißpolitik fortwurstelte, die Dinge ließ, wie sie eben gingen, und froh war, wenn die Wirrnis nicht bis zu derjenigen Höhe stieg, die seinen Stuhl ins Wackeln bringen konnte. Harden war in einer verzweifelten Situation. Mit einem bis ins Komische gehenden Haß hatte er den Kanzler schon längst verfolgt und ihm nicht hundert-, sondern tausendmal „nachgewiesen", daß er das deutsche Volk ins Verderben führe, die Geschäfte in geradezu sinnloser Weise leite und vor allem den politischen Grundsätzen des Fürsten Bismarck, trotzdem er ihn immer als seinen großen Lehrmeister pries, unausgesetzt ins Gesicht schlage. Nun stand er vor der ihn grausam überraschenden Erscheinung, daß Fürst Bülow, so wenig er an den Fürsten Bismarck heranreicht, doch urplötzlich einen Hauch von Bismarckscher Staatskunst zeigte, daß er die Imponderabilien in der deutschen Volksseele nach Bismarckscher Art richtig verstanden und gewertet hatte und dann auch mit demjenigen festen Druck zugriff, der gerade die spezifische Art des großen Reichsbegründers ausmachte. Was tun? Mit „Wortschällen" war hier nichts zu machen. Selbst die geistreichelnde Pointe, in deren Formulierung Harden Meister ist, mußte hier versagen. Laßt uns zusehen, in welcher tragikomischen Art er sich aus dem Dilemma herauswand.

Fünf Tage vor der Reichstagsauflösung schrieb er als der Prophet des deutschen Volkes, „Dernburg sei in blindem

Eifer vorwärts gerannt. Nun sei der Moment gekommen, wo er noch mit Anstand aus dem Amt scheiden könne.“ Als Nachfolger für den Posten des Kolonialdirektors empfahl er, wieder im Gegensatz zu allen normalen Gehirnen, den übelberüchtigten Abgeordneten Erzberger, den ehemaligen Volksschullehrer aus Buttenhausen im schönen Schwabenland: „Der Abgeordnete Erzberger, im Ernst, trotz seiner Jugend ein starkes Talent. Ein Mann von Augenmaß und taktischer Geschicklichkeit. Seine Reden waren die besten in diesem nutzlosen, eklen Siebentagewerk. Oder zunächst Prinz Arenberg als Staatssekretär und Erzberger als sein Stabschef. Noch aber atmet Dernburg im Licht und ahnt am Ende gar nicht, daß unter ihm das Thrönchen wankt.“

Weder Dernburg hat das Wanken seines Thrönchens bemerkt, noch sonst jemand. Das „Ahnen“ besorgte Harden in so reichlichem Maße, daß keinem anderen zu ahnen noch etwas übrig blieb.

Und er ahnte unverdrossen weiter. Der Reichstag wurde aufgelöst. Ein Aufatmen ging durch die national gesinnten Schichten des Volkes, die da endlich wenigstens träumen konnten die Befreiung von ultramontanem Druck, päpstlicher Bevormundung und undeutschem Wesen.

Nur Harden stand der Situation verständnislos gegenüber: „Recht töricht erscheint der Versuch, die verbündeten Regierungen in einen Feldzug gegen das Zentrum zu hetzen. Nur Narren oder skrupellose Abenteurer fangen einen Krieg an, aus dem der Sieger lohnende Beute nicht heimbringen kann ...“ „Offener Kampf gegen das Zentrum, weil es das von Oskar und Erni Gewährte nun weiter heischt? Gegen den stärksten Bundesgenossen? Wer glaubt solchen Unsinn?“ ... „Geht's im Text so weiter, dann ist für die Wahlen nicht viel Gutes

zu hoffen. Wenn man sie überhaupt noch erlebt. In der Familie des „weltfremden Aktenmenschen“ spricht man schon ernsthaft von der Nachfolge. Den Umzug ins Kanzlerhaus . . .“ „Die Erinnerung an die Sünden der Regierenden ist eingesargt. Sie irrten, verfehlten den Weg, versäumten jede Gelegenheit; vergessen. Hört ihr die Hörner? Die Parole heißt: Wider das Zentrum! Das ehedem noch die festeste Stütze der Regierung war. Nun tritt sie vor das Volk hin und spricht: Wer sich dieser Partei verbündet, ihren Männern seine Stimme gibt, schaufelt der Macht und Herrlichkeit unseres Reiches das Grab. Weicht, Deutsche, schleunig von hier, wie von einer angesteckten Leiche. Seht uns an: Wir, die hier vor euch stehen, haben für die schwarze Schar getan, was wir irgend vermochten. Die Ruhstatt ihrer toten Führer bekränzt. Der Lebenden Würde erhöht. Und unser Lohn: Schande. Geschändet sind wir. Sagens heraus. Haben jahrelang unerlaubten Verkehr geduldet. Weil wir sehen wollten, bis in welches Riesenmaß die Frechheit wachsen möge. Wie die züchtige Frau, die den Nachtstreicher ins Schlafzimmer, ins Ehebett nahm, lüstern stöhnend und selig stammelnd sich zweimal schwächen ließ und dem Müden dann Schimpfreden nachrief. Heute bringen wir unseren Schmutz vor deine reinen Augen. Was das Reich braucht, mußten wir in ekler Gemeinschaft mit dieser Partei bereiten. Was sie uns zuraunte, ward uns Gesetz. Im Reich und in den größten Bundesstaaten stand sie uns zur Seite und weigerte sich seltener noch als die kleine Interessengruppe des Grundadels, einen Wunsch zu erfüllen. Wir mußten's leiden. Drei Lustren lang. Kannst du, edles Volk der Denker, all unser Elend ermessen?“

Bald zwar sollte sich dieser mit ekler Phantasie gepaarte Spott gegen den Spötter selbst richten. Vorher aber tanzte

Harden den Eiertanz mit Grazie weiter: „Fürst Bülow als Führer im deutschen Krieg wider das Zentrum. Bülow africanus als Verkünder des Feldgeschreis. Ein Anblick für lachlustige Götter."

Man sollte glauben, daß ein Schriftsteller, der so vom hohen Kothurn herab den Lauf der Zeiten kündet und politischen Persönlichkeiten sein Anathema ins Gesicht schleudert, wenigstens einige Klarheit besitzt in seiner Grundauffassung der wichtigsten politischen Faktoren. Während er aber einesteils wörtlich versichert, daß „das Zentrum durch Konvenienz verpflichtet sei, auf den Rat der Kardinäle und Bischöfe zu hören", schreibt er in derselben Nummer zwei Seiten später, daß er „niemals geglaubt habe, der Papst herrsche in Deutschland. Das Zentrum sei längst eine Volkspartei und hole sich das Losungswort nicht über die Alpen!"

Mit immer steigender Wut, so als ob ihm etwas wie eine Vorahnung des kommenden kolossalen Hereinfalles aufsteigt, schreibt er dann weiter: „Dieses ganze Wintermächen dünkt mich zum Heulen komisch. Die Auflösung politischer Vernunft. Nun ist es heraus. Nie zog mich Neigung zum Zentrum. Oft habe ich die Schmälerung seiner Macht gewünscht. Der Wahlkampf wird den Zweiflern zeigen, was die Kirchenfürsten heute noch vermögen. Warten wir es ab und vertagen bis dahin persönliche Wünsche. Hier geht es ums Reich. Fast ohne Ausnahme halten alle ernsthaften Politiker die Auflösung für die Tat blinder, von Privatwünschen geblendeter Hast. Auch unter den Regierenden die Ernsthaftesten. Die Parteien, die gegen den Zentrumsturm anrennen wollen, sind zum Kampf nicht vorbereitet. Ihre Kriegskasse ist leer. Die Zeit: Weihnachten im Kalender. Und in den Zeitungen — Fleischteuerung und Kolonialskandale. In kühnsten Träumen konnte die Sozialdemokratie sich's nicht besser ersehnen."

Es sieht so aus, als ob die Blamage höher nicht steigen könnte. Denn Herr Harden, der doch wenigstens von sich selbst überzeugt ist, daß er politisches Urteil habe, behauptet hier, die Parteien seien nicht vorbereitet, ihre Kassen leer. Man weiß, wie sich das bestätigt hat. Er spricht von Fleischteuerung und Kolonialskandalen. Man weiß, wie das Kommende seine hysterischen Visionen widerlegte. Denn die Sozialdemokratie selbst mußte später zugeben, daß gerade die verlogene Parole vom Fleischwucher am meisten die furchtbare Niederlage verschuldete. Und speziell der Kolonialskandal (indessen nicht der „Skandal" in der Regierung, sondern das skandalöse Verhalten des Zentrums) zeitigte im Wahlkampf jenen Furor, der zu dem schönen Sieg führte. „Zum Heulen komisch" aber ist es, wenn Harden hier im Namen „aller ernsthaften Politiker" behauptet, daß auch „unter den Regierenden die Ernsthaftesten die Auflösung für die Tat blinder, von Privatwünschen geblendeter Hast" gehalten haben. Freilich konnte der lichtvolle Historiograph noch nicht wissen, daß der Bundesratsbeschluß über die Auflösung des Reichstages von sämtlichen deutschen Fürsten und freien Städten einstimmig gefaßt wurde; daß sich also bei allen diesen Regierungen, die Preußen doch nicht gleichmäßig unbefangen und willfährig gegenüberstehen, kein einziger Kenner der Verhältnisse fand, welcher ein so albernes Urteil über den Vorgang vom 13. Dezember 1906 sich zu eigen machte.

Aber Harden ist seiner Sache immer noch sicher und er rennt weiter wie der Stier gegen das rote Tuch. Er erzählt unentwegt von den „persönlichen Wünschen dieses Kanzlers, dessen Prestigia nicht mehr wirken", und erklärt: „Nur Narren und Schelme können bestreiten, daß die Wahlparole der Regierung ihre Zugkraft verloren hat. Wie unge-

schickt der Vorwand gewählt war, ist nun erwiesen. Auch ein schlauer gewählter durfte uns aber nicht blenden. Durfte die Parteiführer nicht zu dem erbärmlichen Wagnis stimmen, in ihrem Wahlaufruf alles zu verschweigen, was ihnen vor vier Wochen noch wertvoll erschien, und das Volk, um dessen Mandate sie werben, mit Phrasen zu ködern. Diese Wahlaufrufe sind ruchlos: weil sie unvernünftig sind. Reißt diese Manifeste feiler Ohnmacht in Fetzen. Zerbrecht die Leimruten, die man euch gelegt hat. Fragt den Kandidaten, der eure Stimme fordert, zunächst, wie er über das Handeln und Unterlassen der verbündeten Regierungen denkt" . . . „Ein Kanzler, der mit seinen Künsten fertig ist und über den in camera caritatis nur noch als über einen nach allzu langem Säumen abgetanen Mann geredet wird, will über sein Regierungssystem kein Urteil hören. Kein Urteil der Nation, die er nicht wie einen ob solcher Höhe zitterigen Journalisten mit Schmeichelreden umgarnen kann."

Hat er so der einen der beiden oppositionellen und im Grunde ihres Wesens undeutschen Parteien, dem Zentrum, wiederholt Wohlwollen und Zustimmung bezeigt, so kann er auf der anderen Seite es nicht unterlassen, auch der Sozialdemokratie einiges Zustimmende zu sagen: „Der Kampf um die deutsche Kultur ist gegen die Regierenden zu führen. Nicht gegen eine Partei. Auch nicht gegen die Sozialdemokratie." „Jetzt ist die Sozialdemokratie die einzige akatholische Partei, die der Regierung stramm opponiert. Jetzt kann sie mit der Hilfe des Zentrums neue Mandate erwerben, die ihr den Verlust alter ersetzen. Alle Waffen, mit denen man sie zu bekämpfen versucht hat, sind stumpf und schartig geworden. Da sie entschlossen ist, jede verantwortliche Mitarbeit an der Regierung abzulehnen, kann sie sich straflos den Luxus aus-

bündigster Torheit gestatten. Zetere nicht so laut gegen sie. Vergesse nicht, daß sie mit all ihren Mängeln . . . die Vertretung des Industrievolkes ist und als Großmacht respektiert werden muß." Und weiter: „Doch gegen die sozialdemokratische Partei ist, wie gegen das Zentrum, nicht Beträchtliches auszurichten, solange kein schöpferischer Gedanke die Massen ins Lager der Herrschenden lockt." Während er dann mit immer erneuter Heftigkeit einen Feldzug gegen die Sozialdemokratie als unzeitgemäß bezeichnet, gibt er doch gütigerweise einige Rezepte an, wie nach seiner Auffassung der Not dieser Zeit durch andere Mittel abzuhelfen ist, als gerade durch den Kampf wider Ballonmützen und Kutten. Er spendet Caprivi das Lob, daß er „ernsthaft, steif und fleißig" gewesen sei, und meint, in Deutschland müsse ein parlamentarisches Regiment eingeführt werden. Er verspricht sich davon, daß Minister und Staatssekretäre frei dem Drang innerster Überzeugung folgen könnten. Denn ihr Lebensschicksal hinge nicht mehr am Wink eines einzelnen und sie schritten vom Bundesratspodium in den Abgeordnetenraum, nicht in die Verbannung. Hier scheint ihm offenbar schon ganz gleichgültig, was er sagt, wenn dabei nur der Gegensatz zu der communis opinio herauskommt. Das recht anders lautende Urteil über Caprivi steht fest. Und ebenso steht fest, daß Minister und Staatssekretäre am wenigsten gerade in einem parlamentarisch regierten Staat frei dem Drang ihrer innersten Überzeugung folgen können. Ihr Lebensschicksal hängt zwar nicht mehr an dem Wink eines einzigen; das ist richtig. Dafür schwebt es aber bei jeder Abstimmung in schwerster Gefahr und das Stirnrunzeln hunderter von Députés entscheidet über ihr Portefeuille. Außerdem ist es nicht einmal zutreffend, daß unsere abtretenden Staatsmänner in die „Verbannung" gehen; denn mehr wie einer ist, sobald

er wollte, in den Abgeordnetenraum geschritten und hat dort recht Ersprießliches leisten können, ohne daß deshalb die Einführung des für Deutschland gänzlich widersinnigen, parlamentarischen Regiments notwendig wäre.

Nun kam der 25. Januar mit seinem gewaltigen Schlage. Die Sozialdemokratie erlebte in der Hauptschlacht eine so eklatante Niederlage, wie sie ihr bisher weder in Deutschland noch in irgend einem Lande, wo sie eine Rolle spielt, beschieden war. Harden mag zunächst in seinem Kämmerlein blutige Tränen geschwitzt haben. Aber er wußte sich zu helfen. Er war auf wüsten Prophezeihungen ertappt, von denen jede einzelne sich genau umgekehrt erfüllt hatte. Nach dem Rezept: „Ich leihe Farbe dem Chamäleon, verwandle mehr als Proteus mich!“ bekommt er jetzt plötzlich eine neue Überzeugung in der Hoffnung, man werde nicht mehr wissen, was er vor der Wahl geschrieben hat. Hatte er dort versichert, der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei unzeitgemäß, gegen die sozialdemokratische Partei sei nicht Beträchtliches auszurichten, „solange kein schöpferischer Gedanke die Massen ins Lager der Herrschenden locke“, so beging er nach der Hauptwahl die Schamlosigkeit, glattweg zu schreiben: „Wer die Dinge nicht aus allzu weiter Entfernung sah, nicht durch seine Ressentiments geblendet war, mußte die Niederlage erwarten.“ Und sogleich begründet er auch, warum man diese Niederlage „erwarten“ mußte: „Dazu das klägliche Bild der Parteitage seit der Dresdener Trianonkomödie, die Enthüllung des Hasses, den ein Rottenführer gegen den anderen fühlt, und eines Tyrannengelüstes, das den wirtschaftlich Schwachen, wenn er sich nicht duckt, unbarmherzig als einen Frohnvogt des Kapitalismus mißhandelt.“

Nun also zwischen Haupt- und Stichwahl, bestand die

politische Weisheit Hardens in dem an den Kanzler gerichteten Rat, sich mit dem Zentrum zu verständigen! Ausgerechnet mit dem Zentrum, dessen Ausschaltung durch den Ausfall der Hauptwahlen in nahe und sichere Aussicht gerückt war. „Er hat nicht gesiegt!“ ruft Herr Harden noch einmal mit dem Eigensein eines geprügelten Knaben, um dann, nachdem der 5. Februar seiner großen politischen Kunst ein vernichtendes Débâcle bereitet hatte, sich für eine ganze Weile ins Mauseloch zu verkriechen; nicht aber, ohne sich zuvor von dem Kanzler, der ihm so schlimme Enttäuschungen bereitet, mit folgendem Wutschrei zu verabschieden: „Wie lange der Kanzler bleibt, wann er geht, kümmert mich nicht, da ich nicht weiß, wer sein Nachfolger wird, darf ich ihn nicht einmal wegwünschen. Auf einen Streit über seine Qualitäten werde ich mich erst wieder einlassen, wenn mir ein Vorteil gezeigt wird, auch nur der kleinste, den das internationale Rechtsgeschäft ihm zu danken hat. Bis dahin bleibe ich, trotz Zuspruchs und Zwinkens seiner ‚verehrten Freunde‘ der Überzeugung, daß dieser, mehr als je ein anderer deutsche Minister, verzärtelte Mann die auswärtigen Angelegenheiten des Reiches schlechter geführt hat als Haugwitz, Manteuffel, Schleinitz die Preußens. Werde dabei bleiben, auch wenn er diese Konferenz im Haag in besserer Haltung übersteht als die erstere.“

Hier kommt der nackte, persönliche Haß zum unverhüllten Ausdruck; dieser Haß, der, wie gesagt, im tiefsten Grunde darin wurzelt, daß die reine Negative, die Hardens Wesen ausmacht, an der positiven Art des Fürsten und seinen positiven Erfolgen endgültigen Schiffbruch erlitt. Das wird von keinem Gebildeten bestritten werden: ein Kritiker, der vorneweg strikt erklärt, daß sein Urteil ein für allemal feststeht und auch durch zukünftige, ihm nach Art und Wert noch gar nicht bekannte

Leistungen des Kritisierten keineswegs mehr beeinflußt werden wird, der hat es verwirkt, ernst genommen zu werden. Tatsächlich hat ja die zweite Konferenz im Haag mit einem glänzenden, allgemein anerkannten Erfolge Deutschlands, mit einer ausgezeichnet geglückten Abwehr der diplomatischen Ränke Englands geendet. Es sieht aus diesem Wort Hardens so etwas wie Furcht hervor, die Gewandtheit des Fürsten Bülow, auch in der auswärtigen Politik, könne allgemein oder in einzelnen Fällen eine so unleugbare werden, daß die Boxerstellung der Kritik lächerlich werde. Darum baut er vor.

Das ist Größenwahn oder Hysterie. Ein weltweises Wort heißt, daß der Mensch nie aufhöre zu lernen. Freilich setzt die Anerkenntnis dieser Wahrheit echte Demut, persönliche Bescheidenheit voraus. Davon ist in der Atmosphäre, in der Harden lebt, nichts zu spüren. Und am richtigsten vielleicht ist das Wesen dieser glänzend begabten, nach allen Richtungen aber „normwidrig empfindenden“ Persönlichkeit erfaßt worden von einem nationalliberalen Blatte, das über ihn schrieb: „Harden ist — so ungefähr hat ihn vor Jahren schon sein ehemaliger Hausfreund Wolfgang Heine zutreffend charakterisiert — ein Mann mit der Psyche eines hysterischen Weibes. Nur aus dieser Besonderheit heraus ist die Art zu begreifen, wie er die Leute angreift. Mit Keulen dreinzuschlagen, entspricht der weiblichen Anlage Hardens ganz und gar nicht. Er sticht mit Nadeln, lauert seinem Opfer — um im Bilde zu bleiben — allenfalls auf mit dem Stilet im Gewande, führt einen Stoß, der gar nicht lebensgefährlich gemeint ist, um sogleich wieder in seine Deckung zurückzuspringen. Nur wenn der unversehens Angefallene so rücksichtslos ist, sich zur Wehr zu setzen, nur dann kann Harden gefährlich werden, wie eben nur ein in seiner Eitelkeit verletztes, bösartig gereiztes Weib ge-

fährlich wird. Dann ist er wie weiland Frau Fulvia imstande, die Zunge des toten Gegners noch mit Nadeln zu durchstecken."

Das bezieht sich vornehmlich auf dasjenige Unternehmen, auf das Harden verfiel, als ihm der unaufhaltsame Niedergang seines Ansehens als politischer Schriftsteller es geraten erscheinen ließ, durch ein Manöver besonderer Art auf die „Zukunft" von neuem das allgemeine Interesse zu lenken: Die Kampagne gegen die Liebenberger „Kamarilla" (die nie nachgewiesen ist, deren Etablierung aber sicher versucht wurde, wie sie immer versucht wird, wo ein Mächtiger zwanglosem Verkehr huldigt), — diese Kampagne, die zuletzt zum Feldzug gegen die Homosexualität wurde und dann den Feldherrn selbst moralisch vernichtete. Rein objektiv, aber sicher ihm selbst überraschend, hat sich Harden hier ein positives Verdienst erworben, indem die weitgreifende Infektion auch höchststehender Kreise mit dem päderastischen Laster dargetan wurde. Aber eben nur rein objektiv! Subjektiv kann seine Absicht nicht in dieser Richtung gelegen haben. Und zwar aus zwei Gründen:

Als die Sozialdemokratie Alfred Krupp perverser Betätigung zieh und ihn durch die hiermit verursachten Seelenqualen in den Tod trieb, lag das Niederträchtigste dieses Vorgehens darin, daß sie selbst systematisch dem § 175 die Berechtigung abgestritten, ihn dennoch aber dazu benützt hatte, den humansten Arbeitgeber Deutschlands, und darum ihren politischen Feind, moralisch zu vernichten. Bei Harden lag die Sache nicht anders. Auch ihm fehlte die moralische Aktivlegitimation, mit der Waffe des § 175 einem Gegner zu Leibe zu gehen, weil er selbst diesen Paragraphen wiederholt und nachdrücklichst aufgehoben zu sehen gewünscht hat, weil er selbst die Homosexuellen keineswegs für geborene politische Schädlinge ansieht, indem er doch sogar Friedrich den Großen mit

täppischer Vertraulichkeit in ihre Gemeinschaft weist. Und doch hat er, als er gegen die Eulenburgsche Tafelrunde die spitzige Feder ansetzte, das Mäntelchen sittlicher Empörung theatralisch um die Schultern gefaltet, die Parole ausgegeben, das „normwidrige Empfinden" dürfe sich nicht in nächster Nähe der Majestät breit machen, dem Herrscher nicht den freien Blick für Menschen und Dinge benehmen. So recht er damit an sich hatte, er hatte kein Recht dazu.

Zweitens aber mußte, wenn die zweifellos wünschenswerte Diskreditierung der Tischrunde von Liebenberg gelang, die erste Wirkung immer die sein, daß das Haupt dieses Kreises, Fürst Eulenburg, den politischen Tod erlitt. Aber auch diese Wirkung kann nicht das maßgebende Grundmotiv für Hardens Vorgehen gewesen sein. Denn eben mit der Vernichtung des „Troubadours" befreite er den Fürsten Bülow von dem bedeutsamsten Widersacher, von jenem Mann, der mit seinem unberechenbaren Einfluß auf den Kaiser vier Kanzlern das Leben sauer gemacht, der Caprivi zur Strecke gebracht hatte und auch der jetzigen verantwortlichen Reichsleitung wie ein Bleigewicht anhing; befreite er den Fürsten Bülow, den er mit einem alles normale oder begreifliche Maß übersteigenden Haß beehrt.

Wir müssen also dabei bleiben, daß das treibende Motiv bei Harden, wenn er den ungeheuren Stank erregte, persönlich-geschäftlicher Natur war. Vielleicht hat auch — halb unbewußt — das mitgespielt, was Adolph Stein angedeutet hat, daß nämlich in der Ghettoecke des deutschen Literatentums die Sorge wach geworden war, der Kaiser könne durch den Liebenberger Kreis allzu arisch beeinflußt werden. Zwar hatte der Monarch einer Reihe jüdischer Bankiers und Kapitalisten seine Gunst unzweideutig bekundet, hatte die Ballin, Rathenau usw. vorurteilslos ausgezeichnet; aber es fiel doch auf, daß, wenn

einzelne „Auserwählte" den heißersehnten Adel erhielten, der allerhöchste Sonnenstrahl immer nur solche Herren traf, die unverheiratet waren oder nach ihren Jahren einen Nachwuchs nicht mehr zu erwarten hatten, so daß die Peinlichkeit einer weiteren Verpflanzung dieser neuen Nobilität nicht zu besorgen war. Schon das rechtfertigte ein weites Maß von Mißtrauen. Dann aber kam hinzu, daß eben jener „Phili" Eulenburg hinreichend verdächtig war, den Träger der Krone antisemitisch zu beeinflussen. Denn Fürst Eulenburg soll in seiner Glanzzeit eine Art Förderer des großen Grafen Gobineau gewesen sein, dieses edlen und reinen Rassepropheten, dessen Erscheinung unter dem Liebenberger Einfluß das steigende Interesse des Kaisers erregte.

Aber selbst wenn Harden sachlich-positive Endziele im Auge hatte, er ist so unvornehm vorgegangen, wie man es bei einem namhafteren Schriftsteller auf deutschem Boden noch nie erlebte. Er hat die Pose des reinen Patrioten vor dem Spiegel einstudiert; hat ore rotundo beteuert, daß er „dem Lande, das er liebe, nützen wolle". Das ist mit Recht als Mätzchen des in die Enge Getriebenen bezeichnet worden. Hätte er wirklich der Majestät, wie er tönend sagt (dieser Majestät, die er fortgesetzt beleidigte, wegen deren Beschimpfung er zweimal längere Freiheitsstrafen erlitt), nützen wollen, so wäre für den patriotischen Gentleman jeder andere Weg betretbar gewesen, nur nicht der von ihm gewählte. Hatte er beweiskräftiges Material in den Händen, so war es ein leichtes, die perversen Schädlinge durch dringliche Anrufung der militärischen Ehrengerichte oder auf andere selbstlosere Art in aller Stille abzutun. Und sofern er überzeugende Schuldbeweise nicht besaß, war es seine absolute Pflicht, mit dem infamierendsten aller Vorwürfe, dem des Verbrechens gegen § 175, zu warten, bis er ihn ausreichend stützen konnte. Statt dessen hat er so

ziemlich wahllos ganze Gruppen mit einer Frivolität verdächtigt, die beispiellos dasteht. Und besaß dann nicht den Mut des Eingeständnisses der eigenen Schuld. Er hat, wenn er den Ausdruck des „normwidrigen Empfindens“ wählte, die Zweideutigkeit des Wortes gewollt. Bei einem Stilisten von seiner Gewandtheit ist ein anderes ausgeschlossen. Unter keinen Umständen konnte ihm die weitgehende Auslegbarkeit jener Wendung, sollte sie ihm wirklich unversehens in die Feder geflossen sein, verborgen bleiben. Dann aber hätte nicht nur der loyale Literat, sondern auch jeder andere ehrenhaft Empfindende den sittlichen Zwang gefühlt, die Zweideutigkeit auszumerzen, ein Wort von klarer Begrifflichkeit zu wählen, um so selbst den Schein zu vermeiden, als wolle er der erhöhten Pikanterie zuliebe auch nur fahrlässig achtbaren Personen die Ehre abschneiden. Harden hat das nicht gefühlt, denn er wollte das Thema anormaler Sexualität hochgestellter Kreise in den Mittelpunkt der Debatte ziehen, um im Trüben zu fischen. Er ist nicht um moralischer Zwecke willen vorgegangen; denn die Homosexualität bedeutete für ihn doch nicht Unmoral oder politische Schädlichkeit, wenn er selbst den Alten Fritz zu den Päderasten zählt und der Ansicht huldigt, der Ehrbegriff reiche überhaupt nur bis zum Nabel. Er hat das Land, „das er liebt“, vor dem ganzen Erdenrund beschmutzt, um sich ein herostratisches Rühmchen zu retten; dieses Erdenrund, das außer ihm keinen Schriftsteller kennt, der „Politik“ macht, indem er fremdes Sexualleben durchschnüffelt, der nach dem politischen Lorbeer verlangt und seine Feder doch niemals mit sachlich-ehrlichen Motiven, sondern immer nur mit den Schmutzwässern der malkontenten Elemente einer Hofgesellschaft, mit den Einflüsterungen übel beleumdeter, geschiedener Frauen und mit sorgsam gesammeltem Domestikenklatsch tränkt.

---

VII.

# Ausblick.

„. . . doch ihres Bellens lauter Schall
Beweist nur, daß wir reiten!“

(Goethe.)

Die Freude am Reich ist uns zurückgekehrt, der lähmende Druck eines weitverbreiteten Pessimismus, der an sich — ob er berechtigt ist oder nicht — Gift für den Staat und die Volksseele ist, von uns gewichen! Und es spricht vielleicht am besten für den Gesundungsprozeß, in dem wir uns befinden, daß trotz der gewaltigen Wandlung der Dinge die Sanatorienstimmung von früher nicht gleich zur Hurrastimmung umgeschlagen ist! Die Nation ist wieder mehr von ruhigem Vertrauen erfüllt; das Bewußtsein der eigenen Kraft nach innen wie nach außen ist allen ihren Gliedern wieder eigen. Fürst und Volk haben gesehen, wie verkehrt es war, die glänzenden Tage, die herrlichen Zeiten, welche uns nach dem Plane der Vorsehung winken, durch prunkende Rede, durch eine Politik herbeizwingen zu wollen, deren Schwergewicht im Dekorativen lag. Die stille Arbeit der Gesamtheit als die alleinige Voraussetzung nationaler Blüte ist wieder Trumpf und soll es bleiben.

Das liegt daran, daß wir zwei Jahrzehnte brauchten, um zu lernen, wie ohne Bismarck zu leben sei.

Fürst Bülow und seine Zeit werden dem späteren Historiker eines der interessantesten Objekte der politisch-psycho-

logischen Untersuchung sein: wie eine vornehme Nation von einem Helden über Menschenmaß, dem das Vertrauen der Welt gehörte, durch drei Jahrzehnte sorglich geführt und behütet, nach seinem Heimgang in tolle Wirrnis geriet, weil sie so plötzlich die Imperative, mit denen er sie beherrscht, aus sich heraus nicht neu schaffen konnte und die Imperative, die der Imperator ihr darbot, ablehnte, denn er war nur Erbe der Krone, nicht auch ohne weiteres der Autorität. Wie dann das Reich in wildem Zickzack den Stein der Weisen suchte und dabei dem Bürger die Zuversicht, dem Ausland das Vertrauen zerstörte, also diejenigen Imponderabilien verscherzte, auf denen das alte Regiment so sicher geruht hatte. Wie der mißverstandene, vom edelsten Wollen beseelte Kaiser sich in Klagen über sein Volk, und das in seiner Mehrheit von ebenso reinen Absichten erfüllte Volk sich in schweren Vorwürfen gegen den Kaiser erging, so daß die Not zu unheilschwangerer Höhe stieg. Wie aber doch die unverwüstliche Kraft des deutschen Wesens, die immanente Virtus, die kernhafte Mannhaftigkeit des Germanentums all diese Bitternis ohne ideellen oder wesentlichen materiellen Schaden verwand, bis langsam, unter der Wirkung der klugen Staatskunst des vierten Kanzlers, die Erkenntnis durchdrang, daß man aufeinander auf Gedeih und Verderb angewiesen sei und also doch versuchen müsse, der Berechtigung des gegenseitigen Widerstandes bis auf den letzten Grund nachzugehen. Wie sich dann allmählich im Lande das Verständnis dafür einstellte, daß der ungeheure Impetus des Kaisers eigentlich einen Wertfaktor darstellt, der die nationalen Kräfte ständig anzufeuern und so die Gesamtheit zu fördern geeignet sei, während der Herrscher sich nach und nach von der Fiktion seines gottgewollten Ingeniums freimachte und erkannte, daß es ein Kompromiß zu schließen galt, von dem alles ab-

hing: das Kompromiß zwischen Autorität und Freiheit, zwischen der Voluntas regis und der Vox populi, die sich beide Konzessionen zu machen hatten, weil sie beide ins Extrem verfallen waren. Der Königswille hat erst dann den Resonanzboden, der seine Kraft bedeutet, wenn er in Millionen Hirnen Widerhall erweckt; und die misera contribuens plebs muß überzeugt, nicht überredet werden, wenn sie der obersten Gewalt ein brauchbares Instrument darbieten soll. Darin lag das hohe, ethische Moment, die politisch-psychologische Bedeutung der spontanen Zwiesprache zwischen dem Kaiser und der patriotisch erregten Bevölkerung nach der Wahlschlacht, daß hier das Kompromiß besiegelt wurde; daß einer in des anderen Seele las: All' Not hat nun ein Ende; daß der eine Teil die Sehnsucht nach dem anderen aus heißem Herzen bekannte und zugab, wie gefährlich es war, die Kräfte gegeneinander zu verzetteln, anstatt sie vereint gegen den ewigen Feind, gegen Schwarz und Rot, anzusetzen, auf daß er nieder mit allen seinen Fahnen sinke. Das war nun geschehen! Endlich hatte die Krone die Entscheidung in die Hand des Volkes gelegt, und das Volk hatte bekundet, daß es „Ehr' und Gut der Nation ohne kleinlichen Parteigeist treu und fest gehütet wissen will." Auch ohne kleinliche Zwietracht zwischen dem Herrscher und den Nationalgesinnten. Une foi, une loi, un roi!

Der parteipolitische Erfolg des Wahlsieges tritt in der Tat an Schwergewicht fast noch zurück gegen die Tatsache, daß hier die Prinzipien der Autorität und Freiheit, wenn auch spät, wieder in Einklang kamen. Jedes Volk hat andere Begriffe von Autorität und Freiheit. Immer aber stehen die angewandten beiden Prinzipien in einem überlieferten Verhältnis, dessen Störung von tiefgreifenden Folgen begleitet ist. Am klarsten hat sich das Verhältnis in England historisch entwickelt; dort

stützt sich die Autorität der Regierung auf die Freiheit des Parlaments; und nichts hat so sehr die Größe des britischen Weltreichs verursacht, als diese seit Jahrhunderten ungestörte Harmonie. Wo indessen eines der beiden Prinzipien der Überspannung verfällt, wie im zarischen Rußland das der Autorität, an der Seine das der Freiheit; wo ihnen der Boden schwankend wurde, weil sie wohl historisch überliefert, sachlich aber nicht mehr begründet waren, da sie den Staat kaum noch förderten, — da stellen sich jene gefährlichen Zuckungen ein, bis die Bildung eines neuen Parallelogramms der Kräfte gelungen ist, das dem Bedürfnis besser enspricht. Rußland ist auf dem Wege dazu, dem Freiheitsgedanken auf Kosten des Autoritätsprinzips größeren Spielraum zu geben, und die Zersetzungserscheinungen im französischen Heere sind dadurch bewirkt, daß der Armee und dem Lande eine Autorität fehlt.

Bei uns war unter Bismarck das Autoritätsprinzip zu voller und reifster Entfaltung gelangt. Aber der außerordentliche Druck seines Regiments, diese im konstitutionellen Rahmen kaum dagewesene Stärke der Krongewalt wurde im ganzen willig ertragen, weil sie zu nationalen Großtaten führte, welche die Jahrhunderte überdauern, und weil auch das Freiheitsprinzip durch eigene Schuld in Mißkredit geraten war. Es hatte in der Paulskirche nichts als verschwommenen Idealismus geleistet, und als es sich, in einem preußischen Parlament verkörpert, in großer Stunde bewähren sollte, da hatte es sich der nationalen Entwickelung in den Weg gestellt. So mußte notwendig und folgerichtig dem Autoritätsgedanken die größere Gefolgschaft werden als dem Prinzip der Freiheit. Dieses wagte sich erst wieder hervor und heischte Geltung, als Bismarck zurücktrat. Gleichzeitig aber nahm der Kaiser, wie wir wiederholt berührten — in der irrigen Vorstellung, Bismarck sei nur der Aus-

führende, der ehrwürdige Wilhelm I. der Wollende gewesen — für diesen und dann für sich als Erben das ganze Maß von Autorität in Anspruch, das in der großen Zeit angehäuft war. Wir haben gesehen, weshalb dem jungen Herrscher hier nicht gewillfahrt werden konnte, und wir wissen, daß gerade die besten Köpfe sich um das Problem bemühten, wie eine Neuverteilung der imponderabilen Kräfte im nationalen Gesamtwillen herbeizuführen und welches die beste sei. Das nächstliegende war auch hier, da die Krone aus persönlichen und sonstigen Gründen die leitende Autorität nicht mehr oder noch nicht wieder sein konnte, dem Reichstag eine Art Führerrolle einzuräumen, d. h. von dem starren Prinzip der Autorität einiges nachzulassen zugunsten der freiheitlichen Institutionen. Hier aber versagte die Nation, soweit der Reichstag wirklich ihre Willenssumme und das Maß ihrer Energie repräsentiert, vollkommen. Hätte die Krone hier Stab und Stütze gesucht, sie wäre in noch schlimmere Wirrnis geraten. Was immer sie damals irrte und fehlte, die objektiver urteilende Geschichte wird ihr den mildernden Umstand zuerkennen, daß sie angesichts des trostlosen Egoismus der Parteien damals noch besser tat, ihren Weg zunächst allein zu suchen, als hier ein Bündnis einzugehen. Nach dem Scheinkonstitutionalismus unter Bismarck brauchte ein wirklicher Konstitutionalismus einige Zeit zur Entwickelung und Reife.

Auf wen sollte sich der Kaiser im ersten Jahrzehnt seiner Regierung stützen? Wir hatten nicht und werden nie haben, wie in England, zwei alte, mächtige, je nach ihrer Art bewährte Parteien. Wir haben vielmehr die drei großen Strömungen der Monarchisten, Klerikalen und Sozialisten, von denen bis jetzt nur die beiden letzteren in sich leidlich gefestigt waren, nicht aber die ersteren. Diese zeigten Gegensätzlichkeiten

der stärksten Art, und ihre Flügel waren stets mehr geneigt, zum Klerikalismus oder Sozialismus abzuschwenken, als sich einander zu nähern. Und wären sie, die ihrer Wesensart nach allein der monarchischen und nationalen Regierung ein parlamentarisches Fundament zu bieten geeignet waren, selbst einig gewesen, ihre Phalanx wäre dennoch für das Experiment zu klein gewesen. So mußte zur Mehrheitsbildung der Klerikalismus herangezogen werden, aber die so entstandene Majorität konnte dem Aufrechtgesinnten und historisch Denkenden nicht imponieren. Es waren eigentlich immer nur Bündnisse von Fall zu Fall, weil dieser Gemeinschaft die leitende Grundidee, die richtunggebende Magna charta fehlte: Der monarchische Gedanke, nach seinem für Preußen-Deutschland überlieferten Inhalt, kann mit dem klerikalen eine dauernde Verschmelzung nicht eingehen, weil jener als letztes Ziel die tatsächliche Souveränität der Krone, dieser aber nur die Scheinfreiheit des Monarchen und die Beugung von Krone und Staat unter den Willen der Kirche im Auge hat.

Aber es brauchte eben Zeit, bis Klerikalismus und Sozialismus, deren öffentliche Einflußnahme von Bismarck so scharf niedergehalten worden war, ihr wahres Wesen — von dem ungeheuren Druck befreit — so kräftig und hüllenlos urbi et orbi präsentierten, daß die Stunde der Auseinandersetzung erfüllt war; die Stunde, wo der große Schlag gegen sie gewagt werden konnte, mit dem Ziele, sie so zu schwächen, daß die gesamte Monarchistengruppe stark genug würde, der Regierung wirkliche Macht zu geben. Diesen Augenblick richtig zu erfassen, Zeiten und Menschen zu belauschen, die unwägbaren Werte reifen zu lassen, bis Pulver genug gesammelt war, den Turm zu sprengen, — das war eine Aufgabe von historischer Größe. Es war dem Fürsten Bülow gegeben, sie zu lösen.

Und mit dem Augenblick solchen Gelingens erst war der Reichstag als die Verkörperung des Freiheitsprinzips in seiner Mehrheit von derjenigen Beschaffenheit, welche die moralische und historische Voraussetzung für seine stärkere Beteiligung an der Macht ist. Einem nationalen Reichstag wohnt immer die größere Autorität inne, als dem von einer unzuverlässigen Mehrheit beherrschten. Mit ihm, dem die Sorge um die Zukunft der Nation mit ruhigerem Gewissen überlassen werden darf, kann die Krone, als der für Deutschland hergebrachte Sitz der Autorität, ein rückhaltloseres Verhältnis eingehen, ihm ohne Bedenken bei der Gesamtverteilung der höchsten Gewalt einen reichlicheren Anteil einräumen. Es wird dieses Verhältnis aus geschichtlichen wie staatsrechtlichen Notwendigkeiten ja immer den Charakter der societas leonina im Sinne der Monarchie haben müssen, — im ganzen aber ist nun die Autorität liberaler, die Freiheit autorativer geworden; die beiden ewigen Prinzipien reichen sich nach gegenseitigen Zugeständnissen die Hand; die anderweite, unserem Deutschland von heute besser entsprechende Verteilung der politischen Macht ist im Werke.

Damit ist auch erst die Bahn frei für den wahren Konstitutionalismus. Der Kaiser hat sich der neuen Zeit seit mehr als Jahr und Tag angepaßt. Die Parteien sind langsam erst im Begriff, die gleichen Wege einzuschlagen. Sie glauben immer noch, ein gutes Teil der alten Last von Vorurteilen aus Pietät mit bergauf schleppen zu müssen, und machen sich damit die Arbeit sauer.

Die neue Situation und der wahre Konstitutionalismus! Welche Fülle herrlicher Aufgaben erwächst uns, welcher Reichtum aber auch an Pflichten! Und wenn wir ehrlich sein wollen, so müssen wir zugeben, daß dieser neue Konstitutionalismus

doch nicht nur durch gewisse Voraussetzungen auf seiten der Regierenden, sondern auch auf seiten der Parteien bedingt ist. Und diesen scheint die Erfüllung schwerer zu werden als jenen. Thomas Babington, Lord Macaulay of Rothley, der unübertroffene Geschichtsschreiber Englands, sagt in seinen Reden: „Es ist nichts Seltsames, daß die Menschen, wenn man ihnen das Vernünftige verweigert, das Unvernünftige fordern. Wir haben eingesehen, daß die wahre Quelle demagogischer Macht in der Hartnäckigkeit der Herrscher zu suchen ist, und daß eine liberale Regierung ein konservatives Volk macht." Die Hartnäckigkeit des konservativen Regiments ist bei uns gewichen, die liberaler gewordene Krongewalt sieht die Quellen demagogischer Macht spärlicher fließen und die Masse der Beherrschten konservativer werden, wenn man es als eine der wesentlichsten Eigenschaften des Konservatismus ansehen darf, daß er mit einer gewissen Selbstverständlichkeit hergibt, was dem Reiche, der Nation vonnöten. Trotzdem so das Vernünftige nicht mehr verweigert wird, hat man sich doch noch nicht abgewöhnt, das Unvernünftige zu fordern. Unser Liberalismus hält sich zu seinem Schaden weniger an Macaulay als an Henry Thomas Buckle, dessen Bedeutung ebenso unbestritten ist wie seine Einseitigkeit und sein Doktrinarismus. Buckle bezeichnet es in seiner „History of Civilisation in England" als eine große Wahrheit, als die Hauptbedingung der Volkswohlfahrt, daß eine Regierung sehr wenig Macht habe, daß sie diese Macht sehr sparsam anwende und sich auf keine Weise anmaße, sich zum obersten Richter über die Interessen des Volkes zu machen, oder sich berechtigt halte, die Wünsche derer zu vereiteln, zu deren Bestem einzig und allein sie das Amt inne hat, das ihr anvertraut ist." Man soll nicht vergessen, daß dieses britische Diktum über ein halbes Jahrhundert alt ist,

und daß Buckle, wenn sein Horizont über die Kreideküsten seines Landes hinausgereicht hätte, schon damals speziell aus dem Werdegang Preußens hätte erkennen können, daß eine machtlose Regierung ein Volk nicht zur Erstarkung führen, es nicht zur Höhe geleiten kann, wenn sie nicht auch gewisse Wünsche vereitelt oder wenn sie gar darauf verzichtet, sich zum obersten Richter der nationalen Interessen zu machen. Ob wir wollen oder nicht, wir müssen uns an Heinrich von Treitschke halten, den Weitblickenden, welcher den doch wohl allgemeingültigeren Satz prägte, daß allein die Kräfte, die ein Volk zusammenschweißten, die den Staat gründeten, auch zu seiner Erhaltung beitragen können. Das war bei uns die starke Macht der Krone; und sie soll es bleiben, zumal sie, insoweit sie übertrieben stark war, dem Zeitgeist die freiwillige Einräumung machte, die Gleichberechtigung von Liberalismus und Konservatismus anzuerkennen.

Es wird nicht nur das spezifische Wesen dieses neuen, preußisch-deutschen Konstitutionalismus, sondern auch die Natur geschichtlicher Entwickelung verkannt, wenn der nunmehr anerkannte Liberalismus, indem er weit über das Ziel hinausschießt, in jedem Einzelfalle Gott und die Welt anklagt, wo ihm seiner Meinung nach an den Karren gefahren ist. Von dem Husumer Bürgermeister wird man nach Jahr und Tag kaum den Namen noch kennen; und schon, wenn der Lenz aufs neue das meerumschlungene Land mit frischem Grün schmückt, wird diese herzlich unbedeutende Lokalgröße wieder einer wohlverdienten Vergessenheit anheimgefallen sein. Trotzdem ist der „Fall“ typisch und auch er ist eines der Charakteristika der Zeit, in der Fürst Bülow seine Kanzlerschaft führt; und zwar nach doppelter Richtung hin. Er zeigt, wie die kurze Frist noch nicht genügte, dem Freisinn das politische Augenmaß für

die „neue Situation" zu geben; ihn zu lehren, wie man es zum eigenen Vorteil vermeidet, aus der Mücke einen Elefanten zu machen, sich die Entrüstung für große Anlässe zu sparen. Er beweist aber zum anderen auch etwas, das freilich selbstverständlich war. Die Konservativen sind seit Generationen im politischen Alleinbesitz; nicht nur, daß die Generaltendenz der preußischen Regierung sich streng und konsequent an ihre Maximen hielt. Vielmehr besetzten sie, wie die höchsten Staffeln der staatlichen Hierarchie, so auch den kleinsten Verwaltungsposten mit ihren Leuten, so daß der ganze, gewaltige Apparat einheitlich in ihrem Sinne funktionierte. Solche, durch viele Jahrzehnte hindurch ungestörte Präponderanz erzeugt notwendig Traditionen und Überzeugungen, die von heute zu morgen sich nicht wandeln lassen, trotzdem selbst dem Landrat seit Bismarck die Pflicht obliegt, die Politik der Regierung zu stützen. Es brauchte gar nicht jener Allzuvielen, die in Stadt und Land sich bewußt den Absichten der Bülowschen Ära entgegenstemmen und die Alleinberechtigung radikal-konservativer Anschauungen durch Koramierung des Freisinns ihrem Herrschbereich nachdrücklichst vor Augen zu führen bestrebt sind. Es ist ganz natürlich, wenn sich der von oben her eingeleitete Umschwung nur allmählich in all den nachgeordneten Hirnen durchsetzt und sie auch innerlich überzeugt, daß in den altgewohnten, bequemen Geleisen nicht weiter dahingeträumt werden kann. Der Herr Oberbürgermeister der trefflichen Stadt Husum wird also noch in Jahr und Tag Leidensgefährten finden, was man bedauern mag, was auch der Zentralstelle die zweifellos gern erfüllte Pflicht der Remedur auferlegt, woraus man aber nicht jedesmal die Berechtigung herleiten darf, dem „konservativen Regime", der „Junkerherrschaft" den Vorwurf zu machen, sie habe den Blockfrieden nun mutwillig und end-

gültig gebrochen. Ist's denn der Linken nicht ebenso gegangen? War etwa sie imstande, alle ihre Elemente über Nacht mit den gänzlich anders gearteten, von der Parteileitung ausgegebenen Direktiven zu versöhnen? Wer die Macht der Gewohnheit kennt und sich den Respekt vor festeingewurzelten Meinungen nicht abgewöhnt hat, der konnte und kann es gar nicht anders erwarten, als daß sich die konservativen und die liberalen Dinge noch eine ganze Weile hart im Raume stoßen werden, so leicht die Gedanken im Haupte des leitenden Staatsmannes beieinander wohnen. Nicht Kunst und Wissenschaft allein, Geduld muß bei dem Werke sein, bis die Kontrahenten des Blockvertrages sich in die Überzeugung von seiner Ersprießlichkeit wirklich hineingelebt haben werden.

Und wenn wir unsern Ausblick zum Schluß dorthin richten, wo in nächster oder in fernerer Zukunft dem Block die schwersten Belastungsproben drohen, so kann kein Zweifel sein, daß der oberste Leitsatz sein muß: sit modus in rebus! Da wir um die Finanzierung des fast bankrotten Reiches und um die Modernisierung des preußischen Wahlrechtes, diese beiden, an Schwergewicht und Kollisionsgefahr alles überragenden Fragen, einen Bürgerkrieg doch nicht gut entfesseln können, müssen wir uns miteinander einrichten. Kommt die Krone den freisinnigen Desiderien in zügelloser Willfährigkeit entgegen, indem sie Preußen mit dem Reichswahlrecht beglückte, so verleidet sie den Konservativen die Mitarbeit gründlichst, die doch auch noch da sind, denen einiges Verdienst an dem stolzen Aufstieg Preußens und darum das Recht zum Mitsprechen doch nicht gut aberkannt werden kann. Hier vor allem ist das Kompromiß, die mittlere Linie, das gegebene und das sachlich allein berechtigte. Trotzdem bleibt die Linke — nicht gerade ihre besten Köpfe, aber ihre besten Lungen — im Prinzip auf

der Forderung des Reichswahlrechtes bestehen, und einige weniger Nachdenkliche haben es gar fertig bekommen, den großen Schatten Bismarcks, als eines begeisterten Verehrers des gleichen, allgemeinen, direkten Wahlmodus heraufzubeschwören. Wir haben schon früher gesagt, daß das irrtümlich ist. Bismarck hat wohl das preußische Dreiklassenwahlsystem grundsätzlich verworfen, dem Reichswahlrecht aber stand er kühl bis ans Herz gegenüber. Vielleicht ist es, um jener Fabel ein für allemal den Garaus zu machen, nützlich, einiges z. T. weniger Bekannte anzuführen. Bismarck hat das allgemeine Wahlrecht schon bei seiner Einführung mit recht kritischen Augen betrachtet. Bereits am 28. März 1867 erklärte er in einer Rede: „Das allgemeine Wahlrecht hat ja gewiß eine große Anzahl von Mängeln, die machen, daß auch dieses Wahlgesetz die wirklich besonnene und berechtigte Meinung eines Volkes nicht vollständig photographiert und en miniature wiedergibt, und die verbündeten Regierungen hängen an diesem Wahlgesetz nicht in dem Maße, daß sie nicht jedes andere akzeptieren sollten, dessen Vorzüge vor diesem ihnen nachgewiesen werden. Wir haben einfach genommen, was vorlag und wovon wir glaubten, daß es am leichtesten annehmbar sein würde, und weitere Hintergedanken nicht dabei gehabt." Das sieht wirklich nicht sehr nach Begeisterung aus, und Fürst Bismarck hat in späteren Jahren noch mehrfach Gelegenheit genommen, für die Einführung dieses Wahlrechtes nachträglich gewissermaßen mildernde Umstände zu fordern und sie als eine unvermeidliche Notwendigkeit angesichts des Krieges mit Österreich bezeichnet. Er hat sich im September 1894 in den „Hamb. Nachr." direkt dagegen gewandt, aus der Einführung des Reichswahlgesetzes im Jahre 1866 auf die Opportunität seiner Übertragung nach Preußen in dieser viel späteren Zeit zu

schließen: „Wenn man die Opportunität der Einführung des jetzigen Reichswahlrechtes kritisiert, so sollte man sich doch vor allen Dingen die Lage vergegenwärtigen, in der wir uns zu jener Zeit befanden. Die damalige Situation war so, daß wir kein Hilfsmittel, welches die Umstände bieten konnten, von Hause aus abschneiden und vernachlässigen durften. Es wäre leichtfertig gewesen, unsere Aufgabe auch nur theoretisch zu erschweren, weil man nicht wissen konnte, ob theoretische Fragen nicht bei dem unsicheren Verlauf des Krieges von praktischem Gewicht werden konnten. Die Annahme des Frankfurter Wahlgesetzes im Jahre 1866 war aber ein Kampfmittel rebus sic stantibus; der Verzicht auf einen Teil und auf einen so wesentlichen des Frankfurter Programms, welches damals noch die Unterlage für die deutsche Nationalbewegung bildete, konnte als neue Verdächtigung der nationalen Gesinnung Preußens ausgebeutet werden." Ein Notbehelf also, ein Kampfmittel rebus sic stantibus, zu dem nicht gegriffen worden wäre, wenn die Stunde nicht Mittel von revolutionärer Wucht erfordert hätte. Dann endlich jene bekanntere Stelle in den „Gedanken und Erinnerungen", die mit der unverhüllten Aufforderung schließt, das Reichswahlrecht abzuschaffen, wenn je es sich schädlich erweisen solle: „Ich habe nie gezweifelt, daß das deutsche Volk, sobald es einsieht, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon frei zu machen."

Nun ist ja die Abschaffung des Reichswahlrechtes weniger der Gegenstand der Diskussion, weil die Vorteile aus der Beseitigung seiner unleugbaren Mängel nicht die schweren Nachteile aufwiegen würden, welche die Erbitterung des darob entstehenden Kampfes zur Folge hätte. Es handelt sich allein um die Einführung in Preußen, und für diese ist nach alledem, was wir oben

hörten, Bismarck keinesfalls ins Feld zu führen. Welches Wahlsystem dem unvergleichlichen Meister der Staatskunst als Ideal vorgeschwebt haben mag, ist schwer zu entscheiden. Aber wir haben einige Anhaltspunkte dafür, daß er einem Pluralwahlrecht zum mindesten nicht ablehnend gegenübergestanden hätte. Es wurde schon erwähnt, daß er einmal von der chronischen Krankheit sprach, welche die Verstimmung der gebildeten Minderheit hervorruft. Danach hätte er sich der Zuerteilung größeren politischen Einflusses an die Gebildeten bei der Parlamentswahl voraussichtlich nicht widersetzt. Ebensowenig hat er das moralische Recht des Besitzenden auf entschiedenere Einflußnahme in politischen Dingen gegenüber den Besitzlosen verkannt. „Das Gegengewicht (gegen die unentwickelte und stumpfe Einsicht der großen Masse) liegt“ — so heißt es in den Gedanken und Erinnerungen — „in dem Einflusse der Gebildeten, der sich stärker geltend machen würde, wenn die Wahl öffentlich wäre, wie für den preußischen Landtag. Die größere Besonnenheit der intelligenteren Klassen mag immerhin den materiellen Untergrund der Erhaltung des Besitzes haben; der andere des Strebens nach Erwerb ist nicht weniger berechtigt; aber für die Sicherheit und Fortbildung des Staates ist das Übergewicht derer, die den Besitz vertreten, das Nützlichere. Jedes große staatliche Gemeinwesen, in welchem der vorsichtige und hemmende Einfluß der Besitzenden, materiellen oder intelligenten Ursprunges, verloren geht, wird immer in eine der Entwickelung der ersten franösischen Revolution ähnliche, den Staatswagen zerbrechende Geschwindigkeit geraten.“

Somit ist Bismarck im Laufe der Jahre zu dem Standpunkte gelangt, daß die Staatsraison danach verlange, das Schwergewicht bei politischen Entscheidungen in die Hände des geistigen und materiellen Besitzes zu legen. Das aber ist auch

der Kern des künftigen Pluralwahlrechtes, das diesem Postulat nachkommen und gleichzeitig den allgemeinen, geheimen und direkten Charakter bei der Landtagswahl einführen will. Kommt die Einigung auf dieser Linie zustande und wird damit eine der bösesten Fährnisse der „neuen Situation“ beseitigt, so bedeutete der Vorgang ein außerordentliches Entgegenkommen an den Freisinn, der schlechthin unzurechnungsfähig wäre, wollte er diese reiche Gabe zurückweisen, weil er nicht alles haben kann, was seine Phantasie erträumt.

Man hat es mit Recht verwerflich gefunden, als von einem Blatte der Linken kurzweg proponiert wurde, die Wahlreformfrage zu verquicken mit der zweiten, den Ausblick in die Zukunft verdunkelnden Kardinalfrage: der Finanzierung des Reiches; d. h. die freisinnige Willfährigkeit hier sich bezahlen zu lassen durch regierungsseitige Zugeständnisse dort. Es ist zwar kaum Aussicht vorhanden, daß der Staatssinn der demokratischen Führer wenig genug entwickelt ist, solch verderblichem Lockruf zu folgen. Ließen sie sich aber dazu verleiten, so wären wir dort angelangt, wo wir vor der siegreichen Wahlschlacht waren, und die Blockidee wäre jeder Zugkraft beraubt: wir hätten statt des klerikalen den freisinnigen Kuhhandel, und die Lebensinteressen des Reiches litten erneut unter dem herrschsüchtigen Egoismus einer einzelnen Partei, die von ihrer Machtstellung nicht den rechten Gebrauch zu machen weiß.

Die Mithilfe an der finanziellen Gesundung des Reiches wird das Kriterium sein für die nationale Selbstlosigkeit der Parteien; diese Selbstlosigkeit, welche der Blockgedanke voraussetzt. Es bleiben der Linken genug Gelegenheiten, hinsichtlich ihrer wahlreformerischen Wünsche Pressionen auszuüben; hier wäre eine solche unstatthaft, aus den erwähnten Gründen sittlicher Natur, aber auch aus politischem Rechtlichkeits-

empfinden heraus. Der Freisinn möchte die Finanzreform, wie die Sozialdemokratie, am liebsten lediglich mit der schärferen Anziehung der direkten Steuerschraube machen. Er will also hier allein dem Besitz neue, schwere, finanzpolitische Pflichten auferlegen, während er ihn bei der Wahlreform der bisherigen Rechte ganz und gar berauben will. Logischer wäre der Gedankengang der Demokratie, solange sie für die Allgemeinheit, die Masse im Wahlrecht alles fordert, diese selbe Masse auch alles aufbringen zu lassen, was die Geldnot des Reiches erheischt, d. h. ausschließlich für indirekte Steuern einzutreten. Indessen müssen Lasten und Rechte auch in der Politik im Einklang stehen, weshalb die Linke in ihrem Interesse besser täte, eine Verquickung der beiden heterogenen Materien zu vermeiden. Übrigens hat auch Bismarck auf jene, für den Freisinn weniger bequemen Beziehungen zwischen Wahlrechts- und Steuerpolitik hingewiesen, als er 1893 in seinem Leiborgan ausführen ließ: „Fester als in irgendeinem anderen Lande ist in Deutschland die alte doktrinäre Anschauung von der ‚Ungerechtigkeit‘ der indirekten Steuern gewurzelt, weil dieselben den mehr und den weniger Bemittelten in gleichem Maße belasten. In der Praxis trifft diese Anschauung keineswegs überall zu; aber wenn ihr auch eine gewisse allgemeine Berechtigung nicht bestritten werden könnte, so dürfte in diesem Zusammenhange wohl an die parallel gehende Natur des Reichswahlrechtes erinnert werden, welches Bemittelte und Unbemittelte, obere und untere Schichten, ebenfalls vollkommen gleich behandelt. ‚Gleiche Rechte, gleiche Pflichten‘, — diesem Grundsatze gemäß, sollten sich am wenigsten diejenigen über die Ungerechtigkeit des Reichssteuergesetzes beklagen, welche die Gleichheit der Rechte so entschieden nicht nur gegen jede wirkliche Antastung, sondern selbst jede Anzweiflung ihrer Notwendigkeit verteidigen.“

Jedoch wird die Demokratie wenig Neigung haben, Bismarck, unter dem sie gerechtermaßen so viel erlitt, als Autorität in die „neue Situation“ hinüberzunehmen. Da sie aber bei ihrer ausschließlichen Wertschätzung der direkten Steuern die Sozialdemokratie an ihrer Seite findet, ja sich von ihr hierin vielleicht nur nicht in den Schatten stellen lassen will, so haben die Ansichten von Friedrich Engels und Karl Kautsky über die Aufbringung des Staatsbedarfs allein aus Einkommen- und Vermögenssteuern für sie unter Umständen mehr Gewicht, trotzdem die heutige Sozialdemokratie und der heutige Kautsky ihre früheren Lehrmeinungen wieder in den Wind schlagen. Engels vertrat schon in seiner Schrift zur Wohnungsfrage den Standpunkt, daß den Arbeiter die gesamten Steuerfragen nicht interessieren, weil, was er an Steuern zahlt, auf die Dauer in die Produktionskosten der Arbeitskraft eingeht, also vom Kapitalismus vergütet werden muß. Und als 1894 die französischen „Genossen“ die Ersetzung aller Steuern durch eine progressive Einkommensteuer von allen Einkommen über 3000 Frcs. verlangten, schrieb er in der „Neuen Zeit“, es sei in der heutigen Gesellschaft kaum möglich, die Staatsausgaben anders als durch Auflagen auf die Massenkonsumtion zu decken. Ganz ähnlich meinte dann Karl Kautsky in seiner 1903 erschienenen Schrift „Am Tage nach der sozialdemokratischen Revolution“: „Es ist ja heute schon unsere Forderung, daß wir durch eine solche (progressive Einkommen-, Vermögens- und Erbschafts-) Steuer alle anderen, besonders die indirekten Steuern ersetzen. Wenn wir aber zu ihrer Durchführung heute die Kraft erhielten, etwa durch Unterstützung anderer Parteien, was freilich ausgeschlossen, da keine bürgerliche Partei so weit ginge, so würden wir doch dabei auf große Schwierigkeiten stoßen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß, je höher die Steuer, desto

größer die Versuchungen zu Steuerdefraudationen. Aber selbst wenn es gelänge, die Verbergung von Einkommen und Vermögen unmöglich zu machen, selbst dann wäre man nicht in der Lage, die Einkommen- und Vermögenssteuern beliebig hoch zu schrauben, weil die Kapitalisten, wenn die Steuer ihr Einkommen oder Vermögen zu sehr beschnitte, einfach aus dem Staate fortziehen würden und dieser das Nachsehen hätte. Der Staat hätte dann die Einkommen- und Vermögenssteuer, aber ohne Einkommen und Vermögen. Über ein gewisses Maß kann man also bei diesen Steuern heute nicht hinaus, selbst wenn man die politische Macht dazu hätte."

Wenn also sogar die maßgebenden Kapazitäten der Sozialdemokratie in stillen Stunden das offene Eingeständnis — das sie heute freilich gerne ungeschehen machen würden — geleistet haben, daß man im heutigen Staat über ein gewisses Maß an direkten Steuern gar nicht hinauskönne, so sollte sich das auch die bürgerliche Linke ad notam nehmen. Allzu straff gespannt, zerspringt der Bogen! Die neuerliche Entwickelung der Steuerpolitik des Reiches, vor allem aber das Programm des jetzigen Schatzsekretärs, dieses frisch draufgehenden und warmherzigen Patrioten, bedeuten so wesentliche Einräumungen an den alten Standpunkt der Demokratie, daß diese, wenn sie nüchtern erwägt, den Wandel der Dinge wahrlich nicht zu beklagen braucht. Dann aber läßt in uns die Tatsache, daß sie zuerst willens war, den neuen indirekten Lasten nur gegen Konzessionen auf weitabliegendem politischen Gebiet zuzustimmen, eine sonderlich hohe Meinung von der Ehrlichkeit ihrer steuerpolitischen Überzeugungen nicht aufkommen. Die Worte, welche Staatssekretär Sydow seinem schriftstellerischen Exposé über den großen Reformplan an den Schluß setzte, haben weitergehende Bedeutung für die allgemeine, parteipolitische Situation; sie beleuchten das,

was war, was auch jetzt noch versucht wurde, was aber hoffentlich nicht mehr sein wird: „Es liegt doch eine große Gefahr darin, wenn der Versuch gemacht wird, Sachen miteinander zu verknüpfen, die an sich nichts miteinander zu tun haben. Eine Überspannung derartiger Anforderungen bedeutet eine um so ernstere Gefahr für das Zustandekommen des ohnehin schwierigen Werkes, als die Forderungen zum Teil sich direkt gegen die Interessen anderer Parteien richten, ohne deren Mitwirkung es auch nicht die Mehrheit im Reichstage finden würde. Natürlich will keine Partei, die — zum Teil unter Zurückstellung alter Programmpunkte und nicht ohne Widerspruch ihrer Wähler — zum Zustandekommen der Reform mitgewirkt hat, sich nachher wegwerfen lassen wie eine ausgequetschte Zitrone. Aber die Besorgnis, daß dies geschehen könnte, kann doch nicht ernstlich bestehen. Hilfe in schweren Zeiten hat noch immer zu Dank verpflichtet, auch im öffentlichen Leben. Die Logik der Tatsachen muß dahin führen, daß die Parteien, die der Regierung zum Zustandekommen dieses wichtigen Werkes behilflich gewesen sind, auch ihrerseits im Rahmen des Möglichen Entgegenkommen auf dem politischen Gebiete zu erwarten haben. Dagegen muß eine Überspannung der Bedingungen, von denen die Zustimmung etwa abhängig gemacht werden sollte, mit Notwendigkeit dahin führen, die Regierung dem politischen Gegner in die Arme zu treiben."

Das ist Warnung und Lockung zugleich! Wir haben die Fesseln des Klerikalismus nicht deshalb abgestreift, um nun in demokratische Fallstricke zu geraten. Unser Volk hat durch seine imposante Kundgebung in der Wahlschlacht ja gerade das zu erkennen gegeben, daß es „Ehr und Gut der Nation ohne kleinlichen Parteigeist treu und fest gehütet wissen will". Und überall wachsen die Anzeichen dafür, daß auf der Linken

die kühleren Hirne, auf der Rechten die maßvollen Elemente jene Bestrebungen zu meistern wissen werden, die uns zuschanden machen wollen, was wir in großer Stunde errungen.

So wird und muß die „neue Situation" dauernden Bestand haben, weil sie nicht ein Ergebnis zufälliger Konstellationen, sondern notwendiger historischer Entwickelung ist. Und mag immer sie einmal in die Brüche gehen, sie wird immer wiederkehren müssen, nachdem sie uns einmal das erhebende Gefühl der Freiheit von Schwarz und Rot kosten ließ. Man mag den Konservativen im Herzen zugetan sein oder nicht; der gerecht abwägende Sinn muß ihnen zugestehen, daß sie politische Köpfe und in Treuen feste Gesellen sind, welche die Staatsnotwendigkeiten immer begriffen haben. Ihre Tradition und ihr parteipolitischer Rückhalt ruht auf der Scholle. Trotzdem, trotzdem sie auch die einzigen sind, die jetzt allein zu geben und nichts zu erwarten haben, — sie haben der wogenden Welle und der surrenden Maschine ehrlich die Gleichberechtigung zugestanden, sobald sie sahen, daß auf der anderen Seite auch der Freisinn voll des „neuen Idealismus" ist, daß er nach jahrzehntelangem Irren endlich wieder dort ankam, von wo er einst ausging: ein freieres, größeres, stärkeres Deutschland über die See zu tragen. Das ist der Kern der neuen Situation! Mag immer die Wut der niedergerittenen Querulanten vom Inlande her, mag der Neid des in seinen Erwartungen arg enttäuschten Auslands unsern Weg noch eine geraume Zeit begleiten, das darf uns nicht irre machen; denn ihres Bellens lauter Schall beweist nur, daß wir reiten.

Druck von A. W. Hayn's Erben, Potsdam.